FREDA
UTLEY

DRAMA
CHINA





FREDA UTLEY, DRAMA CHINA

FREDA UTLEY

DRAMA CHINA

HINTERGRÜNDE EINER KATASTROPHE

Übersetzt von

Egon Heymann



POHL & CO.

Essen . München 13 . Hamburg

Gegr. 1848

Umschlag und Einbandzeichnung von Wilhelm Drixelius, München

Alle Rechte vorbehalten
Deutsches Copyright 1951 by Pohl & Co., Verlagsbuchhandlung GmbH., München 13
Druck und Bindearbeit: R. Oldenbourg, Graphische Betriebe G. m. b. H. München
Verlagsnummer II/21

EINLEITUNG

In Korea wurde von den Amerikanern der erste Blutzoll für die schweren Fehler ihrer Fernostpolitik eingefordert. Fünf Jahre nach der totalen Niederlage Japans und Deutschlands steht ein dritter Weltkrieg drohend am Horizont. Wie konnte es geschehen, daß die Sicherheit Amerikas nach einem so großen Sieg heute stärker gefährdet ist als jemals seit Gründung der Republik? Wie und warum wurden die Früchte des Sieges so schmählich vertan?

Das sind die Fragen, die sich das amerikanische Volk vorzulegen begann, als die Verlustlisten immer länger wurden und junge Amerikaner unter widrigsten Umständen in einem Lande kämpften, das tausende von Meilen von der Heimat entfernt ist und dessen Namen sie kaum vorher gehört hatten, als sie zu seiner Verteidigung aufgerufen wurden. Jahrelang war dem amerikanischen Volk das Traumbild der „einen Welt" vorgegaukelt worden, die in der UNO gemeinsam mit Stalin errichtet werden sollte. Der Illusion folgte ein bitteres Erwachen.

Überschaut man das Scherbenfeld der Hoffnungen, so sieht man, daß alle europäischen Nationen, die im ersten Weltkrieg ihre Unabhängigkeit errangen — und nicht nur sie allein — im zweiten Weltkrieg mit der Unabhängigkeit zugleich die letzten Spuren der Freiheit verloren haben. Blickt man nach dem Fernen Osten, so ist das Bild noch düsterer. Vor dem zweiten Weltkrieg hatte China trotz des japanischen Angriffes einen Teil seines Gebietes bewahrt; heute steht es völlig im Lager Sowjetrußlands. Und ganz Asien zittert im Gedanken an eine kommunistische Herrschaft. Welcher Kombination von Umständen und Einflüssen ist diese tragische Auflösung des militärischen Sieges zuzuschreiben?

Der Historiker sieht den Grundfehler in der mangelnden Einsicht, daß es nicht nur in der Physik, sondern auch in der Außenpolitik einen horror vacui gibt. Präsident Roosevelts Forderung einer „bedingungslosen Kapitulation" Japans und Deutschlands

ließ in Asien und Europa machtleere Räume entstehen, die zwangsläufig von Sowjetrußland ausgefüllt werden mußten, solange wir uns nicht zu positiven Maßnahmen entschlossen. In Europa haben wir uns wenigstens bemüht, England und Frankreich wieder aufzurichten, Italien und Griechenland zu unterstützen, um einen Ersatz für das ausgeschaltete Deutschland zu schaffen. In Asien dagegen kümmerten wir uns nicht um irgendein Machtgleichgewicht. Wir standen vor der Wahl, Japan wiederherzustellen oder in China eine Regierung zu stützen, die als verläßlicher Verbündeter der Vereinigten Staaten ein Gegengewicht gegen Einfluß und Machenschaften der Sowjets im Fernen Osten — einschließlich Koreas — hätte bilden können. Wir taten weder das eine noch das andere, denn wir ließen die Gebote geradlinigen und logischen Denkens im Bereich der hohen Politik völlig außer acht.

Der Moralist und der politische Philosoph werden den Weg der westlichen Welt bis an den Rand der Katastrophe auf den Verfall unseres Glaubens an die Werte zurückführen, die uns groß und stark und frei gemacht hatten. Hätten wir uns an die Grundsätze der Atlantikcharter gehalten, und den Besiegten — nach ihrer Absage an totalitäre Diktatoren und Ideologien — gerechte Friedensbedingungen geboten, so wäre der Damm gegen den Kommunismus nicht zerstört worden. Das Versagen der Vereinten Nationen beruht, wie Senator Taft am 5. Januar 1951 im Senat ausführte, darauf, daß „die UNO nicht auf Recht und Gerechtigkeit gemäß dem Spruch eines unparteiischen Tribunals gegründet wurde, sondern auf die Beherrschung der Welt durch die Macht von fünf großen Nationen.“ Die Verfasser des ersten Charter-Entwurfs haben das Wort „Gerechtigkeit“ nicht einmal erwähnt, und in der Charter selbst wird dem mit der Wahrung des Weltfriedens betrauten Sicherheitsrat nicht auferlegt, dabei die Gerechtigkeit zu seinem Leitgedanken zu machen.

Nun haben wir bereits in Korea, durch die allgemeine Wehrpflicht und hohe Steuern dafür zahlen müssen, daß unsere Regierung es nach dem letzten Kriege nicht fertig brachte, auf einem gerechten Frieden zu bestehen. Aber nicht Machtgelüste, sondern die Hoffnung, durch amerikanische Großmut und Zugeständnisse Frieden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen schaffen zu können, ließen das amerikanische Volk die verhängnisvolle Kriegs- und Nachkriegspolitik der Regierung unterstützen.

In einer unverzeihlichen Naivität nahm man an, daß die Männer in Moskau ebenso wohlmeinend seien wie wir selbst, und ermöglichte es damit Stalin, als ein zweiter Hitler zur Geißel der abendländischen Kultur zu werden. Aber es genügt nicht, diese Folgen unserer Naivität zu erkennen; man muß nach den Gründen suchen, die kommunistischen Einflüssen die Verfälschung der amerikanischen Politik ermöglichten und das amerikanische Volk zum Glauben an die friedlichen Absichten und den „demokratischen" Charakter des Sowjetstaates veranlaßten. Ich will deshalb auf den folgenden Seiten nicht nur über unsere Politik in China und Korea berichten, sondern ich werde mich auch bemühen, die Trugschlüsse und irrigen Auffassungen aufzuzeigen, die unseren Widerstand schwächten und es einer kleinen Gruppe von Kommunistenfreunden ermöglichte, Regierung und Öffentlichkeit zu unserem dauernden Schaden zu beeinflussen.

Dieses Buch befaßt sich nicht mit unseren schweren Fehlern in Europa, so wichtig auch ihre Darstellung ist. In Europa haben wir unsere Irrtümer wenigstens teilweise erkannt und bis zu einem gewissen Grade wieder gutgemacht. Der barbarische Morgenthauplan wurde in Deutschland niemals voll durchgeführt; Marshallplan und Trumandoktrin, der Atlantikpakt und unsere jetzigen Versuche, das deutsche Volk an unserer Seite für die Verteidigung der abendländischen Kultur aufzubieten, sind Anfänge eines Ausgleichs für die Abkommen von Jalta und Potsdam. Im Fernen Osten dagegen schwächen trotz des Koreakrieges grundlegende Irrtümer über Natur und Ziele des Kommunismus unseren Willen und hindern uns, dem einzigen Verbündeten in Asien die Hand zu reichen, der zum Kampf an unserer Seite bereit ist: der chinesischen Nationalregierung auf Formosa.

Wenn unsere Regierung ihre Fehler anerkennte und alle Anstrengungen zur Ausbesserung ihrer früheren irrigen Politik machte, dann wäre es in diesen gefährlichen Zeiten klüger und besser, über die jüngste Vergangenheit zu schweigen. Unglücklicherweise aber haben die für die katastrophale Politik der Vereinigten Staaten gegenüber China seit Japans Niederlage Verantwortlichen weder ihre Irrtümer zugegeben, noch sie zu berichtigen gesucht. Unwissenheit und Wunschdenken, verbunden mit zählebigen kommunistischen Einflüssen höheren Orts und dem Wunsch, „das Gesicht zu wahren", hindern Amerika noch immer, der Wirklichkeit redlich gegenüberzutreten.

Ohne eine Kenntnis der Tatsachen gibt es kein gültiges Urteil, kann keine intelligente Politik eingeschlagen werden. Dashalb behandeln die ersten Kapitel dieses Buches unsere Politik in China — und Korea — von Jalta bis zur Gegenwart. Die folgenden Kapitel befassen sich dann mit dem Weißbuch über China (United Staates Relations with China), den veröffentlichten Verhandlungsprotokollen des Tydings-Komitees und anderen Quellen, aus denen sich nachweisen läßt, wie groß und bestimmend der kommunistische Einfluß auf unsere Fernostpolitik war.

Es läßt sich nachweisen, und man kann dies nicht einfach ignorieren, daß Präsident Roosevelt sich darüber klar gewesen sein muß, daß seine Politik eine Sowjetherrschaft über Europa und vielleicht einen großen Teil der Welt bedeutete. Robert E. Sherwood, der Verfasser des Buches „Roosevelt and Hopkins", ist ein höchst autoritativer Zeuge für diese Behauptung. Er liefert den dokumentarischen Beweis dafür, daß Roosevelt und seine Berater wußten, wohin die Ausschaltung Deutschlands und Japans als unabhängiger Nationen führen würde: zu einer solchen Stärke Sowjetrußlands, daß seinen Forderungen nicht zu widerstehen sein würde. Sherwood berichtet, daß Harry Hopkins zur Konferenz von Quebec im August 1943 ein Dokument über „Rußlands Stellung" mitgebracht hatte, das aus dem „Gutachten eines hohen Militärs der Vereinigten Staaten" stammte und folgende Absätze enthielt:*)

„Rußland wird nach dem Kriege in Europa eine beherrschende Stellung einnehmen. Nach Deutschlands Zusammenbruch gibt es in Europa keine Macht, die sich Rußlands gewaltiger militärischer Kraft entgegenstellen könnte. Zwar ist Großbritannien im Begriff, im Mittelmeer eine Position gegenüber Rußland aufzubauen, die es für das Gleichgewicht der Mächte in Europa nützlich finden mag. Aber auch hier ist es fraglich, ob England sich gegen Rußland behaupten kann, wenn es nicht von anderer Seite unterstützt wird.

Die Schlußfolgerungen aus diesen Gedankengängen liegen auf der Hand. Da Rußland den entscheidenden Faktor im Kriege darstellt, muß es jeglichen Beistand erhalten, und alles muß aufgeboten werden, es zum Freunde zu gewinnen. Da es nach der Niederlage der Achse ohne Frage die Vorherrschaft in

---

*) Roosevelt und Hopkins, Weltpolitik 1933—45 im Weißen Haus, Hamburg 1950, S. 612.

Europa haben wird, sind Entwicklung und Aufrechterhaltung freundschaftlichster Beziehungen zu Rußland nur um so wichtiger.

Der wichtigste Faktor endlich, den die Vereinigten Staaten hinsichtlich Rußlands zu beachten haben, ist die Durchführung des Krieges im Pazifik. Wenn Rußland sich mit uns gegen Japan verbündet, kann der Krieg in kürzerer Zeit und mit geringeren Opfern an Menschenleben und Material beendet werden, als wenn das Umgekehrte der Fall wäre. Sollte Rußland gegenüber dem Kriege im Pazifik eine unfreundliche oder ablehnende Haltung annehmen, dann werden die Schwierigkeiten ins Unabsehbare wachsen und die Operationen können in einem Fehlschlag enden."

„Dieses Gutachten" schreibt Sherwood, „war deshalb von so großer Bedeutung, weil es die Politik umriß, die für die Beschlüsse von Teheran und Jalta maßgeblich wurde."

Robert Sherwood ist ein wohlgesinnter, nicht etwa ein feindseliger Zeuge. Man kann ihn nicht verdächtigen, daß er Beweismaterial gegen Roosevelt und seine vertrauten Ratgeber in die Waagschale werfen wollte. Man muß es mithin als erwiesen betrachten, daß der verstorbene Präsident und vermutlich auch General Marshall zu dem Ergebnis kamen, die militärische Lage erheische die Preisgabe der Grundsätze der Atlantikcharter, die allen Nationen, auch den besiegten, Freiheit, Selbstbestimmung und gleiche Chancen versprachen. Sie beschlossen, an der Forderung auf bedingungslose Kapitulation festzuhalten, und einigten sich in Quebec auf den Morgenthauplan für Deutschland — in der vollen Erkenntnis, daß diese Politik zur Sowjetherrschaft über Europa führen mußte.

Die Aufopferung von Prinzipien um eines unmittelbaren Gewinnes willen oder zur Befriedigung von Rachegelüsten wirkt sich im längeren Verlauf stets katastrophal aus und manchmal auch kurzfristig: so müssen wir schon fünf Jahre nach Kriegsende für die Prinzipienlosigkeit oder für die kommunistenfreundliche Einstellung derjenigen bezahlen, die während des Krieges und danach die amerikanische Politik leiteten.

Gegner und Vorkämpfer der amerikanischen Kriegs- und Nachkriegspolitik können nicht nach Parteien geschieden werden. Viele echte Liberale, die Roosevelts Anstrengungen zur Beseitigung des Elends und zur Heilung der amerikanischen Wirtschaft vom Zusammenbruch der Krisenjahre begrüßten, wider-

setzten sich seiner Außenpolitik und beklagten seine Voreingenommenheit für die Kommunisten im In- und Auslande. Viele Republikaner aber, denen die Innenpolitik der Regierung gänzlich zuwider war, unterstützten seine Außenpolitik und waren ebenso bereit wie Roosevelt, an den „friedliebenden“ und „demokratischen“ Charakter des Stalin-Regimes und an einen grundlegenden Unterschied zwischen ihm und den Nazis, den Faschisten und den japanischen Militaristen zu glauben. Ebenso viele liberale wie konservative Gegner der Forderung auf „bedingungslose Kapitulation“, die begriffen hatten, daß sie nur den Feind zum Kampf bis zum letzten Atemzuge aufpeitschen und deshalb unnötige amerikanische Blutopfer verursachen würde, waren trotzdem bereit, Stalin zu einer allzu mächtigen Position zu verhelfen. Abgesehen von einigen bemerkenswerten Ausnahmen bezogen weder die früheren Isolationisten noch die Interventionisten eine energische Haltung gegenüber Roosevelts „Trau'-Stalin-Politik“. Das gleiche gilt für die erste Nachkriegsperiode. Ob jemand sich Republikaner oder Demokrat, einen Konservativen, Liberalen oder Sozialisten nennt, ist deshalb relativ unwesentlich. Die wirkliche Probe auf reaktionäre, faschistische und kommunistische Gesinnung oder wahre Bildung und gutes Amerikanertum liegt deshalb im Glauben oder Nichtglauben an die Werte, die nicht nur Amerika groß und blühend gemacht haben, sondern die auch zum Symbol des Strebens der Menschheit nach Freiheit und Gerechtigkeit geworden sind.

Bei meiner Analyse der kommunistischen Einflüsse auf die amerikanische Politik untersuche ich die vielfältigen Motive der Angehörigen aller Parteien und aller politischen Überzeugungen. Nur der künftige Historiker wird ein endgültiges Urteil sprechen können. Ich habe versucht, nach dem jetzt verfügbaren Beweismaterial das Maß zu bestimmen, in dem kommunistische Einflüsse — getrennt von Unfähigkeit, Unwissenheit und Ehrgeiz — den verhängnisvollen Kurs der amerikanischen Fernostpolitik bestimmten.

Soviel ist gewiß: die kommunistische Eroberung eines großen Teiles der Welt nach der Niederlage Deutschlands und Japans und drohende noch größere Eroberungen waren nicht unvermeidlich. Im ersten Teil des Buches werde ich zeigen, wie unser Tun und unsere Versäumnisse im Fernen Osten uns geradewegs zum Koreakrieg führten.

Kapitel I

MEILENSTEINE AUF DEM WEGE NACH KOREA

Mehr als ein halbes Jahrhundert lang hatte die amerikanische Politik im Fernen Osten das Ziel verfolgt, Unversehrtheit und Unabhängigkeit Chinas zu bewahren. 1945 fand diese Tradition ihr Ende. Noch für unseren Eintritt in den zweiten Weltkrieg war die Nichtanerkennung der japanischen Eroberungen in China der Anlaß — wenn auch nicht die eigentliche Ursache —, wie dies klar und deutlich in Außenminister Cordell Hulls „Ultimatum" vom 26. November 1941 zum Ausdruck kommt. Im Februar 1945 haben sich die Vereinigten Staaten in Jalta von dieser Politik abgewandt, als Präsident Roosevelt Erwerbungen Rußlands zustimmte, die praktisch auf eine dauernde Machtposition in China hinausliefen. Zu den Hauptbestimmungen des Jalta-Abkommens gehörten die „Verpachtung" von Port Arthur als Marinestützpunkt an Rußland, die „Internationalisierung" von Dairen mit einem Vorrang der Rechte Sowjetrußlands in diesem größten Hafen Nordostchinas und die Festlegung eines gemeinsamen chinesisch-russischen Betriebes der mandschurischen Eisenbahnen, bei dem ebenfalls der Vorrang sowjetrussischer Rechte zu gewährleisten sei. Weiter wurde vereinbart, daß Rußland die Kurilen-Inseln bekommen und daß „der südliche Teil von Sachalin samt den vorgelagerten Inseln an die Sowjetunion zurückgegeben" werden sollte.

Der Text dieses Geheimabkommens von Jalta ist in „Roosevelt und die Russen" von Edward R. Stettinius jr. enthüllt, der als Außenminister der Konferenz beigewohnt hatte. Nach dieser Quelle sollten die „durch den heimtückischen Angriff von 1904" verletzten früheren Rechte Rußlands wiederhergestellt werden; Präsident Roosevelt verpflichtete sich, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um auf Mitteilung von Marschall Stalin hin die Mitwirkung Tschiang Kai-scheks zu erreichen, und die Führer der drei Großmächte kamen überein,

daß diese Ansprüche der Sowjetunion nach der Niederwerfung Japans unbeanstandet erfüllt werden sollten.

Den Russisch-japanischen Krieg auf einen „heimtückischen Angriff“ Japans zurückzuführen, war recht sonderbar, denn sowohl Präsident Theodor Roosevelt wie die Engländer hatten damals Japan als einen jungen David betrachtet, der den Kampf mit dem aggressiven russischen Imperialismus aufnahm. Weder Franklin D. Roosevelt noch seinen Beratern scheint bewußt geworden zu sein, daß die „Rechte“ Rußlands in der Mandschurei, denen eine Vorzugsbehandlung zugesagt wurde, chinesische Rechte waren, über die wir gar nicht zu verfügen hatten. Um die Bedeutung der von Roosevelt den Russen auf Kosten Chinas und Amerikas gemachten Zugeständnisse zu ermessen, muß man sich die geschichtlich erwiesene Tatsache vergegenwärtigen, daß die Herrschaft über die Mandschurei die Herrschaft über Nordchina bedeutet, und daß ganz China erobern kann, wer Nordchina beherrscht. Das hatte sich schon im 13. Jahrhundert gezeigt, als die Mongolen China eroberten, und erneut 1644, als die Mandschus den Kaiserthron bestiegen, um fortan China von Peking aus zu regieren. In unserem Industriezeitalter aber war die Gewißheit noch größer, daß die von Präsident Roosevelt dem Sowjetdiktator in der Mandschurei garantierten „überragenden Rechte“ Rußland in eine China beherrschende Position versetzen mußten, da die Mandschurei und Nordchina die einzigen Gebiete des Reiches der Mitte sind, wo Kohle und Eisen nebeneinander vorkommen. Der chinesisch-japanische Krieg war ja 1937 gerade deshalb ausgebrochen, weil die chinesische Nationalregierung sich nicht mit der japanischen Beherrschung der Mandschurei und Nordchinas abfinden wollte! Millionen Chinesen hatten ihr Leben dafür hingegeben, Japan die „überragenden Rechte“ auf ihrem Boden zu verweigern, die nun Sowjetrußland in Jalta zugesprochen wurden.

Immer wieder ist behauptet worden, und diese Behauptung hat auch Glauben gefunden, daß die Zugeständnisse von Jalta notwendig gewesen seien, um Rußland zu unserem Verbündeten im Pazifikkrieg zu machen. Wie war aber die wirkliche Lage im Februar 1945? Amerika stand auf der Höhe seiner Macht, seines Einflusses und seiner militärischen Stärke. Sein Vorteil hätte darin gelegen, Rußland zu verhindern, in den Krieg gegen Japan einzutreten und eine Ernte einzubringen, die es nicht gesät hatte. Außerdem ist heute umfassendes Beweismaterial für

eine Kapitulationswilligkeit Japans vor der Jalta-Konferenz verfügbar.*) Im Februar 1945 stand nichts als die sinnlose Forderung auf „bedingungslose“ Kapitulation Japans einem Sieg und Frieden im Wege, der die dauernde Sicherheit Amerikas im Pazifik garantiert haben würde.

Jalta war aber weder der Anfang noch das Ende der Geschichte. Bereits 1943 drängte die Fernost-Abteilung des State Department auf eine Unterstützung der chinesischen Kommunisten, die damals im Norden einen „Sitzkrieg“ führten, da sie sich auf Grund ihrer Kenntnis der russisch-japanischen Verträge vor Angriffen sicher fühlten.**)

Die Abberufung General Joseph Stilwells aus China 1944 und die Ernennung General Albert C. Wedemeyers zum Oberbefehlshaber der amerikanischen Truppen auf dem chinesischen Kriegsschauplatz hatte 1945 zeitweilig den Einfluß jener Elemente zurückgedrängt, die in den chinesischen Kommunisten potentielle Freunde Amerikas sahen. General Wedemeyers erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Nationalregierung bei der

---

*) Nach dem Zeugnis von General Bonner Fellers hatte Roosevelt noch vor der Abreise nach Jalta durch Vermittlung General MacArthurs inoffizielle japanische Friedensangebote erhalten, die auf eine Annahme der „bedingungslosen Kapitulation“ hinausliefen, mit der einzigen Einschränkung, daß der Kaiser nicht abgesetzt werden dürfe. General MacArthur hatte Verhandlungen empfohlen, aber Roosevelt wollte nichts davon wissen. Dies wird auch durch Konteradmiral a. D. Ellis M. Zacharias in seinem Buch „Behind closed doors“ (New York 1950, S. 63) bestätigt. F. U.

**) Man muß hier daran erinnern, daß die chinesischen Kommunisten, getreu dem Prinzip „Rußland zuerst“, den russisch-japanischen Neutralitätsvertrag von 1941 und den noch wichtigeren Vertrag Stalins mit den Japanern von 1944 begrüßten und die Chinesen als „Toren und Feiglinge“ beschimpften, die über die sowjetische Anerkennung des japanischen Marionettenstaates Mandschukuo konsterniert waren. Weiter muß angemerkt werden, daß die japanische Regierung sich nach Unterzeichnung des Vertrages von 1944 vor einem russischen Angriff so sicher fühlte, daß sie 7 Divisionen der zum Schutz der Mandschurei bestimmten Kwantung-Armee nach Mittelchina entsandte, um die letzte große Offensive gegen die Nationalchinesen einzuleiten. F. U. — Das amerikanische Verhalten gegenüber den chinesischen Kommunisten und den Nationalchinesen hat übrigens auch eine tragische Parallele in der Behandlung General D. Michailovitschs und Titos in Jugoslawien; siehe dazu „The war we lost“ von Konstantin Fotitsch (New York 1948, bes. Kap. XV/XX). E. H.

Abwehr der letzten japanischen Offensive hatte in China soviel Selbstvertrauen und moralischen Aufschwung hervorgerufen, daß die Kommunisten sich am Tage der japanischen Kapitulation entgegen ihren Erwartungen in einer wenig günstigen Lage befanden. Unmittelbar danach wurde den Truppen der chinesischen Nationalregierung wirklicher Beistand zuteil. Sie wurden in amerikanischen Schiffen und Flugzeugen transportiert, um die befreiten Gebiete noch vor den Kommunisten zu besetzen, und den Japanern wurde befohlen, die Kapitulation und die Auslieferung ihrer Waffen gegenüber den nationalchinesischen Truppen vorzunehmen. Damit schien der amerikanische Einfluß in China gesichert. General Wedemeyer stellte einen brauchbaren Plan für eine wirksame chinesisch-amerikanische Zusammenarbeit auf, und wir hatten das Vertrauen nicht nur der Regierung, sondern aller wirklich Liberalen in China, worüber später noch mehr zu sagen sein wird. Hätte diese Situation fortbestanden, so hätten mit großer Wahrscheinlichkeit die reformfreudigen Elemente innerhalb der Regierung die Oberhand gewonnen, und die Kommunisten hätten dann keine Chance gehabt, ihren Aufstieg zur Macht zu erzwingen.

Aber schon bald änderte sich die amerikanische Politik gegenüber China. Im Herbst und Winter 1945 wurden General Wedemeyer in der Verwendung amerikanischer See- und Lufttransportmittel von der Fernostabteilung des State Department Beschränkungen auferlegt: es war jene Periode, in der alle anderen Erwägungen hinter dem Streben nach Freundschaftsbeziehungen zu Sowjetrußland zurücktraten. Deshalb begnügte man sich auch mit wirkungslosen Protesten, als die Sowjetunion die China im chinesisch-sowjetischen Vertrag vom 14. August 1945 gegebenen Zusicherungen brach.

Dieser Vertrag war von der chinesischen Regierung unter Druck von seiten der Vereinigten Staaten unmittelbar nach der Niederlage Japans unterzeichnet worden. China sagte darin Sowjetrußland vitale strategische und wirtschaftliche Rechte in der Mandschurei zu, als Gegenleistung für das sowjetische Versprechen, „China moralische Unterstützung und Hilfe durch Lieferung militärischen und anderen Materials zu gewähren", wobei „China" ausdrücklich als „die Nationalregierung in ihrer Eigenschaft als Zentralregierung Chinas" definiert wurde, das heißt also die Regierung Tschiang Kai-scheks. Dieses Versprechen wurde alsbald außer acht gelassen. Als die Japaner die

Waffen streckten, strömte die Rote Armee vor den nationalchinesischen Kräften in die Mandschurei ein. Die Erlaubnis zum Wiedereinmarsch der Truppen Tschiang Kai-scheks wurde von einer „Bedingung" abhängig gemacht: Moskau versuchte, von der chinesischen Regierung die Zustimmung zu einem gemeinsamen chinesisch-russischen Eigentum an allen mandschurischen Bodenschätzen und Industrien zu erlangen. Als dieser Versuch fehlschlug, plünderte Rußland das Gebiet, schleppte Industrieanlagen im Werte von 800 Millionen Dollar weg und händigte riesige Mengen japanischer Beutewaffen an die chinesischen Kommunisten aus, denen inzwischen der Einmarsch in die Mandschurei gestattet worden war. Als die Rote Armee sich wieder zurückzog, waren die Kommunisten im Besitze der Mandschurei und der japanischen Waffen.

Die Vereinigten Staaten akzeptierten diese russische Verletzung des sowjetisch-chinesischen Vertrages. Am 2. November 1945 zog sich Vizeadmiral Barbey, der die zum Transport der nationalchinesischen Truppen nach der Mandschurei eingesetzten amerikanischen Marineeinheiten befehligte, aus dem Hafen Yingkow zurück, nachdem er an Land eine Konferenz mit Sowjetvertretern abgehalten und bei der Gelegenheit auch gesehen hatte, wie mehrere tausend Mann kommunistisch-chinesischer Truppen unter russischem Schutz Schützengräben aushoben. Desgleichen wurde Admiral Barbey zum Rückzug aus dem mandschurischen Hafen Hulutau gezwungen, nachdem kommunistische Schützen seine Barkasse beschossen hatten. Die beiden Haupthäfen der Mandschurei, Dairen und Port Arthur, waren ja — dank Jalta — in russischem Besitz. Die Weigerung der Roten Armee, Dairen von den Nationalchinesen benützen zu lassen, bildete eine weitere Verletzung des chinesisch-sowjetischen Vertrages, demzufolge Dairen ein „internationaler" Hafen sein sollte. So kam es, daß die nationalchinesischen Truppen nicht auf dem Seewege in die Mandschurei transportiert, sondern statt dessen in Nordchina ausgebootet werden mußten. Von dort mußten sie zu Lande nordwärts marschieren, da ihnen die Russen auch die Benützung der Eisenbahn verweigerten. Als sie dann mandschurisches Gebiet erreichten, stießen sie auf chinesisch-kommunistische Truppen, die von den Russen bewaffnet worden waren und ihre Stellungen ausgebaut hatten.

Die Vereinigten Staaten haben nicht einmal formell protestiert. Unsere Regierung entsandte vielmehr im Dezember 1945

unter Führung von General George C. Marshall eine diplomatische Mission als Mittler zwischen der Nationalregierung und den chinesischen Kommunisten nach China. Sowohl der persönliche Brief Präsident Trumans wie die am 15. Dezember 1945 abgegebene öffentliche „Erklärung zur Politik der amerikanischen Regierung“, die General Marshall mit sich führte, enthielten die ausdrückliche Anweisung, auf die Nationalregierung einen Druck auszuüben, damit sie sich mit den chinesischen Kommunisten einige. „Sie sind ermächtigt“, so hieß es wörtlich im Briefe Trumans, „sich in Ihren Unterhaltungen mit Tschiang Kai-schek einer äußerst freimütigen Sprache zu bedienen. Insbesondere können Sie im Zusammenhang mit den chinesischen finanziellen, wirtschaftlichen und militärischen Wünschen erklären, daß ein uneiniges und von inneren Kämpfen zerrissenes China bei realistischer Betrachtung nicht als ein geeigneter Platz für amerikanische Unterstützung angesehen werden kann.“ Die politische Erklärung enthielt den Satz: „Die Vereinigten Staaten ... glauben, daß Frieden, Einheit und eine demokratische Reform in China gefördert werden, wenn die Grundlage der Regierung durch Einschluß anderer politischer Elemente“ — das heißt der Kommunisten — „erweitert wird.“ Die Kommunisten müßten in einer Koalitionsregierung „fair und wirksam vertreten sein.“

Der Präsident brachte weiter seine Zuversicht zum Ausdruck, daß „mit der Schaffung einer breiten, repräsentativen Regierung die autonomen Armeen als solche ausgeschaltet und alle bewaffneten Kräfte effektiv in die chinesische Nationalarmee eingegliedert werden würden.“ Das sollte aber, wie ausdrücklich hervorgehoben wurde, nicht bedeuten, daß „die amerikanische Unterstützung auf eine militärische Intervention zur Beeinflussung des Verlaufs innerchinesischer Auseinandersetzungen ausgedehnt würde.“ Die Instruktionen Präsident Trumans liefen also darauf hinaus, daß jede amerikanische Hilfe unterbleiben würde, solange die chinesischen Kommunisten nicht den Kampf gegen die Nationalregierung einstellten. Da aber die chinesische Kommunistische Partei wie alle anderen kommunistischen Parteien überall und zu jeder Zeit nach Stalins Weisungen handelt, bemühten sich die Vereinigten Staaten in Wirklichkeit, die chinesische Regierung zur Unterwerfung unter Moskau zu zwingen.

In einem Memorandum des State Department an das Kriegsministerium vom 9. Dezember 1945, das General Marshall auf

Weisung des Präsidenten als Teil seiner Instruktionen zu betrachten hatte, schrieb Außenminister Byrnes: „Das Problem (einer Erweiterung der chinesischen Regierung durch Aufnahme der Kommunisten und anderer kleiner Parteien) ist nicht einfach. Es wird durch die chinesischen Führer selbst nicht gelöst werden. In dem Maße, in dem unser Einfluß ein Faktor ist, wird der Erfolg von unserer Fähigkeit abhängen, diesen Einfluß im Lichte einer Verschiebung der Verhältnisse in solcher Weise auszuüben, daß die Zentralregierung, die sogenannten Kommunisten und die anderen Gruppen zu Zugeständnissen ermutigt werden." Schon dieser Hinweis auf „sogenannte" Kommunisten beweist, wie vollständig Außenminister Byrnes zusammen mit Präsident Truman von ihren Beratern im State Department irregeführt worden waren. Am aufschlußreichsten ist aber der Satz des Memorandums, der sich auf die Instruktionen an das Kriegsministerium hinsichtlich der Einstellung der Transporte nationalchinesischer Kräfte bezieht, die Nordchina vor den Kommunisten übernehmen sollten: „Bis zum Abschluß der Besprechungen General Marshalls mit den führenden Chinesen in Tschungking... werden weitere Transporte chinesischer Truppen nach Nordchina suspendiert, abgesehen von den Fällen, in denen nordchinesische Häfen für Truppen- und Materialbewegungen in Richtung Mandschurei notwendig sein können."

Das 1949 veröffentlichte China-Weißbuch des State Department gibt weiter an*), daß General Marshall angewiesen war, „beiden Seiten unparteiisch und vertraulich mit seiner Analyse der Lage einen Dienst zu erweisen." Die Entscheidungen, die General Marshall in China treffen sollte, mußten ganz wesentlich die künftigen Interessen der Vereinigten Staaten berühren; aber er sollte „unparteiisch" vorgehen!

Die Politik der Vereinigten Staaten in China, wie Präsident Truman sie umrissen und General Marshall sie ausgeführt hatte, beruhte auf der Annahme, daß der Bürgerkrieg in China eine rein innerpolitische Angelegenheit sei und nichts mit der sowjetischen Politik einer Expansion auf revolutionärem Wege zu tun habe. Nur so konnte man annehmen, daß ein Versprechen amerikanischer Wirtschaftshilfe als Belohnung für „Einigkeit" auf beide Seiten als mächtiger Ansporn zu einem Übereinkommen wirken könnte. Tatsächlich hatten die Vereinigten Staaten aber kein Druckmittel in der Hand, um die chinesischen Kom-

*) Weißbuch, Anlagen 61 u. 62.

munisten zu einem Abkommen mit der Nationalregierung oder zur Einhaltung der in einem etwaigen Abkommen übernommenen Verpflichtungen zu veranlassen. Dazu war nur Stalin in der Lage. Der amerikanische Zwang konnte lediglich gegen die Nationalregierung ausgeübt werden, wie es dann auch der Fall war. Indem wir der Nationalregierung wirtschaftliche und militärische Hilfe vorenthielten, solange sie sich nicht mit denen „einigte", die um ihrer letzten Ziele willen China verwüsteten, haben wir selbst die Kommunisten in die Lage versetzt, die Nationalregierung erpressen zu können.

Auf Grund der Erklärung Präsident Trumans vom Dezember 1945 haben die Kommunisten General Marshall mit offenen Armen aufgenommen. Sie hatten das Glück, in Tschu En-lai, dem jetzigen Außenminister der Regierung von Peiping, einen gutaussehenden, intelligenten und gewinnenden Vertreter in Tschungking zu haben. Tschu En-lai hatte seit Jahren eine einzigartige Begabung dafür gezeigt, amerikanische Journalisten glauben zu machen, die chinesische Kommunistische Partei setze sich aus liberalen „Bodenreformern" zusammen, die gegen die „despotische und reaktionäre" Regierung Tschiang Kaischeks unterstützt werden müßten. Uns, die wir damals in Tschungking lebten und häufig Gäste General Marshalls waren, wurde bald klar, daß Tschu En-lai auch ihn bezaubert hatte. Alle Zweifel, die General Marshall ursprünglich vielleicht an der Wahrheit der These des State Department vom „fortschrittlichen" Charakter der Kommunisten und „reaktionären" Charakter der Nationalregierung gehabt haben mochte, waren sicherlich zerstreut worden. Der faszinierende Tschu En-lai hatte offenkundig auch General Marshall überzeugt, daß die chinesischen Kommunisten keine „wirklichen" Kommunisten seien und daß sie aus ihren russischen „Bindungen" gelöst werden könnten, wenn ihnen Amerika nur helfen würde, „Demokratie" nach China zu bringen. Marshall war allerdings schon seit langem unter den Einfluß seines alten Freundes General Stilwell geraten, der an die liberalen Bekenntnisse der chinesischen Kommunisten glaubte; Tschu En-lai hat diese Bekehrung nur vollendet.

Kurz nach seiner Ankunft in China stiftete General Marshall einen Waffenstillstand mit Wirkung vom 13. Januar 1946, der die damaligen Stellungen der kommunistischen und nationalen Kräfte „einfror". Dieser Waffenstillstand enthielt allerdings

auch die Bestimmung, daß die nationalistischen Kräfte in die Mandschurei einmarschieren dürften, um sie von den Russen zu übernehmen. Am 9. Januar entstand ein Streit über die an die Mandschurei angrenzende Provinz Jehol, die von den Japanern als Teil Mandschukuos verwaltet worden war. Die chinesische Regierung bestand darauf, daß Tschihfeng, ein Eisenbahnknotenpunkt in Jehol, von den Nationaltruppen auf Grund der auf die Mandschurei bezüglichen Bestimmungen besetzt werden sollte, da sich dort lediglich sowjetische, aber keine chinesischen Truppen befänden. Die Kommunisten aber verlangten hartnäckig, daß dort die gleichen Stillhaltebestimmungen zu gelten hätten wie in Nordchina, denn ihre Truppen hätten bereits Tschihfeng von den Russen übernommen.

General Tschu En-lai war an jenem Abend sehr niedergeschlagen, wie A. T. Steele, der Korrespondent der „New York Herald Tribune“, seinem Blatte berichtete. Er sagte den Pressevertretern, die Regierung bestehe auf ihrem Recht, Tschihfeng und Tolun — ein wichtiges Handels- und Verkehrszentrum in Tschahar unmittelbar jenseits der Westgrenze Jehols — zu besetzen. Eine Besetzung dieser beiden strategischen Punkte durch die nationalchinesischen Truppen würde mitten durch Jehol eine Sperre legen, wirksam die kommunistischen Verbindungen mit der Roten Armee in der Mandschurei blockieren, den kommunistischen Stützpunkt Kalgan bedrohen und die von den Kommunisten besetzte Hauptstadt Jehols, Tschengteh, zwischen Regierungsarmeen nördlich und südlich der Großen Mauer einklemmen. Darauf würden sie niemals eingehen, erklärten die Kommunisten.

Um 22.30 Uhr suchte General Marshall an jenem Abend Tschiang Kai-schek in seinem Hause auf und blieb dort bis Mitternacht. Eine halbe Stunde später wurde Tschu En-lai telefonisch aufgefordert, am nächsten Morgen um 8 Uhr zu General Marshall zu kommen. Um 10 Uhr war ein Waffenstillstand entworfen und wurde der Presse übergeben. Die Kommunisten hatten gesiegt. Tschihfeng und damit die Kontrolle Jehols war ihnen zugesprochen.

Schon bald danach stellte sich heraus, daß die Darstellung der Nationalregierung richtig gewesen war: die Rote Armee, nicht die chinesischen Kommunisten, hatte sich in Tschihfeng befunden, als der Waffenstillstand unterzeichnet wurde. Nun hielten die chinesischen Kommunisten die Stadt, bis sie in einer

neuen Phase des Bürgerkrieges, die im nächsten Sommer begann, wieder vertrieben wurden. „Aber General Marshall", so sagte mir im Februar 1946 ein Beamter des chinesischen Außenministeriums, „hätte uns nicht zwingen sollen, Jehol den Kommunisten auszuliefern. Selbst als Teil der ‚Beschwichtigung' Rußlands war es nicht notwendig, da das chinesisch-sowjetische Abkommen sich auch darauf bezog."

Die politischen und militärischen Abmachungen, die General Marshall im Januar und Februar befürwortete, wurden schon gebrochen, bevor noch die Tusche auf diesen Dokumenten richtig trocken war. Der Bürgerkrieg flammte wieder auf, und zwar in erster Linie, weil die chinesischen Kommunisten sich entgegen ihren Versprechen der Übernahme der Mandschurei durch die nationalen Truppen widersetzten. Als sich aber die russischen Truppen aus dem — von ihnen verwüsteten — chinesischen Gebiet zurückzogen, lieferten sie die Städte und die militärischen Vorräte an die chinesischen Kommunisten aus.

In einem Telegramm aus Mukden vom 6. Mai 1946 enthüllte die Chicago Daily News an Hand eines erbeuteten Dokumentes ein Geheimabkommen zwischen dem sowjetischen Oberkommando und den chinesischen Kommunisten: darin verpflichteten sich die Russen, den Kommunisten mit 5000 Mann in ihren Kämpfen gegen die nationalen Truppen zu Hilfe zu kommen, während diese dafür ihre Armee russischem Befehl unterstellten. Dieses Dokument trug das Datum des 19. Januar 1946 — neun Tage nachdem die Kommunisten das Waffenstillstandsabkommen von Tschungking unterzeichnet hatten, das General Marshall überzeugte, sie wollten aufrichtig an der Errichtung eines vereinten „demokratischen" China mithelfen.

Trotz der russischen Hilfe an Waffen, Beratern und Ausbildern befanden sich die chinesischen Kommunisten bald in vollem Rückzuge vor den nationalchinesischen Truppen. Sie wandten sich an General Marshall, er möge doch Tschiang Kai-schek für einen neuen Waffenstillstand gewinnen: „Tschiang Kai-schek muß Marshall gegenüber nachgeben und verhandeln." Nach der Rückkehr von einem Besuch in Washington im Mai übte Marshall auch den notwendigen Druck auf Tschiang Kai-schek aus, bis er den Befehl zur Feuereinstellung gab und die Kommunisten im Besitz der damals von ihnen besetzten Teile der Mandschurei beließ. Die siegreiche Offensive der nationalchinesischen Armee war zum Stehen gebracht.

In der darauffolgenden Pause unternahmen General Marshall und Präsident Truman verschiedene Schritte, um eine Belieferung der Nationalchinesen mit Waffen und Munition zu verhindern. Ende Juli 1946 verbot General Marshall den Waffen- und Munitionsverkauf an China. Fast ein ganzes Jahr lang war von da an die chinesische Regierung verhindert, auch nur eine einzige Patrone zu kaufen; sie bekam einfach keine. Ab 18. August erließ Präsident Truman eine Verordnung, derzufolge China nicht zu gestatten sei, amerikanische „Überschußwaffen" zu erwerben, „die bei einem Bürgerkrieg Verwendung finden könnten", womit der Krieg gegen die Kommunisten gemeint war. So kam es, daß der chinesischen Regierung, die sich im Sommer 1946 um den Ankauf von 1,5 Milliarden Patronen für Handfeuerwaffen in den Vereinigten Staaten bemühte, vom State Department mitgeteilt wurde, Ausfuhrlizenzen würden dafür nicht erteilt werden. England schloß sich dem Embargo sofort an, und andere Lieferländer gab es nicht. Damit wurden die antikommunistischen Kräfte auf ihre Bestände und den begrenzten Nachschub aus ihren eigenen Arsenalen verwiesen. Es stellte sich bald heraus, daß dies auch nicht entfernt die riesigen Mengen der von den Russen den Kommunisten übergebenen japanischen Munition und die späteren Lieferungen der Tag und Nacht arbeitenden Arsenale von Mukden aufwiegen konnte. Seit es der Kontrolle der Mandschurei sicher war, hatte Moskau nämlich einen Teil der als „Kriegsbeute" weggeschleppten Maschinen zurückgegeben.

Während des zweiten Weltkrieges war mit der chinesischen Nationalregierung vereinbart worden, daß wir 39 Divisionen ausbilden und ausrüsten sollten. Diese Zusage wurde nach der Ankunft General Marshalls in China gebrochen. Die wenigen bereits ausgebildeten und ausgerüsteten Divisionen durften keine Munition in Amerika kaufen. In dem gleichen Sommer 1946 ging General Marshall auf ein kommunistisches Ansuchen ein, amerikanische Offiziere zur Ausbildung der chinesisch-kommunistischen Armee abzustellen. 69 amerikanische Offiziere wurden dafür abkommandiert und 400 Tonnen amerikanischen Materials wurden für das Ausbildungsprogramm vorgesehen. Darauf bezieht sich die Bemerkung des damaligen Staatssekretärs im Außenministerium, Dean Acheson, vor dem Außenpolitischen Ausschuß des Repräsentantenhauses: „Die kommunistischen Führer haben gebeten und General Marshall hat

dieser Bitte zugestimmt, daß der Verschmelzung mit den anderen Truppen" — das heißt den Truppen der Nationalregierung — „eine kurze Periode amerikanischer Ausbildung und die Lieferung eines Mindestquantums von Ausrüstung vorangehen solle." Die Ausbildungsoffiziere kamen allerdings nur bis Schanghai; der Bürgerkrieg verhinderte, daß sie die vorgesehenen Stationen erreichten.

Die geplante Hilfe für die chinesischen Kommunisten war aber schon zu jener Zeit kaum erklärlich, weil die Feindseligkeit gegen Amerika bereits damals ganz offen proklamiert wurde. Seit es klar geworden war, daß die Vereinigten Staaten keinen genügend starken Druck auf Tschiang Kai-schek ausüben konnten, um ihn in eine Benesch-Rolle zu drängen, hatten die Kommunisten antiamerikanische Demonstrationen großen Stils gestartet. Sie hatten auch den Vorschlag der Nationalregierung abgelehnt, General Marshall eine schiedsrichterliche oberste Gewalt bei der Beilegung strittiger Fragen einzuräumen. Es gehört ja zur Moskauer Politik, in der ganzen Welt Haß gegen Amerika zu erzeugen, und so hatten auch die chinesischen Kommunisten einen heftigen antiamerikanischen Feldzug begonnen und ließen über die Lautsprecher verkünden, der einzige Unterschied zwischen amerikanischem und japanischem Imperialismus sei, „daß der amerikanische Imperialismus stärker ist und daß seine aggressiven Methoden äußerlich zivil und legal erscheinen." Während dieser gleichen Periode wurden übrigens auch bei zahlreichen Zwischenfällen amerikanische Matrosen in Nordchina eingesperrt, verwundet oder erschossen. Aber alles das hinderte General Marshall nicht, auch weiterhin auf Tschiang Kai-schek im Sinne einer Verständigung mit den Kommunisten einzudringen. Acheson hat die damalige Politik der Vereinigten Staaten in seiner New Yorker Rede vom 28. Juni 1946 sehr präzise umrissen: „Es kann gar nicht genug Nachdruck auf die Hoffnung gelegt werden, daß unsere Wirtschaftshilfe in China vermittels einer Regierung durchgeführt wird, die voll und fair alle wichtigen politischen Elemente einschließlich der chinesischen Kommunisten vertritt."

Im Juni 1946 hatte General Marshall einen zweiten „Waffenstillstand" zwischen Tschiang Kai-schek und den chinesischen Kommunisten arrangiert. Damals war es den Nationaltruppen gelungen, die Kommunisten bis nach Charbin zurückzudrängen, das von den Russen noch nicht vollständig geräumt war. Nach-

dem die Kommunisten aber die Atempause gewonnen hatten, die sie zur Sammlung ihrer Kräfte brauchten, brach der Kampf von neuem aus und hielt während des ganzen Sommers und Herbstes an. Die Nationaltruppen hatten noch Munition, und die Kommunisten hatten noch nicht Zeit genug gehabt, ihre Soldaten im Gebrauch der von den Russen gelieferten Waffen auszubilden, beziehungsweise von der Tätigkeit der russischen Berater und Ausbilder zu profitieren, wie es später der Fall war. So errangen die Nationaltruppen weitere Siege und verlorengegangenes Gebiet. Sie eroberten Kalgan und andere strategische Punkte in Nordchina und schienen auf dem besten Wege zu sein, den Krieg zu gewinnen. Im November 1946 hatten die Regierungstruppen, wie es im China-Weißbuch heißt, „den größten Teil des Gebietes besetzt, auf das sich ihre Forderungen an die Kommunisten im Juni und bei späteren Verhandlungen bezogen, und hatten, wie sich später herausstellte, den Höhepunkt ihrer militärischen Position seit der Kapitulation Japans erreicht."

Während dieser Periode hielt der Druck General Marshalls auf einen weiteren Waffenstillstand an. Im Oktober 1946 empfing Tschiang Kai-schek Tschu En-lai als Vertreter der Kommunisten zu Friedensverhandlungen in Nanking. Am 8. November, nach einer zweitägigen Konferenz mit General Marshall, befahl Tschiang Kai-schek seinen sämtlichen Truppen, das Feuer einzustellen. Die Kommunisten wurden aufgefordert, sich an einer Allchinesischen Nationalversammlung zu beteiligen, und es wurden ihnen Sitze in einer Koalitionsregierung angeboten. Sie lehnten ab. In der Zwischenzeit aber führten sie Guerilla-Aktionen durch, störten die Verkehrsverbindungen und ließen so Elend und Chaos im ganzen Lande fortbestehen. Auf diese Weise konnten sie Zeit für ihre Vorbereitungen gewinnen, mit russischer Hilfe eine militärische Offensive aufzubauen.

Tschiang Kai-schek machte ein neues Friedensangebot, jetzt aber nur unter der Bedingung, daß die Kommunisten die Eisenbahnlinien freigäben und die strategischen Hauptpunkte räumten. Er hatte den Mitgliedern seiner Regierung nicht völlig nachgegeben, die dauernd für eine gewaltsame Lösung des kommunistischen Problems eintraten. Aber er war entschlossen, die Eisenbahnlinien zu säubern, um einen gewissen wirtschaftlichen Wiederaufbau zu ermöglichen. Die Wirtschaftslage hatte sich so sehr verschlechtert, daß er klar den Verlust jeglicher Autori-

tät seiner Regierung voraussah, falls nicht ein Mindestmaß von Ordnung wiederhergestellt würde. Außerdem durfte er wieder ein wenig darauf hoffen, daß Amerika China erneut Hilfe gewähren würde; denn der Konflikt zwischen Amerika und Rußland war ja nun auf der Pariser Konferenz und innerhalb der UNO vor den Augen der ganzen Welt in Erscheinung getreten. Das mochte Tschiang Kai-schek zu dem Glauben ermutigen, daß die Vereinigten Staaten ihm in naher Zukunft helfen würden, sich einer russischen Beherrschung Asiens zu widersetzen.

Aber am 18. Dezember 1946 erließ Präsident Truman eine neue Erklärung über China, die mit der vom Dezember 1945 fast identisch war. Wiederum verlangte er „Frieden und Einigkeit" als Voraussetzungen amerikanischer Finanzhilfe. „China", erklärte er, „ist den anderen UNO-Staaten gegenüber für die Beilegung des bewaffneten Konfliktes auf seinem Gebiet verantwortlich." In einem Punkte aber unterschieden sich die beiden Erklärungen sehr wesentlich. Die Vereinigten Staaten bestanden jetzt gemeinsam mit Großbritannien *und der Sowjetunion* auf Einsetzung einer Koalitionsregierung in Rotchina: „In Moskau im vergangenen Jahr wurde es klar, daß diese Auffassungen von unseren Alliierten Großbritannien und der Sowjetunion geteilt werden. Am 27. Dezember veröffentlichten die Außenminister Byrnes, Molotow und Bevin eine Erklärung, in der es unter anderem hieß: ‚Die drei Außenminister tauschten ihre Auffassungen über die Lage in China aus. Sie stimmten darin überein, daß ein geeintes und demokratisches China unter der Nationalregierung für eine ausgedehnte Beteiligung der demokratischen Elemente an allen Zweigen der Nationalregierung und für die Beendigung des Bürgerkrieges notwendig sei. Sie bekräftigten ihr Festhalten an der Politik der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas.' "

Man kann sich nur schwer vorstellen, daß der Präsident der Vereinigten Staaten noch im Dezember 1946 aufrichtig davon überzeugt war, der Moskauer Begriff „demokratische Elemente" gleiche dem unseren. Vergeblich zerbricht man sich den Kopf um zu verstehen, warum im Fernen Osten die alte selbstzerstörerische Politik nicht nur fortgesetzt, sondern intensiviert wurde, nachdem wir doch in Europa der weiteren Ausdehnung der kommunistischen Macht ein „Bis hierher und nicht weiter" entgegengesetzt hatten. In Europa hatten wir gelernt, daß Koalitionen unter Einfluß der Kommunisten niemals zu einer demo-

kratischen Regierung führen. In China betrachtete unsere Regierung die Kommunisten aber weiter als „Liberale", die Moskau kein Treueverhältnis schuldeten, sondern eifrig bemüht wären, China nach demokratischen Prinzipien zu reformieren. General Marshall scheint diese Auffassungen in jeder Hinsicht unterstützt zu haben. So berichtete der Präsident in seiner Erklärung vom Dezember 1946:

„Ich ersuchte General Marshall, als mein Vertreter nach China zu gehen. Es bestand Einverständnis, daß meine Erklärung über die Auffassungen und die Politik der Regierung der Vereinigten Staaten in Bezug auf China als seine Direktive zu gelten habe. Bei Übernahme seiner Mission war General Marshall völlig darüber unterrichtet, daß die Beendigung des Bürgerkrieges, die Erweiterung der Grundlagen der chinesischen Regierung und die Schaffung eines geeinten demokratischen China rein chinesische Aufgaben waren. Er begab sich nach China, um als ein großer Amerikaner den Chinesen seine hervorragenden Fähigkeiten zur Verfügung zu stellen ... Wir müssen es tief bedauern, daß China noch nicht fähig war, seine Einheit mit friedlichen Methoden zu erreichen. Da General Marshall weiß, wie ernst das Problem und wie wichtig seine Lösung ist, verblieb er auf seinem Posten, obwohl die aktiven Verhandlungen von der Kommunistischen Partei abgebrochen worden sind. Wir sind bereit, einem China zu helfen, das in Richtung des Friedens und einer echten demokratischen Regierung voranschreitet."

Beim Lesen des China-Weißbuches ist man besonders von der Tatsache betroffen, daß General Marshall offenbar niemals die Tragweite des Ergebnisses seiner dreizehnmonatigen Mission in China für die Zukunft der Vereinigten Staaten begriffen hat. Nichts deutet darauf hin, daß er sich bewußt gewesen sei, ein Land zu vertreten, dessen Sicherheit in hohem Ausmaß vom Ausgang des „Bürgerkrieges" zwischen einer befreundeten Regierung und den Satelliten Stalins abhing; er scheint sich wie ein erleuchteter Missionar vorgekommen zu sein, der sich aus reiner Güte bemüht, einem unwissenden Lande den Frieden zu bringen. Ich beziehe mich hier auf die Stelle des Weißbuches (S. 186/87), an der es heißt, daß General Marshall den Vertretern der Kommunistischen Partei im September 1946 in Nanking sehr deutlich zu verstehen gab, „es könne nicht länger geduldet werden, daß die kommunistische Propaganda gleichzeitig mit den wiederholten kommunistischen Bitten um Fort-

setzung seiner Vermittlungsbemühungen infame Angriffe gegen seine persönliche Integrität und die Ehrbarkeit seines Zieles richte. Falls die Kommunisten seine Unparteilichkeit als Vermittler anzweifelten, so brauchten sie ihm das nur zu sagen und er würde sich unverzüglich von den Verhandlungen zurückziehen." War er sich denn nicht klar, daß diese Propagandaangriffe der chinesischen Kommunisten wie ihr ganzer Kurs von Moskau diktiert waren? Offenbar nicht, wie sich aus dem weiteren Bericht im Weißbuch ergibt: „In den Diskussionen über die Lage mit hochgestellten Vertretern der Nationalregierung wies General Marshall sie damals auf den heiklen Charakter der Situation und auf die Möglichkeit hin, daß die Kommunisten bei einer weiteren Verschlechterung der Lage gezwungen sein würden, Hilfe von außen, etwa von Rußland, zu suchen, daß sie von dieser Unterstützung abhängig werden würden, was dann die Aufgabe einer friedlichen Beilegung sehr viel schwieriger machen würde." Bei zahlreichen Gelegenheiten drohte er der Nationalregierung mit seiner Abreise, falls sie nicht seinen Rat annehmen und den Kampf gegen die Kommunisten einstellen wolle. Diese Drohung, daß die Vereinigten Staaten sich völlig am Ausgang des Konfliktes desinteressieren würden, zwang Tschiang Kai-schek gewöhnlich zum Nachgeben und zur Einstellung seiner siegreichen Offensiven — zum Nutzen der Kommunisten. Auch die folgende Stelle aus dem Weißbuch zeigt, daß General Marshall überhaupt nicht begriff, was für Amerika auf dem Spiele stand: „Nach seiner Meinung konnte er nicht während dauernder militärischer Feldzüge als Vermittler auftreten; er müsse vielmehr von Seiten der Nationalregierung positive Zusicherungen in Händen haben, daß eine vernünftige Basis für einen Kompromiß vorhanden sei, der Erfolgsmöglichkeiten biete." In diesem Sinne schrieb General Marshall am 1. Oktober an Tschiang Kai-schek: „Ich wünsche lediglich zum Ausdruck zu bringen, daß ich dem Präsidenten meine Abberufung und die Beendigung der Vermittlungsbemühungen der amerikanischen Regierung vorschlagen werde, falls nicht eine Grundlage für ein Abkommen über eine Beendigung der Kämpfe ohne weitere verzögernde Vorschläge und Gegenvorschläge gefunden wird." Nach derartigen Mitteilungen machte die Nationalregierung den Kommunisten immer weitere Zugeständnisse, die aber, wie man dies natürlich hätte erwarten müssen, zu nichts fruchteten. Die Kommunisten wurden nur noch unnach-

giebiger. Um die folgenden Ereignisse zu verstehen, muß hier unterstrichen werden, daß alle Zugeständnisse der Nationalregierung und das Anhalten ihrer Offensiven auf General Marshalls Verlangen lediglich dazu bestimmt waren, die Kommunisten für eine Beteiligung an einer Koalitionsregierung zu gewinnen. Diese aber lehnten die Kommunisten ab. So heißt es auf Seite 203 des Weißbuches: „Die Kommunistische Partei brachte zu jener Zeit keine logischen Argumente vor. Die Kommunisten hatten immer wieder behauptet, die militärische Führung auf Seiten der Regierung sei entschlossen, die Fragen durch Gewalt zu lösen; gleichzeitig aber riskierten die Kommunisten offenkundig eine Fortsetzung und Ausweitung der Kämpfe in der Hoffnung, daß die Regierung Zugeständnisse machen würde, um eine Beteiligung kommunistischer Delegierter an der Nationalversammlung zu erreichen." Auf Seite 209 wird festgestellt, daß die Kommunisten „jeden Vorschlag" zurückwiesen, den die Regierung ihnen auf Veranlassung von General Marshall und Dr. Stuart machte. Trotzdem heißt es auf der gleichen Seite weiter: „Es schien General Marshall klar zu sein, daß die Militärs in der Regierung die Oberhand hatten und daß sie durch und durch überzeugt seien, die Kommunisten würden ein etwaiges Abkommen nicht einhalten. Die starke politische Clique in der Kuomintang war fest überzeugt, die Kommunisten würden lediglich die Regierung sprengen, an der sie sich beteiligten." Der Nationalregierung wurden also Vorwürfe dafür gemacht, daß sie — nach den Erfahrungen der europäischen Regierungen — die Sprengabsichten der Kommunisten richtig erkannte. So heißt es auf Seite 210 des Weißbuches: „Zu jener Zeit legte ein hochgestellter Beamter der Regierung General Marshall die Notwendigkeit amerikanischer Finanzhilfe dar, um der ernsten Wirtschaftslage begegnen zu können. General Marshall erklärte ihm daraufhin mit allem Nachdruck, es sei nutzlos, von den Vereinigten Staaten zu erwarten, sie würden in das durch die Gewaltlösungs-Politik der Militärs geschaffene Vakuum Geld hineinschütten oder eine Regierung finanzieren, die von einer völlig reaktionären, nur auf eine ausschließliche Kontrolle der Regierungsgewalt bedachten Clique beherrscht wird."

General Marshalls Definition eines „Reaktionärs" entspricht etwa dem Sprachgebrauch der Kommunisten und ihrer „liberalen" Helfer. Wie sich aus seiner Abschiedsbotschaft vom 7. Januar 1947 ergibt, setzte er „reaktionär" mit „antikommunistisch"

gleich: „Auf Seiten der Nationalregierung, die in Wirklichkeit eine Kuomintang-Regierung ist, dominiert eine Gruppe von Reaktionären, die sich nach meiner Meinung fast allen meinen Bemühungen um Bildung einer echten Koalitionsregierung widersetzt haben. Sie haben ganz offen und öffentlich erklärt, eine Zusammenarbeit mit der KPCh innerhalb der Regierung sei für sie unvorstellbar und das Problem sei nur mit Gewalt zu lösen." Diese Erklärung hat General Marshall auch dann nicht verworfen oder zurückgezogen, als er nach seiner Ernennung zum Außenminister bei den Verhandlungen mit Molotow erfahren mußte, daß selbst für einen demokratischen Staatsmann wie ihn eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten unmöglich war. So lesen wir auf Seite 211 f des Weißbuches, die Kommunistische Partei habe praktisch eine amerikanische Vermittlung zurückgewiesen, erfahren aber an der gleichen Stelle, wie General Marshall sich weiter für eine „friedliche Regelung" einsetzte. Im Dezember 1946 hat er in einer langen Konferenz mit Tschiang Kai-schek ein appeasement um jeden Preis befürwortet. Die Kommunisten, so betonte er, seien militärisch und organisatorisch zu stark, um durch Feldzüge ausgeschaltet werden zu können; „deshalb hielt er es für ein zwingendes Gebot, sie in die Regierung einzubeziehen." Tschiang Kai-schek erwiderte, „er sei fest davon überzeugt, daß die Kommunisten niemals eine Zusammenarbeit mit der Nationalregierung beabsichtigten und daß sie unter russischem Einfluß lediglich das Ziel einer Sprengung der Nationalregierung verfolgten." Deshalb sei es notwendig, „die kommunistischen Truppen zu vernichten"; sei das geschehen, so würden nach seiner Meinung keine Schwierigkeiten mehr für die Behandlung der kommunistischen Frage bestehen. „Kurz aber energisch" antwortete General Marshall, die Nationalregierung sei zur Vernichtung der kommunistischen Truppen unfähig; „eher würde das Land vor dem vollständigen wirtschaftlichen Zusammenbruch stehen." In diesem Bericht des State Department wird nicht erwähnt, daß General Marshall selbst und die amerikanische Regierung einem solchen „wirtschaftlichen Zusammenbruch" hätten zuvorkommen können, wenn sie nicht ein Waffenembargo über China verhängt hätten. Bis zum Ende seiner Mission sah General Marshall über die russische Rückendeckung für die chinesischen Kommunisten einfach hinweg und glaubte — oder tat wenigstens so, als ob er glaubte — er habe zwischen zwei chinesischen „Par-

teien“ zu vermitteln. Für ihn bestand der Kern des ganzen Problems in der Frage der „Reformen“: „Die beste Verteidigung gegen den Kommunismus bestand nach General Marshalls Auffassung in der Durchführung von Reformen, die der bestehenden Regierung die Unterstützung des Volkes gewinnen würden. Er machte sich Sorgen über den destruktiven Einfluß der reaktionären Elemente in der Regierung und hatte den Eindruck, daß die Auffassungen des Generalissimus so tief verwurzelt und seine Bindungen an diese Gruppe so alten Datums seien, daß seine Trennung von den Reaktionären überaus schwierig sei.“ *) Den Trugschluß derartiger Ansichten hat General Mac Arthur mit einem Satz aufgedeckt: „Wir vermengten die überragenden strategischen Interessen der Vereinigten Staaten mit einem innerchinesischen Säuberungsproblem.“

General Marshall hat, soviel erscheint klar, nie begriffen, daß weder eine Bodenreform noch Wiederaufbau und Erweiterung der Industrie zur Linderung der chinesischen Armut während eines Bürgerkrieges mit den Kommunisten möglich waren, die nach besten Kräften die Produktionskapazität im Bereich der Nationalregierung zerstörten, getreu der bekannten kommunistischen Regel, jedes nichtkommunistische Regime am Funktionieren zu verhindern. Marshall scheint sich auch nicht klar gemacht zu haben, daß eine demokratische Regierung nicht über Nacht errichtet werden kann, indem man einen Verfassungsentwurf zu Papier bringt. In der Botschaft vom 7. Januar 1947, mit der er sich vor der Übernahme des State Department von China verabschiedete, hat General Marshall zugegeben, daß „die Nationalversammlung eine demokratische Verfassung angenommen hat“, und er hat weiter erklärt, es sei „ein Unglück, daß die Kommunisten sich nicht zu einer Beteiligung an der Nationalversammlung in der Lage sehen, da diese Verfassung alle wesentlichen von ihnen gewünschten Punkte umfaßt.“ Er gibt weiter zu, daß die Kommunisten — aber nur die, wie er sagt „in der Wolle gefärbten Kommunisten“ — auch vor den drastischsten Maßnahmen nicht zurückscheuen, um ihre Ziele zu erreichen, zum Beispiel „Zerstörung der Verkehrsverbindungen, um die Wirtschaft Chinas zu ruinieren und ohne Rücksicht auf die Leiden der unmittelbar betroffenen Bevölkerung eine Situation herbeizuführen, die den Sturz oder Zusammenbruch der Regierung erleichtern würde.“ Diese Feststellung wird aber sofort durch

*) Weißbuch S. 210

den Nachsatz eingeschränkt, die Kommunisten hätten für ihr Mißtrauen gegenüber der Führung der Kuomintang „gute Entschuldigungen." Aus den folgenden Absätzen ergibt sich dann, daß er immer noch die KPCh als eine normale politische Partei ansah, die aus Menschen mit verschiedenen Auffassungen zusammengesetzt sei, darunter einem guten Prozentsatz aufrichtiger „Liberaler". Diese Auffassung werde zwar mit dem Einwand bestritten, daß die viel zu strenge kommunistische Parteidisziplin keine Meinungsverschiedenheiten zulasse: „Trotzdem gibt es aber, scheint mir, eine wirklich liberale Gruppe unter den Kommunisten, vor allem unter den jungen Menschen, die sich, angeekelt von der Korruption in der Verwaltung, den Kommunisten zugewandt haben, Menschen, die das Interesse des chinesischen Volkes höher setzen als rücksichtslose Maßnahmen zur Verwirklichung der kommunistischen Ideologie in einer nahen Zukunft." General Marshall wollte eben nicht auf diejenigen hören, die durch Erfahrung und Beobachtung gelernt hatten, daß kommunistische Parteien keine Opposition, kein Abgleiten in Liberalismus zulassen. Deshalb schloß er seine Botschaft mit der Anregung, man solle den „Liberalen" die Führung der Regierung übertragen, und mit der Hoffnung, daß „die Tür für eine Beteiligung der Kommunisten oder anderer Gruppen offen bleibe."

General Marshalls Ablehnung einer Unterstützung der chinesischen Nationalregierung, falls sie sich nicht mit den Kommunisten einige, steht zu seiner Griechenlandpolitik als Außenminister in Widerspruch. Kurz nachdem er sein Amt übernommen hatte, empfahl er die Bewilligung von 400 Millionen Dollar für Griechenland, damit es die Kommunisten fernhalten könne — während er weiterhin der chinesischen Nationalregierung Hilfe verweigert, es sei denn, sie würde die Kommunisten aufnehmen! Und nicht nur das: bevor Außenminister Marshall sich im Frühjahr 1947 zur Moskauer Konferenz begab, verfügte er die Zurückziehung der amerikanischen Marine aus Nordchina, womit er die Nationalregierung auch noch des begrenzten Rückhalts beraubte, den ihre Anwesenheit bedeutet hatte. Am 2. April versicherte er Molotow, daß die amerikanischen Kräfte aus China abgezogen würden, „so schnell es der verfügbare Schiffsraum gestattet", ohne auch nur irgendein quid pro quo von Rußland in Europa einzuhandeln.

Noch am 10. März 1948, zwei Jahre nach seinem Abschied

von China, hat Außenminister General Marshall die Frage bejaht, ob Trumans Erklärung vom 15. Dezember 1945, die eine Einbeziehung der Kommunisten in die chinesische Nationalregierung verlangte, weiter gültig sei. Ganz natürlich zog die Presse daraus den Schluß, die Vereinigten Staaten setzten sich noch immer für eine Koalitionsregierung unter Beteiligung der Kommunisten ein. Diese Kommentare veranlaßten eine Erklärung des State Department, mit der die Verwirrung aber nur vergrößert wurde: „Im Hinblick auf Mißverständnisse bezüglich der Erklärungen des Außenministers über China auf seiner Pressekonferenz vom 10. März wird betont, daß der Außenminister sich auf die Erklärung Präsident Trumans vom 15. Dezember 1945 bezog. Darin war gesagt worden, daß nach Meinung der Vereinigten Staaten ‚Frieden, Einheit und demokratische Reformen in China gefördert werden, wenn die Grundlage der chinesischen Regierung durch Einschluß anderer politischer Elemente des Landes verbreitert werde.' Der Außenminister sagte, daß diese Erklärung noch gilt. Auf die bestimmte Frage, ob ‚Erweiterung der Regierungsgrundlage' eine Stellungnahme zu Gunsten der Einbeziehung der KPCh bedeute, antwortete er, daß die Kommunisten jetzt offen gegen die Regierung rebellierten und daß die Angelegenheit (einer Einbeziehung oder Nichteinbeziehung der Kommunisten) von der chinesischen Regierung zu entscheiden, nicht aber von der amerikanischen Regierung diktatorisch zu behandeln sei." An demselben 11. März 1948 äußerte sich auch Präsident Truman auf seiner Pressekonferenz im gleichen Sinne; ebenso wie das State Department wollte er „den Kuchen aufbewahren und essen", wie die Engländer sagen. Er bestätigte die Gültigkeit seiner Erklärung vom 15. Dezember 1945, widersprach sich aber selbst durch den Nachsatz: „Wir wünschen keine Kommunisten in der Regierung Chinas oder irgendwo sonst, wenn wir etwas dazu tun können."

Ein Amerikaner, der die Tatsachen kennt, kann die zweideutige Antwort Präsident Trumans auf einen Appell Tschiang Kai-scheks aus jener Zeit nicht lesen, ohne peinlich berührt zu sein. Tschiang Kai-schek hatte geschrieben: „Die allgemeine Verschlechterung der militärischen Lage Chinas kann auf eine Reihe von Faktoren zurückgeführt werden. Wirklich grundlegend ist aber die sowjetische Nichteinhaltung des chinesisch-russischen Freundschafts- und Bündnisvertrages, den die chine-

sische Regierung, wie sich Euer Exzellenz zweifellos erinnern werden, auf den wohlgemeinten Rat der amerikanischen Regierung hin geschlossen hat. Ich brauche kaum besonders zu betonen, daß die chinesischen Kommunisten ohne die dauernde sowjetische Hilfe nicht die Mandschurei hätten besetzen und nicht zu einer solchen Gefahr hätten werden können. Als Mitverteidiger der Demokratie gegen die Anschläge und die Infiltrationstaktik des Kommunismus in der ganzen Welt wende ich mich an Sie mit der Bitte um raschen und verstärkten militärischen Beistand und um eine feste Erklärung der amerikanischen Politik zur Unterstützung der Sache, für die meine Regierung kämpft. Eine derartige Erklärung würde die Moral der Truppe und der Zivilbevölkerung unterbauen und die Stellung der Regierung in der gewaltigen Schlacht stärken, die jetzt in Nord- und Mittelchina ausgefochten wird." *)

Präsident Truman verwies in seiner Antwort auf seine Erklärung auf der Pressekonferenz vom 11. März, „er wünsche keine Kommunisten in der chinesischen Regierung", auf die Erklärung General Marshalls, daß die Einbeziehung der Kommunisten in die Regierung von der chinesischen Regierung zu entscheiden, nicht von der amerikanischen Regierung zu diktieren sei, und daß er, Truman, glaube, diese Erklärungen und das Chinahilfegesetz „hätten die Stellung der amerikanischen Regierung klar gemacht." „Klarheit" war nun aber gerade das letzte, was diesen zweideutigen und widerspruchsvollen Erklärungen nachgesagt werden konnte. Vom chinesischen Standpunkt aus betrachtet, bedeuteten sie entweder, daß die amerikanische Regierung ihre eigene Politik nicht kenne oder daß sie noch immer Chinas Unterwerfung unter Sowjetherrschaft befürworte, sich aber bemühe, dies vor den amerikanischen Wählern zu verbergen. Tschiang Kai-schek und seine Armeen, die jetzt im verzweifelten Endkampf gegen Sowjetrußlands Satellitenkräfte standen, konnten sicherlich aus dieser ausgeklügelten Doppelzüngigkeit Präsident Trumans und Außenminister Marshalls nur wenig Trost ableiten. Auch die versprochene Hilfe, die vom Kongreß im April 1948 beschlossen war und auf die der Brief Präsident Trumans Bezug nahm, wurde nicht so rechtzeitig gewährt, um China zu retten. Dem State Department gelang es, wie an anderer Stelle im einzelnen bewiesen werden wird, die Absichten des Chinahilfegesetzes zu durchkreuzen,

---

*) Weißbuch S. 88

das vom 80. — republikanischen — Kongreß bewilligt worden war: die Munitionsverschiffungen nach China wurden bis zum Ende des schicksalhaften Jahres 1948 verzögert.

General Marshall hat im September 1950 vor dem Wehrausschuß des Senats, der seine Ernennung zum Verteidigungsminister zu bestätigen hatte, „jede persönliche Verantwortung für die Politik, die er 1946 in seiner Chinamission durchzuführen suchte", abgestritten. Er erklärte wörtlich: „Die Politik der Vereinigten Staaten wurde festgelegt, während ich mich auf der Reise nach China befand." Diese Ableugnung wird aber von Admiral Leahy und dem früheren Außenminister James F. Byrnes lebhaft angezweifelt. In der von Truman autorisierten Biographie des Präsidenten „The Man of Independence" (Philadelphia 1950) berichtet der Verfasser J. Daniels, Admiral Leahy habe ihm gesagt: „Ich war zugegen, als Marshall nach China abreiste. Er sagte, er werde Tschiang Kai-schek mitteilen, daß er mit den Kommunisten zusammengehen oder auf Hilfe von unserer Seite verzichten müsse. Das gleiche sagte er bei seiner Rückkehr. Ich glaubte beide Male, daß er Unrecht hatte." In seinen Erinnerungen „Offen gesprochen" (New York 1947) schreibt Byrnes: „Bevor Botschafter Hurley demissionierte, hatte das State Department eine Erklärung über die Chinapolitik vorbereitet, deren ersten Entwurf ich dem Botschafter wenige Tage vor seinem Rücktritt zeigte. Sobald Präsident Truman General Marshall zu seinem persönlichen Vertreter in China ernannt hatte, bat ich den General, diesen Entwurf zu studieren, damit er bei der endgültigen, zur Vorlage beim Präsidenten bestimmten Fassung behilflich sein könne. Am Sonntag vor meiner Abreise nach Moskau kamen Staatssekretär Acheson, General Marshall und Mitglieder seines Stabes in meinem Büro zusammen. Am Ende der Diskussion dieses Vormittags einigten wir uns über jenes Dokument, das anschließend vom Präsidenten gebilligt und der Öffentlichkeit am 15. Dezember (1945) übergeben wurde. Danach hat der Präsident die darin festgelegte Politik nicht mehr verändert, es sei denn auf Empfehlung General Marshalls oder mit seiner Zustimmung." Die Washington-Post, die zu den Bewunderern General Marshalls und zu den Befürwortern der amtlichen Chinapolitik gehört, stützt dieses Zeugnis von Byrnes in ihrem Leitartikel vom 1. September 1950: „General Marshall war bei der Aussprache im Wehrausschuß des Senates in seiner Zeugenaussage alles andere

als ehrlich, so daß der Bericht in der Frühausgabe der New York Times unter der Überschrift erschien: ‚Marshall rückt von der Chinapolitik ab' . . . Er fügte hinzu, die Politik sei in Washington gerade während seiner Reise nach China verkündet worden. General Marshall vermittelte den Senatoren den Eindruck, er habe einfach Instruktionen ausgeführt, ohne sie vorher diskutiert, geschweige denn gebilligt zu haben. Beim Zurückblättern stellen wir aber fest, daß General Marshall einen persönlichen Brief des Präsidenten mit sich führte, der die Politik in den folgenden Worten präzisierte: ‚Insbesondere wünsche ich, daß Sie sich bemühen, die chinesische Regierung zur Einberufung einer Konferenz von Vertretern aller wichtigeren politischen Elemente zu überreden, die eine Einigung Chinas und eine Einstellung der Feindseligkeiten besonders in Nordchina zustandezubringen hätte.' An einer anderen Stelle des Briefes sagt der Präsident, er sei unterrichtet, daß die Dokumente General Marshall vorgelegt und von ihm gebilligt worden seien. Der Präsident hat am 18. Dezember 1946 diese Politik erneut bekräftigt: ‚Ich bat General Marshall, als mein Vertreter nach China zu gehen. Wir waren übereingekommen, daß meine Erklärung über die Auffassungen und die Politik der amerikanischen Regierung in Bezug auf China ihm als Direktive zu dienen habe.' Wenn dies alles nicht bedeutet, was es sagt, dann ist der Präsident der Öffentlichkeit eine Erklärung schuldig. Die unvollständige Erklärung General Marshalls, wenn man nicht von einem Abrücken von der Politik des Präsidenten sprechen will, muß Truman in Verlegenheit setzen. Die Aussage General Marshalls wird und soll wohl auch von seinen republikanischen Kritikern als Beweis dafür aufgegriffen werden, daß er lediglich ein Werkzeug oder, wie Abgeordneter Judd es einmal ausdrückte, ‚getäuscht' war. Tatsache ist aber, daß Marshall nach den Worten des damaligen Außenministers Byrnes angewiesen war, Tschungking und Yenan zusammenzubringen, und daß er mit offenen Augen und aufnahmebereitem Verstand die Vorlagen des Präsidenten akzeptierte."

Man kann sich nur schwer der Schlußfolgerung entziehen, daß General Marshall sich mit der Regierungspolitik in voller Übereinstimmung befunden hat. In seinen Augen mag diese Politik auf die Bildung einer chinesischen Regierung nach dem Muster eines westlichen Koalitionskabinettes abgezielt haben — sie mußte aber China geradewegs in die Arme Moskaus treiben.

Kapitel II

ZU WENIG UND ZU SPÄT

Die Tatsachen über die „Chinahilfe“

Vor der wirklichen China-Politik der Vereinigten Staaten nach 1945, wie sie in großen Zügen im ersten Kapitel geschildert wurde, kann die Legende, daß China lediglich wegen des Versagens der Nationalregierung an die Kommunisten verlorenging, nicht bestehen. Überprüft man die Zahlen der „militärischen Hilfe“ für China, so kommt man zu dem Schluß, daß neben einem Zuviel an amerikanischer Einmischung zum Nutzen der Kommunisten der Mangel an Munition Stalin zum Siege verhalf. Der Umfang der amerikanischen militärischen Hilfe an China ist keine akademische Frage, die nur den Historiker zu interessieren braucht. Die Vergangenheit bestimmt die Zukunft. Wenn das amerikanische Volk die Tatsachen nicht kennt, kann es auch nicht über seine gegenwärtige Politik entscheiden. Wäre die Nationalregierung durch ihren eigenen Ballast zu Grunde gegangen, so könnte man logischerweise auch jede Belieferung der auf Formosa noch vorhandenen Truppen mit Waffen und Munition für zwecklos erklären. Wenn aber die antikommunistischen Kräfte in China durch einen militärisch überlegenen Gegner besiegt wurden, sollten wir sie heute nicht als Verbündete im Kampf um die Welt ablehnen.

Wer sich die Mühe macht, die Vorgänge und Dokumente zu studieren, kann die Erklärung Achesons nicht akzeptieren: „Es ist eine unglückselige, aber unausweichliche Tatsache, daß der unheilvolle Ausgang des Bürgerkrieges jenseits der Einwirkungsmöglichkeiten der Vereinigten Staaten lag. Nichts was unser Land tat oder innerhalb vernünftiger Grenzen seiner Fähigkeiten getan haben könnte, hätte dieses Ergebnis verändert, und ebenso hat kein Unterlassen von unserer Seite dazu beige-

tragen." *) Vielleicht hat Dean Acheson das registerlose Weißbuch nicht bis zur letzten 1054. Seite durchgelesen, aber gerade unter den kleingedruckten Anlagen befinden sich zahlreiche Dokumente, die in schreiendem Widerspruch zu den Worten des State Department im Textteil stehen.

In einem Brief an Senator Connally vom 15. März 1949 hat Acheson den Wert der amerikanischen Hilfe an China seit der Kapitulation Japans auf „über zwei Milliarden Dollar" beziffert: „Trotz des vom letzten Kongreß bewilligten jetzt laufenden Hilfsprogrammes und der sehr umfangreichen früheren amerikanischen Chinahilfe, die sich seit der japanischen Kapitulation auf über zwei Milliarden Dollar beläuft, hat sich die wirtschaftliche und militärische Stellung der chinesischen Regierung so weit verschlechtert, daß die chinesischen Kommunisten fast alle wichtigen Gebiete Chinas von der Mandschurei bis zum Jangtse in der Hand haben und militärisch in der Lage sind, schließlich auch Südchina zu beherrschen . . . Die chinesischen Regierungstruppen haben im vergangenen Jahr keine Schlacht aus Mangel an Munition und Ausrüstung verloren; vielmehr haben die chinesischen Kommunisten den größeren Teil der Ausrüstung — ausschließlich Munition — erbeutet, die der chinesischen Regierung seit der Kapitulation Japans von den Vereinigten Staaten geliefert worden war. Es gibt keinen Beweis dafür, daß die Lieferung weiteren militärischen Materials den Grundzug der gegenwärtigen Entwicklung in China ändern würde."

Dieser Erklärung muß man entnehmen, daß Amerika militärische und wirtschaftliche Hilfe im Werte von zwei Milliarden Dollar zum Kampf gegen den Kommunismus gewährte. Aber stimmt das? Um den wirklichen Umfang der militärischen Hilfe zu ermitteln, muß man zunächst die Gesamtsumme von zwei Milliarden Dollar in ihre einzelnen Teile zerlegen. Nach den Zahlen des Weißbuches (S. 1043/46) schließt Achesons Gesamtziffer für die Nachkriegshilfe 799 Millionen Dollar „Wirtschaftshilfe" und 797,7 Millionen Dollar „militärische Hilfe" ein, zusammen also etwas über 1,5 Milliarden Dollar. Die restliche Summe ist nicht spezifiziert; wahrscheinlich umfaßt sie die UNRRA-Unterstützung, die mit 474 Millionen Dollar angegeben wird. Der größte Einzelposten dieser 797,7 Millionen

*) Begleitbrief zu dem 1949 veröffentlichten Weißbuch über die „Beziehungen der Vereinigten Staaten zu China."

Dollar militärischer Hilfe sind 335,8 Millionen Dollar für „Dienstleistungen und Aufwendungen", die unter dem Titel „Nachkriegs-Pacht- und -Leihlieferungen" aufgeführt werden. Die „Dienstleistungen" bestanden in den Kosten für die Heimschaffung der eine Million oder mehr japanischer Soldaten in China und für den Transport nationalchinesischer Truppen in die befreiten Gebiete zur Entgegennahme der japanischen Kapitulation. Selbst nach Auffassung Präsident Trumans können diese „Dienstleistungen" nicht im eigentlichen Sinne als „Nachkriegs"-Pacht- und -Leihhilfe betrachtet werden, sondern müssen unter dem Titel Kriegsausgaben geführt werden.*) Die Transporte wurden ausschließlich von den amerikanischen militärischen Dienststellen durchgeführt, und Präsident Truman sagte am 15. Dezember 1945, die Summen dafür seien ausgegeben worden, „um die Entwaffnung und Evakuierung der japanischen Truppen in den befreiten Gebieten vorzunehmen." Dr. W. Judd, Mitglied des Repräsentantenhauses, bemerkte dazu im Parlament, daß wir ja Amerikaner hätten einsetzen müssen, wenn wir nicht die Chinesen zur Entgegennahme der japanischen Kapitulation transportiert hätten: „Wir haben dabei Geld gespart, denn es war billiger, Chinesen zu transportieren als Amerikaner und diese in jenen Gebieten zu versorgen." So müssen wir bei unserer Analyse der tatsächlichen militärischen Hilfe die 335,8 Millionen Dollar für die Entwaffnung und Heimschaffung der Japaner abziehen; es verbleiben dann 491,9 Millionen Dollar militärischer Nachkriegshilfe an China. Aber auch diese Zahl verringert sich durch Ausschaltung der nichtmilitärischen „Überschuß-Kriegsvorräte", die 1946 an China verkauft wurden und die Acheson ebenfalls in seine Gesamtsumme der „militärischen Hilfe" einbezieht: Präsident Truman hatte ja, wie im ersten Kapitel dargelegt, im Sommer 1946 ausdrücklich den Erwerb von Waffen und Munition zum Gebrauch im Kampf gegen die Kommunisten durch China verboten. So gehörten zu den Überschuß-Kriegsvorräten nur wenige Gegenstände, die für die Nationalregierung einen militärischen Wert

---

*) In seiner Erklärung vom 18. 12. 1946 bezifferte Truman die Pacht- und Leihhilfe an China während des zweiten Weltkrieges auf rund 870 Mill. Dollar; von der japanischen Kapitulation bis Ende Februar 1946 seien 600 Mill. Dollar aufgewandt worden, „hauptsächlich für Transportkosten". Damit sei das Versprechen erfüllt worden, China bei der Wiederbesetzung des Landes zu unterstützen. F.U.

hatten. Von der Gesamtsumme von 100 Millionen Dollar 1946 bestanden 40 % aus Intendanturvorräten und nur 3 Millionen Dollar aus Handfeuerwaffen und Munition, wie sie im Kriege gegen die Kommunisten gebraucht wurden.

Es ist allerdings auch anderes Kriegsmaterial geliefert worden, zum Beispiel großkalibrige Geschütze. Aber gerade diese konnten im Kampf gegen die Kommunisten nicht verwandt werden! Das gleiche gilt von den 500.000 Gasmasken zum Preis von 8 Dollar je Stück, die von der Nationalregierung wohl nur gekauft wurden, um den Gummi für den Zivilbedarf zu gewinnen. Wir kommen also nach Absetzung der „Dienstleistungen" und der 100 Millionen Dollar für nichtmilitärische Überschuß-Kriegsvorräte auf rund 360 Millionen Dollar für die militärische Nachkriegshilfe an China, eine Ziffer, die von der chinesischen Nationalregierung angefochten wird. Nach ihrer Aufstellung hat China vor dem Chinahilfsgesetz von 1948 (125 Millionen Dollar) „wirkliche militärische Hilfe" nur im Werte von 110 Millionen Dollar erhalten, zusammen also 225 und nicht 360 Millionen Dollar. Welche von den beiden Ziffern nun auch stimmt, die Gesamtsumme ist in in jedem Fall weit niedriger als die „Milliarden", die nach weitverbreiteter Meinung einfach vergeudet worden sind.

Die Unterlagen zeigen weiter, daß der größte Teil der den nationalchinesischen Truppen tatsächlich gewährten militärischen Hilfe zu spät eintraf. Die Munition für die durch das Chinahilfegesetz vom April 1948 zugeteilten 125 Millionen Dollar wurde erst neun oder zwölf Monate später geliefert — und da hatten die Kommunisten bereits den größten Teil Chinas erobert.

Vor einem Bericht über das Chinahilfegesetz müssen erst noch die Folgen des Waffenembargos General Marshalls 1946/47 untersucht und Präsident Trumans hartnäckig festgehaltene Auffassung behandelt werden, daß den antikommunistischen Truppen im sogenannten „Bürgerkrieg" keine Hilfe zu gewähren sei. Oberst a. D. L. D. Moody, der dem Artilleriekorps angehört hatte und später Mitglied der Donald-Nelson-Mission in China war, hat die Chinahilfe sehr gründlich untersucht. „In China", so sagte er in einer Rede in Washington am 11. April 1950, „existiert praktisch der gewaltige Aufwand an Artillerie, Panzern, Kraftwagen und Flugzeugen nicht, der bei westlichen Armeen üblich ist. Wer das Übergewicht an Infanteriewaffen

mit der dazugehörigen Munition hat, hält alle Trümpfe in seiner Hand. Das muß man berücksichtigen, um zu verstehen, daß die vorausgesehene und unvermeidliche Niederlage der nationalchinesischen Armeen auf ihren Mangel an diesen Dingen — der wiederum ein Ergebnis des Vorgehens der Vereinigten Staaten war — und der kommunistischen Überlegenheit darin zurückzuführen ist." Wie Oberst Moody angibt, besteht eine chinesische Division aus drei Infanterieregimentern mit 5.000 Gewehren, 12 leichten, durch Packtiere transportierten Granatwerfern und ergänzenden Nachrichten-, Sanitäts- und Transporteinheiten; drei derartiger Divisionen bilden eine chinesische „Armee". Waffen amerikanischen Typs haben insgesamt nur einen Bruchteil der chinesischen Bewaffnung ausgemacht. Wirkliche militärische Hilfe an China zur Bekämpfung des Kommunismus hätte also in der Lieferung von leichten Waffen mit der dazugehörigen Munition bestehen müssen. Aber eben dies „wurde den antikommunistischen Truppen von Amerika verweigert, wurde verzögert oder begrenzt. Nur beiläufig seien die Milliarden verschimmelter Zigaretten, die unbrauchbaren Kanonen, Bomben und Fahrzeuge von den pazifischen Inseln erwähnt, die mit anderen wirklichen oder angeblichen ‚Hilfslieferungen' in einer Reihe von Erklärungen des State Department, der Kommunisten und Linkskreise zusammengerechnet wurden, um den Eindruck zu schaffen, daß wir der Nationalregierung eine brauchbare Kampfausrüstung im Werte von hunderten von Millionen oder sogar einigen Milliarden Dollar geliefert hätten. Vom Beginn des japanischen Angriffes bis zum heutigen Abend bestand der vordringlichste Bedarf der nationalchinesischen Armee in den Worten von General Stilwell — in ‚Kugeln, verdammt nochmal, jawohl, Kugeln'."

Oberst Moody lenkte die Aufmerksamkeit seiner Hörer auch auf die Tatsache, daß die kommunistischen Angaben über ihre eigenen Verluste die populäre Annahme widerlegen, die Nationaltruppen hätten wegen schlechter Moral verloren. Nach Berichten des chinesisch-kommunistischen Oberkommandos sind in den drei Jahren des Bürgerkrieges vom Juli 1946 bis Juli 1949 1,233.600 Mann getötet oder verwundet worden: mehr als die amerikanischen Gesamtverluste im zweiten Weltkrieg betragen.

General Marshalls Verbot der Waffenausfuhr nach Nationalchina wurde erst im Juli 1947 aufgehoben, als das State Department der chinesischen Regierung den Ankauf von 130 Millionen

Patronen Kaliber 7,92 mm gestattete: ein Dreiwochenbedarf. Tschiang Kai-schek hatte sich ein ganzes Jahr lang um diese Genehmigung bemühen müssen, obwohl diese Munition, die während des Krieges nach chinesischen Angaben hergestellt worden war, an niemand anderen verkauft werden konnte. Eine weitere kleine Gefälligkeit wurde den Nationaltruppen 1947 erwiesen: als die Marine ihre Schiffe aus China zurückbeorderte, übergab man ihnen eine Sechstageration für ihre 0,30 Zoll-Waffen. Nach den Berechnungen von Oberst Moody belief sich der Munitionsbestand der Nationalchinesen unter Annahme des Durchschnittsverbrauchs auf einen 22-Tage-Vorrat für die 7,92 mm Gewehre und auf einen 36-Tage-Vorrat für ihre (amerikanischen) 0,30 Zoll-Gewehre.

Mit dem Waffenembargo wurde nicht zum erstenmal den antikommunistischen Truppen Kriegsmaterial vorenthalten. Schon vor der japanischen Kapitulation, als riesige deutsche Vorräte an Waffen und Munition der von den Nationaltruppen verwandten Typen verfügbar wurden und ihnen ohne Belastung des amerikanischen Steuerzahlers hätten geliefert werden können, wurde diese Hilfe verweigert. Die nationalchinesische Standardmunition war die gleiche wie für das deutsche 7,92 mm-Gewehr. Hätte die Regierung den Wunsch gehabt, ein „starkes, unabhängiges und befreundetes China" schaffen zu helfen, hätten also der Nationalregierung nach der Niederlage Deutschlands beträchtliche Mengen kostenlos geliefert werden können. Eine Lieferung leichter deutscher Waffen und Munition an China wurde nach dem 9. Mai 1945 von General Wedemeyer dringend empfohlen und der Transport wurde auch vom Generalstab der drei Wehrmachtsteile gebilligt. Eine erste Ladung von 20.000 Gewehren hatte auch tatsächlich einen deutschen Hafen verlassen, wurde aber auf dem Wege nach China durch einen Befehl angehalten, den Lauchlin Currie auf Briefbogen des Weißen Hauses unterzeichnet hatte, und der eine derartige Hilfe an China verbot. So landete ein Teil dessen, was so leicht an China hätte gegeben werden können, in den Händen der Russen in der Ostzone Deutschlands, und der Rest wurde vernichtet. Aber das ist nicht der einzige Beweis dafür, daß die Regierung von Anfang an in der Unterstützung Chinas bei seinem Widerstand gegen die russische Aggression versagt hat. Nach der japanischen Kapitulation wurden Pacht- und Leihlieferungen von Indien nach China angehalten und große Mengen von Munition

und Ausrüstung, die für China bestimmt waren, wurden vernichtet. Kleinkalibermunition wurde gesprengt und 120 Tonnen Munition für größere Kaliber wurden in den Indischen Ozean versenkt.*) Dieses „Unternehmen Vernichtung" kostete 25 Amerikanern und 125 Indern das Leben. Aber sogar diese vernichtete Munition ist in die Aufrechnung mit einbezogen, die China über „Pacht- und Leihhilfe vor der japanischen Kapitulation" präsentiert wird.

Was hier angeführt wurde, ist nur ein kleiner Teil des Beweismaterials dafür, daß sowohl dem Kongreß wie dem amerikanischen Volk die Wahrheit über die Chinahilfe vorenthalten wurde.

Das Weißbuch unterstreicht die China Anfang 1948 dadurch gewährte Hilfe, daß der Nationalregierung gestattet wurde, zu Gelegenheitspreisen die auf den pazifischen Inseln verkommenden Lagerbestände zu kaufen, aber es erwähnt nicht, daß die China im Januar 1948 zur Verfügung gestellte Munition hauptsächlich aus Typen bestand, die für die nationalchinesischen Truppen unbrauchbar waren. Die genaue Analyse Oberst Moodys zeigt, daß insgesamt nur 3 % zu den verlangten Armeetypen und nur 2 % zu brauchbaren Luftwaffentypen gehörten, und daß nicht einmal dieser Teil vollständig verwendbar war. Von den angeforderten Patronen für die Gewehre und Maschinengewehre amerikanischen Ursprungs waren nur 52.000 aufzutreiben — 0,0025 % der Gesamtlieferung. Gewisse andere verwendbare Leichtwaffenmunition brachte die Gesamtmenge auf 63 Tonnen, weniger als 0,66 % der Gesamtlieferung: und das in der Zeit, in der die antikommunistischen Truppen in China mit halbleeren Patronengurten in den Kampf zogen. Die Chinesen kauften die ihnen Anfang 1948 zu Gelegenheitspreisen zur Verfügung gestellten 10.000 Tonnen Munition mit eigenen Mitteln, obwohl nur wenig davon ihren Anforderungen entsprach; sie hofften, das Übrige später verwenden zu können. So kauften sie z. B. einen Stapel großkalibriger Granaten, um den darin enthaltenen Sprengstoff für bergbauliche oder andere industrielle Zwecke, beziehungsweise zur Ladung der in ihren

---

*) Diese Zahl wurde von General W. O. Reeder bestätigt, jetzt zweiter stellvertretender Generalstabschef und früher Kommissar der Auslandsliquiditation auf dem indisch-burmesischen Kriegsschauplatz, zitiert von P. Edson in seinem Artikel für de Scripps-Howard-Blätter am 3. II. 1951. F. U.

Arsenalen hergestellten Munition verwenden zu können. Durch diese Käufe ermöglichten sie es dem State Department, von gewaltigen Munitionslieferungen zu sprechen, die zum Kampf gegen die Kommunisten zur Verfügung gestellt worden seien, ohne daß dies mit den Tatsachen übereinstimmte.

In der Zeit vom Dezember 1947 bis November 1948, als die mit dem Chinahilfegesetz bewilligten Munitionslieferungen eintrafen, belief sich die Gesamtmenge der an die Chinesen verkauften amerikanischen Überschußmunition auf einen Monatsbedarf für die tatsächlich vorhandenen Waffen. Die chinesischen Rüstungsbetriebe konnten lediglich 7—8 % des Bedarfs decken. Oberst Moody veranschlagt deshalb die in China hergestellte und die amerikanische Gewehr- und Maschinengewehrmunition der Käufe von 1948 auf den Bedarf von etwa 63 Kampftagen.

Abgesehen von diesen durch einen Artilleristen festgestellten Tatsachen widersprechen auch diplomatische Berichte aus China an das State Department der Erklärung Achesons in seinem Begleitbrief zum Weißbuch, daß „die nationalchinesischen Armeen während des kritischen Jahres 1948 nicht eine einzige Schlacht aus Mangel an Waffen und Munition verloren haben.“ Botschafter Dr. Leighton Stuart berichtete häufig über die kritische Situation der nationalchinesischen Truppen und über ihren verzweifelten Munitionsmangel. Einige Bespiele: „Personen, die mit den nationalchinesischen Truppen in den ländlichen Gebieten in direktem Kontakt stehen, melden, daß die Versorgung mit leichten Waffen und Munition nicht zur Bewaffnung aller Soldaten ausreicht“ (1. Juli 1947). „Die politische, militärische und wirtschaftliche Lage der Zentralregierung hat sich in den letzten Monaten entsprechend den früheren Erwartungen weiter verschlechtert. Das Zusammentreffen des Ausbleibens der von der Wedemeyer-Mission erwarteten substantiellen Finanz- und Militärhilfe und der erneuten kommunistischen militärischen Aktivität verstärkt gegenwärtig die chinesische Neigung zur Panik in Krisenzeiten“ (20. September 1947). Diese in den Anlagen des Weißbuches veröffentlichten Depeschen sind keine Stütze für die Erklärung, mit der sich Acheson am 20. März 1947 vor dem Außenpolitischen Ausschuß des Repräsentantenhauses gegen eine militärische Hilfe und Beratung Chinas aussprach: „Die chinesische Regierung befindet sich gegenwärtig nicht in der gleichen Lage wie die griechische. Sie ist nicht auf dem Wege zum Zusammenbruch und nicht in Gefahr, von den

Kommunisten besiegt zu werden. Der Krieg mit den Kommunisten geht genau so weiter wie seit 20 Jahren."

Weiter berichtet Botschafter Stuart am 5. Februar 1948: „Die Lage muß unbedingt Pessimismus hervorrufen. Falls amerikanische Hilfe in angemessenem Umfang und brauchbarer Form erfolgt, kann sie sich rasch zu unseren Gunsten wenden... Werden unsere Pläne aber als unzureichend, unbrauchbar oder unwirklich beurteilt, so ist es mehr als wahrscheinlich, daß sich daraus eine Ablehnung gegen uns bei gewissen Elementen in der Regierung ergibt. Diese Abneigung kann sehr wohl zur Ablösung der gegenwärtig vorherrschenden Elemente durch jene Gruppe führen, die eine Vereinigung mit den Kommunisten durch Vermittlung der Sowjetunion anstrebt." Am 17. März 1948: „In ihrer Verzweiflung machen alle Gruppen Amerika den Vorwurf, daß es auf Strukturwandlungen oder Reformen drängt, die sie gern durchführen würden, wären nur ihre innerpolitischen Probleme nicht so dringend, während Amerika noch immer die lange versprochene Hilfe verzögert, von der das Überleben der demokratischen Institutionen abhängt." Am 31. März 1948: „Das chinesische Volk hat nicht den Wunsch, kommunistisch zu werden, aber es sieht die kommunistische Flut unwiderstehlich heranrollen. Inmitten dieses Chaos und der Untätigkeit ragt der Generalissimus als die einzige aktionsfähige moralische Kraft hervor." Und am 10. August 1948 schrieb Botschafter Stuart, selbst in Panik versetzt durch den bevorstehenden „Erfolg" der auf eine Koalitionsregierung abzielenden Marshall - Acheson - Politik: „Obwohl gegenwärtig irgendeine Form der Koalition sehr wahrscheinlich ist, halten wir sie vom Standpunkt der Vereinigten Staaten aus für höchst unerwünscht. Wir sagen dies, weil die Geschichte aller Koalitionen mit den Kommunisten allzu deutlich die kommunistische Fähigkeit erweist, durch politische Machenschaften die volle Regierungskontrolle an sich zu reißen und im weiteren Verlauf eine Art internationale Anerkennung zu gewinnen... Wir empfehlen deshalb, daß die amerikanischen Anstrengungen darauf gerichtet werden, die Bildung einer Koalitionsregierung zu verhindern. Das beste Mittel dazu ist eine Fortsetzung und, wenn möglich, eine Verstärkung der Unterstützung der gegenwärtigen Regierung."

Ein paar Monate später fragte der chinesische UNO-Delegierte Dr. T. F. Tsiang in Paris Außenminister Marshall, ob

irgendetwas die Vereinigten Staaten zur Hilfe für China veranlassen könne. Er bot an, amerikanische Offiziere „unter dem Scheintitel von Beratern" mit dem effektiven Kommando über chinesische Truppen zu betrauen. Er bat um Munition und schließlich fragte er General Marshall, „ob es ratsam sei, daß die chinesische Regierung an die UNO appelliere, weil die Sowjets japanisches und koreanisches Militär ausbildeten und ausrüsteten."*) General Marshall erklärte sich bereit, Dr. Tsiangs Wünsche und Vorschläge nach Washington weiterzuleiten, jedoch „ohne eine Ermutigung zu bieten." Er wies vielmehr den chinesischen Vorschlag eines Appells an die UNO mit der Bemerkung zurück: „Ich hielt ein solches Vorgehen nicht für ratsam und erörterte mögliche sowjetische Schritte, daraus Vorteil zu ziehen, statt es zu durchkreuzen."

Vielleicht war die Ablehnung des von Tschiang Kai-schek erbetenen militärischen Rates von seiten unserer Regierung für die Kommunisten noch nützlicher als das frühere Waffenembargo. Die nationalchinesischen Armeen waren an Kopfzahl riesig groß, aber sie hatten keine zur Führung großer Einheiten befähigte Generäle. Tschiang Kai-schek wußte dies und bat deshalb Amerika, Offiziere nach China abzukommandieren, die den antikommunistischen Kräften die gleiche Hilfe bringen sollten, wie die Russen sie den kommunistischen Armeen gaben. Aber dieses Ersuchen — um die gleiche Hilfe, wie wir sie Griechenland gewährten — wurde ignoriert.

Bei seiner Erklärung, daß die nationalchinesischen Truppen 1948 nicht eine Schlacht aus Mangel an angemessener Bewaffnung verloren hätten, berief Acheson sich auf „unsere militärischen Beobachter an Ort und Stelle". Aber unsere „militärischen Beobachter", das heißt die amerikanische Militärmission, waren in Wirklichkeit nicht „an Ort und Stelle"; sie saßen in Nanking, dank Acheson. Am 24. August 1949 sagte er in einer Presseerklärung, daß die amerikanischen militärischen Berater in China nicht die Erlaubnis hätten, in die Operationen einzugreifen, weil der Kongreß eine Einbeziehung der „griechisch-türkischen Klausel" in das Chinahilfegesetz abgelehnt habe. In Wirklichkeit war es aber das State Department, das die Streichung veranlaßte. Das Repräsentantenhaus hatte sie eingefügt und der Senat strich sie wieder auf Verlangen des State Department, allerdings erst, nachdem das State Department versichert

*) Weißbuch, S. 878.

hatte, das Gesetz werde durchgeführt werden, „als ob die türkisch-griechische Klausel darin enthalten sei." Nachdem das State Department also den Senat veranlaßt hatte, die vom Repräsentantenhaus beschlossene Bestimmung „aus diplomatischen Gründen" zu streichen, und nachdem es versprochen hatte, daß den nationalchinesischen Truppen trotzdem militärischer Rat zuteil werden würde, handelte es dann nach dem Buchstaben des Gesetzes unter Außerachtlassung seines eigenen Versprechens gegenüber dem Senat. Im Herbst 1948 berichtete W. C. Bullitt nach seiner Rückkehr von einem Chinabesuch, daß die „zur Unterstützung Tschiang Kai-scheks entsandte sogenannte Mission" angewiesen war, den Generalissimus in Bezug auf die Operationen „nicht zu beraten". Der frühere Botschafter und Vertraute F. D. Roosevelts erklärte weiter, daß „etwa die Hälfte der 1500 Mann ‚Militärmission' aus fellow-travellers und Kommunistenfreunden bestand". Auch wenn diese Zahl nicht stimmt, so hat es doch den Anschein, als ob die Militärmission lediglich als „Schaufensterstück" nach China entsandt war, um der Opposition im Kongreß Genüge zu tun. Da ihr verboten war, den nationalchinesischen Truppen strategische oder taktische Ratschläge zu erteilen, hatte sie keine triftige Funktion.

Chef der amerikanischen Beratergruppe in Nanking war Generalmajor D. G. Barr. Im April 1948 empfahl er als dringende Notstandsmaßnahme die Lieferung von 243 Millionen Patronen. In seinem Bericht von 1949, der im Weißbuch wiedergegeben ist, verweist er auf die „begrenzten Hilfsquellen" der Nationaltruppen und auf die sich daraus für die ihnen so aufgezwungene Verteidigungsstrategie ergebenden Schwierigkeiten. Die Luftwaffe, sagt er, „muß sich dauernd überlegen, ob sie das Risiko eines Mannschafts- und Materialverlustes eingehen kann". General Barr, der wirklich „an Ort und Stelle" beobachtete, war offenkundig nicht der Meinung Achesons und des State Department, daß die Nationalregierung wegen der durch ihre Korruption verursachten schlechten Truppenmoral von den Kommunisten besiegt worden sei. In seinem Bericht führt er im Gegenteil ihre riesigen Verluste darauf zurück, daß sie sich nicht an das Wort „Vorsicht ist der bessere Teil der Tapferkeit" gehalten hätten: sie waren nicht zu überzeugen, daß man sich bei weit überlegenen gegnerischen Kräften und sicher bevorstehender Isolierung und Niederlage aus Städten und vorbereiteten Stellungen zurückziehen muß, solange dazu noch eine Möglich-

keit besteht. In einigen Fällen lehnten sie einen Rückzug aus politischen Gründen ab; im allgemeinen aber waren sie überzeugt, daß sie auch durch Defensive allein, und zwar, wenn nicht anders, durch Abnützung den Feind besiegen könnten. General Barr unterstreicht auch die Tatsache, daß die nationalchinesischen Armeen mit einer „ungesunden Strategie belastet waren“ und den Grundfehler begingen, die Kontrolle über die Mandschurei gewinnen zu wollen, was „über ihre Transport- und Nachschubmöglichkeiten hinausging“. Er erwähnt weiter, daß der notwendige Bahnschutz unvermeidlich zu einem Nachlassen des Offensivgeistes führte, weil die dazu eingesetzten Truppen sich „aus Kampftruppen zu Etappentruppen“ entwickelten. General Barr gibt in seinem Bericht auch eine Antwort auf die so eifrig propagierte Anschuldigung, die nationalchinesischen Truppen hätten ihre Ausrüstung den Kommunisten in die Hände fallen lassen. Die Chinesen, die seit vielen Generationen ein mageres Leben führen, haben eine besondere Fähigkeit entwickelt, auch aus dem, was wir als Abfall betrachten, noch etwas Brauchbares zu machen. Dabei haben sie, wie General Barr sich ausdrückt, eine gleichsam „angeborene“ Unfähigkeit entwickelt, irgendeinen Wertgegenstand zu vernichten. General Barr führt die Nichtzerstörung von Kriegsmaterial bei Kapitulationen oder Rückzügen auf diese Charaktereigenschaft zurück. Es sei hier auch angemerkt, daß Acheson selbst in seinem zu Beginn des Kapitels zitierten Brief an Senator Connally einräumt, die Kommunisten hätten keine Munition der Nationaltruppen erbeutet, was darauf hindeutet, daß diese nur aus Mangel an Munition kapitulierten.

General Barr räumt übrigens auch durch eine Bemerkung mit der Annahme des State Department auf, die chinesischen Kommunisten seien in erster Linie Chinesen und erst dann Kommunisten. Im Zusammenhang mit den die nationalchinesischen Armeen schwächenden Nationaleigentümlichkeiten sagt er, die Kommunisten hätten sie dadurch unterdrückt, daß sie „ihre kommunistische Ideologie geradezu zu einem Fetisch machten“.

Der Bericht über die Chinahilfe muß aber noch vervollständigt werden. Wie schon erwähnt, war das Waffenembargo General Marshalls im Sommer 1947 aufgehoben worden. Die geringe Menge von Munition, die China danach kaufen durfte, wurde von der chinesischen Regierung als die einzige wirksame Hilfe im Kampf gegen die Kommunisten betrachtet, die Amerika ihr

seit der Marshall-Mission hatte zukommen lassen. Schließlich wurde unsere Regierung durch den 80. Kongreß mit seiner republikanischen Mehrheit gezwungen, einen Betrag von 125 Millionen Dollar für militärische Hilfe in das Chinahilfegesetz aufzunehmen, das ursprünglich lediglich als Wirtschaftshilfsprogramm eingebracht worden war. Trotzdem konnte sich die chinesische Regierung, wie ebenfalls schon erwähnt wurde, die so verzweifelt benötigte Munition nicht vor Jahresende beschaffen. Am 5. April 1948 hatte der chinesische Botschafter in Washington den ersten Schritt unternommen, damit das Gesetz durchgeführt werde. Zwei volle Monate vergingen mit vergeblichen Bitten der Chinesen, ihren Bedarf bekanntgeben und mit den vom Kongreß dafür bewilligten Geldern Einkäufe tätigen zu können. Erst nachdem Präsident Truman am 2. Juni einen sehr deutlich gehaltenen Brief von Senator Bridges, dem Vorsitzenden des „Wachhund"-Komitees, erhalten hatte, erteilte er am gleichen Tage Außenminister Marshall und dem Schatzamt Anweisungen, wie bei der Verwendung der China bewilligten Summe zu verfahren sei. General Marshall ließ nochmals drei Wochen verstreichen, bis er am 28. Juni den chinesischen Botschafter unterrichtete.

Aber selbst dann konnten die Chinesen nicht Waffen und Munition erwerben, weil der Präsident lediglich kommerzielle Transaktionen autorisiert hatte, die erforderliche Munition jedoch nur aus Regierungbeständen zu haben war. So verging ein weiterer Monat, bis der Präsident mit einer Verfügung die Regierungsstellen anwies, der chinesischen Regierung Kriegsmaterial aus eigenen Beständen abzugeben oder zu beschaffen. Das State Department hatte wenig Veranlassung, sich — ein Jahr später — auch noch zu rühmen, daß China dank seiner Initiative am 28. Juli beliefert worden sei: seit dem Chinahilfegesetz waren immerhin vier Monate vergangen. Bei normaler Erledigung und rechtzeitiger Überweisung der durch das Gesetz angewiesenen Gelder hätten die Lieferungen wenigstens der einfacheren und am dringendsten benötigten Dinge wie Gewehre, Maschinengewehre und Munition bereits Ende April beginnen können. Hätte die Regierung wirklich die kommunistische Flut in China aufhalten wollen, so würde sie rascher gehandelt haben. Es sei lediglich daran erinnert, daß die amerikanischen Lieferungen an England nach Dünkirchen innerhalb einer Woche in Gang gesetzt wurden, nachdem Churchills verzweifelter Hilfe-

ruf bei Roosevelt eingetroffen war, obwohl dieses schnelle Handeln ein sehr viel komplizierteres Verfahren notwendig machte, als es bei den vom Kongreß bewilligten Geldern der Fall war: um die Lieferungen an England mit den bestehenden Gesetzen in Einklang zu bringen, mußte die Munition erst einer privaten amerikanischen Firma verkauft werden, die sie dann ihrerseits an die Engländer weiterverkaufte.

Selbst wenn es sich nur um eine sehr kleine Waffen- und Munitionsmenge gehandelt hätte, eine unverzügliche Verschiffung würde die chinesische Moral gewaltig erhöht haben. Die Chinesen hätten darin den handgreiflichen Beweis amerikanischer Unterstützung und die Preisgabe der „Hände-weg"-Politik Marshalls und Achesons gesehen, die so sehr dazu beigetragen hatte, den Schwung der antikommunistischen Kräfte zu lähmen. Man kann Vizeadmiral R. S. Berkley nur zustimmen, der am 15. Mai 1950 sagte: „Die Rotchinesen würden noch immer nördlich der Großen Mauer stehen, wenn bestimmte vom Kongreß vor zwei Jahren bewilligte Waffen rechtzeitig die Nationalchinesen erreicht hätten. Aus irgendwelchen Gründen dauerte es aber neun Monate, bis sie nach China gebracht wurden. Irgendwo hat irgend jemand in den Vereinigten Staaten sich verzögernd und verschleppend in die Angelegenheit eingemischt, und es ist niemals erklärt worden, warum dieses Material nicht rechtzeitig ankam."

In der Tat war auch Ende Juli von laufenden Lieferungen noch nicht die Rede. Vom State Department ging die Angelegenheit an das Heeresministerium, das einige Wochen für „einschlägige Untersuchungen" über Verfügbarkeit und Preise verlangte. Aus diesen Wochen wurden fast drei Monate. Als den Chinesen Ende September die Preisliste vorgelegt wurde, stellten sie fest, daß ihnen fünf- bis zehnmal mehr abgefordert wurde als den rund dreißig Nationen, die Munition in den Vereinigten Staaten kaufen durften. Diese drastische Kürzung der erwarteten Menge zwang die Chinesen, neue Listen aufzustellen, was einen weiteren, wenn auch kürzeren Verzug bedeutete. Jetzt teilte das Heeresministerium aber den Chinesen mit, daß sie Lieferungen nicht vor Anfang 1949 erwarten konnten. Wenn dann doch das erste Schiff mit Waffen „schon" am 9. November 1948 aus Seattle auslief, so ging das auf eine Anweisung Präsident Trumans zurück, die Sache zu beschleunigen. Die Verzögerung der Waffenlieferungen war nämlich zu einem Wahl-

kampfthema geworden. Aber im November hatten die Kommunisten bereits den größeren Teil Chinas erobert.

Es wäre ein Irrtum, anzunehmen, daß Trumans neue Direktive nun eine rasche Abwicklung gewährleistet hätte. Weitere Untersuchungen über „Verfügbarkeit", Fragen der Priorität, der Ausfuhrlizenzen usw. schufen neue Verwicklungen, so daß am 30. April 1949, dreizehn Monate nach Verabschiedung des Chinahilfegesetzes, fast ein Viertel der Lieferungen noch nicht abgewickelt war, obwohl die Gesamtmenge schließlich auf ein Achtel der erwarteten zusammengeschmolzen war. Der Kongreß und die chinesische Regierung hatten es als selbstverständlich angenommen, daß den Lieferungen mindestens die den Griechen und Türken angerechneten Preise zugrundegelegt werden würden, wenn man schon von den auf zehn Prozent des Listenpreises festgesetzten Preisen abging, zu denen mehr als dreißig andere Nationen Überschußmunition erwerben konnten. Statt dessen wurden von den Chinesen Preise verlangt, die teilweise mehr als das Doppelte, im Durchschnitt 150 Prozent der Fabrikpreise für neue Munition betrugen. Von Privatfirmen durften die Chinesen aber nicht kaufen: sie mußten die Monopolpreise des Heeresministeriums akzeptieren.*)

Im Januar 1949 überließ die Armee schließlich auch China einige veraltete Waffen zu den gleichen billigen Überschußpreisen wie anderen Nationen; Panzer zum Beispiel, die vorher China mit 32 154 Dollar angerechnet worden waren, wurden jetzt zum „europäischen" Preis von 1072 Dollar abgegeben — eine Herabsetzung vom Dreifachen auf ein Zehntel des Kostenpreises.

Die Verzögerungen, Erschwerungen und Preiserhöhungen, die den Sinn des Chinahilfegesetzes zunichte machten, entsprangen einer bestimmten Absicht. Das ergibt sich aus dem Brief Botschafter Stuarts aus Nanking an Außenminister Marshall vom

* Um eine Vorstellung von diesen Preisen zu geben, sei auf folgende Tabelle verwiesen:

	Listenpreis	Überschußpreise f. andere Nationen	Chinapreis
	$	$	$
Panzerfäuste	36,25	3,65	162,00
Gewehre, Kaliber 0,30	51,00	5,10	51,00
Gewehrmunition	45,55	4,55	85,00
Maschinengewehrmunition	45,85	4,58	95,00

10. Mai 1948: „Die Botschaft stimmt zu, daß der Druck verstärkt werden soll", obwohl „die günstige Verhandlungsposition gegenüber der chinesischen Regierung sich seit Verabschiedung des Chinahilfegesetzes verändert hat." Der Botschafter empfahl deshalb, bei den Verhandlungen über die Durchführung der Lieferungen keine Eile an den Tag zu legen und die Vorbesprechungen bis zum 1. Juni auszudehnen. So würde man auch in Erfahrung bringen können, wer an die Spitze der für Reformen zuständigen Ministerien treten werde, und die Periode für das Ansetzen des „Druckes" zugunsten von Reformen werde verlängert. Botschafter Stuart hat es sich, wie aus dem Weißbuch hervorgeht, auch sonst angelegen sein lassen, die Hoffnungen der chinesischen Regierung nach der Verabschiedung des Chinahilfegesetzes herabzustimmen. Am 17. Juli 1948 berichtet er über eine Unterredung mit Tschiang Kai-schek, in deren Verlauf er ihn vor der Annahme warnte, die amerikanische Öffentlichkeit begünstige eine Unterstützung der chinesisch-antikommunistischen Kräfte: „Ich sagte Tschiang Kai-schek, daß Gouverneur Deweys Ankündigung einer verstärkten Chinahilfe eine Menge unfreundlicher Pressekommentare hervorgerufen habe, und ich übergab seinem Sekretär als Beweis die letzte amtliche Presseschau zu diesem Punkt." Dr. Stuart liebte die Chinesen und war ihnen wohlgesinnt; trotzdem konnte er sich anscheinend nicht zwischen den Geboten des praktischen gesunden Menschenverstandes und seinen „liberalen" Neigungen entscheiden. Wie seine Berichte zeigen, schwankte er zwischen der Überzeugung, die Nationalregierung könne nur durch Reformen gerettet werden, und der Einsicht hin und her, daß sie nur wenig Zeit oder Gelegenheit zu wirklich demokratischen Regierungsformen hatte, während ganz China von der Gefahr der Überwältigung durch die kommunistische totalitäre Tyrannei unmittelbar bedroht war. Der Botschafter schickte lange Depeschen voller Klagen über die Versäumnisse der Nationalregierung und warnte gleichzeitig vor den verhängnisvollen Auswirkungen einer kommunistischen Eroberung Chinas.

Es läßt sich nicht „beweisen", aber vieles spricht dafür, daß China gerettet und damit auch der Korea-Krieg vermieden worden wäre, wenn die vom Kongreß für China bewilligte Munition den Nationaltruppen sofort geliefert worden wäre.

Über die Wirtschaftshilfe für China in dieser Periode genügen ein paar kurze Bemerkungen. Selbst wenn diese Hilfe noch so

umfangreich gewesen wäre, sie hätte den kommunistischen Sieg nicht verhindern können. Der größte Teil der amerikanischen Wirtschaftshilfe an China in der Nachkriegszeit bestand in der Unterstützung der Obdachlosen und Hungernden. Die UNRRA-Hilfe, die hauptsächlich von Amerika getragen wurde, setzte sich vorwiegend aus Lebensmitteln und Kleidung zusammen. Einige Unternehmen wurden finanziert, die auch einen Aufbauwert gehabt hätten, wenn man die Kommunisten an der Zerstörung der mit UNRRA-Hilfe gebauten Deiche, Eisenbahnen, Bergwerke und Fabriken verhindert hätte. Aber kommunistische Partisanen haben alsbald die von UNRRA-Ingenieuren mit einem Aufwand von Millionen Dollar wiederhergestellten Dammbauten am Gelben Fluß zerstört, so wie sie in gleicher Weise Straßen und Eisenbahnen zerstörten, die mit UNRRA-Mitteln repariert worden waren. Das geschah natürlich vorsätzlich, um der Nationalregierung zu schaden und um neben der wirtschaftlichen auch die psychologische Wirkung der UNRRA-Arbeit zu zerstören, was aber nicht hinderte, daß die Kommunisten zur gleichen Zeit selbst UNRRA-Hilfe erhielten. Amerika bestand nämlich darauf, daß auch sie ihren gehörigen Anteil bekämen.

In Europa folgte dem Marshallplan sehr bald die Trumandoktrin, die bei Widerstand gegen kommunistische Aggression, durch die die Wirkungsmöglichkeiten der ECA bedroht wurden, militärische Hilfe versprach. In China aber verpuffte die Wirtschaftshilfe, weil wir die Waffen zur Verhinderung kommunistischer Plünderung und Zerstörung verweigerten. In China erwies sich General Marshall als Außenminister den Kommunisten sehr viel geneigter als in Europa. Es konnte deshalb kaum überraschen, daß die Sowjetregierung sich im Frühjahr und Frühsommer 1947 zu einer offeneren Unterstützung der chinesischen Kommunisten ermutigt fühlte und daß diese eine neue und weit erfolgreichere Offensive in der Mandschurei unternahmen. Einige Einzelheiten über die russische Unterstützung der chinesischen Kommunisten sind in der Denkschrift „China legt seinen Fall der UNO vor"*) aufgeführt. William H. Newton, der später mit neun anderen Journalisten in Indien beim Rückflug von Indonesien nach Amerika ums Leben kam, hat in seinem Bericht an die Washingtoner Daily News vom 24. September 1947 die darin enthaltenen Angaben über die Lieferung russischer und

*) Punkt 68 des Berichtes über die 4. Session der Generalversammlung der UNO, S. 17 f.

japanischer Waffen bestätigt. Die chinesisch-kommunistischen Truppen wurden 1947 auch durch zahlreiche kampferfahrene, von Japanern und Russen ausgebildete koreanische Truppen aus der Sowjetzone Koreas verstärkt. Die amerikanische Regierung war damals „neutral", wie zur Zeit des japanischen Angriffes auf China in den dreißiger Jahren. Die Nationalregierung durfte in Amerika keine Waffen kaufen, und ihre Truppen verloren an Feuerkraft, während die großzügig von Rußland versorgten Kommunisten darin immer stärker wurden. Die Geschütze der ursprünglich in Burma von den Vereinigten Staaten ausgebildeten und ausgerüsteten, 1946 nach der Mandschurei transportierten 1. Nationalchinesischen Armee waren im Juni 1947 so abgenützt, daß nach einem Bericht der New York Times vom 22. Juni 1947 aus den ausgeglühten Maschinengewehrläufen „die Kugeln zu Boden fielen". Die Kommunisten aber konnten auf dauernden Nachschub aus den Pacht- und Leihlieferungen rechnen, die Rußland für den „Krieg gegen Japan" bekommen hatte, an dem es dann ganze sechs Tage teilnahm.

Die Kommunisten müssen damals mit allem, was sie verlangten, so gut versorgt gewesen sein, daß sie lieber auf UNRRA-Hilfe und Arzneimittel verzichteten, als amerikanischem Personal das Betreten ihres Gebietes zu gestatten. C. Bodine, dem UNRRA-Direktor für das Gebiet von Tschengtschen, wurde zweimal der Zutritt zum kommunistisch beherrschten mandschurischen Gebiet verweigert: fremde Beobachter sollten auf keinen Fall feststellen können, wieviel Hilfe von russischer Seite geliefert wurde.

Hätten amerikanische oder UNO-Beobachter in der Mandschurei die gleichen Untersuchungen vornehmen können wie in Griechenland, so würden sie sich von der Wahrheit der chinesischen Berichte überzeugt haben. Die Chinesische Nachrichtenagentur meldete, daß 30 000 japanische „Gefangene" und 90 Panzer die kommunistische Offensive in der Mandschurei stützten. Anfang Juni berichtete ihr Korrespondent in Mukden, daß „eine gewisse Nation" die Kommunisten mit Material für 20 Divisionen versorgt und daß die Panzer der Vorhut der kommunistischen Offensive mit Staatsangehörigen dieser „gewissen Nation" oder mit Japanern bemannt seien. Im März 1947 erklärte Generalleutnant John R. Hodge, der amerikanische Kommandeur in Südkorea, daß auch chinesisch-kommunistische Truppen im Rahmen der koreanischen 500 000 Mann-Armee im

russisch-besetzten Nordkorea ausgebildet würden. Nach Berichten der Chinesischen Nachrichtenagentur vom Juni standen mehr als 100 000 von den Russen ausgebildete Koreaner sowie eine Kavalleriedivision aus der Äußeren Mongolei im Kampf gegen die nationalchinesischen Truppen. Das waren die ersten Andeutungen, daß mit dem Fall Nationalchinas kriegserfahrene Koreaner zum Kampf gegen die Amerikaner freiwerden würden.

Die Verstärkung der chinesischen Kommunisten durch die russisch ausgebildeten Koreaner veränderten die Chancen weiter zuungunsten der Nationaltruppen. Die Nachrichtenagentur UP meldete am 22. Juni 1947 aus Nanking, daß nach Schätzungen neutraler Beobachter 200 000 Nationalchinesen gegen 300 000 Kommunisten im Felde stünden und daß letztere bereits mehr als drei Viertel der Mandschurei beherrschten.

Tschiang Kai-scheks beständige Versuche, zur Erfüllung amekanischer Wünsche „das kommunistische Problem mit politischen Mitteln zu lösen“, waren so nicht nur völlig fehlgeschlagen, sie hatten auch den antikommunistischen Truppen den Sieg verbaut, indem sie ihre siegreiche Offensive zu einer Zeit aufhielten, in der die Kommunisten noch schwach waren. Den Kommunisten waren Zeit und Gelegenheit gegeben worden, ihre Kräfte zu sammeln und mit russischer und koreanischer Hilfe stark genug zu werden, um die Nationalchinesen zu überwältigen. Verteidigungsminister General Pai Tschung-hsi erklärte am 21. Mai 1947, der militärische Vormarsch sei durch die Waffenstillstandsabkommen und die Friedensbesprechungen des Vorjahres aufgehalten worden. „Unmittelbar nach der Wiedereroberung von Kalgan im Oktober 1946“, sagte der Kwangsi-General, der als Chinas hervorragendster Stratege gilt, „hätten wir die ganze Eisenbahn Peiping—Hankau freikämpfen können, aber unsere Operationen wurden durch Verhandlungspausen verzettelt. Die Regierung litt unter einer unentschlossenen Politik.“

Im Juni 1947, als in der amerikanischen Presse schon der Verlust der ganzen Mandschurei prophezeit wurde, kam die Nationalregierung endlich zu der Erkenntnis, daß ihr langes Schweigen über die feindseligen Akte der Russen die Sowjetregierung in ihrer Unterstützung der chinesischen Kommunisten nur immer kühner gemacht hatte und daß auch mit amerikanischer Hilfe nicht zu rechnen sein werde, bevor nicht die amerikanische Öffentlichkeit über die wahren Tatsachen der fernöstlichen Situation unterrichtet worden sei. So hat das chinesische Außen-

ministerium am 25. Juni ein Kommuniqué veröffentlicht, das zum erstenmal die lange Liste der sowjetischen Vergehen gegen die im chinesisch-sowjetischen Vertrag verbrieften Rechte aufzählte. Die Politik des Schweigens und des appaesement wurde aufgegeben; wieweit China aber in der diplomatischen Auseinandersetzung mit Rußland gehen konnte, mußte von der amerikanischen Unterstützung abhängen. General Tschen Tscheng, der chinesische Generalstabschef, erhob am 24. Juni die Anschuldigung, daß mindestens 31 russische Berater auf seiten der kommunistischen Truppen bei Szepingkai, dem wichtigsten Eisenbahnknotenpunkt, 110 km von Mukden entfernt, festgestellt worden seien. Der nationalchinesische Befehlshaber im belagerten Szepingkai gab an, daß die Stadt mit 100 000 Granaten beschossen worden war und daß russisch ausgebildete Koreaner die kommunistischen Geschütze bedienten. Nachdem die nationalchinesischen Truppen Ende Juni die Stadt entsetzt hatten, beschuldigte die Chinesische Nachrichtenagentur Rußland, den chinesischen Kommunisten im abgelaufenen Monat 56 635 Tonnen Kriegsmaterial geliefert zu haben, und zwar mit zwölf Sowjetschiffen, die ihre Ladung in Dairen gelöscht hatten, während andere einen Pendelverkehr zwischen Dairen und dem von den Kommunisten besetzten Schantung-Hafen Tschefu aufrechterhielten.

Auch wer die chinesischen Berichte über die russische Hilfe für die Kommunisten als unglaubwürdig abtun zu können glaubte, vermochte nicht zu bestreiten, daß die Sowjetregierung allein dadurch die chinesischen Kommunisten unterstützte, daß sie sich fast zwei Jahre nach Beendigung des Krieges mit Japan beharrlich weigerte, Dairen entsprechend den Bestimmungen des chinesisch-sowjetischen Vertrages zu räumen. Dadurch wurde auf der einen Seite ein schwieriges Versorgungsproblem für die chinesische Regierung geschaffen, die weder den Haupthafen der Mandschurei noch die von dort ausgehenden Bahnen benützen konnte, es wurden auf der anderen Seite auch die chinesischen Kommunisten in eine günstige strategische Position versetzt. Genau wie 1937, als gegen die von einem unberührbaren Stützpunkt in der Internationalen Siedlung Schanghais aus operierenden Japaner gekämpft werden mußte, waren die nationalchinesischen Generäle 1946/47 nicht in der Lage, die kommunistischen Linien nördlich Dairen aufzubrechen, weil sie eine Beeinträchtigung der von Rußland neu auf chinesischem Boden

stabilierten exterritorialen Rechte befürchteten. Wie Christopher Rand in der New York Herald Tribune berichtete, hatten im Herbst 1946 zwei kommunistische Regimenter in Port Arthur vor einem Angriff der Nationalchinesen Zuflucht gesucht und gefunden, bis sie im Frühjahr 1947 wieder herauskamen, um an der größten kommunistischen Offensive teilzunehmen. Tillman Durdin drahtete im April 1947 der New York Times, daß die kommunistischen Truppen sich an die von Port Arthur bis hinter Dairen verlaufende russische „Verteidigungszone" anlehnten und daß die Nationalregierung die Komplikationen fürchtete, die bei einem Rückzug der Kommunisten auf russischbesetztes Gebiet entstehen würden.

Nachdem die Nationalregierung ihre Truppen zu einer erfolgreichen Gegenoffensive in der Mandschurei zusammengezogen hatte, gab sie am 4. Juli bekannt, daß sie alle Hoffnung auf eine politische Lösung des kommunistischen Problems aufgegeben habe. Sie bezeichnete die Kommunisten als „bewaffnete Rebellen", denen nur mit Gewalt beizukommen sei. Vizepräsident Sun Fo, der so lange Zeit für eine chinesisch-sowjetische Freundschaft und Zusammenarbeit eingetreten war, hatte sich, wie berichtet wurde, mit an erster Stelle für diese Resolution eingesetzt, die das Ende der „Coué-Diplomatie" Chinas bedeutete und dem Lande unzweideutig seinen Platz im Lager des Antikommunismus anwies. An diesem Wendepunkt lenkte die amerikanische Regierung wenigstens soweit ein, daß sie der chinesischen Nationalregierung den Ankauf von 130 Millionen Schuß Munition in den Vereinigten Staaten gestattete. General Marshall bestritt aber am 2. Juli 1947, daß Amerika jetzt die Nationalregierung gegen die Kommunisten unterstütze. Die offizielle Politik der Vereinigten Staaten hieß noch immer: Keine Hilfe für China vor Beendigung des Bürgerkrieges, was praktisch mit einer Unterwerfung Tschiang Kai-scheks unter Stalins Bedingungen gleichbedeutend war.

Die Chinesen hofften noch immer, daß die Logik der Tatsachen schließlich Amerika überzeugen werde, es sei widersinnig, der sowjetischen Aggression in Europa Einhalt zu gebieten, während die pazifische Hintertür unverteidigt blieb. Sie hatten jahrelang den Japanern ohne unsere Hilfe Widerstand geleistet, in der Hoffnung, daß wir endlich ihre Verbündeten werden würden. Nun hofften sie, den Widerstand gegen Rußland ebensolange fortsetzen zu können. Aber es gibt eine Grenze dessen,

was der Mensch ertragen kann, und eine ständig enttäuschte Hoffnung „machet die Herzen krank". Im Jahre 1949 sahen auch die kampferprobten Feinde der Kommunisten keine weitere Widerstandsmöglichkeit mehr, weil die Vereinigten Staaten Hilfe und moralische Unterstützung verweigerten. Die Übermacht der Truppen eines sowjetrussischen Satelliten zwang China zu Boden — während die „Stimme Amerikas" über den Äther Lobgesänge auf die chinesischen Kommunisten ausstrahlte.

Kapitel III

DER VERLUST VON VIERHUNDERT MILLIONEN VERBÜNDETEN

Die Niederlage der chinesischen Nationalregierung ihrem „korrupten und reaktionären Charakter“ zuzuschreiben, heißt, als bewiesen unterstellen, was erst zu beweisen ist. „Der wirtschaftliche Niedergang, die Unfähigkeit und Korruption im politischen und militärischen Bereich Chinas müssen vor einem allumfassenden Hintergrund betrachtet werden“, sagt General Wedemeyer: man muß die Ursachen untersuchen, die das von der Kuomintang in den zwanziger und dreißiger Jahren geführte große nationale Erneuerungswerk zum Scheitern brachten. Die Aufgabe, der sich die Nationalregierung bei der Machtübernahme gegenübergestellt sah, wäre in jedem Falle riesig gewesen; für China war sie zu groß, um ohne Hilfe bewältigt werden zu können, weil Japan und Rußland eingriffen, um — wenn auch mit verschiedenen Mitteln — Chinas Entwicklung zu einer Demokratie westlichen Stils zu verhindern.

Reformierung und Wiederaufbau eines ungeheuer großen Landes mit alten Traditionen und einer überwiegend des Lesens und Schreibens unkundigen Bauernbevölkerung erforderte alle Energien, Talente und den Patriotismus der wenigen im Westen erzogenen Chinesen. Selbst unter den günstigsten Umständen hätte es mehrerer Generationen bedurft, um China zum Wohlstand zu verhelfen und in einer starken Mittelklasse die Grundlagen zu einer regierenden Volksvertretung zu legen. China hatte 1937 einen gewissen Fortschritt in dieser Richtung erzielt. Aber der Krieg mit Japan hat ihn bald wieder zunichte gemacht: das neue China, dessen Hebamme die Kuomintang gewesen war, verkrüppelte schon als Kind unter der allzu drückenden Last. Der Westen zog sich zurück und gab seine Vorrechte in China auf, als Japan angriff und zur gleichen Zeit die alte russische Bedrohung der chinesischen Unabhängigkeit in neuer Form akut wurde. Nach der kurzen Zusammenarbeit mit der

Kuomintang 1922/26 bildeten die Kommunisten eine stets gegenwärtige Gefahr für die Sicherheit der Republik China. Nur eine Erschließung der chinesischen Bodenschätze und Entwicklung der Arbeitskräfte durch Übernahme westlicher Technik hätte den Kommunisten die Unterstützung der landlosen Bauern und aller jener entziehen können, deren Schicksal eine hoffnungslose Armut war. Aber die beiden konkurrierenden Großmächte Japan und Rußland waren in gleicher Weise entschlossen, China nicht das eigene Haus in Ordnung bringen zu lassen, bevor sie davon Besitz ergriffen hatten.

Japan besetzte 1931 die Mandschurei, während der Völkerbund ohnmächtig zusah. Übergriffe von dort auf Nordchina führten im Jahre 1937 zum Ausbruch des Chinesisch-japanischen Krieges. Inzwischen waren die chinesischen Kommunisten, die Vertreter Rußlands, zwar aus Zentralchina vertrieben, hatten sich aber im Nordwesten niedergelassen und Yenan zu ihrer Hauptstadt gemacht. In den Jahren 1937/38 unterwarfen sich die Kommunisten scheinbar der Nationalregierung und kämpften gegen die Japaner. Die Waffen lieferte ihnen zum größten Teil Tschiang Kai-schek, der sie aus Rußland und Deutschland bezog. Aber selbst während dieser ersten Abschnitte des chinesisch-japanischen Krieges waren die Kommunisten sorgsam darauf bedacht, ihre Stärke für den künftigen Krieg gegen Tschiang Kai-schek zu erhalten. Im Oktober 1937 gab Mao Tse-tung den politischen Kommissaren der 8. Marscharmee folgende Weisung: „Der chinesisch-japanische Krieg bietet unserer Partei eine ausgezeichnete Expansionsmöglichkeit. Unsere Politik soll sein: 70 % Ausdehnung, 20 % Verkehr mit der Kuomintang und 10 % Widerstand gegen Japan. Diese Politik ist in drei Etappen durchzuführen. Die erste Etappe ist die des Kompromisses, in der Opfer zu bringen sind, um äußerlich unseren Gehorsam gegenüber der Zentralregierung und unsere Anhänglichkeit an die Drei Grundsätze (der Kuomintang: Nationalität, Demokratie, Wohlfahrt, wie Dr. Sun Yat-sen sie aufgestellt hatte), zu zeigen. In Wirklichkeit wird dies aber als Tarnung für das Bestehen und die Entwicklung unserer Partei dienen. Die zweite Etappe ist die kämpferische Selbstbehauptung. Zwei oder drei Jahre müssen aufgewandt werden, um die Grundlagen der politischen und militärischen Macht der Partei zu legen und sie so zu entwickeln, daß wir gleich stark werden wie die Kuomintang, sie brechen und ihren Einfluß nördlich des Gelben Flusses

ausschalten können. Während wir die Zeitwende erwarten, sollten wir dem japanischen Eindringling gewisse Zugeständnisse machen. Die dritte Etappe ist die Offensive. Unsere Kräfte werden dann tief nach Zentralchina vordringen, die Verbindungen der Regierungstruppen in verschiedene Abschnitte zerlegen, sie selbst isolieren und zerstreuen, bis wir zum Entscheidungskampf bereit sind und die Führung den Händen der Kuomintang entreißen können."*)

Nach der Kapitulation Japans stand als größte Aufgabe vor der Regierung Tschiang Kai-scheks das Problem, wie Gesetz und Ordnung wiederhergestellt und der Zerstörung der Verkehrsverbindungen und der Zerreißung des Wirtschaftslebens durch die Kommunisten und die ihnen verbündeten Banditen Einhalt geboten werden könne. Da Zerstören leichter ist als Wiederaufbauen, konnten die Kommunisten des Endsieges sicher sein, es sei denn, die Nationalregierung erhielt die Mittel und Autorität, sie zu besiegen oder in Schach zu halten.

Das war die Lage, als die Vereinigten Staaten als „Mittler" auftraten und kategorisch die amerikanische Hilfe an die Bedingung knüpften, die Nationalregierung müsse eine durch und durch westliche Demokratie errichten und die Kommunisten in die Regierung aufnehmen. Diese Forderung war ihrer Natur nach unerfüllbar. Kommunisten nehmen nicht an einer Regie-

---

*) Dokumente zu den Problemen der KPCh, dem Politischen Volksrat im März 1941 vorgelegt (englisch). Veröffentlicht in Tschungking 1944 durch den Obersten Nationalen Verteidigungsrat. F. U. — Ebenfalls 1937 erschien Mao Tse-tungs Schrift „Über die Praxis", in der sich folgende Sätze finden: „Der wahre revolutionäre Führer muß neue revolutionäre Aufgaben immer so entwerfen, daß sie neuen Wandlungen der Verhältnisse entsprechen . . . Die Fähigkeiten der revolutionären Führer werden oft auf die härteste Probe gestellt in dem entscheidenden Augenblick, in dem die revolutionäre Lage aus einer Phase in eine andere übergeht . . . Der Prozeß der Erkenntnis ist noch nicht vollendet, wenn eine Theorie formuliert worden ist, sondern erst dann, wenn diese Theorie nach ihrer Umsetzung in die Praxis die vorhergesehenen Ergebnisse erzielt hat. Für den Revolutionär bezeichnet das Erreichen solcher Ergebnisse den Augenblick, in dem eine neue revolutionäre Aufgabe erscheint, die er in Angriff nehmen muß." Diese Schrift ist, wie H. R.-Hongkong in der Neuen Zürcher Zeitung (18. VII. 1951) berichtet, im Sommer 1951 wieder aufgelegt und von Zeitungen und „Diskussionsgruppen" als politischer Lehrstoff behandelt worden. E. H.

rung teil, jedenfalls nicht auf längere Zeit: sie beherrschen sie. Aber selbst wenn sie auf eine gewisse Zeit für eine „Beteiligung“ hätten gewonnen werden können — die sie nur als Vorstufe der Kontrolle benützt hätten —, so vertraten sie Auffassungen, die einer westlichen Demokratie diametral entgegengesetzt waren. Auch abgesehen davon war es sinnlos, von einem wirtschaftlich rückständigen, durch den achtjährigen Krieg mit Japan erschöpften und in einen verschleierten Krieg mit Rußland verwickelten Land zu erwarten, daß es gleichsam über Nacht eine „demokratische“ Regierung einsetze, ohne auf frühere Erfahrungen mit einer solchen repräsentativen Regierung zurückgreifen zu können!

Die amerikanischen Forderungen konnten nur den Erfolg haben, die „Westler“, das heißt die wirklich liberalen Reformisten in China zu diskreditieren. Ihr Einfluß schwand mehr und mehr. Ihre sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen waren während der japanischen Besetzung und des Rückzuges der Nationalregierung nach Westen zerstört worden. In den Kriegsjahren hatten die „Intellektuellen“ in Regierungsdienste oder zu den Kommunisten übergehen müssen, wenn sie nicht verhungern wollten, da es für sie in Industrie und Handel keine Erwerbsmöglichkeiten mehr gab. Vielleicht hätten sie ihren Einfluß nach der japanischen Kapitulation zurückgewonnen, hätte Amerika sie und nicht die Kommunisten unterstützt. Die Wiederherstellung einer freien Unternehmerschaft, in der die Mittelklasse wachsen und Einfluß gewinnen kann, wurde aber praktisch durch die Fortdauer des Krieges verhindert. Darüber hinaus haben die Vereinigten Staaten die liberalen Einflüsse geschwächt, indem sie „Fortschritt“ mit der Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten gleichsetzten.

Es ist hier nicht der Ort, im einzelnen die Ursache des Niederganges und Falles der Nationalregierung zu untersuchen, die ich in meinem Buch „Last Chance in China“ behandelt habe. Es muß aber darauf hingewiesen werden, daß weder das State Department noch die Mehrzahl der Journalisten und Rundfunkkommentatoren, die auf die öffentliche Meinung Einfluß haben, der chinesischen Wirklichkeit gerecht wurden. Zu oft ging man davon aus, daß Tschiang Kai-schek, hätte er nur gewollt, mit einem Federstrich eine „demokratische“ Regierung in China hätte schaffen können. Kaum jemand dachte daran, daß in einem Lande, wo man erst den Menschen das Lesen und Schrei-

ben beibringen muß und wo der Existenzkampf alle Kräfte der Bevölkerung beansprucht, Jahre der Vorbereitung vonnöten sind, um aus Wahlen eine Regierung hervorgehen zu lassen. Auch hat man meist übersehen, daß keine Regierung einfach ein wirtschaftliches und soziales Reformprogramm vom Stapel lassen kann, die ihre Existenz zu verteidigen gezwungen ist, wie es bei der Nationalregierung der Fall war. Sie stand mit den Kommunisten im Kampf, die es auf die Schaffung von Elend und Unordnung abgesehen hatten, weil sie in einem zerrütteten Land leichter die Macht an sich reißen konnten.

Am häufigsten wird die Nationalregierung der „Korruption" angeklagt. Man könnte natürlich einwenden, daß die Korruption in China nicht größer, sondern nur verbreiteter war als in manchen westlichen Ländern. Aber das trifft nicht den Kern der Sache. Die chinesische Regierung, die riesige Armeen gegen die Kommunisten unterhalten mußte, konnte unter solchen Umständen das Staatsbudget nicht im Gleichgewicht halten. Eine steigende Inflation war also unvermeidlich — mit dem Ergebnis, daß so gut wie kein Beamter von seinem Gehalt leben konnte. Wir hören von einigen unserer europäischen Verbündeten, daß sie es nicht wagen können, den Lebensstandard der Bevölkerung durch so hohe Steuern herabzusetzen, wie sie zur Ausrüstung und zum Unterhalt einer für die Verteidigung Europas gegen den kommunistischen Angriff ausreichenden Armee erforderlich wären. Die chinesische Nationalregierung hat aber ihren Widerstand gegen die Kommunisten fortgesetzt, obwohl ihr dabei amerikanische Hilfe verweigert wurde. Dazu mußte sie den Lebensstandard des chinesischen Volkes unter das Existenzminimum senken und das konnte nicht ohne ernste Folgen bleiben. Die Steuererhebungen, die der Kampf gegen die Kommunisten notwendig machte, schufen soviel Erbitterung, daß anstelle jedes im Kampfe getöteten Kommunisten mehr als ein Chinese dem Kommunismus (oder den Räuberbanden) in die Arme getrieben wurde.

Während des Krieges gegen Japan hatten die Vereinigten Staaten China geholfen, die Inflation unter Kontrolle zu halten. Aber nach 1945 wurde diese Hilfe, wie in den beiden ersten Kapiteln gezeigt wurde, zurückgezogen. General Marshall hat Tschiang Kai-schek während seiner Mission 1946 wiederholt geraten, die Kommunisten zu „beschwichtigen", da er sich den Kampf nicht leisten könne. Er hat diese Politik auch nicht

geändert, als er Außenminister wurde. Wie man im Weißbuch nachlesen kann, schrieb er noch am 28. November 1947 an Botschafter Leighton Stuart: „Sie können versichert sein, daß Ihre Prämisse hier voll akzeptiert wird, nämlich, daß militärische Ausgaben entsprechend der gegenwärtigen Kriegsausweitung mit einem Budgetausgleich unvereinbar sind, der wiederum das Grunderfordernis einer Inflationsbekämpfung ist. Sie werden sich erinnern, daß die amerikanische Regierung in Vorwegnahme dieser letzten Konsequenzen einer derartigen Lage schon vor zwei Jahren versucht hat, den Bürgerkrieg in China zu verhindern." Gewiß, Tschiang Kai-schek lehnte diesen „Rat" Marshalls ab, und die Folge war, daß Inflation und Korruption sprunghaft anstiegen. Aber dieser Rat, auch das ist schon gesagt worden, lief ja auf eine Unterwerfung unter die kommunistischen Forderungen hinaus.

Ein „inhaltsreicher" Händedruck war ein alte und allgemein anerkannte Praxis in China und übrigens in den meisten östlichen Ländern. Das fing mit dem Boy an, der es als sein gutes Recht betrachtete, zehn Prozent von jedem Einkauf für sich zu behalten. Beamte, die meist ein sehr kleines Gehalt bekamen, halfen sich in ähnlicher Weise weiter, indem sie gelegentlich „nahmen". Aber erst als die Inflation die Gehälter so gut wie völlig aufzehrte, wurden diese alten Praktiken zu einer wirklichen Bedrohung. Um wenigstens zum Schein ein Budgetgleichgewicht aufrechtzuerhalten, während die militärischen Ausgaben mehr als die gesamten Staatseinnahmen verschlangen, hielt die Regierung die Gehälter niedrig und finanzierte den Krieg mit der Notenpresse. Die Preise stiegen, die Gehälter reichten nicht aus, um die Familien auch nur ganz bescheiden zu ernähren. Das mußte zur Korruption auch derjenigen Beamten und Offizieren führen, die früher peinlich korrekt gewesen waren. Wer vermögend war oder noch etwas zu verkaufen hatte, der konnte mit dem Gehalt auskommen; die Mehrzahl aber hatte nur die Wahl zwischen bitterer Not und Bestechlichkeit.

Als ich 1946 in China war, habe ich es selbst erlebt, wie kümmerlich viele hohe Beamte ihr Dasein fristeten — ohne Heizung im Winter, Frau und Kinder in geflickten alten Kleidern und ohne so viel Reis, um satt zu werden. Sicher, es gab auch andere, die eine Art Luxusleben führten. Sie waren die einzigen, die Ausländer einladen konnten, und gerade damit schufen sie

den Eindruck, daß alle Regierungsbeamten korrupt seien und gut lebten, während die Massen darbten. Die traditionelle chinesische Gastfreundschaft verstärkte diesen Eindruck noch. Während die Kommunisten in Yenan amerikanischen Gästen ein kärgliches Mahl vorzusetzen pflegten, auch wenn sie selbst unter sich nicht nur Reis und Gemüse aßen, baten die Beamten der Kuomintang zu einem „Bankett", obwohl ihre eigene Kost fast nur aus Reis bestand. Ich habe General Wedemeyer einmal auf einer Pressekonferenz in Schanghai sagen hören, er zweifle sehr, ob er unbestechlich bleiben würde, wenn er vom Gehalt eines chinesischen Generals leben sollte. Der frühere Botschafter W. Bullitt erzählte mir, daß die Gattin seines Freundes, General Sun Li-jen, der jetzt die Nationaltruppen auf Formosa befehligt, monatelang von den Almosen buddhistischer Priester lebte und auf dem Fußboden ihrer Tempel schlief, weil das Gehalt ihres Mannes im Monat 27 Dollar betrug und er damit auskommen wollte. Auch das Weißbuch (S. 832) bestätigt, daß „die Männer an der Spitze von hoher Integrität waren und tapfer gegen die fürchterlichsten Schwierigkeiten ankämpften."

Die Lage wurde durch die Unterbrechung der amerikanischen Hilfeleistung erschwert, während die großzügige, rechtzeitige und gut verteilte Unterstützung der vom Kommunismus bedrohten europäischen Länder fortgesetzt wurde. Griechenland zum Beispiel, das ebenfalls in einen „Bürgerkrieg" mit kommunistisch geführten Truppen verwickelt war, erhielt von den Vereinigten Staaten nicht nur eine sehr beträchtliche wirtschaftliche, sondern auch militärische Hilfe und Rat und wurde so gerettet. China war in gleicher Weise von kommunistischen Truppen bedroht und ebenso wenig in der Lage, ohne Hilfe zu kämpfen. Tschiang Kai-schek wußte, daß er keine zu Oberbefehlshabern großer Armeen geeignete Generäle hatte, und er erbot sich, alle seine Truppen amerikanischer Führung zu unterstellen und einen amerikanischen General über Strategie, Taktik und Nachschub entscheiden zu lassen. Er drängte sogar auf Entsendung eines solchen Generals und einer Militärmission, die ihn beraten und ihm helfen sollten. Alle diese chinesischen Ansuchen wurden abgelehnt. Man erklärte den Chinesen, daß die Korruption innerhalb ihrer Regierung und ihre Unfähigkeit, sich mit den Kommunisten zu verständigen, eine amerikanische Unterstützung ausschlössen. Dabei wußten die Chinesen gut genug, daß wir auch die griechische Regierung der „Korruption und

reaktionären Gesinnung“ beschuldigten und trotzdem Griechenland halfen. Wir überschütteten Frankreich und Italien mit einem Milliardendollarsegen, um eine Machtübernahme der Kommunisten zu verhindern, ohne von Paris und Rom „Reformen“ zu verlangen.

Diese verkehrte Anwendung amerikanischen Druckes auf China ging nicht nur auf die offenkundige Annahme des State Department zurück, „Fortschritt“ in China sei gleichbedeutend mit Beschwichtigung der Kommunisten und Übernahme des kommunistischen Reformbegriffes; sie war auch dem amerikanischen Unverständnis zuzuschreiben, die eigentlichen Probleme zu erkennen, denen sich asiatische Völker gegenübersahen, von denen der Sprung aus dem Mittelalter ins zwanzigste Jahrhundert verlangt wird. Europa war für unsere jungen Diplomaten Ausland, aber ihnen nicht fremd. Viele von ihnen kannten seine Probleme durch und durch und verstanden sie. Die jungen Amerikaner aber, die voll guten Willens und bester Absicht nach China gingen, verfügten weder über die Erfahrung noch über die Ausbildung, um die dortigen Probleme zu begreifen. Der Ferne Osten war den meisten ein „böhmisches Dorf“. Standen sie plötzlich den im ganzen Osten herrschenden primitiven Verhältnissen seines Lebens am Rande des Verhungerns gegenüber, so meinten sie die in Wirklichkeit uralte Armut Chinas sei einfach die Folge einer schlechten Verwaltung. Weil sie nichts davon verstanden, konnten sie auch nicht begreifen, daß keine Bodenreform in China eine ausreichende Versorgung der Menschen sichern kann, denn es gibt je Kopf der Bevölkerung kaum mehr als 4.000 qm bebauten Landes — und drei Viertel der Bevölkerung leben von den Bodenerträgnissen.

Die meistgelesenen Journalisten und Schriftsteller entwarfen ein völlig irreführendes Bild, wenn sie die Kuomintang als eine reaktionäre Clique beschrieben, die zum Nutzen habgieriger und selbstsüchtiger Grundbesitzer und Bürokraten eine „feudale“ Sozialordnung aufrechterhalte. Mit dem Wort „feudal“ gehen heute — zweifellos nicht zuletzt unter kommunistischem Einfluß — diejenigen besonders freigebig um, die von seiner wirklichen Bedeutung keine Ahnung haben. Stalin wußte natürlich, warum er die gesellschaftlichen Verhältnisse in China und anderen asiatischen Ländern als „feudal“ bezeichnete: damit sollte die Ähnlichkeit zwischen seiner eigenen Tyrannei und dem alten orientalischen Despotismus verdeckt werden, die beide

durch die absolute Macht der einem Selbstherrscher unterstellten Bürokratie gekennzeichnet sind. Karl Marx hatte noch sorgfältig zwischen dem „asiatischen System" mit seiner Vorherrschaft der Bürokratie und dem europäischen Feudalsystem unterschieden, in dem Landbesitz die Grundlage der Macht bildet. Während ich in Rußland lebte, verbot Stalin den kommunistischen Theoretikern, Marx' Schriften über das „asiatische System" zu studieren, denn allzu offenkundig ähnelte das sowjetische Produktionssystem dem, was Marx die „asiatische Produktionsweise" nannte. Professor Karl Wittfoegel von der Columbia-Universität hat — in der Zeitschrift World Politics II, 4, Juli 1950 — für den Orient das Wort „hydraulische Gesellschaft" als eine bessere Kennzeichnung geprägt: Gesellschaftsformen, in denen wie im alten Ägypten und im kaiserlichen China der Ackerbau riesiger Gebiete von öffentlichen Arbeiten, das heißt Bewässerungskanälen und Deichbauten, abhängt, und in denen der Staat allmächtig wird, indem er „die Kontrolle über den größeren Teil des Landes gewinnt und ausgedehnten Grundbesitz von lebenslänglicher, bedingungsloser Beamtentätigkeit als Hauptberuf abhängig macht." Professor Wittfoegel schildert, wie die moskowitischen Zaren den gleichen Typ orientalischen Despotismus begründeten, in dem sie eine loyale herrschende Klasse von „Lehnsmännern" schufen, deren Macht ursprünglich nicht auf Grundbesitz, sondern auf ihren Beamtenstellungen beruhte. Die Sowjetregierung hat mit der Übernahme des gesamten Boden- und Kapitalbesitzes eine moderne Form dieses Typs des orientalischen Despotismus entwickelt, der auf der Kontrolle aller nationalen Boden- und sonstigen Schätze beruht.

Der chinesische Bauer war aber nicht „glebae adscriptus", nicht an den Boden gebunden, und politische Macht in China hing nicht von Grundbesitz sondern eher von militärischer Macht und bürokratischen Vorrechten ab. Schon deshalb war also das Bild eines „feudalen" Nationalchina völlig falsch. Vor allem aber wurde von den meisten Kritikern der Regierung Tschiang Kai-scheks die Tatsache übersehen, daß es in China überhaupt nur wenig Großgrundbesitzer gab, da das Anerbenrecht bereits seit mehr als tausend Jahren abgeschafft war und der Boden bei jedem Erbgang unter allen Söhnen aufgeteilt wurde. Die meisten „Grundbesitzer" nennen nur ein paar Morgen ihr eigen, und es gibt, wie Dr. L. Buck nachgewiesen hat, im Verhältnis

mehr chinesische als amerikanische Bauern, denen das von ihnen bebaute Land auch gehört. Nach den Berechnungen dieses hervorragenden Sachverständigen besitzen drei Viertel der chinesischen Bauern etwas Land, sei es auch nur den Bruchteil eines Morgens. Im Bericht der Amerikanisch-chinesischen Agrarkommission vom November 1946 erscheint die Übervölkerung im Verhältnis zum verfügbaren anbaufähigen Boden als Chinas Grundproblem. Diese Übervölkerung, sagt C.B. Hutchinson, der Dekan der landwirtschaftlichen Fakultät der Universität Kalifornien, ist für China viel wichtiger als die von den politischen Publizisten hervorgehobenen Mängel des Großgrundbesitzertums, der hohen Grundrente, Wucherzinsen und drükkenden Steuern. Das alles sind die Wirkungen, nicht die Grundursache der chinesischen Agrarverhältnisse.

Die kommunistische „Lösung" des Problems der ländlichen Übervölkerung bestand einfach in Enteignung und Liquidation, Terror und Mord, Vertreibung der reichen Grundbesitzer und Bauern und Neuverteilung des Bodens unter die Überlebenden. Keine liberale Regierung mit einigem Respekt vor Gerechtigkeit oder demokratischer Verfahrensweise hätte es den Kommunisten gleichtun können.

Sun Yat-sen hatte von Anfang an die Notwendigkeit einer Bodenreform erkannt, aber er hatte einen geordneten Prozeß ins Auge gefaßt, in dem die Grundbesitzer und reichen Bauern entschädigt und die verzweifelte Armut der Bauern auch durch Entwicklung der Industrie behoben werden sollten. Soviel ist doch klar, daß der Agrardruck nicht einfach durch Neuverteilung des Bodens aufgehoben werden kann. Aufbau einer Industrie, Deichbauten, Bewässerung, Wiederaufforstung und ganz allgemein die Anwendung moderner Technik zur Vermehrung des anbaufähigen Bodens und zur Ertragssteigerung waren lebensnotwendig. Die Kuomintang hatte die Grundzüge der Bodenreformpläne Sun Yat-sens niemals preisgegeben, und die Nationalregierung hatte auch einige vorzügliche Gesetze erlassen, die den Pachtzins begrenzten und Wucherzinsen verboten. Unglücklicherweise hatte sie niemals genug Macht oder eine ausreichende Entschlossenheit, um diese Gesetze durchzuführen. Zweifellos stand auch Tschiang Kai-schek zu sehr unter dem Einfluß der ländlichen Gentry, die an ihren örtlichen Vorrechten und ihrem Bodenbesitz festhielt und deren Söhne einen großen Teil des Offizierkorps stellten. Wenn Tschiang Kai-schek

bei der Durchführung einer kühnen Bodenreform gegen die mehr oder weniger offen widerstrebenden Interessen versagte, so beweist das aber noch nicht eine autokratische Natur seiner Regierung. Eine wirklich autokratische Regierung wäre wahrscheinlich sehr viel eher fähig gewesen, drastische Reformen durchzuführen als eine demokratische Regierung, die auch Rechte und Interessen der Minderheit berücksichtigen muß. Im konkreten Falle der Bodenreform trugen mehr Sünden der Unterlassung als begangene Untaten zum Niedergang und Fall der Nationalregierung bei.

An dieser Stelle sei daran erinnert, wie aufgebracht Lenin durch die Bodenreform Stolypins 1908 war: er fürchtete, daß eine erfolgreiche Durchführung dieses Programmes die bäuerlichen Anhänger der Revolution zu ihren Gegnern machen werde. Ähnlich hat Stalin es einmal als besonderes Glück bezeichnet, daß Tschiang Kai-schek niemals daran gedacht habe, ihm durch Nachahmung der Stolypinschen Reformen sein Feuer zu stehlen.

Manchmal bedarf es einer großen Katastrophe, um die Menschen ihre Grundfehler erkennen zu lassen. So hat Tschiang Kai-schek, den man nicht von der Anklage freisprechen kann, ursprünglich der großen militärischen und politischen Bedeutung des Agrarproblems gegenüber blind gewesen zu sein, im Oktober 1950 feierlich verkündet, er anerkenne die Notwendigkeit einer radikalen Bodenreform. Besonders wichtig ist, daß er dabei auch versprach, den Hauptteil der von den Kommunisten in den Dörfern durchgeführten Veränderungen anerkennen zu wollen. Die Bedeutung dieser Erklärung ist kaum zu überschätzen: man braucht sich nur vorzustellen wie anders die Geschichte Rußlands hätte verlaufen können, wenn die antibolschewistischen Truppen 1918/20 den Bauern versprochen hätten, sie könnten das nach der bolschewistischen Revolution gewonnene Land behalten. Ihr Glaube, daß ein Sturz des bolschewistischen Regimes die Rückkehr der Großgrundbesitzer bedeute, ermöglichte die Festigung der kommunistischen Macht.

Man vergleiche den verwickelten Charakter der agrarischen und allgemeinen Wirtschaftsprobleme Chinas mit der oberflächlichen Bemerkung Achesons in seinem Vorwort zum Weißbuch: „In nicht geringem Maße ist die heutige heikle Lage der Nationalregierung darauf zurückzuführen, daß sie den Chinesen nicht genug zu essen verschaffte.“ Nehmen wir einmal an, daß

die chinesische Nationalregierung, hätte sie den Wunsch dazu gehabt, mitten während eines Bürgerkrieges hätte Reformen durchführen, Korruption und Bestechlichkeit ausschalten können, dann muß man auch zugeben, daß die Vereinigten Staaten es an einer Unterstützung der echten, nicht der scheinliberalen und in Wirklichkeit kommunistischen, Reformer haben fehlen lassen. Die Tragödie lag ja gerade darin, daß die Vereinigten Staaten ihren Einfluß und ihren Druck zugunsten der Liberalen statt der Kommunisten hätten geltend machen können. Statt auf einer Einigung zu bestehen, die nur mit Stalins Erlaubnis erreicht werden konnte, hätte Amerika Tschiang Kai-schek drängen und unterstützen können, die korrupten und reaktionären Elemente in seiner Regierung durch liberale und leistungsfähige Verwaltungsbeamte zu ersetzen. Anleihen und technische Unterstützung hätten gegeben oder vorenthalten werden können, nicht um die Kommunisten in eine Koalitionsregierung hineinzubringen, sondern um demokratische Verwaltungsreformen zu verwirklichen und Mißbrauch abzustellen.

Die „westlichen Elemente" unter den Chinesen waren durch den Krieg mit Japan geschwächt worden, der ihre Grundlagen in den Hafenstädten zerstörte und die Mittelklasse der Industriellen, Kaufleute, Ingenieure, Ärzte, Rechtsanwälte und Professoren ruinierte. Die amerikanische Politik hat schließlich den Rest ihres Einflusses vernichtet, indem sie „westlich" oder „fortschrittlich" mit der Annahme der kommunistisch-materialistischen Philosophie gleichsetzte. Damit gewannen die „reaktionären" oder extrem-konservativen Männer, die noch immer an den alten überlebten Traditionen, Auffassungen und Lebensformen festhielten, die China einst groß und fest gemacht hatten, die Oberhand in der Kuomintang.

Durch unsere Haltung des Entweder-Oder haben wir die Dinge noch mehr erschwert. Kein irgendwie einflußreicher Amerikaner scheint jemals auf den Gedanken gekommen zu sein, daß es zwischen der Nationalregierung und den Kommunisten vielleicht auch noch anderes gäbe. Das State Department sah in den Kommunisten, verglichen mit den Nationalisten, die „fortschrittlicheren" Elemente. Andere betrachteten die Nationalregierung als die einzige Alternative zu den Kommunisten. Hätten wir uns aber von Anfang an klar gemacht, daß die Mehrzahl der Chinesen weder zur einen noch zur anderen Seite gehörte, so ist es denkbar, daß wir Tschiang Kai-schek

hätten helfen können, sich von der Familie seiner Frau, den Soongs, zu trennen und sein Vertrauen den ehrbareren, mutigeren und wirklich fortschrittlichen Kräften zu schenken, die es in China auch gab. Es ist verständlich, daß Tschiang, dessen größter Wunsch freundschaftliche Beziehungen zu den Vereinigten Staaten waren, sich auf den Rat seiner amerikanisch erzogenen Gattin und ihres Bruders T.V. Soong verließ. Er hätte besser daran getan, auf den Rat seines altmodischen Schwagers H. H. Kung zu hören, der vor Eintritt in die Regierung sein Vermögen erworben hatte und während der Blockade in Tschungking mit der Wahrung des Vertrauens in die chinesische Währung geradezu Wunder vollbrachte. Aber Dr. Kung galt in Amerika als „reaktionär", obwohl er im Grunde ein praktisch gesinnter Geschäftsmann war, der auch etwas von den bewährten chinesischen Traditionen verstand. T.V. Soong dagegen, der durch Nachahmung amerikanischer Geldmagnaten des neunzehnten Jahrhunderts ein beträchtliches Vermögen vertan hatte, galt als „Liberaler". Vielleicht hätte Tschiang Kai-schek sich sowohl von den Kungs wie von den Soongs trennen sollen, aber das war nicht leicht, da er mit Dr. Kungs Schwägerin und T.V. Soongs Schwester verheiratet war.

Tschiang Kai-scheks Loyalität gegenüber dem Westen *) während der verzweifelten Jahre des einsamen Kampfes gegen Japan und nach Pearl Harbor hätte ihm die Freundschaft Amerikas gewinnen müssen. Statt dessen scheint sie China lediglich in einen neuen Krieg verwickelt zu haben, in dessen Verlauf ihm amerikanische Hilfe vorenthalten wurde. Viele Chinesen, die, ohne Mitglieder der Kuomintang zu sein, die Nationalregierung aus Patriotismus und als Verbündeten der westlichen Demokratien unterstützt hatten, kamen nun auf den Gedanken, daß dieses Bündnis zur Vernichtung der chinesischen Unabhängigkeit führen werde. Sie glaubten nicht an den Kommunismus, ließen sich aber überzeugen, daß China sich nur durch ein Geschäft auf eigene Rechnung mit Rußland und seinen Satelliten retten könne. Die „Anlage" in westlicher Demokratie, meinten

*) Der Einwand, daß Tschiang Kai-schek in seinem Buch „Chinas Schicksal" die halb-leninistische, bzw. landläufige asiatische Auffassung imperialistischer „Ausbeutung" Chinas durch den Westen im 19. Jahrhundert vertrat, bildet keine Widerlegung; denn aus allen seinen Schriften und Taten geht klar hervor, daß er den Westen dem russisch-kommunistischen Imperialismus vorzog. F. U.

sie, hätte nur geringe Dividenden, aber große Verluste eingebracht, sah es doch so aus, als ob die westlichen Demokratien die Konkurrenzfirma „Volksdemokratie“ — unter Kontrolle Moskaus — hochzubringen suchten.

Den politisch bewußten Chinesen standen einige Tatsachen klar vor Augen: Es waren die Vereinigten Staaten, die zuerst die Sowjetunion in eine Stellung gebracht hatten, von der aus Stalin China beherrschen zu können erwartete. In Jalta hatte Präsident Roosevelt das in Kairo Tschiang Kai-schek gegebene Versprechen gebrochen, die Mandschurei China zurückzuerstatten, und er hatte in einem Geheimabkommen sowjetische „Sonderinteressen“ in der Mandschurei anerkannt. Kurz nach der Kapitulation Japans waren Diplomatie und Einflußnahme der Vereinigten Staaten darauf gerichtet, aus China einen „Puffer oder eine Brücke in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen im Fernen Osten“ zu machen, wie John Carter Vincent vom State Department sich ausdrückte. Die Rolle eines „Puffers“ zwischen zwei unversöhnbaren Widersachern ist aber kaum sehr beneidenswert. Es gab recht einflußreiche Kräfte in China, die dafür eintraten, China solle sein eigenes „Geschäft“ mit Rußland machen, statt sein Interesse von Amerika als Handelsobjekt zu eigenem Nutzen im amerikanischen Geschäft mit Stalin ausnützen zu lassen. An der Spitze dieser Gruppe stand der „liberale“ Sun Fo, der Sohn Dr. Sun Yat-sens. Im Falle des Erfolges hätten sich ihr auch die früheren „Kollaborateure“ Japans und jene angeschlossen, die sich immer auf die wirklich oder vermeintlich stärkere Seite schlagen. Da die Sowjetregierung in Europa jeden akzeptierte, der antiamerikanisch war, mochte er Nazi, Faschist oder Kollaborateur gewesen sein, so hatten auch die einstigen chinesischen Helfer Japans von den Kommunisten wenig zu befürchten, wenn sie auf die russische Seite übergingen. Aber die amerikanischen „Liberalen“ lächelten Sun Fo wohlwollend zu, und griffen Tschiang Kai-schek an, der es ablehnte, China durch ein Abkommen mit Stalin zu „retten“.

Die Geschichte der Anstrengungen Stalins, Tschiang Kai-schek für sich zu gewinnen, ist niemals veröffentlicht worden. Das chinesische Außenministerium glaubte aus „diplomatischen Gründen“ schweigen zu müssen, als eine möglichst laute Sprache China vielleicht hätte retten können. Im Januar 1946, gerade als General Marshall die Nationalregierung zur Aufnahme der

Kommunisten — unter kommunistischen Bedingungen — zwingen zu müssen glaubte, verhandelte Tschiang Kai-scheks Sohn, Tschiang Tsching-kuo in Moskau mit Marschall Stalin. Die chinesische Nationalregierung stand damals der Weigerung der Roten Armee in der Mandschurei gegenüber, die Bestimmungen des chinesisch-sowjetischen Vertrages von 1945 einzuhalten. In diesem Vertrag hatte sich die Sowjetregierung nicht nur zur Nichteinmischung in innerchinesische Angelegenheiten, sondern auch dazu verpflichtet, China „moralisch und mit militärischen und anderen Lieferungen zu unterstützen", wobei ausdrücklich festgelegt war, daß „diese Unterstützung und Hilfe gänzlich der Nationalregierung als der Zentralregierung Chinas zu gewähren ist."

China hatte für dieses sowjetische Versprechen einen hohen Preis bezahlt. Es hatte Port Arthur als Marine-, Luft- und Armeestützpunkt aufgeben und der Umwandlung Dairens in einen Freihafen zustimmen müssen, den Rußland ohne Prüfung oder Zölle für Warentransporte aller Art benützen und in dem es die Hälfte der Hafeneinrichtungen besitzen sollte. China hatte sich weiter zu einem chinesisch-russischen „Gemeineigentum" an den mandschurischen Eisenbahnen verpflichtet und die Äußere Mongolei als „selbständigen Staat" anerkannt. Die Sowjetregierung hat dieses Abkommen niemals auch nur zum Schein erfüllt. Die Sowjetvertreter in der Mandschurei erklärten, sie würden alle Vollmachten „jeder beliebigen Militärbehörde an Ort und Stelle" übertragen. Die einzigen damals an Ort und Stelle vorhandenen Militärbehörden waren natürlich die kommunistischen Armeen, die von der Roten Armee dort eingesetzt worden waren.

Eben diese Umstände nun veranlaßten Tschiang Kai-schek, seinen Sohn zu Stalin zu schicken. Tschiang Tsching-kuo hatte viele Jahre in Rußland verbracht; er war mit einer Russin verheiratet und ein Freund der Sowjetunion. Stalin begegnete dem jungen Tschiang keineswegs unfreundlich. Er schlug der Nationalregierung eine Zusammenarbeit mit der Sowjetunion gegen Amerika vor; dann würde er die chinesischen Kommunisten anweisen, sich Tschiang Kai-schek zu unterstellen und in eine Koalitionsregierung einzutreten, in der die Kuomintang ihr Übergewicht bewahren würde. Falls der amerikanische Einfluß und amerikanische Wirtschaftsinteressen aus der Mandschurei ausgeschlossen würden, werde er die von der Roten Armee aus

der Mandschurei weggeschleppten Maschinen im Werte von einer Milliarde Dollar zurückgeben und die Mandschurei so wieder zur Werkstätte des Fernen Ostens machen. Im einzelnen schlug er vor, daß alle mandschurischen Industrien einer chinesisch-sowjetischen Monopolverwaltung unterstellt werden sollten.

Zwei Monate bevor Stalin Tschiang Kai-scheks Sohn dieses Angebot machte, hatte Slatekowsky, der Wirtschaftsberater des russischen Oberbefehlshabers in der Mandschurei, Marschall Malinowski, in aller Form ein solches Abkommen vorgeschlagen. Slatekowsky hatte am 24. November 1945 Dr. Tschang Tschiangau, dem Vorsitzenden der Wirtschaftskommission des Hauptquartiers Tschiang Kai-scheks in der Mandschurei, eine Liste von 154 Unternehmen, darunter 80 % der mandschurischen Schwerindustrie, übergeben, die nach Stalins „Anregung" auf 30 Jahre bei gleichen Anteilen gemeinsam von Rußland und China betrieben werden sollten. Diese Liste umfaßte auch alle Flugplätze. Die nach Stalins Vorschlag zu errichtenden gigantischen chinesisch-sowjetischen Trusts sollten den Bergbau, die Kraftwerke, die Eisen-, Stahl-, Zement- und die chemische Industrie monopolisieren. Um die Nationalregierung zur Annahme des sowjetischen Vorschlages zu zwingen, erklärte Marschall Malinowski am 14. Januar 1946 warnend, die Rote Armee werde im Falle der Ablehnung in der Mandschurei bleiben. Er drückte das etwas höflicher aus und sagte wörtlich: „Ich würde dann das Datum des Abzuges der Sowjetarmee aus der Mandschurei nicht angeben können."

Am 21. Januar 1946 überreichte der Sowjetbotschafter in Tschungking Tschiang Kai-schek folgende Note: „Im Hinblick auf die bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen China und der Sowjetunion schlägt die Sowjetregierung der chinesischen Regierung die Bildung einer gemeinsamen chinesisch-sowjetischen Gesellschaft zum Betrieb derjenigen Wirtschaftsunternehmen in der Mandschurei vor, die im Dienste der japanischen Kwantung-Armee standen. Gleichzeitig erklärt sich die Sowjetunion einverstanden, der chinesischen Regierung die Hälfte des Wertes dieser Unternehmen zu übertragen."

Bei den Verhandlungen in Tschungking sparte Marschall Malinowski nicht mit Worten, um das Ziel der sowjetischen Vorschläge zu erläutern: Ausschaltung der in Japan verankerten amerikanischen Macht in Asien. Auch er malte der chinesischen

Regierung den Vorteil aus, den sie von der Annahme der russischen Vorschläge haben würde, nämlich Unterwerfung der chinesischen Kommunisten unter Tschiang Kai-schek auf Befehl Moskaus.

Hätte die amerikanische Öffentlichkeit gewußt, was sich damals abspielte, so würde sie wohl alles zu Gunsten einer Unterstützung der Nationalregierung aufgeboten haben. Aber der sowjetische Erpressungsversuch wurde geheimgehalten. Tschiang Kai-scheks außenpolitische Berater waren zu furchtsam oder zu unerfahren im demokratischen Prozeß, um der Welt die Wahrheit mitzuteilen. Statt die Tatsachen zu veröffentlichen, schwiegen sie, wohl weil sie sich einbildeten, mit ihrem Schweigen die Gunst des State Department gewinnen und damit schließlich auch amerikanische Hilfe gegen den sowjetischen Angriff erlangen zu können.

Während meines Aufenthaltes in Tschungking und Schanghai in dieser kritischen Zeit versuchte ich, den chinesischen Außenminister Wang Schih-tschieh und Generalissimus Tschiang Kai-schek selbst zu überzeugen, daß Chinas einzige Hoffnung in der Enthüllung der Wahrheit vor der amerikanischen Öffentlichkeit läge. Vergebens. Wang sagte zu mir: „Die polnische Regierung hat protestiert und Sie wissen, was geschehen ist. Geduld und Opfer sind besser als Proteste, die das Risiko der Auslöschung in sich bergen. Da wir selbst Rußland nicht bekämpfen können, müssen wir tun, was Amerika wünscht, in der Hoffnung, daß die Vereinigten Staaten Rußland in Schach halten, wenn wir alles tun, was Amerika von uns verlangt."

Man kann China verdammen, weil es seine Außenpolitik mehr auf Glauben als auf Tatsachen gründete. Aber welche Entschuldigung können die Vereinigten Staaten dafür vorbringen, daß sie weder den Glauben noch die Tatsachen anerkannten? General Marshall muß über den russischen Druck auf Tschiang Kai-schek, sich Rußland gegen Amerika anzuschließen, unterrichtet gewesen sein; nur wenige Geheimnisse blieben in Tschungking geheim. Das State Department wußte sicher Bescheid, denn am 9. Februar 1946 richtete Außenminister Byrnes an Tschungking und Moskau folgende Note: „Berichte über offizielle Besprechungen zwischen der chinesischen und der russischen Regierung über Verfügung und Kontrolle der mandschurischen Industrieunternehmen erfüllen die amerikanische Regierung mit Besorgnis. Der chinesisch-sowje-

tische Vertrag und die am 14. August 1945 unterzeichneten Abkommen sehen eine gemeinsame chinesisch-sowjetische Kontrolle der mandschurischen Hauptbahnen vor, enthalten aber keinerlei Hinweis auf eine ähnliche Kontrolle industrieller Unternehmen in der Mandschurei. Nach hiesiger Auffassung würden Abmachungen zwischen der chinesischen und russischen Regierung über die mandschurische Industrie dem Prinzip der „Offenen Tür" widersprechen, eine Diskriminierung der Amerikaner darstellen, die eine Gelegenheit zur Beteiligung an der mandschurischen Entwicklung wünschen, sowie eine Benachteiligung der amerikanischen Handelsinteressen bei der Schaffung künftiger Handelsbeziehungen mit der Mandschurei."

Diese Note bestärkte Tschiang Kai-schek in dem Vertrauen, daß Amerika China unterstützen werde, falls Moskau auch weiterhin die Vertragsbestimmungen verletzte. Deshalb wies er am 5. März 1946 Stalins Vorschlag zurück, „weil er weit über die Bestimmungen des chinesisch-sowjetischen Abkommens vom 14. August 1945 hinausgeht und dem Standpunkt der chinesischen Regierung in Bezug auf japanisches Eigentum und japanische Unternehmen in China widerspricht."*)

Aber nachdem General Marshall im August das Waffenembargo über China verhängt und immer wieder Zugeständnisse an die chinesischen Kommunisten als Vorbedingung jeglicher künftigen Unterstützung verlangt hatte, brachte Tschiang Kai-schek seine Bereitwilligkeit zum Ausdruck, Stalins Einladung zu einem Besuch anzunehmen. Doch selbst damals war der Generalissimus nicht bereit, sich gegen die Vereinigten Staaten zu wenden. Als General Nikolai V. Roschin, der sowjetische Militärattaché, ihm zu verstehen gab, daß es kein Kompromiß mit Rußland, sondern nur den Ausschluß Amerikas aus der Mandschurei geben könne, sagte Tschiang Kai-schek seinen Moskauer Besuch ab. Das Weißbuch (S. 263) berichtet darüber nur, daß „die Nichterfüllung der auf die Wedemeyer-Mission gesetzten Hoffnungen eine Neigung zur Panik verstärkten. Hohe Beamte der chinesischen Regierung deuteten in kaum verhüllter Form an, daß China gezwungen sein könne, Beistand bei der Sowjetunion zu suchen und daß man vielleicht den Sowjetbotschafter um Vermittlung im Bürgerkrieg er-

*) In einem Interview mit Marguerite Higgins (New York Herald Tribune, 16. X. 1951) hat sich Tschiang Kai-schek selbst dazu geäußert. Siehe Nachwort. E. H.

suchen werde. Derartige Äußerungen wurden in erster Linie als auf die Vereinigten Staaten berechnet angesehen und zum anderen als Reflex der Verzweiflung unter den führenden Chinesen". Zwei Jahre später erklärte General Roschin, der in der Zwischenzeit zum Sowjetbotschafter in China ernannt worden war, daß Tschiang Kai-schek 1946 die Einladung nach Moskau ausgeschlagen habe, weil „General Marshall mit Taschen voll amerikanischer Schecks nach China zurückkehrte."

Weil Tschiang Kai-schek seine Zustimmung zu einer Ausschließung amerikanischer Interessen aus der Mandschurei verweigerte, konnte dieses Gebiet in eine Basis für kommunistische Operationen erst gegen China und später — im Korea-Krieg — gegen Amerika umgewandelt werden. Bei der Kriegführung gegen Nationalchina wurden die Kommunisten kräftig durch 65 000 Mann koreanischer Truppen unter Li Hung-kwang unterstützt, die von russischen Offizieren und zum Teil von koreanischen Stalingradkämpfern ausgebildet worden waren. (Die militärische Tüchtigkeit der Nordkoreaner, die im Koreakrieg 80 000 Amerikaner töteten oder verwundeten, wurde zum großen Teil bei den Kämpfen gegen unsere chinesischen Verbündeten erworben.)

Mit der Darlegung dieses Beweismaterials für Tschiang Kai-scheks Loyalität gegenüber Amerika sollen seine Fehler und Mängel nicht entschuldigt werden. Aber muß es nicht als wahre Größe erscheinen, daß er den Kompromiß mit jenen Kräften ablehnte, die, wie er wußte, seine Nation vollständig und auf immer vernichten würden? Vielleicht hätte Tschiang Kai-schek die Konsequenzen einer Bodenreform auf sich nehmen sollen, mit der dem chinesischen Bauern ein Anteil an der Zukunft gegeben worden wäre, auch wenn sie zur Enteignung vieler Offiziere seiner Armee geführt hätte, als er ihrer zur Kriegführung am dringendsten bedurfte. Zweifellos war es ein Irrtum, an alten Gefährten festzuhalten, die weder soviel Einsicht noch genügend Opferbereitschaft besaßen, um die Nation über persönliche Vorteile zu stellen. Allzu oft hat er auch Generäle mehr zur Belohnung politischer Loyalität statt auf Grund ihrer militärischen Leistungen ernannt. Mit einem Wort: auch Tschiang Kai-schek ist ein Mensch und irrt wie alle Menschen. Aber sicher ragt er in unserer Generation hervor als ein moralischer Führer und als ein großer Mann, weil er jeden Kompromiß mit der Übermacht ablehnte, die durch Japan und

dann durch die russische totalitäre Tyrannei repräsentiert wurde. Wie fern er auch der Durchführung breiter demokratischer Grundsätze in China geblieben sein mag, er hat sich als ein tapferer Feind des Totalitarismus an zwei Fronten erwiesen.

General Wedemeyer hat als Zeuge vor dem Senatsbewilligungsausschuß am 17. Dezember 1947 ausgesagt, daß Tschiang Kaischek „sich bemühte, allen unseren Forderungen zu entsprechen", und daß „ich an seiner Stelle Amerika gegenüber sehr ungeduldig gewesen wäre". Tschiang Kai-schek, so führte General Wedemeyer weiter aus, war entschlossen, den Kommunismus zu bekämpfen und ein demokratisches China zu schaffen, gleichgültig ob er dabei amerikanische Hilfe empfing oder nicht. Die Empfehlungen General Wedemeyers nach seiner Rückkehr aus China wurden von General Marshall geheim gehalten und erst im Sommer 1949 im Anhang zum Weißbuch veröffentlicht.

General Wedemeyer, der nicht nur über eine seltene Kenntnis kommunistischer Ziele und Methoden verfügt, sondern auch etwas von Geschichte versteht, hat in seinem Bericht an den Präsidenten von 1947 anerkannt, daß die einzige brauchbare Grundlage zur Belebung des chinesischen Widerstandes gegen sowjetische Aggression in der „gegenwärtig korrupten, reaktionären und untüchtigen chinesischen Nationalregierung" bestand. Denn wie sehr sie auch im Tun und Unterlassen gesündigt und wie wenig sie unseren Begriffen einer guten Regierung entsprochen haben mag, die Nationalregierung hatte sich als ein höchst loyaler Verbündeter erwiesen. Und nicht nur das; sie hatte in reichstem Maße Beweise ihres Wunsches geliefert, China dem Westen anzugleichen. Die Kommunisten dagegen waren unsere erklärten Feinde, und es konnte schon früher kein Zweifel daran bestehen, daß „ihre Herrschaft dem unveränderlichen kommunistischen Schema eines Polizeistaates folgen werde, in dem es keine Gedanken- oder Handlungsfreiheit gibt, und der alle enteignet oder brutal umbringt, die ihm im Wege zu stehen scheinen", wie Botschafter Stuart sich ausdrückte. Weiter heißt es in seinem Bericht vom 29. Oktober 1947: „Die Korruption und die reaktionären Kräfte innerhalb der Kuomintang sind zu bekannt, als daß sie besonderer Hervorhebung bedürften. Man darf aber nicht vergessen, daß eine Einparteienherrschaft stets zur Korruption tendiert, daß die Herrschaftsperiode dieser Partei von unaufhörlichen Kämpfen

erfüllt war, daß die steigenden Lebenshaltungskosten in hohem Maße die uralte Tradition der Bestechlichkeit in China verstärkt haben und daß die defätistische Stimmung in einer immer hoffnungsloseren Lage eine schleichende Lähmung aller schöpferischen Anstrengungen bewirkt hat. Aber selbst unter diesen Umständen sind die Männer an der Spitze von hoher Integrität und kämpfen tapfer gegen die fürchterlichsten Schwierigkeiten. Innerhalb und außerhalb der Regierung gibt es viele ihresgleichen."

Trotz dieser und ähnlicher Berichte änderte sich die Politik des State Department nicht. Das Weißbuch legt den Argumenten kein Gewicht bei, die General Wedemeyer bei seiner Abreise aus China 1947 von der Nationalregierung in einem Memorandum unterbreitet wurden; sie werden einfach als eine „Zusammenzählung der Leistungen der Kuomintang in den dreißiger Jahren und eine Rechtfertigung der Stellung der Regierung" abgetan. Dabei vermittelte dieses Memorandum ein sachliches, keineswegs übertriebenes Bild der Schwierigkeiten, denen sich die Nationalregierung als Ergebnis des von Moskau geleiteten kommunistischen Aufstandes nach der Kapitulation Japans gegenübergesehen hatte, eines Aufstandes, der jede Möglichkeit einer Reform und eines Wiederaufbaues zunichte gemacht hatte. Der volle Text füllt fünf engbedruckte Seiten im Anhang des Weißbuches; hier müssen einige Sätze genügen, die klar und eindrucksvoll das Dilemma der chinesischen Nationalregierung umreißen: „In der Entschlossenheit der gegenwärtigen Regierung und der Kuomintang, die neue Herausforderung anzunehmen, gibt es kein Nachlassen. Dabei steht den Führern dieser Regierung vor allem folgendes klar vor Augen: Die Kommunisten als eine bewaffnete politische Partei müssen unterdrückt werden. Dabei können keine halben Maßnahmen in Erwägung gezogen werden. Die Regierung ist sich vollkommen im klaren, daß Erfolg oder Mißerfolg dieses Kampfes gegen die kommunistische Gefahr nicht nur über ihr eigenes Schicksal, sondern über Leben und Tod Chinas als einer souveränen Macht entscheiden wird. Ja, der Ausgang dieses Kampfes entscheidet auch über Frieden und Sicherheit des ganzen Fernen Ostens . . . Keine wirkliche Demokratie kann in einem Tage erbaut werden; aber innerhalb der Regierung besteht volle Übereinstimmung, daß der beste Weg zur Erreichung dieses Zieles ein möglichst baldiger Anfang ist."

Das Weißbuch enthält im Anhang auch ein Interview, das Tschiang Kai-schek im November 1948 A. T. Steele, dem Korrespondenten der New York Herald Tribune, gab, der als der objektivste und bestunterrichtete Journalist in China gilt. Im Verlaufe dieses Interviews sagte der Generalissimus: „Vor siebzehn Jahren habe ich bei Beginn des japanischen Angriffes am 18. September 1931 die demokratischen Nationen und den Völkerbund warnend darauf hingewiesen, daß damit die Katastrophe eines Weltkrieges begonnen habe. Diese Warnungen wurden von den verschiedenen Ländern als unwesentlich betrachtet, aber die Geschichte hat es schließlich als wahr erwiesen, daß die Nordostfrage das Vorspiel des zweiten Weltkrieges war. Jetzt wiederholt sich die Geschichte. Wenn das Völkerrecht keine Geltung gewinnen und seinen Einfluß nicht ausbreiten kann, wenn die Demokratien wie damals dem Feuerbrand nur vom jenseitigen Ufer zuschauen, dann muß die Welt wieder den früheren Weg der Katastrophe einschlagen. Würden eines Tages unglückseligerweise kommunistische Banditen China beherrschen, dann wird sicherlich ein neuer Weltkrieg diesen Erdball heimsuchen. Eine kommunistische Herrschaft über die neun Nordostprovinzen würde praktisch den Anfang dieser neuen Weltkatastrophe bedeuten. Es ist völlig klar, daß es ohne einen gesicherten Nordosten auch kein unabhängiges Korea und kein friedliches Ostasien geben wird. Ich behaupte, daß das Heraufziehen der verräterischen Wolken übler Vorbedeutung von den Verwicklungen im Nordosten seinen Ausgang nimmt."

Hätte das Weißbuch wirklich, wie es vorgibt, „keine verfügbaren Dokumente deshalb ausgelassen, weil sie unsere Politik kritisieren oder die Grundlage künftiger Kritik abgeben können", so hätte es auch einige Zeugenaussagen vor den Untersuchungsausschüssen des Kongresses von Seiten hervorragender Amerikaner aufgenommen, die intelligent und gut unterrichtet waren, deren Auffassungen aber mit denen General Marshalls und des State Department in Widerspruch standen. Aber im Text des eigentlichen Weißbuches ist keine Zeile des folgenden wichtigen Beweismaterials zu finden: 1. Die von Generalleutnant A. C. Gillem General Marshall im April 1947 zugeleitete persönliche Bitte General Yu Ta-weis, des mit der Leitung der chinesischen Arsenale betrauten stellvertretenden Verteidigungsminister, der während Marshalls Aufenthalt in China

sein chinesischer Verbindungsoffizier gewesen war und unbestritten den Ruf der Ehrbarkeit und Tüchtigkeit genießt. Diese Bitte, die unbeachtet blieb, erläuterte ausführlich den verzweifelten Munitionsmangel. 2. Der Bericht des früheren Botschafters Bullit vom 13. Oktober 1947 in „Life" über seine Reise an die mandschurische Front, der die kritische Situation der dortigen Nationaltruppen betrifft. Es handelte sich um jene Divisionen, die während des Weltkrieges mit amerikanischen Waffen ausgerüstet worden waren und jetzt keine Munition dafür bekommen konnten. 3. Der Bericht von Senator D. Worth Clark, der als Berater des Senatsbewilligungsausschusses China besuchte und im Oktober 1948 feststellte: „Die Versorgung der chinesischen Nationalarmeen nähert sich rasch der Erschöpfung und die chinesischen Beamten sind deshalb rasend bemüht, die Lieferung von Waffen und Munition auf Grund des mit dem Chinahilfegesetz bewilligten 125 Millionen Dollar Verteidigungskredites zu beschleunigen."

Weil noch wichtiger für den Gegenstand des Weißbuches wiegt auch die Auslassung des Zeugnisses noch schwerer, das General Wedemeyer vor dem Senatsbewilligungsausschuß am 17. Dezember 1947 erstattete. Der General befand sich in einer äußerst schwierigen Lage, als der Vorsitzende, Senator Bridges, ihn fragte, ob er dem Ausschuß seinen Chinabericht zugänglich machen wolle, den General Marshall und Präsident Truman unterdrückt hatten. Er hatte den Befehlen des Präsidenten zu gehorchen, der ihn zwar im Sommer 1947 zur Berichterstattung über die Lage nach China entsandt, dann aber seine Empfehlungen geheimgehalten hatte. Auf der anderen Seite fühlte der General sich aber auch verpflichtet, den gewählten Vertretern des amerikanischen Volkes die Wahrheit zu sagen. So erklärte er: „Ob Tschiang Kai-schek ein wohlwollender Despot, ob er ein Demokrat oder ein Republikaner (im Sinne der amerikanischen Parteien) ist, spielt keine Rolle. Wesentlich und wichtig ist, daß der Mann sich stets dem Kommunismus widersetzt hat, daß er während des Weltkrieges als Verbündeter an unserer Seite stand und dabei in China anderthalb Millionen japanischer Soldaten band, die sonst gegen unsere Truppen im Pazifik hätten eingesetzt werden können, was unsere Aufgabe kostspieliger an Blut und Zeit gemacht hätte. Der Generalissimus blieb seinen Verbündeten treu. Nach meiner persönlichen Meinung ist er ein Mann von großem Charakter."

In der Antwort auf eine Frage von Senator Reed, ob es in China „sonst noch einen verhandlungsfähigen Partner" gäbe, distanzierte sich General Wedemeyer von der imaginären „Dritten Macht", die das State Department unterstützte: „Nein. Ich glaube, daß Tschiang Kai-schek nach aller Logik der Führer des heutigen China ist. Da ich mit soviel Überzeugung von ihm spreche, will ich auch hinzufügen, daß ich keine gute Meinung von ihm hatte, als ich hinüberfuhr. Ich hatte so viele einander widersprechende Geschichten über ihn gehört. Ich schulde ihm nichts. Ich habe mich drüben als Befehlshaber eines bestimmten Kriegsschauplatzes verhalten, wie sich auch nach Ihrer Meinung ein amerikanischer General zu verhalten hat. Ich habe mich den Chinesen nicht verpflichtet, noch sie irgendwie zu gewinnen versucht. Ich halte den Generalissimus für aufrichtig in seinem Wunsch, seinem Volke zu helfen. Aber er braucht unsere Unterstützung und sollte sie bekommen. Er hat ein Recht darauf." In der Beantwortung weiterer Fragen sprach sich General Wedemeyer sehr nachdrücklich gegen die Politik der Regierung aus, den antikommunistischen Kräften in China Waffen und Munition zu verweigern, und er erklärte auch, Amerika hätte gewisse Verpflichtungen nicht erfüllt, die es der chinesischen Nationalregierung gegenüber eingegangen war. Als Senator Bridges schließlich fragte, ob Tschiang Kai-schek und die Nationalregierung ihre Versprechungen uns gegenüber eingehalten hätten, erwiderte General Wedemeyer: „Ich glaube, der Generalissimus hat sich bemüht, unsere sämtlichen Forderungen zu erfüllen. Wäre ich an seiner Stelle gewesen, so wäre ich gegenüber Amerika sehr ungeduldig geworden, aber er schien es niemals zu sein. Seine Abschiedserklärung bei meiner Abreise im vorigen August ist sehr bezeichnend für seinen Charakter: ‚Ob Ihr Land China hilft und es unterstützt oder nicht, ich werde auch weiter alle mir verfügbaren Kräfte zum Kampf gegen den Kommunismus ausnützen und ich werde weiter für die Schaffung einer Demokratie in China kämpfen. Aber Änderungen in einer Regierungsform brauchen viele Jahre. Vielleicht werde ich die Aufgabe zu meinen Lebzeiten nicht erfüllen können. Es wird von auswärtigen Einflüssen, den Einflüssen Ihres Landes und Rußlands abhängen, ob ich in meinem Lande eine politische und wirtschaftliche Stabilität zu schaffen vermag oder nicht.' Das sagte er aus freien Stücken, kurz bevor ich mich verabschiedete."

Zwei Jahre lang haben republikanische Senatoren und Abgeordnete und viele Journalisten versucht, die Regierung zu überreden oder zu zwingen, der amerikanischen Öffentlichkeit den Inhalt des Wedemeyer-Berichtes von 1947 bekanntzugeben. Man wußte, daß Wedemeyer, der frühere Befehlshaber der amerikanischen Truppen in China, der 1947 auf eine Erkundungsfahrt nach China entsandt worden war, mit der Politik General Marshalls nicht übereinstimmte. Aber Wedemeyer wollte das ihm von der Regierung auferlegte Schweigegebot nicht brechen. Schließlich wurde der lange unterdrückte Bericht der Öffentlichkeit im August 1949 im China-Weißbuch des Außenministeriums zugänglich gemacht. Die Ausrede für die lange Geheimhaltung war, daß General Wedemeyer empfohlen hatte, die Mandschurei unter eine Fünfmächte-Obhut oder unter UNO-Treuhänderschaft zu stellen, und daß dieser Vorschlag für die chinesische Empfindlichkeit „höchst beleidigend" gewesen sei. Das ist aber allzu durchsichtig. General Wedemeyer hatte erkannt, daß die chinesische Nationalregierung damals, im Sommer 1947, nicht hoffen konnte, ihre Autorität über die Mandschurei wiederherzustellen, während sie gleichzeitig die Kommunisten in Nordchina bekämpfte; daher sein Vorschlag, dessen Durchführung den größten Teil Chinas gerettet haben würde. Der wahre Grund für die Geheimhaltung der Vorschläge Wedemeyers ist wohl eher in der Angabe des Weißbuches (S. 260) zu finden, daß der Präsident und General Marshall „der Meinung waren, die Zukunft der UNO könne ernstlich gefährdet werden, wenn ihr die Verantwortung für die Durchführung einer derartigen Empfehlung (in Bezug auf die Mandschurei) übertragen werde."

Der Text des Weißbuches enthält zwar General Wedemeyers Kritik an der Nationalregierung, aber nicht seine kluge Würdigung der Grundursachen ihrer Mängel, noch seine Zurückweisung der These des State Department, daß die chinesischen Kommunisten keine „wahren" Kommunisten seien, und ebenso wenig seine scharfen Warnungen vor den Folgen, die eine Sowjetherrschaft über China — als Ergebnis eines kommunistischen Sieges — für die Vereinigten Staaten haben müsse, auch nicht seine wiederholten Behauptungen, daß die Vereinigten Staaten ihre Verpflichtungen gegenüber der Nationalregierung nicht eingehalten hätten. Stattdessen zeichnet sich das Weißbuch in seiner Zusammenfassung der Wedemeyerschen

Analyse durch Inkorrektheit aus, indem es erklärt, sie sei „im allgemeinen den zahlreichen Berichten ähnlich, die dem State Department von der amerikanischen Botschaft, den Konsulaten in China und General Marshall selbst vorgelegt wurden.“ Da wohl nur wenige Leser dieses Buches Zeit oder Gelegenheit haben, den lediglich im Anhang als Anlage 135 des Weißbuches in Kleindruck wiedergegebenen vollständigen Text des Wedemeyer-Berichtes zu lesen, zitiere ich hier einige Sätze, die Philipp Jessup oder wer immer das Weißbuch herausgegeben hat, im eigentlichen Text außer acht ließen. Man wird dann sehen, wie wenig General Wedemeyer entgegen den Behauptungen des Weißbuches mit den Berichten der Botschaft, Konsulate und General Marshalls übereinstimmte:

„Die Vereinigten Staaten haben indirekt das Sowjetprogramm im Fernen Osten dadurch erleichtert, daß sie auf der Jalta-Konferenz dem russischen Wiedereinmarsch in die Mandschurei zustimmten und später der Nationalregierung Hilfe vorenthielten ... Die wirtschaftliche Verschlechterung, die Unfähigkeit und Korruption in der politischen und militärischen Organisation Chinas müssen vor einem allumfassenden Hintergrund betrachtet werden, soll nicht ein unangemessener Nachdruck auf die einzelnen Mängel gelegt werden. Zwischenstaatliches gutes Einvernehmen gebietet, von folgenden Tatsachen Kenntnis zu nehmen: Im Gegensatz zu anderen Mächten konnte China nach der Kapitulation Japans niemals seine ganze Aufmerksamkeit den inneren Problemen zuwenden, die noch dazu durch acht Kriegsjahre in große Unordnung geraten waren. Der gegenwärtige Bürgerkrieg hat dem Lande eine übergroße Finanz- und Wirtschaftslast aufgebürdet, und das zu einer Zeit, in der alle Hilfsmittel und Energien bereits aufgebraucht waren und in der nur eine äußerste Anstrengung mit den Problemen des Wiederaufbaues hätte fertig werden können ... Die Nationalregierung hat sich seit 1927 beständig dem Kommunismus widersetzt. Heute sind die gleichen politischen Führer und die gleichen Beamten und Offiziere entschlossen zu verhindern, daß aus ihrem Lande ein kommunistisch beherrschter Staat oder ein Sowjetsatellit wird. Obwohl die Japaner während des Krieges immer günstigere Kapitulationsbedingungen anboten, blieb China standhaft auf Seiten seiner Verbündeten. Hätte China die Kapitulationsbedingungen angenommen, so würde ungefähr eine Million

Japaner für den Einsatz gegen die amerikanischen Truppen im Pazifik frei geworden sein."

Ein wie geringes Interesse das State Department an den wirklich liberalen Chinesen hatte, die nicht kommunistenfreundlich waren, zeigte sich in seiner Haltung gegenüber General Li Tsung-jen vor und nach Übernahme der Präsidentschaft der Republik China 1949. Kein Zivilist hätte das Land im Kampfe gegen die Kommunisten zusammenhalten können; nur ein Militär konnte überhaupt auf Erfolg hoffen. Li Tsung-jen hätte dieser Führer sein können, wenn sich das State Department an Stelle des ihm unsympathischen Tschiang Kai-schek nach einem anderen General umgesehen hätte, statt sich einzubilden, daß liberale Professoren eine brauchbare „Dritte Kraft" bildeten. Vor dem chinesisch-japanischen Krieg hatten General Li und General Pai Tschung-hsi die Provinz Kwangsi im Südwesten zu einer Musterprovinz gemacht. Ohne Blutvergießen oder Terror hatten sie eine Bodenreform durchgeführt, die ihr Gebiet zu einem Landesteil machte, in dem auch die Früchte der Arbeit empfing, wer den Boden bestellte; die ganze Bevölkerung stand hinter ihnen. Bis 1937 hatten die beiden Generäle in Opposition zu Tschiang Kai-schek gestanden; als Japan angriff, ließen sie Kwangsi unverteidigt hinter sich, um Seite an Seite mit Tschiang Kai-scheks Armeen in Zentralchina gegen Japan zu kämpfen. Ihre Truppen waren die besten unter den Verteidigern Hankaus 1938.

Ich kannte General Li Tsung-jen sehr gut; ich habe 1938 in Hankau mit ihm gesprochen und dann wieder 1946 in Peiping. Vielleicht war er kein Liberaler nach der Definition General Marshalls, aber er hatte viel Sinn für Gerechtigkeit und wußte die vitale Bedeutung von Reformen zu würdigen. Freilich hatte er keine Illusionen über die Kommunisten. Als Leiter des Hauptquartiers Tschiang Kai-scheks in Peking vor und nach dem Rückzug der Nationaltruppen nach Zentralchina hatte Li Tsung-jen den örtlichen Widerstand gegen die Kommunisten unterstützt, aber auch die akademische Freiheit in den Universitäten seines Gebietes vor törichter Einmischung der Kuomintang-Polizei geschützt. Pai Tschung-si, der als der beste Stratege Nationalchinas galt, ist Moslem. Er genoß die Unterstützung seiner Glaubensbrüder im Nordwesten, die von den Kommunisten mehr gefürchtet wurden als andere gegnerische Truppen.

Li Tsung-jen hatte die Unterstützung der demokratisch gesinnten, reformfreudigen Liberalen in der Nationalregierung, als er zum Vizepräsidenten gewählt wurde und später — am 21. Januar 1949 — Präsident wurde, nachdem Tschiang Kaischek sich auf die Insel Formosa zurückgezogen hatte. Die Lage war damals nachgerade so verzweifelt, daß Li Tsung-jen die Führung bei dem Versuch übernahm, mit den chinesischen Kommunisten wenigstens zu einem solchen Abkommen zu gelangen, das mindestens einen Teil Chinas vor sowjetischer Herrschaft bewahrte, indem es einen modus vivendi mit der Sowjetunion festlegte. Er lud den Sowjetbotschafter Roschin zu einer Konferenz ein. Die Kommunisten standen vor den Toren Nankings, und Amerika war allem Anschein nach entschlossen, nichts zur Verhinderung ihres weiteren Vormarsches zu tun. Chinas letzte Hoffnung, so mußte es damals aussehen, lag in der Preisgabe der Bindungen an Amerika, um einer Verständigung mit Rußland willen. Auf dieser Konferenz schlugen die Chinesen ein chinesisch-sowjetisches Abkommen vor, das Chinas Neutralität im Falle eines Krieges zwischen Rußland und Amerika garantierte. Ein derartiges Abkommen, so führten die Chinesen aus, würde verhindern, daß China eine von den Vereinigten Staaten ausgebeutete „amerikanische Kolonie" und ein Stützpunkt für amerikanische Pläne gegen Rußland werden würde. Als Gegenleistung wurde nur verlangt, daß Moskau den chinesischen Kommunisten die Einstellung ihres Vormarsches befehlen sollte. Roschin zeigte sich empfänglich für diese Vorschläge, äußerte aber Zweifel, ob ein nichtkommunistisches China „neutral" bleiben könne. Die chinesische Nationalregierung, sagte er, sei auch ohne Tschiang Kai-schek in eine zu große Abhängigkeit von Amerika geraten, als daß sie einem russisch-amerikanischen Krieg fernbleiben könne. Die Konferenz endete ohne Ergebnis, wahrscheinlich weil die chinesischen Liberalen im Rate des Kremls keiner Beachtung mehr wert erschienen. Sie hatten ihre Rolle gespielt und konnten nun beiseite getan werden.

Trotz der Abweisung durch Sowjetrußland hielt eine bedeutende chinesische Persönlichkeit an dem Bestreben fest, zu einem Abkommen mit Moskau zu gelangen. General Tschang Tschih-tschung, der Hohe Kommissar Chinas im Nordwesten, war schon seit langem russischem Druck ausgesetzt, weil seine „Autorität" sich über Sinkiang (Chinesisch-Turkestan) er-

streckte. Das ist jenes zentralasiatische Gebiet, wo Stalin seit Jahren um die Sicherung seiner vollständigen Herrschaft bemüht war, indem er eine der vielen Rassen der dortigen Bevölkerung gegen die andere ausspielte. Das Bestreben der Sowjetregierung in diesem Gebiet ging darauf aus, sich die völlige Herrschaft zu sichern, indem China gezwungen wurde, einem fünfzigjährigen Sowjetmonopol über alle Mineral- und Erdölvorkommen zuzustimmen.

General Tschang Tschih-tschung bemühte sich erfolglos, für Konzessionen in Sinkiang eine sowjetische Zusammenarbeit im eigentlichen China einzuhandeln. Im Oktober 1949 war ihm kein Handelsobjekt geblieben, da die Sowjetregierung formell die chinesische kommunistische Regierung in Peiping anerkannt hatte. Ende 1949 kam Li Tsung-jen nach Amerika und richtete einen letzten verzweifelten Hilferuf an die Amerikaner. Aber damals war er nur ein Einzelgänger; er vertrat weder die Kuomintang noch die Kommunisten, auf die das State Department seine Hoffnungen gesetzt hatte. Zwischen die Mühlsteine geworfen, sind die chinesischen Liberalen, die er vertrat, zu Staub zerrieben worden.

Noch immer behaupten viele, Chinas Niederlage sei unvermeidlich gewesen, weil die Kommunisten von sich sagten, die Sehnsüchte der stimmlosen Millionen chinesischer Bauern zu vertreten, deren einziger Wunsch der Besitz des zur Ernährung ihrer Familien ausreichenden Bodens war. Da so viele westliche Beamte und Journalisten, die Zugang zu allen verfügbaren Informationen über Sowjetrußland und sein inneres Regime hatten, nicht begriffen, daß der Liquidierung der Grundbesitzer und der wohlhabenden Bauern die Agrarsklaverei folgen werde — wie hätten dann die des Schreibens und Lesens unkundigen Millionen Chinesen wissen sollen, daß eine Unterstützung der Kommunisten zu ihrer künftigen Versklavung in einem totalitären Staat führen würde?

Heute wissen wir — es hat wahrlich an ausreichendem Beweismaterial nicht gefehlt —, daß Rotchina eine Erweiterung des totalitären russischen Reiches ist. Aber das State Department scheint aus der Erfahrung nichts lernen zu wollen. Noch immer hält es an dem sinnlosen Kurs fest, die Sicherheit Amerikas auf das Auftauchen eines chinesischen Tito zu setzen. Da Dean Acheson allem Anschein nach der Meinung ist, er könne frühere Fehler nicht zugeben ohne sein Ansehen zu ruinieren,

hält er an dem überlebten Glauben fest, die chinesischen Kommunisten würden schließlich zu antirussischen Kommunisten werden: daher seine Bereitwilligkeit, der englischen Appeasement-Politik gegenüber Peiping zu folgen.

Sehr treffend hat Senator W. F. Knowland (Kalifornien) auf einer Pressekonferenz nach dem Bericht der New York Times vom 24. November 1950 erklärt: „Falls Formosa in unfreundliche Hände fiele — und kommunistische Hände sind unfreundlich —, würde unsere Verteidigungslinie zur pazifischen Küste zurückgeworfen werden." Appeasement, sagte er, heißt Kapitulation auf Raten. „Gerede über eine Aufnahme Rotchinas in die UNO ist appeasement. Gerede über eine neutrale Zone in Korea ist appeasement. Herumsitzen und warten, daß Mao Tse-tung zu einem Tito wird, ist appeasement. Die gleichen Leute, die den Vereinigten Staaten einmal erzählt haben, Mao Tse-tung sei lediglich ein Bodenreformer, erzählen uns jetzt, er sei ein Tito. Entweder sind sie schlecht unterrichtet, oder sie selbst unterrichten absichtlich das amerikanische Volk falsch. Sie haben jetzt ebenso unrecht wie früher."

Kapitel IV

WIE UND WARUM ES ZUM KRIEGE IN KOREA KAM

Die bisherige Darstellung hat gezeigt, daß wir statt der chinesischen Nationalregierung zu helfen, China auf unserer Seite des Eisernen Vorhanges zu halten, sie positiv in ihren Versuchen behindert haben, mit der kommunistischen Aggression fertig zu werden. Der gleiche Kurs des Eigenschadens wurde in Bezug auf Korea gesteuert. Nach dem Abzug der amerikanischen Truppen wurde der südkoreanischen Regierung eine wirksame militärische Hilfe verweigert, obwohl der Kongreß sie beschlossen hatte. Die Regierung Syngman Rhees wurde gleich der Regierung Tschiang Kai-scheks als reaktionär, tyrannisch, korrupt und undemokratisch hingestellt. Im Falle Korea wie im Falle China wurden die Unzulänglichkeiten unserer Freunde als Gründe dafür angegeben, sie gegenüber unseren Feinden wehrlos zu lassen. In diesem Sinne warnte Außenminister Acheson am 3. April 1950 die südkoreanische Regierung, daß „die amerikanische Hilfe an die Voraussetzung der Existenz und des Ausbaues demokratischer Institutionen der Republik geknüpft sei." Was nun genau unter „demokratisch" zu verstehen sei, wurde niemals klar gemacht. Für die Koreaner muß es recht schwierig gewesen sein zu wissen, ob der amerikanische Außenminister die kommunistische „Demokratie" oder die amerikanische Demokratie meinte. Hatten sie nicht mitangesehen, wie die chinesische Nationalregierung von der amerikanischen Regierung preisgegeben wurde, weil sie keine Versöhnung mit den Kommunisten zustande gebracht hatte? Nahmen sie die Kritik der amerikanischen Presse zum Maßstab, so mußten sie feststellen, daß die in Südkorea durchgeführte Bodenreform beim Vergleich mit den kommunistischen Maßnahmen in dieser Presse schlecht abschnitt und daß vom „Polizeistaat" des Rhee-Regimes verlangt wurde, den

Kommunisten mehr Bewegungsfreiheit zu geben. Kurz, in Korea galten ebenso wie in China die Bereitwilligkeit zur Zusammenarbeit mit den Kommunisten als „demokratischer" Garantiestempel und die Unterdrückung umstürzlerischer Kräfte als Zeichen der „Reaktion".

Professor Owen Lattimore, der einst von Roosevelt zum persönlichen Berater Tschiang Kai-scheks ernannt worden war und später Leiter der W. H. Page-Schule für Außenpolitik an der John Hopkins-Universität wurde, gab in seinen Schriften eine kurze Zusammenfassung der Leitgedanken der amtlichen Fernostpolitik. Er bemühte sich, die südkoreanische Republik mit dem gleichen Pinsel anzuschwärzen, mit dem er so erfolgreich die Kuomintang geteert hatte. So schrieb er 1949 in „The Situation in Asia" (S. 97): „Amerika, das in China sein Mißgeschick beklagte, ohne eigene Schuld die Kuomintang geerbt zu haben, hat in Korea seine eigene Kuomintang fabriziert. Wohl um unsere laut verkündete Politik einer weltweiten Opposition gegen den Polizeistaat zu unterstützen, haben wir in Südkorea einen schwachen und unzuverlässigen Polizeistaat amerikanischer Machart geschaffen."

Wie die riesige Republik China wurde auch die kleine südkoreanische Republik gedrängt, ihre „demokratischen" Ziele durch eine Verständigung mit den Kommunisten zu „beweisen". Die Führung lag dabei mehr bei der UNO statt beim State Department. Die UNO-Korea-Kommission von 1949 berichtete „mit dem Ausdruck des Bedauerns", daß die südkoreanische Regierung es an Zusammenarbeit habe fehlen lassen. Als Beweis dafür galt, daß sie die Beteiligung an offiziellen Besprechungen mit Nordkorea über eine Vereinigung abgelehnt habe.

Man fühlt sich unwillkürlich an die Truman-Marshall-Acheson-Versuche zur Herbeiführung einer chinesischen Koalitionsregierung erinnert, wenn man im Bericht der UNO-Kommission weiter liest: „Wir sind der Auffassung, daß eine Erweiterung ihrer politischen Grundlagen die Regierung befähigen würde, eine wirksamere Rolle bei der Herbeiführung der Vereinigung zu spielen."

Erweiterung bedeutete natürlich nichts anderes als Einbeziehung der Kommunisten oder Kommunistenfreunde in die südkoreanische Regierung. Zweifellos ist es auf das Konto der irregeleiteten liberalen Einstellung und des daraus folgenden

Mißtrauens gegenüber der antikommunistischen Regierung Südkoreas zu setzen, daß die Regierung Truman die südkoreanische Republik wie ein geschorenes Lamm hilflos dem Nordsturm aussetzte.

Die Regierung hat sich vor dem 25. Juni 1950 ganz offenkundig an den Rat von Owen Lattimore gehalten, der am 17. Juli 1949 in „Compass“ schrieb: „Man soll Südkorea fallen lassen, ohne daß es so aussieht, als stießen wir es. Daher die Empfehlung eines Abschiedsgeschenks von 150 Millionen Dollar.“ In dem Memorandum, das Lattimore einen Monat später auf Ersuchen des State Department verfaßte, drückte er sich zwar etwas vorsichtiger aus, gab sachlich aber den gleichen Rat: „Südkorea ist mehr eine Belastung als ein Guthaben. (Die Vereinigten Staaten sollten sich deshalb) so schnell wie möglich aus allen kompromittierenden Beziehungen zu Südkorea lösen.“

Nach der Preisgabe Chinas an die Kommunisten war es freilich nur logisch, daß wir auch Korea fallen lassen sollten. Man konnte nicht erwarten, daß die winzige Republik, die einen Teil des Halbinselanhängsels einer gewaltig großen kommunistischen Landmasse bildet, mit oder ohne amerikanische Waffen lange am Leben bleiben könne. Um aber ganz sicher zu gehen, daß „unseren Koreanern“ auch wirklich das gleiche Schicksal beschieden sei wie „unseren Chinesen“, lehnte die Regierung den Ankauf von Waffen für Verteidigungszwecke ab: die Koreaner, wurde gesagt, könnten damit den kommunistischen Koloß angreifen. Unser Nachkriegshilfsprogramm in Korea war auf das gleiche Prinzip gegründet, das uns in China irregeführt hatte: wirtschaftliche Unterstützung ohne Sicherung durch substantiellen militärischen Beistand oder eine amerikanische Garantie gegen kommunistischen Angriff. Die amerikanische Armee wurde im Sommer 1949 aus Korea zurückgezogen. Und nicht nur das: die vom Kongreß 1949 für Korea beschlossene militärische Hilfe wurde nicht geliefert.

Nachdem wir uns in einen Krieg verwickelt sahen, den der Präsident eine „Polizeiaktion“ zu nennen beliebte, fand eine Untersuchung von seiten des Kongresses statt, in deren Verlauf festgestellt wurde, daß von dem im militärischen Beistandsgesetz vom Oktober 1949 ausdrücklich für Korea ausgeworfenen 10 Millionen Dollar bis Juni 1950 ganze 200 Dollar — für Telegraphendraht — verwandt worden waren. Wes-

halb? Ein Regierungssprecher gab als Grund an, wir hätten befürchtet, daß die Lieferung von Panzern und anderen modernen Waffen die südkoreanische Regierung in Versuchung führen würde, das nordkoreanische Regime anzugreifen, um das Land wieder zu vereinen. Brigadegeneral W. L. Roberts, der zwei Jahre lang die Ausbildung der südkoreanischen Armee beaufsichtigt hatte, bestätigte auf einer Pressekonferenz vom 14. Juli 1950, daß der südkoreanischen Regierung schwere Waffen verweigert worden waren, denn „die Südkoreaner hielten den Angriff für die beste Verteidigung. Das versetzte uns in eine paradoxe Lage. Um sie vom Angriff abzuhalten, gaben wir ihnen keine Kampfflugzeuge, keine Panzer und keine schwere Artillerie."

Ein amtlicher Bericht des Außenpolitischen Ausschusses des Repräsentantenhauses beziffert die gesamten Aufwendungen für Korea auf 523 Millionen Dollar, von denen aber lediglich 57 Millionen Dollar einen militärichen Charakter hatten. 356 Millionen Dollar entfielen auf GARIOA-Fonds 1946/49 (Government and Relief in Occupied Areas), 110 Millionen Dollar auf Marshallplanhilfe. Die militärischen Lieferungen umfaßten 40 000 japanische Gewehre und Munition für den Sicherheitsdienst, 100 000 Gewehre, Pistolen und Maschinengewehre, fünfzig Millionen Schuß Munition, 2000 Panzerfäuste mit 40 000 Ladungen, mehr als 4900 Fahrzeuge aller Art, eine große Zahl von Panzerabwehrgeschützen, Granatwerfern und Mörsern mit der dazugehörigen Munition. Damit konnte man eine Polizeitruppe ausrüsten, aber es reichte bei weitem nicht für die Abwehr eines bewaffneten Angriffes aus. Nach der Zurücknahme der amerikanischen Truppen wurden aus den Lagerbeständen in Japan Ausrüstungsgegenstände für 115 000 Mann im Werte von 1 Million Dollar geliefert, dazu einige Minenräumboote und Landungsboote.

Als Präsident Truman am 27. Juni 1950 seinen Beschluß verkündete, Amerikaner zur Verteidigung Koreas zu entsenden, gab er zu, daß die südkoreanischen Truppen lediglich „zur Verhinderung von Grenzzwischenfällen" und „zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit" bewaffnet worden waren. Daraus geht also klar hervor, daß die vom Kongreß bewilligten Gelder nicht benützt worden sind, um Südkorea mit den zum Widerstand gegen einen Angriff von seiten der nordkoreanischen Volksrepublik notwendigen Mittel zu versehen.

Die südkoreanische Regierung gab sich keinen Illusionen über die ihr drohenden Gefahren hin. Sie war sich völlig darüber im klaren, daß sie nach dem Abzug der amerikanischen Truppen, den sie deshalb auch nicht wünschte, einem sowjetischen Angriff wehrlos gegenüberstehen würde. Präsident Syngman Rhee wußte, daß es als Folge der amerikanischen Politik einer Preisgabe Chinas an die Kommunisten nur eine Frage der Zeit war, wann auch Südkorea überwältigt werden würde. So erklärte er am 19. November 1949, man erwarte, daß „einige gute bewaffnete kommunistische Divisionen nach Korea geschickt werden, sobald die Sowjets ihre fernöstliche Flanke durch den Sieg in China gesichert haben." Aber Rhees dringende Bitte um amerikanische Waffenhilfe zum Widerstand gegen den kommenden Angriff wurde abgelehnt.

So fand die katastrophale Chinapolitik der Regierung eine Parallele in ihrer Korea-Politik. In beiden Fällen verschloß man die Augen vor der nüchternen Wirklichkeit und betrachtete die kommunistische Bedrohung als nicht vorhanden, wenn nur „Reformen" durchgeführt würden. Und in beiden Fällen wurde die vom Kongreß beschlossene Waffenhilfe zurückgehalten. Wir gingen sogar noch über die Verweigerung von Waffen für Südkorea hinaus. Regierungssprecher haben der Welt klipp und klar verkündet, daß wir uns als nichtverantwortlich für die Verteidigung Koreas betrachteten. So hat Außenminister Acheson in seiner berühmten Ansprache vor dem Nationalen Presseklub am 12. Januar 1950 (nach dem Bericht der New York Times) gesagt: „Um ihrer eigenen Sicherheit willen müssen und werden die Vereinigten Staaten Truppen in Japan, auf den Riukiu-Inseln (Okinawa) und auf den Philippinen beibehalten. Aber eine derartige Dammlinie kann in Süd- und Südostasien nicht gezogen werden, wo die Vereinigten Staaten nicht direkt verantwortlich sind und nur begrenzte Aktionsmöglichkeiten haben." Damit wurde Moskau durch unseren eigenen Außenminister informiert, daß sowohl Formosa wie Korea außerhalb der amerikanischen Verteidigungslinie lagen. Im Januar 1950 hat Acheson vor dem Außenpolitischen Senatsausschuß Präsident Trumans Stellungnahme gegen die Entsendung von Truppen oder militärischen Beratern nach Formosa nachdrücklich bekräftigt und weiter erklärt, er allein sei für die vertrauliche Sprachregelung des State Department vom 23. Dezember 1949 verantwortlich, mit der

die Beamten im Ausland angewiesen wurden, in ihren Unterhaltungen, auf den Verlust von Formosa an die Kommunisten vorzubereiten.*)

Er sagte, daß eine baldige Anerkennung der chinesischen Volksrepublik durch Amerika „möglich" sei, und er stellte das Signal in Korea auf „Freie Fahrt", indem er ausdrücklich erklärte, „die Vereinigten Staaten könnten jenseits der Linie Japan-Okinawa-Philippinen den übrigen Fernen Osten nicht gegen Angriffe sichern."

Noch am 5. Mai 1950, also nur anderthalb Monate vor dem Angriff in Korea, wiederholte Senator Connally mit dem vollen Gewicht seiner Autorität als Vorsitzender des Außenpolitischen Senatsausschusses die Erklärung Achesons in einem Interview mit United States News. Der einzige Unterschied war, daß der Senator auf alle Umschreibungen verzichtete. Er war gefragt worden, ob der Vorschlag, Südkorea preiszugeben, ernsthaft in Erwägung gezogen würde und ob Korea nicht ein wesentlicher Bestandteil der Verteidigungsstrategie sei: „Ich fürchte", anwortete Connally, „der Vorschlag wird ernsthaft erwogen. Ich persönlich bin für Korea... aber Korea wird durch die Linie (des 38. Breitengrades) mitten durchgeschnitten. Im Norden stehen die Kommunisten. Sie haben Zugang zum Festland, und dort drüben steht Rußland. Wann immer Rußland den Eindruck gewinnt, Korea überrennen zu können, (wird es das tun,) genau so wie es wahrscheinlich Formosa überrennen wird, wenn es dazu bereit ist. Ich hoffe natürlich, daß dies nicht eintreten wird. Aber Korea ist kein wesentlicher Teil der Verteidigungsstrategie. Natürlich hat jede derartige Stellung ihre strategische Bedeutung. Aber ich glaube nicht, daß Korea wirklich sehr wichtig ist. Man hat uns erklärt, daß

---

*) Diese Sprachregelung hat in den Verhandlungen des Kongreßausschusses über die Entlassung Mac Arthurs eine große Rolle gespielt. Außenminister Acheson erklärte dazu in der Sitzung vom 3. VI. 1951 — nach den von der New York Times, 4. VI. S. 4 im Wortlaut veröffentlichten Protokollen — es habe sich nicht um eine politische Richtlinie, sondern um eine Propagandaanweisung gehandelt: „Es ist eine Direktive über das Verhalten im Falle eines Verlustes von Formosa gewesen, damit der uns daraus erwachsene Schaden verkleinert wird, indem man erklärt, Formosa habe keine besondere militärische Bedeutung. . . Das ist das übliche Verfahren bei der Behandlung von Dingen, die für uns nachteilig sind." E. H.

Japan, Okinawa und die Philippinen die absolut notwendige Verteidigungskette bilden. Gewiß würde jedes zusätzliche benachbarte Gebiet ein neues Glied bilden, aber es ist nicht absolut wesentlich."

Konnte Stalin noch freundlicher eingeladen werden, seinen Kommunisten in Nordkorea den Angriffsbefehl zu erteilen? Unter Bezugnahme auf die oben erwähnten politischen Erklärungen von maßgebender Seite vor dem 25. Juni 1950 hat Senator Taft am 28. Juni 1950 im Senat gesagt: „Kann man sich wundern, daß die koreanischen Kommunisten uns beim Wort unseres Außenministers nahmen? Wenn wir die Anerkennung des kommunistischen China in Erwägung zogen, wie es der Außenminister klar andeutete, dann durften sie auch die Anerkennung eines kommunistischen Korea durch die Vereinigten Staaten erwarten, nachdem sie es ganz besetzt haben würden."

Nicht nur die koreanische Verkehrsampel wurde — vom Vorsitzenden des Außenpolitischen Senatsausschusses und vom Außenminister selbst — auf grün gestellt, die Kommunisten wurden auch zum Angriff auf Formosa geradezu aufgefordert. Aus der Erklärung Trumans vom 5. Januar 1950, den Nationalchinesen würden zur Verteidigung Formosas „weder Rat noch militärische Hilfe" gegeben werden, mußte Stalin natürlich den Schluß ziehen, daß eine Eroberung Südkoreas nicht auf amerikanischen Widerstand stoßen würde. Formosa bedurfte schließlich nur amerikanischer Munition, um einen kommunistischen Angriff zurückzuschlagen, Südkorea brauchte aber ein direktes amerikanisches militärisches Eingreifen und befand sich in einer viel leichter verwundbaren Position als die Insel Formosa.

Der Beschluß Präsident Trumans, amerikanische Truppen zur Verteidigung Koreas einzusetzen, mußte als eine klare Absage an die von General Marshall und Dean Acheson befürwortete Fernostpolitik erscheinen. Aber der gleichzeitig an die 7. Flotte ergangene Befehl, Formosa zu verteidigen, wurde durch die Verfügung ergänzt, daß die nationalchinesischen Kräfte an der Fortsetzung ihrer erfolgreichen Blockade Schanghais und Tientsins verhindert werden sollten. Offenbar war die amerikanische Regierung entschlossen, selbst während des Kampfes gegen die Kommunisten in Korea in der Auseinandersetzung zwischen Kommunisten und Nichtkommunisten um

die Herrschaft in China „neutral“ zu bleiben. Dank Präsident Trumans Formosa-Befehl konnten die Kommunisten das gesamte Kriegsmaterial erwerben, von dem sie bis dahin durch die nationalchinesische See- und Luftblockade Schanghais und Tientsins abgeschnitten gewesen waren. Unsere englischen Verbündeten in Hongkong „machten Heu, solange die Sonne schien“, und auch amerikanische Rhedereien wie die Isbrandtsen Line profitierten von dem Befehl, die Nationalchinesen an Angriffen gegen Schiffe im Dienste der Kommunisten zu hindern. Kupfer, Stahl und anderes Kriegsmaterial wurde von englischen und amerikanischen Geschäftsleuten mit größter Beschleunigung nach chinesischen Häfen verfrachtet; für sie spielte nur der Gewinn eine Rolle und der Tod oder die Verwundung von englischen und amerikanischen Soldaten in Korea war ihnen gleichgültig. Die Zeitschrift Time berichtete am 22. Januar 1951, daß die englischen Kaufleute in Hongkong bei der Lieferung von Benzin, Kautschuk, Stahl und anderen strategischem Material an ihre und unsere Feinde 400 Millionen Dollar umgesetzt hatten. Leider wurde nicht hinzugefügt, was die Amerikaner verdienten, die sich ebenso wie die Engländer in Hongkong als „schlichte Kaufleute betrachten, die nur ihren üblichen Tageslauf fortsetzen wollen.“ *)

Aber erst als Senator O’Conor von Maryland Ende 1950 das Geschäftsgebaren dieser „schlichten Kaufleute“ unter die Lupe nahm, fing das Handelsministerium an, den Export von Kriegsmaterial nach Rotchina zu stoppen.

Vielleicht liegt die Erklärung über den plötzlichen Kurswechsel der amtlichen Fernostpolitik in dem alten Sprichwort, die Außenpolitik sei nur eine Erweiterung der Innenpolitik. Vielleicht hat Präsident Truman sich zur Verteidigung Koreas gezwungen gesehen — nachdem sein Außenminister erklärt hatte, wir hätten keine derartige Absicht — um den Schaden wieder gutzumachen, der in der Öffentlichkeit durch die Anschuldigungen Senator McCarthys entstanden war, daß „Kommunisten im State Department“ für unsere Fernostpolitik verantwortlich seien. Vielleicht hat aber der unprovozierte kommunistische Angriff in Korea plötzlich zu der Einsicht geführt,

*) Äußerung des Gouverneurs von Hongkong, Sir Alexander Grantham, nach dem kommunistischen Sieg in China; Time, 22. I. 1951, S. 19. E. H.

daß die Marshall-Acheson-Fernostpolitik auf falschen Voraussetzungen beruhte. Aber wie immer der plötzliche Entschluß auch zu erklären sein mag, Amerikas militärische Macht zur Verhinderung einer kommunistischen Eroberung Südkoreas einzusetzen, nachdem das ganze große China preisgegeben worden war, der kühne Kurs vom Juni wurde bereits im November wieder aufgegeben. Nachdem uns das massive Eingreifen der chinesisch-kommunistischen Armeen um den Sieg gebracht hatte, wurde die frühere Marshall-Acheson-Politik teilweise wieder aufgenommen. Wir haben nicht nur weiterhin die Nationalchinesen auf Formosa an der Blockade des Festlandes und an Stoßtruppunternehmen gehindert und damit das Hinterland der von uns bekämpften Kommunisten gesichert, wir haben auch General MacArthur verboten, die Versorgungslager, Verbindungslinien und Rüstungsbetriebe des Feindes in der Mandschurei mit Flugzeugen anzugreifen. Entweder hat die alte Illusion einer Loslösung der chinesischen Kommunisten von Moskau noch immer unsere Politik beeinflußt oder die Angst vor einer russischen Intervention, so wie früher die Angst vor einem chinesisch-kommunistischen Eingreifen MacArthur die Hände band. Vom Beginn der Operationen an waren die UNO-Truppen — zur Hauptsache Amerikaner — durch den Wunsch Washingtons und der UNO-Mehrheit gehandicapt, einen „begrenzten" Krieg zu führen. Nach der Einnahme Seouls mußten unsere Soldaten tagelang am 38. Breitengrad stehenbleiben, so daß die koreanischen Kommunisten genug Zeit zum Rückzug in die Berge hatten. General MacArthur mußte warten, bis die Obstruktion der Sowjetstaaten und der indischen Regierung in der UNO überwunden war. Amerika befand sich in der wenig beneidenswerten Situation, die Siege fast ganz allein erringen und dann abwarten zu müssen, bis andere darüber entschieden, ob und welcher Nutzen daraus zu ziehen sei. Um die Schwierigkeiten unserer an Zahl unterlegenen Truppen noch zu vergrößern, verbot das State Department jede Nutzbarmachung des nationalchinesischen Nachrichtendienstes sowie eine Luftaufklärung über der Mandschurei und dem eigentlichen China. Die Vereinigten Staaten hatten anscheinend keine eigenen Agenten in China, während die Nationalchinesen von Formosa aus dank dem wachsenden Widerstand gegen das kommunistische Regime ein ausgezeichnetes Spionagenetz auf dem Festland un-

terhielten. Aber vom Oktober 1949 an war es den amerikanischen Abwehroffizieren durch eine Anweisung des State Department ausdrücklich verboten, sich an den chinesischen Nachrichtendienst auf Formosa zu wenden.

Die chinesische Botschaft in Washington leitet dem State Department und dem Pentagon die Berichte des chinesischen Nachrichtendienstes zu. Aber man scheint ihnen wenig Beachtung zu schenken. So wurde dem Pentagon im Mai 1950 gemeldet, daß chinesisch-kommunistische Elitetruppen, die zur Armee unter dem Befehl von Lin Piau gehörten und in Rußland ausgebildet und ausgerüstet worden waren, aus Südchina nach der Mandschurei verlegt würden, und daß dies auf irgendein Unheil in Korea hindeute, da General Lin Piau „der Mann Rußlands" ist. Niemand nahm von diesem absolut zutreffenden Bericht Kenntnis. Später stellte sich dann heraus, daß die beim ersten nordkoreanischen Angriff führenden Divisionen zur Armee Lin Piaus im kommunistischen Krieg gegen Tschiang Kai-schek gehört hatten. Im Juli und August 1950 informierte der chinesische Nachrichtendienst das State Department und das Pentagon, daß jetzt auch das Gros der Armee Lin Piaus und ebenso einige Teile der vorher im Gebiet von Schanghai stationierten Armee General Tschen-yis nach der Mandschurei verlegt würden. Man hätte erwarten sollen, daß daraus der Schluß gezogen worden wäre: die chinesischen Kommunisten bereiten einen Angriff auf uns in Korea vor. Aber nein. Diejenigen, die über unser Schicksal bestimmen, kamen zu dem Ergebnis, diese Truppenbewegungen bedeuteten eine Versteifung des chinesischen Widerstandes gegen Rußland! Selbst Admiral Nimitz ließ sich täuschen und sagte, die Massenbewegungen chinesischer Truppen vom Süden nach dem Norden im Frühjahr und Sommer 1950 bewiesen Chinas Entschlossenheit, sich russischen Übergriffen zu widersetzen. Es ist eben keiner so blind, wie derjenige, der nicht sehen will. Da alles auf die Karte eines chinesischen Tito gesetzt worden war, hielten das State Department und gewisse Armee- und Marinedienststellen entschlossen an der Auffassung fest, die erwiesene Koordinierung der Aktionen Peipings und Moskaus beweise in Wirklichkeit ihren Antagonismus. Im Februar 1950 hatten die Vereinigten Staaten im voraus verkündet, sie würden keinen Gebrauch von ihrem Vetorecht im Sicherheitsrat machen, um die Aufnahme Rotchinas in die UNO zu verhindern. Am 9. De-

zember 1950, als die Verlustziffern bereits auf 40 und 50 000 anstiegen, erklärte Acheson dem Kongreß, die Vereinigten Staaten würden zwar versuchen, die Anerkennung der chinesischen Kommunisten durch die UNO zu verhindern, sie könnten dagegen aber kein Veto einlegen. Das Veto könne von rechtswegen nur angewandt werden, wenn es sich um die Neuaufnahme einer Nation handle, es beziehe sich aber nicht auf die Frage, „welche Parteiung" einer solchen Nation zugelassen werden solle. Unser Außenminister stellte also die Nationalchinesen und Stalins Marionetten trotz aller bitteren Erfahrungen in Korea noch immer als zwei chinesische „Parteiungen" dar. Die UNO debattierte endlos, ob das kommunistische China als „Angreifer" zu bezeichnen sei oder nicht ... während die UNO-Truppen in Korea kämpften und starben.

Eine chinesisch-kommunistische Delegation wurde nach Lake Success eingeladen und reiste wieder ab, nachdem sie heftige Anklagen gegen den amerikanischen „Angreifer" und gegen die UNO selbst vom Stapel gelassen hatte. Trotz dieses abweisenden Verhaltens übernahm Indien die Führung bei dem Versuch, eine Formel auszuarbeiten, die alle kommunistischen Wünsche erfüllt und nur in verlogener Weise das Ansehen der zur Verhinderung von Angriffen und zur Wahrung des Friedens eingesetzten UNO gewahrt haben würde. Der sogenannte asiatisch-arabische Block suchte die von Amerika geführten Kräfte der freien Welt zur Kapitulation zu veranlassen: sie sollten auf einer Siebenmächtekonferenz einschließlich aller führenden Appeasers und unter Ausschluß Nationalchinas und der von der UNO gedeckten und in gehöriger Form gewählten Regierung Südkoreas über das Schicksal Koreas und Formosas und über die Aufnahme des kommunistischen China in die UNO diskutieren. Nach zwölf Wochen heftiger Wortgefechte raffte sich endlich am 31. Januar 1951 eine Mehrheit der UNO auf, nahm allen ihren Mut zusammen und unterstützte die amerikanische Entschließung über die Brandmarkung Rotchinas als „Angreifer". Die UNO verdarb aber den moralischen Effekt dieser Resolution wieder durch den Beschluß, daß keine wirtschaftlichen oder militärischen Sanktionen ergriffen werden sollten, falls das in § 9 der Resolution vorgesehene „Komitee der guten Dienste" in der Lage sei, die kommunistischen Angreifer zu Feuereinstellung und Verhandlungen zu bewegen. Das Komitee war dazu nicht in der Lage,

und so wurde wenigstens ein Kriegsmaterialembargo beschlossen. Inzwischen haben dann nach der Rundfunkrede des sowjetischen UNO-Delegierten Jakob Malik vom 23. Juni 1951 tatsächlich Verhandlungen begonnen. Noch ist aber die Gefahr nicht gebannt, daß die Beschwichtigungsapostel unter Führung Indiens, die ziemlich offen von Kanada, weniger offen von England und Frankreich unterstützt werden, die Vereinigten Staaten dahin bringen, unseren alten Verbündeten, die chinesische Nationalregierung fallen zu lassen. Dorothy Thompson hat dazu in einem ihrer Artikel bemerkt, dies würde darauf hinauslaufen, „der Katze den Kanarienvogel zu geben, nachdem ihr die Maus entwischt ist.“ Falls dies geschieht, werden die jungen Männer, die in Korea gefallen oder verkrüppelt sind, vergebens gekämpft haben. Ob wir nun dahin gebracht werden, Korea aufzugeben — sei es mit allen Ehren, sei es als entehrenden Preis für eine vorläufige Schlichtung des Streites mit den Kommunisten — soviel ist klar, daß die Koreaner allein nicht die geringste Chance haben, ihre Unabhängigkeit ohne dauernde amerikanische Unterstützung zu bewahren, solange China unter kommunistischer Herrschaft steht.

Der Fall Korea bildet nur ein Nebenmotiv in der Symphonie über das Thema „Schuld der Regierung an der fernöstlichen Katastrophe“, einer Katastrophe, die auch nicht durch das Wunder eines Sieges in Korea wieder gutgemacht werden kann. Das State Department scheint aber noch immer überzeugt zu sein, daß gute Werke im Kampf gegen den Kommunismus mehr wert sind als Bajonette. Sicherlich wird man uns erzählen, daß es keine Gefahr für unseren übel zugerichteten kleinen Schützling in Asien mehr geben wird, wenn nur der amerikanische Steuerzahler genug Dollar zum „Wiederaufbau“ und zur „Demokratisierung“ Koreas aufbringt. Solange die Vereinigten Staaten die chinesischen Kommunisten begünstigen oder beschwichtigen, ist es müßig, von einer „Rettung“ Südkoreas auch nur zu reden. Solange es den Anschein hat, als trachte das State Department immer noch nach Rache an Tschiang Kai-schek, bleibt wahr, was Hanson Baldwin am 29. Oktober 1950 in der New York Times schrieb: „Rußland kann, rein militärisch gesehen, Korea verschlingen, wann es ihm paßt.“

Die Frage lautet jetzt: wollen wir auch weiter Rußland im Fernen Osten eine so beherrschende Stellung einnehmen las-

sen, die eine dauernde Bedrohung dessen darstellt, worum wir so tapfer in Korea gekämpft haben? Wollen wir es Stalin noch durch eine Anerkennung Rotchinas erleichtern? Solange diese Fragen nicht beantwortet sind, wird es in Korea bestenfalls einen Waffenstillstand geben.

Kapitel V

WIE DIE KOMMUNISTEN DIE DIPLOMATEN EINFINGEN...

Seit der Korea-Katastrophe tönt es von allen Seiten fast wie im Chor: „Washington ist schuld!" Das stimmt — bis zu einem gewissen Grade. Es sind immer einzelne Menschen, die über die Politik entscheiden und sie durchführen. Die meisten von ihnen sind fähige Männer, gut ausgewählt für ihre Posten, Männer, die sich nicht durch Propaganda irreführen lassen. Das gilt für die Mehrheit unserer höheren Beamten, aber es trifft auf eine Minderheit nicht zu, eine bedeutsame und einflußreiche Minderheit, die während des letzten Jahrzehnts die amerikanische Politik im Fernen Osten geformt und in die Praxis umgesetzt hat.

Ich habe die persönliche Bekanntschaft einiger führender Persönlichkeiten dieser Minderheit gemacht, und da ihre Tätigkeit nach meiner Meinung ebenso sehr ein Teil des „Dramas China" ist, das ich beschreibe, wie die Ereignisse, an denen sie beteiligt waren, kann man an ihnen nicht vorübergehen. Sie haben lange bevor die Schilderung dieses Buches einsetzt, angefangen, eine beherrschende Rolle zu spielen: ihr „Drama China" beginnt 1938 unter einer kleinen Gruppe von Amerikanern in Hankau — im Sommer und Herbst des zweiten Jahres des chinesisch-japanischen Krieges. Ich war damals Berichterstatterin des Londoner News Chronicle in Hankau. Die Einnahme der Wuhan-Städte — Hankau auf dem nördlichen, Wutschang auf dem südlichen Jangtse-Ufer und Hanyang am Han gegenüber Hankau, — die Tschiang Kai-schek nach dem Fall Nankings zur Hauptstadt gemacht hatte, wurde binnen kurzem erwartet. Die meisten amerikanischen und englischen Korrespondenten und Diplomaten waren bereits nach Tschungking abgereist. Wir Zurückgebliebenen nannten uns „Hankaus letzte Mohikaner". Die Japaner bombardierten fast täglich die un-

verteidigten Wohnviertel der Stadt, als sie langsam gegen den standhaften, aber hoffnungslosen Widerstand der schlecht ausgerüsteten nationalchinesischen Armeen im Jangtse-Tal vorrückten. Obwohl wir selbst verhältnismäßig sicher waren, solange wir uns innerhalb der früheren englischen Konzession, unserem jetzigen Quartier, aufhielten, betrachteten die meisten von uns Chinas Sache als unsere eigene. Wir waren uns einig in einem Gefühl der Beschämung und der Empörung, daß die Vereinigten Staaten und das britische Empire zusammen die Japaner noch immer mit Kriegsmaterial belieferten. Wir pflegten die Bombenangriffe auf die Wuhang-Städte vom Turm der lutherischen Mission aus zu beobachten; dann eilten wir dorthin, wo die Bomben gefallen waren, um danach über das entsetzliche Blutbad zu berichten. Wir machten Fahrten an die Front, warfen uns in die Straßengräben, wenn die japanischen Flieger die Straßen mit Maschinengewehren bestrichen, und wurden Zeugen des Mutes der chinesischen Truppen, die mit Waffen aller Art gegen einen Feind kämpften, der auf das modernste ausgerüstet war. Diese Erlebnisse schufen eine gute Kameradschaft, wie sie in Krieg und Gefahr und Mitleiden entsteht.

Um die tieferen Gründe der späteren amerikanischen Chinapolitik zu erfassen, muß man etwas von der damaligen Lage in Hankau wissen. Zu jener Zeit ließ sich leicht über die — guten oder bösen — künftigen Wirkungsmöglichkeiten der KPChina diskutieren. Es war die Periode der Einheitsfront: die chinesischen Kommunisten kämpften Schulter an Schulter mit den Nationalchinesen und folgten den Befehlen der Zentralregierung. Die Kommunisten hatten in Hankau eine Delegation, eine Zeitung und volle Pressefreiheit. Ihr Vertreter war 1938 wie acht Jahre später, als General Marshall nach China kam, der liebenswürdige und intelligente Tschu-En-lai, der mit seiner überzeugenden Art wahrscheinlich mehr Menschen zur Sache der chinesischen Kommunisten bekehrt hat als irgend jemand sonst. Ich erwähne diese persönlichen Einzelheiten, um den Leser die allgemeine Atmosphäre nachempfinden zu lassen, die bestand, als Oberst Joseph Stilwell, der spätere General, als amerikanischer Militärattaché in Hankau war und zu einem großen Bewunderer der Kommunisten wurde. Vielleicht war es unvermeidlich, daß ein so tüchtiger, aber politisch ununterrichteter Mann mit dem romantischen Charak-

ter des verstorbenen Stilwell dem Zauber derjenigen erliegen mußte, die in den Kommunisten das „Licht Asiens“ erblickten. Stilwell war ein Ehrenmann, mutig, und ein guter Frontoffizier. Im Weltkrieg gewann er die Soldaten für sich, weil er alle Härten mit ihnen teilte. Politisch fehlte es ihm aber an Kenntnissen, an der Selbstbeherrschung und an den staatsmännischen Qualitäten, die ein Diplomat oder ein Oberbefehlshaber in einem fremden Lande besitzen muß. Sein Blickfeld ging nicht über die Vorstellung hinaus: „Man muß den Krieg gewinnen.“ Von den Problemen, die Chinas Regierung bedrängten, hatte er keine Ahnung, denn er verstand nichts vom Kommunismus. Man hatte ihm völlig zu unrecht den Spitznamen „Essig-Joe“ gegeben: unter seiner rauhen Schale saß ein weiches Herz, das ihn auch die Politik rein gefühlsmäßig betrachten ließ. Sah er Menschen leiden oder ungerecht behandelt, so reagierte er blindlings, ohne nach den Ursachen zu fragen. Ich kannte ihn gut damals in Hankau und mochte ihn gern, und es war in Hankau, daß ich ihn kommunistischen Einflüssen erliegen sah. Als er vier Jahre später zum amerikanischen General bei der chinesischen Wehrmacht und zum Stabschef Tschiang Kaischeks ernannt wurde, reiften die verhängnisvollen Früchte jener Einflüsse, die in den letzten Tagen in Hankau auf ihn ausgeübt worden waren und ihn zur Überzeugung gebracht hatten, die Kommunisten seien Chinas große Hoffnung. Was er tat und dachte, stammte aus dieser Illusion, die in den Monaten von Hankaus Ruhm als Mittelpunkt des fernöstlichen Widerstandes gegen die Aggression der Achsenmächte empfangen und ausgetragen war.

Unter diesen schicksalhaften Einflüssen ist an erster Stelle eine Frau zu nennen, die durch ein romantisches Temperament, eine elende Kindheit, unglückliche Liebeserfahrungen und ein glühendes Mitgefühl für die Armen dazu getrieben worden war, die Sache der chinesischen Kommunisten zu ihrer eigenen zu machen: Agnes Smedley, die unermüdliche Kämpferin, deren ganzes Leben vom inbrünstigen Glauben an die Möglichkeit sozialer Gerechtigkeit auf Erden erfüllt war. Wir waren 1938 in Hankau befreundet. Natürlich schlug sie meine Warnungen in den Wind, wenn ich von den Enttäuschungen sprach, die ihr kommunistischer Glaube ihr unausweichlich eines Tages bereiten werde. Sie hatte eine vornehme Art und vor allem Sinn für Humor. Fühlte sie sich durch die Argu-

mente ihrer Widersacher in die Ecke getrieben, so rief sie lachend: „Aber warum gebt Ihr Euch so viel Mühe, mir meinen Glauben zu entreißen? Wollt Ihr, daß ich einen Millionär heirate?“ Ich versuchte sie davon zu überzeugen, daß kommunistische Bewegungen nur solange opferbereit und unbestechlich sind, wie sie um die Macht kämpfen. Als einziges Zugeständnis räumte sie ein, daß vielleicht eines Tages auch die Führer ihrer geliebten 8. Marscharmee korrumpiert sein würden; aber sie glaubte trotzdem, ihr Leben der Sache der chinesischen Kommunisten weihen zu müssen. Agnes Smedley hat nicht nur „Essig-Joe“ eingefangen, sondern auch Sir Archibald Clark-Kerr völlig für ihre Auffassung gewonnen, den englischen Botschafter, der später Botschafter in Moskau und dann als Lord Inverchapel Botschafter in Washington war. „Archie“ war ebenfalls für lange Jahre ein wohlgeneigter Freund der chinesischen Kommunisten. Agnes Smedley, sagte er zu mir, sei „die bedeutendste Frau“, die er je getroffen habe; beider enge Freundschaft bestand auch in Washington weiter. Eine andere höchst eigen- und einzigartige Persönlichkeit des Hankauer Jahres war Captain Evans Carlson vom amerikanischen Marinecorps, ein Idealist wie Agnes Smedley, die er heiß liebte. Er hatte den „Langen Marsch“ der chinesischen Kommunisten nach Norden mitgemacht und sich mit dem glühenden Eifer eines Kindes der Sache des chinesischen Volkes verschrieben. Er lief in Hankau mit einem kurzärmeligen groben und schmutzigen Hemd herum und gab sich alle Mühe, wie ein kommunistischer Partisane auszusehen. Andere Amerikaner spotteten über seine komische Erscheinung und seine verzückte Begeisterung für die chinesischen Kommunisten, die für ihn die „wahren Christen“ waren, aber sein Lobgesang machte selbst auf Leute wie John P. Davies einen tiefen Eindruck, der sich gern über ihn lustig machte. Davies, der damals Konsul war, pflegte uns alle zu ausgezeichneten Essen ins Konsulat einzuladen, wobei er seiner Bewunderung für Agnes Smedleys „reines Herz“ und seiner Zuneigung zu ihr, seiner ästhetischen Liebe zur Schönheit, seinem Interesse für Kunst und elegantes Leben und seiner Verachtung für den „komischen Kerl Carlson“ Ausdruck gab. Wie sich später zeigen sollte, hatte er aber einen ebenso großen Glauben an Carlson wie an Agnes Smedley, und zusammen mit Edgar Snow und anderen Journalisten der Hankauer Zeit wurde er zu einem der einflußreichsten För-

derer der Sache der chinesischen Kommunisten im State Department.*)

Die Welt, wie man sie von Hankau 1938 aus sah, war eine unwirkliche Welt, in der Recht und Unrecht klar voneinander geschieden waren. Die Kommunisten schienen die Seite des Rechtes gewählt zu haben; da sie damals ebenso wie die Truppen Tschiang Kai-scheks gegen die Japaner kämpften. Selbst ich, der sechs Jahre Sowjetrußland alle Illusionen über das dortige Leben ausgetrieben hatten, konnte nur schwer dem Appell der „Einheitsfront" im China von 1938 widerstehen. Ich wußte aus meinen Moskauer Erfahrungen, daß alle Kommunisten „Lügner aus Grundsatz" sind, wann immer der „einfache Mann" um der „höheren Ziele" willen betrogen werden muß. Ich hätte also wissen müssen, daß auch die chinesischen Kommunisten sich von den anderen Kommunisten in der Welt nicht unterscheiden konnten. Aber auch ich wurde von der Hankauer Atmosphäre und der anscheinend „liberalen" Haltung unserer kommunistischen Bekannten eingefangen. Ich ließ mich damals durch ihre zur Schau getragene Ergebenheit gegenüber der Einheitsfront gegen die „faschistische" Aggression täuschen. Dieser Irrtum ging nicht zuletzt darauf zurück, daß ich zu meiner großen Überraschung bei meiner Ankunft in China 1938 von den chinesischen Kommunisten ebenso herzlich willkommen geheißen wurde wie von der Nationalregierung. Mein Buch „Japans tönerne Füße" war ins Chinesische übersetzt und weit verbreitet worden. Ich war immer noch zu leichtgläubig, um nicht zu verstehen, daß die chinesischen Kommunisten es sich gar nicht leisten konnten, mir die kalte Schulter zu zeigen: ich deutete ihr freundliches Verhalten mir gegenüber als Zeichen einer im Grunde liberalen Haltung. Sie wissen doch, sagte ich mir, daß mein russischer Mann im Zuge der Schauprozesse in Moskau verhaftet worden ist und daß ich vor der Tyrannei Stalins geflohen bin. Wenn sie mich trotzdem so warm begrüßen, dann können sie keine „richtigen" Kommunisten sein. Ich stand freilich auch unter einem gewissen Zwang, meine Gefühle und die Erfahrungen

*) John Davies, der Schwiegersohn des amerikanischen Botschafters Grady, wurde im Juli 1951 vor einem Loyalty Board „entlastet". Er wurde zum Stellvertr. Chef der Politischen Abteilung im Stabe MacCloys ernannt. E. H.

in Rußland für mich zu behalten: ich glaubte, so am besten der Sicherheit meines Mannes zu dienen, von dem ich damals hoffte, daß er noch am Leben sei. Wenn also die Hankauer Atmosphäre selbst mich ergriff, so war es schon gar nicht überraschend, daß die Kommunisten unter den Ausländern moralische Eroberungen machten, denen nicht wie mir Erfahrungen in Rußland zu Gebote standen. Es ist freilich schwer zu verstehen, wie sie an ihrem Irrtum festhalten konnten, nachdem die Einheitsfront im Zeichen der Verträge zwischen Stalin und Hitler, Stalin und Matsuoka zerbrach und die Kommunisten fast ganz mit dem Kampf gegen Japan aufhörten.

Als Joe Stilwell 1942 zum amerikanischen Militärbeauftragten in China und Stabschef Tschiang Kai-scheks ernannt wurde, waren die „Hankauer letzten Mohikaner" über die ganze Erde verstreut. Ihr Einfluß aber war enorm gewachsen. Durch Bücher, Berichte und Zeitungsartikel oder durch ihre Regierungsämter waren sie zu einer machtvollen Kraft in der Bestimmung der amerikanischen öffentlichen Meinung und Politik geworden. Es waren auch genug von ihnen in China zurückgeblieben oder wurden dorthin zurückgesandt, daß sie eine Phalanx um General Stilwell herum bilden konnten. Joe Stilwells „beste Jungens", denen er auf Grund der alten Beziehungen sein Vertrauen schenkte, erlangten bald praktisch die Kontrolle über die militärischen und nichtmilitärischen Missionen der Vereinigten Staaten in Tschungking. Da außerdem die Verhandlungen mit der Regierung Tschiang Kai-schek sehr schwierig waren und die Nationalregierung wenig Sinn für die Pflege der Beziehungen zu Ausländern hatte, ließen sich die meisten Amerikaner in China und Washington zum Standpunkt Stilwells und John Davies' bekehren. John Davies wurde Stilwells politischer Berater*) und brachte seine Schützlinge John S. Service,

---

*) Zur gleichen Zeit war der bekannte amerikanische Columnist Joseph Alsop politischer Berater von Generalmajor C. L. Chennault und Dr. T. V. Soong. Alsop, der vor dem Loyalty Board des State-Department als Zeuge vernommen wurde, schrieb am 27. VII. 1951 in der New York Herald Tribune: „Ich war damals — Ende 1943, Anfang 1944 — der Auffassung, daß ein Triumph der Kommunisten verhindert werden könnte, indem man einen klügeren Mann an die Stelle von Stilwell setzte, die amerikanische Hilfe verstärkte und sehr aktiv in eine Reform der verkommenden Nationalregierung eingriff. . . Davies vertrat die Auffassung, daß die Regierung des Gene-

Raymond P. Ludden und John Emerson mit. Welche Qualifikationen sie für den diplomatischen Dienst in China auch haben mochten — Mangel an Kenntnissen über China oder Sympathie für die chinesischen Kommunisten — Tatsache ist, daß die Gruppe um General Stilwell sehr bald auch andere Angehörige des auswärtigen Dienstes in ihren Bannkreis zog, die früher nicht durch eine besondere Voreingenommenheit für die chinesischen Kommunisten hervorgetreten waren. Als Moskau 1943 der chinesischen Nationalregierung seine volle Feindseligkeit zuwandte, übte die Davies-Service-Clique in Tschungking bereits eine Art Monopol in der Formung der amerikanischen Politik aus. Stilwell haßte und verachtete Tschiang Kai-schek, und das machte es den Freunden der chinesischen Kommunisten noch um vieles leichter, ihn zu dirigieren.

Die Davies-Service-Gruppe in Tschungking hatte eine fast vollständige Kontrolle über die abgehenden militärischen und diplomatischen Depeschen. Die einzige Ausnahme bildete der Marineattaché, der seinen eigenen Nachrichtenweg hatte. Daraus erklärt sich möglicherweise, daß Admiral Leahy Präsident Roosevelt anders beriet als das State Department. Aber abgesehen von den Marinenachrichten ging kein Bericht aus China nach Washington, der nicht von der Davies-Service-Gruppe redigiert worden wäre. Wenn die Abwehr meldete, daß die Kommunisten die Nationalchinesen angriffen statt die Japaner, so unterblieb die Weitergabe. General Pat Hurley hat sich 1946 vor dem Außenpolitischen Senatsausschuß darüber beklagt, daß John Davies hinter seinem Rücken die amtliche amerikanische Politik sabotiert habe: so sei er eines Tages nach Yenan geflogen, um Mao Tse-tung mitzuteilen, daß er, Botschafter Hurley, nicht den amerikanischen Standpunkt ver-

---

ralissimus bereits den Punkt überschritten hätte, an dem sie noch zu retten gewesen wäre. War dies der Fall, so lautete die Frage nicht, wie ein kommunistischer Sieg verhindert werden, sondern wie man zu einer Verständigung mit den Kommunisten kommen könnte. . . Davies empfahl deshalb eine mäßige amerikanische Hilfe für die chinesischen Kommunisten. Sein offen einbekanntes Ziel war, das Vertrauen der chinesischen Kommunisten zu Amerika zu fördern und so eine Spaltung zwischen ihnen und dem Kreml zu erzielen.“ Dieser Bestätigung der Darstellung Freda Utleys fügt J. Alsop allerdings hinzu, er glaube jetzt, daß sich die Meinung von Davies als richtig erwiesen haben würde, wenn man seinen Empfehlungen gefolgt wäre. E. H.

trete. Die drei Herren mit dem Vornamen John — Carter Vincent, Davies und Service — die vor allem dank Stilwell so mächtig geworden waren, wurden 1945 durch die Generäle Hurley und Wedemeyer zeitweilig beiseitegeschoben. Während der Marshall-Mission 1946 aber übten sie wieder ihren ausschlaggebenden Einfluß aus.

Verlauf und Folgen der Marshall-Mission und die spätere Tätigkeit Marshalls als Außenminister sind bereits geschildert worden, und es wurde auch schon erwähnt, daß seine alte Freundschaft mit General Stilwell eine große Rolle spielte; es hatte ihn sehr erbittert, daß Stilwell 1944 auf Verlangen Tschiang Kai-scheks abberufen werden mußte. Unter dem Druck der Ereignisse war Marshall auch während seines Aufenthaltes in China in hohem Maße auf den Rat der Davies-Service-Gruppe angewiesen, die damit immer mächtiger wurde, zumal Präsident Truman ein uneingeschränktes Vertrauen zu General Marshall hatte. Er akzeptierte alle Empfehlungen des Mannes, den er als den „größten lebenden Amerikaner" betrachtete.

John Davies, der später eine führende Stellung im Politischen Planungskomitee des State Department bekleidete, hat, wie im Weißbuch (S. 573) nachzulesen, in einem Bericht vom 7. November 1944 die KPChina als eine „moderne, dynamische, populäre Regierung" hingestellt. Er empfahl den Beginn einer „gewissen Zusammenarbeit mit den Kommunisten", denen die Herrschaft über China vorbestimmt sei, um „sie weiter in dem Sinne zu beeinflussen, daß sie eine unabhängige und den Vereinigten Staaten gegenüber freundliche Haltung einnehmen." Es sei sogar notwendig, die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu den Kommunisten zu beschleunigen, denn „falls die UdSSR in den Krieg gegen Japan eintritt, werden die Kommunisten von der Sowjetunion eingefangen und zu Sowjetsatelliten gemacht werden." J. Davies war ein intelligenter und keineswegs naiver junger Mann. Er war in China geboren und erzogen worden; er spricht und liest chinesisch. Die umfangreiche Masse des Beweismaterials für die in Wort und Tat immer wieder betonte völlige Dienstbarkeit der KPChina gegenüber Sowjetrußland kann ihm deshalb nicht einfach unbekannt gewesen sein. Bereits im November 1944 stellte John Davies den Grundsatz auf, der die Grundlage der gegen unsere Interessen gerichteten Chinapolitik werden sollte,

die dann von General Marshall befolgt wurde. Am 15. November schrieb er in einem Bericht aus Tschungking: „Wir sollten Tschiang Kai-schek nicht jetzt im Stich lassen, denn im gegenwärtigen Moment würde damit mehr verloren als gewonnen werden. Wir müssen zunächst auch weiter seine Regierung anerkennen. Aber wir müssen realistisch sein ... Eine chinesische Koalitionsregierung, in der die Kommunisten einen befriedigenden Platz finden, ist die für uns wünschenswerteste Lösung des Dilemmas. Sie bildet für uns die größte Versicherung eines starken, geeinten, demokratischen, unabhängigen und befreundeten China, das unser strategisches Grundziel in Asien und im Pazifik ist. Wenn Tschiang Kai-schek und die Kommunisten ein beiderseits befriedigendes Übereinkommen erzielen, so würde die von unserem Standpunkt aus wünschenswerteste Lösung erreicht sein. Erweisen sich aber beide als unversöhnbar, dann müssen wir entscheiden, welcher Gruppe wir unsere Unterstützung leihen wollen. Sucht man zu bestimmen, welche Gruppe wir unterstützen sollen, so muß man davon ausgehen, daß die Macht in China im Begriff steht, sich von Tschiang Kai-schek zu den Kommunisten zu verlagern." Am 12. Dezember 1944 drängte Davies nachdrücklich auf eine Belieferung der chinesischen Kommunisten mit Waffen. Er umriß damals die Politik, die ein Jahr später von Präsident Truman offiziell angenommen wurde, nämlich „es Tschiang Kai-schek klar zu machen, daß wir von den Chinesen erwarten, daß sie ihre innerpolitischen Gegensätze beilegen, daß wir es ablehnen, weiter in innerpolitische chinesische Auseinandersetzungen verstrickt und dabei Partei zu sein." In vorangegangenen Depeschen hatte Davies die Gefahr hervorgehoben, daß Amerika in einen Krieg mit der Sowjetunion verwickelt werden könnte, wenn es weiterhin die Nationalregierung unterstütze, — womit er selbst anerkannte, daß der Kampf in China kein „innerchinesischer politischer Streit" war. Aber wie viele andere, die für die Kommunisten Partei nahmen, scheint auch er eine logische Argumentation nicht für notwendig zu halten. Aus den Drahtberichten von John Davies geht nicht hervor, daß er selbst jemals Kommunist gewesen sei. Wohl aber beweisen sie, daß er zu verschiedenen Zeiten entgegengesetzte Argumente wählte, je nachdem wie es für die chinesischen Kommunisten vorteilhaft war, und daß er sich im besten Fall nicht klar machte, was einem Mann von seiner Intelligenz und

seinen Kenntnissen hätte geläufig sein müssen, nämlich daß eine kommunistische Eroberung Chinas die Sicherheit der Vereinigten Staaten gefährden würde. Es ist oben schon darauf hingewiesen worden, daß er nach Meinung von Botschafter General Hurley die Politik der Vereinigten Staaten „sabotierte“, indem er privat die Kommunisten dahin unterrichtete, daß seine, Hurleys, „Bemühungen, den Zusammenbruch der Nationalregierung zu verhindern, nicht die Politik der Vereinigten Staaten darstellten.“ Davies begünstigte die Kommunisten, weil er sie für die stärkere Seite hielt. „Die Kommunisten werden in China bleiben“, heißt es in seinem Drahtbericht vom 7. November 1944, „und sie, nicht Tschiang Kaischek werden das Schicksal Chinas sein... Auch wenn der Generalissimus keinen Bürgerkrieg heraufbeschwört, so steht er doch, falls er keine Verständigung mit den Kommunisten erreicht, vor der Niederlage. Die Kommunisten sind bereits zu stark für ihn.“ Jahrelang hat John Davies als maßgebendes Mitglied des Politischen Planungsausschusses das State Department in der Auffassung bestärkt, die KPCh könnte von Moskau losgelöst und auf unsere Seite herübergezogen werden.

Die Telegramme von John Stewart Service und Raymond Ludden stimmen, soweit sie im Anhang des Weißbuches abgedruckt sind, in den Grundzügen mit den Berichten von J. Davies überein, der ihr Vorgesetzter war. Sie unterscheiden sich höchstens dadurch, daß ihre Begeisterung für die „demokratische Selbstregierung“ im kommunistischen China noch uneingeschränkter ist, daß sie noch mehr davon überzeugt sind, die chinesischen Kommunisten seien „eigentlich keine Kommunisten“, und daß sie Demokratie mit Kommunismus sozusagen gleichsetzen.*) In einem Drahtbericht vom 14. Februar 1945 haben Ludden und Service die gleiche Politik in China vorgeschlagen, wie sie im Kriege Jugoslawien gegenüber eingeschlagen worden war. Zustimmend zitierten sie die Erklärung Churchills, der die Preisgabe der antinazistischen und anti-

*) R.D. Ludden war 1938 als Dolmetscher dem amerikanischen Konsulat in Peking zugeteilt worden. Später war er zweiter Sekretär an der Botschaft in Tschungking, wurde dem Stabe General Stilwells als politischer Berater beigegeben und mit einer militärischen Beobachtergruppe 1944 nach Yenan entsandt. General Wedemeyer stellte ihn kalt; er wurde aber 1946 wieder nach China entsandt, wo er von Februar 1948 an Konsul in Kanton war. F. U.

kommunistischen Tschetnici unter General Michailowitsch damit begründete, daß jetzt nicht die Zeit für „eine ideologische Vorliebe" sei, sondern daß man von dem Kriterium auszugehen habe, „wer am ehesten bereit sei, Deutsche umzubringen." „Eine ähnliche öffentliche Erklärung des Oberbefehlshabers in Bezug auf China", schrieben Ludden und Service, „würde nicht die Zurückziehung der Anerkennung der Zentralregierung oder die Einstellung der militärischen Hilfe bedeuten. Sie würde aber verdeutlichen, daß wir alle uns verfügbaren Mittel zur Erreichung unseres Hauptzieles einzusetzen bereit sind." In seinen eigenen Berichten hat J. S. Service, der 1909 als Sohn eines amerikanischen Missionarsehepaares in China geboren war, immer wieder betont, daß „die kommunistische Revolution gemäßigt und demokratisch ist." Die chinesischen Kommunisten seien von Moskau unabhängig. In einem Schriftstück, das nicht im Weißbuch enthalten ist, dessen Abschrift aber unter den vom Federal Bureau of Investigation bei der Hausdurchsuchung des Büros der Zeitschrift Amerasia 1945 gefunden wurde, heißt es wörtlich: „Wenn die chinesischen Kommunisten früher nach der Sowjetunion ausgerichtet gewesen sein mögen, so gehört dies der Vergangenheit an. Sie haben sich bemüht, ihr Denken und ihre Propaganda echt chinesisch zu machen. Sie vertreten demokratische Maßnahmen und erwarten, daß die Vereinigten Staaten dies billigen und unterstützen. Sie glauben, daß die Vereinigten Staaten eher wirtschaftliche Hilfe gewähren können als die Sowjetunion."

Hätte die Davies-Service-Gruppe nicht so aktive Unterstützung von seiten einiger der nächsten Berater Präsident Roosevelts empfangen, so hätte sie kaum die Stimme so erfahrener Diplomaten wie des früheren Botschafters Joseph Grew in Tokio, des Leiters der Fernostabteilung des State Department, übertönen können. Grew wurde 1945 zum Rücktritt gezwungen, als er versuchte, die Amerasia-Verschwörer vor Gericht zu bringen. An seine Stelle trat John Carter Vincent, und von da an wurde die prochinesisch-kommunistische „Achse" State Department—Institute of Pacific Relations (IPR) fast allmächtig. Vincent war vor Pearl Harbour Konsul in Schanghai gewesen. Von dort wurde er als Botschaftsrat an die Botschaft in Tschungking versetzt, wo er bis 1943 blieb. Spätestens hier wurde er, wahrscheinlich durch seinen Freund Davies, zu Gun-

sten der chinesischen Kommunisten beeinflußt. Danach und wohl im Zusammenhange damit machte er schnell Karriere: 1943 wurde er zum Gehilfen des Leiters der Fernostabteilung und zum Sondergehilfen des Leiters der Auslandswirtschaftsverwaltung ernannt, der Lauchlin Currie als Generalintendant zugeteilt war. Currie, der gleichzeitig zu Präsident Roosevelts außenpolitischem Stab gehörte, war damals so einflußreich wie nur wenig andere bei der Festlegung der amerikanischen Chinapolitik. Im Sommer 1948 hat er vor dem Ausschuß des Repräsentantenhauses, der sich mit unamerikanischen Umtrieben befaßte, zugegeben, daß er Nathan G. Silvermaster zum Verbleiben auf seinem Posten verholfen hat, einem Manne also, der später von Elizabeth Bentley als Sowjetagent entlarvt wurde. Bei seinem Verhör wurde Currie von seinem Freund Dean Acheson begleitet. Er wurde übrigens auch selbst später von Miss Bentley und Whittaker Chambers, der Alger Hiss überführte, als kommunistischer Agent bezeichnet, was er jedoch als Lüge bezeichnete. Currie hatte bei seinem Eintritt ins Weiße Haus keine eigenen unmittelbaren Kenntnisse Chinas. Da er aber als Wirtschaftsfachmann galt, wurde er als Berater für Fragen der chinesischen Inflation hinzugezogen und konnte bald danach die Rolle eines Fernostexperten übernehmen. Sei es auf Grund seiner kommunistischen Sympathien, sei es aus Unkenntnis und Interesselosigkeit für die Probleme der chinesischen Nationalregierung, vertrat er den gleichen Standpunkt wie die Kommunisten, daß nämlich die Leiden Chinas nicht auf Krieg, japanische Besetzung und Blockade, sondern auf den „faschistischen“ Charakter der Regierung Tschiang Kaischek zurückzuführen seien. Curries Rolle ist deshalb so wichtig, weil die Kommunisten verhältnismäßig wenig Einfluß in der Fernostabteilung hatten, solange Botschafter Grew sie leitete. Als Generalintendant der Auslandswirtschaftsverwaltung konnte Currie aber unter Umgehung des State Department dem Weißen Haus wirtschaftliche und politische Berichte über China vorlegen, die prokommunistisch gefärbt waren. Als J. C. Vincent Assistent von Grew wurde, entwickelte sich die Auslandswirtschaftsverwaltung zu einer Art Clearinghaus für Berichte, die nicht über das State Department weiter geleitet werden konnten, solange Grew noch Abteilungsleiter war. Einige Diplomaten in China schickten Currie Abschriften ihrer für das State Department bestimmten Berichte.

Im Sommer 1944 hat Vincent den damaligen Vizepräsidenten Henry Wallace auf seiner Chinareise begleitet, und es ist bekannt, daß er ihm bei der Abfassung seines Berichtes für den Präsidenten behilflich war. Im China-Weißbuch wird behauptet, dem Außenministerium sei „von einem schriftlichen Bericht von Mr. Wallace nichts bekannt", der aber plötzlich doch veröffentlicht wurde, und zwar von Wallace selbst, als Senator McCarthy das State Department zur Herausgabe aufgefordert hatte. Vincent war — laut Weißbuch — auch zugegen, als Wallace Tschiang Kai-schek erklärte, daß „eine Klärung umso notwendiger sei, falls — wie Tschiang gesagt hatte — eine Verbindung zwischen den chinesischen Kommunisten und der UdSSR bestehe." Es dürfe in China keine Situation entstehen, aus der sich ein Konflikt mit der Sowjetunion ergeben könne; jede Regelung mit den chinesischen Kommunisten werde sich als unhaltbar erweisen, wenn nicht eine Verständigung zwischen China und der Sowjetunion erreicht werde. Henry Wallace machte wenigstens keinen Hehl aus seinem Eintreten für die Sowjetregierung. Statt vorzugeben, daß die chinesischen Kommunisten keine „wirklichen" Kommunisten seien, wollte er sie unterstützen, weil ein Abkommen mit ihnen zur Vermeidung eines Konfliktes mit Rußland notwendig sei.

J. C. Vincent und seine Freunde und Untergebenen Davies und Service nahmen den entgegengesetzten Standpunkt ein, das heißt Tsching Kai-schek sollte sich mit den Kommunisten einigen, weil sie keine „echten" Kommunisten seien. Von China her gesehen machte dieser Unterschied aber wenig aus, denn es lief in jedem Falle darauf hinaus, daß Tschiang Kai-schek den Kommunisten zu einer beherrschenden Stellung in China verhelfen sollte.

Vincent war 1944 zum Leiter der Chinaabteilung befördert worden und ein Jahr später trat er die Nachfolge von Botschafter Grew als Leiter der gesamten Fernostabteilung an. Damit war er in der richtigen Stellung, um einen enormen Einfluß auf unsere Chinapolitik auszuüben. Am 28. Juni 1946 sprach er sich in einer Rede vor dem National Trade Council in New York gegen staatliche oder private Unterstützung solcher Länder aus, in denen zuviel Geld für Rüstungen ausgegeben werde oder „undemokratische Regierungsformen" herrschten. Im September 1946 beschuldigte er General MacArthur, er verletze die Richtlinien des State Department, „aus

Japan eine Freundschaftsbrücke zur Sowjetunion zu machen", weil der General vor der kommunistischen Gefahr in Japan gewarnt hatte. Als die sowjetischen Besatzungsbehörden im Dezember 1946 einem amerikanischen Marinefahrzeug das Anlegen in Dairen verboten, obwohl Dairen im Jalta-Abkommen und im chinesisch-sowjetischen Vertrag von 1945 zum Freihafen erklärt worden war, ließ Vincent der Öffentlichkeit durch einen Sprecher des State Department mitteilen, die Russen handelten innerhalb der ihnen zustehenden Rechte. 1947 wurde J. C. Vincent als Gesandter nach Bern geschickt: das State Department versuchte den argwöhnisch gewordenen Kongreß zu beschwichtigen.

Die Personen, die ich hier erwähnt habe,*) mögen sie die chinesischen Kommunisten als eine „demokratische" Macht hingestellt oder, wie es beim Nachfolger von Vincent, W. W. Butterworth der Fall gewesen zu sein scheint, sich lieber der herrschenden Richtung anpassen, als ihre Beförderungsaussichten zu gefährden, sind beileibe nicht alle Beamten des State Department, die den chinesischen Kommunisten gewogen waren. Ich habe mich weder mit den unbekannteren Beamten noch mit dem Personal der UNRRA befaßt, unter dem sich zahlreiche Kommunistenfreunde befanden. Ich habe auch keine Liste der Angestellten des Nachrichtendienstes, sei es des Office of War Information (OWI) oder des U.S. Intelligence Service zusammengestellt, die ebenfalls das ihre für die kommunistische Sache geleistet haben. Schließlich habe ich auch das Schatzamt — die Brutstätte des Morgenthauplanes — ausgelassen, von dessen Beamten auch einige geholfen haben, die

*) Zur Stilwell-Davies-Clique zählt F. Utley auch Philip Sprouse, den jetzigen Leiter der China-Abteilung des State-Department, A. G. Ringwalt, der als Fernostspezialist der amerikanischen Botschaft in London zugeteilt ist, und G. Atcheson, der später als politischer Berater General MacArthurs umlernte. Unterstaatssekretär Dean Rusk habe sich von den chinesischen Kommunisten „übertölpeln" lassen und noch am 15. November 1950 eine Appeasement-Politik in Korea empfohlen. Freda Utley weist auch auf das geschickte Zusammenspiel der Kommunistenfreunde hin: als eine „undichte Stelle" in der Abteilung für Internationale Sicherheitsangelegenheiten festgestellt wurde, sei der zurückgetretene Leiter Joseph E. Johnson, ein früherer enger Mitarbeiter von Alger Hiss, zum Nachfolger von Hiss als Präsident der Carnegie-Friedensstiftung ernannt worden. E. H.

chinesische Nationalregierung zu unterminieren. Es gab auf der anderen Seite aber auch Beamte des auswärtigen Dienstes, die sich unserer amtlichen Politik widersetzten. Aber wer gegen die prokommunistische Flut anzugehen wagte, wußte im voraus, daß er nicht gehört, vielleicht sogar auf die Schwarze Liste gesetzt werden würde. Bestenfalls konnte er erwarten, auf Posten abgeschoben zu werden, wo seine Spezialkenntnisse brach lagen. Einer, der den Sturm überdauerte und glimpflich davonkam, war E. F. Drumright, zweiter Sekretär der Botschaft in Tschungking, den die Davies-Stilwell-Schule als „Faschisten" bezeichnete. Er wurde nicht bestraft; er wurde nur übergangen. Angus Ward, dem Konsul in der Mandschurei, erging es dagegen nicht so gut. Die Kommunisten hatten ihn eingesperrt, aber als er endlich nach größten Mühen und Entbehrungen in die Heimat zurückkehren konnte, wurde er — nach Nairobi in Kenya (Afrika) versetzt.

Abgesehen von den erwähnten und einigen anderen ehrenwerten Ausnahmen waren die in diesem Kapitel behandelten Beamten des State Department und des auswärtigen Dienstes als Berater des Außenministers und des Präsidenten in hohem Maße für unsere katastrophale Chinapolitik verantwortlich. Ob sie nun im Einzelfalle diese Politik aus persönlichem Ehrgeiz und Unkenntnis der wirklichen Ziele und Absichten der chinesischen Kommunisten oder aus verräterischer Ergebenheit der kommunistischen Sache gegenüber befolgt haben, die Wirkung war stets die gleiche. Wer die Politik seiner eigenen Regierung bewußt oder unbewußt durch falsche Unterrichtung zum Nutzen einer fremden Macht beeinflußt, ist gefährlicher als ein Spion, auch wenn er vor dem Gesetz nicht des Landesverrates schuldig ist.

Kapitel VI

... UND DEN AUSSENMINISTER

Natürlich ist nicht nur das Außenministerium oder die Regierung verantwortlich für die Politik, mit der Amerika sich selbst eine Niederlage zuzog. Die Schuld reicht tiefer und ist gewichtigeren Ursachen zuzuschreiben als der Hoffnung gewisser Politiker, durch Fortsetzung einer längst als bankrott erwiesenen Politik ein Machtmonopol zu bewahren. Man kommt aber nicht darum herum, den größeren Anteil an der Verantwortung der Regierung und insbesondere dem State Department zuzumessen.

Das Durcheinander in Dean Achesons Kopf wird durch den Text seiner Reden illustriert: der Außenminister schwankt zwischen den beiden einander ausschließenden Thesen hin und her, daß „gut" und „böse" unversöhnlich seien und daß es keine wirkliche Unvereinbarkeit zwischen beiden gäbe. Versucht man seine tatsächliche Auffassung herauszufinden, so gerät man in ein Gestrüpp widersprechender Erklärungen. So sagte er in einer Ansprache in der Universität Kalifornien am 16. März 1950: „Wir können keinen moralischen Kompromiß mit den Thesen des internationalen Kommunismus sehen: daß der Zweck das Mittel heiligt, daß deshalb alle Methoden erlaubt sind und daß die Würde des menschlichen Einzelwesens vor den staatlichen Interessen nichts bedeutet." In der gleichen Rede aber sagte er auch, aus dieser Feststellung ergäbe sich nicht, daß „die beiden Systeme, ihres und unseres, nicht nebeneinander bestehen können", und er versicherte seinen Hörern, wir versuchten nicht, „das Regime oder die Sozialstruktur der Sowjetunion zu ändern". Er deutete nur zart an, „die sowjetischen Führer könnten doch davon Abstand nehmen, ihrem eigenen Volk ein schiefes Bild der Welt jenseits ihrer Grenzen und im besonderen unseres Landes zu geben", — um dann un-

mittelbar anschließend hinzuzufügen: „Wir schlagen aber nicht vor, sie sollten für irgendein anderes Land oder System Propaganda machen." Das Bekenntnis, mit dem er die Rede schloß, war kaum etwas anderes als das Eingeständnis seiner eigenen traurigen Verworrenheit: „Die Sowjetführer wissen und mit ihnen weiß es die Welt, wie echt die Enttäuschung und Sorge der Amerikaner waren, als ihnen zum Bewußtsein kam, daß die Zusammenarbeit der Kriegszeit zwischen den großen Alliierten nicht der Anfang einer glücklicheren und freieren Aera in der Vereinigung der Völker der Sowjetunion und anderer Völker sein sollte."

Achesons „Ausgewählte Reden", die vom State Department unter dem Titel „Stärkung der Freiheitskräfte" herausgegeben wurden, zeigen, wie weit er von einem Verständnis der Grundlage der Sowjetmacht und des Wesens des Kommunismus entfernt ist. Aus seinen eigenen Erklärungen wird deutlich, daß er die Sowjetpropaganda mit Haut und Haar geschluckt hat, das russische „Volk" stehe begeistert hinter dem kommunistischen Regime. Er spricht immer von „Sowjetführern" statt von der Diktatur der Kommunistischen Partei. Er identifiziert das russische Volk mit dem Regime, und aus keiner seiner Reden kann man ableiten, daß er den Objektcharakter des russischen Volkes versteht und begreift, daß die Russen keine Staatsbürger in unserem Sinne sind, daß sie kein Mittel haben, um ihre Auffassungen zu Gehör zu bringen oder ihre Regierung zu beeinflussen. Er scheint die trügerischen Argumente, mit denen die amerikanischen Kommunistenmitläufer die Sowjettyrannei rechtfertigen oder gutheißen, als eine Art evangelische Wahrheit akzeptiert zu haben. Offenkundig hat der Außenminister der Vereinigten Staaten keine Ahnung, daß die Sowjetmacht nicht auf dem Willen des Volkes beruht, daß sein Schweigen und Geschehenlassen nur durch die fürchterlichen Strafen erreicht wird, die jeden Kritiker oder Gegner des Regimes treffen. Vielleicht erklärt Achesons Unwissenheit, daß er so lange eine Appeasement-Politik befolgte.

Die von George Kennan aufgestellte These des containment, der „Bindung" des Kommunismus, die zur offiziellen amerikanischen Politik erhoben wurde, gründete sich auf fragwürdige Voraussetzungen. Kennan nahm an, daß die kommunistische Hierarchie bei Aufbau einer wirtschaftlichen und militärischen Verteidigung durch den Westen und dem dadurch ermöglich-

ten Handeln aus Stärke statt aus Schwäche zur Aufgabe ihres Weltherrschaftszieles veranlaßt werden könnte und daß sie dem friedlichen Nebeneinander der beiden Welten des Sklaventums und der Freiheit zustimmen würde. Offenkundig glaubt auch Präsident Truman noch daran, denn noch in seiner sechsten Botschaft über den Zustand in der Union vom Januar 1951 sagte er: „Wenn wir unsere Stärke aufbauen — und das tun wir — so mag es geschehen, daß die Sowjetherrscher den Tatsachen ins Auge sehen und ihren Plan einer Besitzergreifung der Welt beiseitelegen. Wir hoffen jedenfalls, daß dies eintritt, und wir versuchen, es herbeizuführen. Das ist der einzige realistische Weg zum Frieden." Zusammen mit den häufigen Erklärungen Achesons, er glaube an die Möglichkeit einer „Zusammenarbeit" oder einer „Koexistenz" mit den Sowjetherrschern, kann diese Erklärung des Präsidenten nur in dem Sinne gedeutet werden, daß diejenigen, die unser Schicksal bestimmen, daran glauben, die Kommunisten könnten zur Preisgabe nicht nur ihrer Grundziele, sondern auch ihrer Machtgrundlage veranlaßt werden. Ein solcher Glaube läßt aber völlig unberücksichtigt, daß das Sowjetsystem sich ausdehnen muß, wenn es weiter bestehen soll. Ein unrationelles System wirtschaftlicher Vergeudung kann sich ohne Beute, Tribut und neue Zufuhr von Sklavenarbeit nicht am Leben halten. Der Expansionszwang ist zugleich eine Art „Flucht nach vorn", weil die Männer im Kreml in der beständigen Furcht leben, daß der Einfluß einer freien Welt außerhalb des Sowjetreiches die „Unterdrückten zur Revolte verlockt".*)

---

*) Dieser sehr wichtige Punkt wird im übrigen auch durch die Geschichte des Dritten Reiches bestätigt. Hitler mußte in jedem Jahr irgendein großes Unternehmen durchführen — Erklärung der Wehrhoheit, Einmarsch ins Rheinland, Heimführung des Saargebietes, Anschluß Österreichs, Eingliederung des Sudetengebietes, Bildung des Protektorates Böhmen-Mähren — wobei mit der räumlichen Erweiterung stets auch ein großer rein wirtschaftlicher Gewinn durch die Eingliederung von Ländern mit niedriger Lebenshaltung realisiert wurde: wenn der österreichische Schilling, der damals etwa in Österreich die Kaufkraft der Reichsmark in Deutschland hatte, mit 0,50 RM verrechnet wurde, so verschwindet ja die Differenz nicht einfach; sie bedeutete in der Tat einen Wertzuwachs für das Reich, das mit 500 000 RM ein Unternehmen im tatsächlichen Wert von 1 000 000 RM erwerben konnte. E. H.

Angesichts der Haltung Achesons ist es kaum überraschend, daß die Rundfunksendungen der „Stimme Amerikas“ sich auf Gemeinplätze oder eine Verherrlichung der amerikanischen Lebensweise beschränkten. Niemals werden die Völker jenseits des Eisernen Vorhangs zum Sturz ihrer Tyrannen aufgerufen. Niemals wird ihnen Unterstützung versprochen, falls sie den Kampf um ihre Freiheit wagen. Der Grund dafür ist offenkundig nicht so sehr die Angst des State Department, Rußland zum Kriege zu „provozieren“, sondern die Tatsache, daß die Möglichkeit einer Revolte unter den von Stalin versklavten Völkern jenseits seiner Begriffswelt liegt. Acheson hat uns ja erzählt, daß „die Anhänger von Karl Marx die Diktatur eines Polizeistaates ertragen, weil sie sich der Illusion des Aufstiegs zu einem klassenlosen Staat hingeben.“ (Dabei wird übrigens nicht klar, wen Acheson mit seiner Bezeichnung „Anhänger von Karl Marx“ eigentlich meint: das russische Volk vielleicht?)

Es ist kaum zweifelhaft, daß Acheson die ehrgeizigen Ziele des Sowjetregimes nicht für das Ergebnis von Machtgelüsten, sondern für Konsequenzen einer falschen Philosophie hält. Er glaubt, wir könnten „Frieden in unserer Zeit“ genießen, wenn wir den „Sowjetführern“ die Irrtümer von Marx demonstrieren: „Sobald die Führer der Sowjetunion zur Erkenntnis gelangen, daß ihre Analyse der Welt und ihre politischen Maßnahmen, die aus jener Theorie (von Marx) stammen, unrichtig waren, wird die Möglichkeit einer vernünftigen Regelung der die Stabilität und den Fortschritt der internationalen Völkergemeinschaft betreffenden Angelegenheiten wachsen.“ Acheson glaubt also — er hat es selbst gesagt —, daß die „Sowjetführer“ nach „Stabilität und Fortschritt“ in der Welt streben und nur überzeugt werden müssen, daß sie den falschen Weg zu diesem erwünschten Ziel eingeschlagen haben. Gehen wir hin und zeigen wir ihnen, sagt Acheson, daß Marx zu Unrecht an die Selbstzerstörung der kapitalistischen Welt durch ihre inneren Widersprüche glaubte, dann wird Stalin anerkennen, daß die wahren Interessen seines Volkes die Freundschaft mit uns heischen. Achesons Auffassung, Stalin sei ein wohlmeinender Herrscher, dem die „wahren Interessen“ seines Volkes am Herzen liegen — und nicht ein Diktator, der seine eigene Macht sichern und ausdehnen will — ergibt sich klar aus dem folgenden Absatz seiner Rede vor der UNO-Generalversammlung im September 1950, nachdem die amerikanische Armee Seoul befreit hatte und

ein amerikanischer Sieg in Korea ohne Eingreifen der chinesisch-kommunistischen Armee sicher gewesen wäre: „Die Sowjetführer sind — in gewisser Hinsicht wenigstens — Realisten. In dem Maße, in dem es uns gelingt, die notwendige wirtschaftliche und militärische Defensivstärke aufzubauen, wird es ihnen klar werden, daß die nichtsowjetische Welt weder zusammenbrechen noch in Stücke auseinanderfallen wird. Gewisse Modifizierungen ihrer aggressiven Politik mögen sich ergeben, wenn sie erkennen, daß die wahren Interessen der Sowjetunion eine Zusammenarbeit mit der übrigen Welt erfordern. Auch die Zeit kann ihre Wirkung ausüben. Seit dem Sturz des zaristischen Regimes in Rußland sind erst 33 Jahre vergangen — eine kurze Zeit in der Geschichte. Auch die sowjetische Revolution kann sich ändern wie viele andere soziale und politische Bewegungen vor ihr. Geschieht dies, so mag sie sich der Politik entledigen, die jetzt die Sowjetunion an einem gutnachbarlichen Verhältnis mit der übrigen Welt hindert.“ Gerade dieser letzte Satz bildet einen Schlüssel für die Deutung der Denkweise Achesons: es ist klar, daß er den Kommunismus für eine Kraft hält, die sich wahrscheinlich auf ihrem künftigen Wege verändern wird.*)

Die unheilbare Neigung des Außenministers und der von ihm beratenen Regierung, den Kommunismus, anders als den Nazismus, als potentiell gut und friedliebend anzusehen, erklärt die schwankende, kleinmütige und selbstzerstörerische Außenpolitik Amerikas. Senator Taft hat den Finger auf das Grundübel der verhängnisvollen Außenpolitik der jetzigen Regierung gelegt, als er an Washingtons Geburtstag in Detroit 1948 sagte: „Überall in der Welt scheinen wir von einem Minderwertigkeitskomplex gegenüber Rußland beherrscht zu sein. Das außenpolitische Versagen war kein Zufall; es ergab sich aus dem Charakter der New Deal-Regierung.*)“

*) Dazu bemerkte Time (2. X. 1950, S. 18), Achesons Rede habe einige weise Punkte, aber auch viel Beweismaterial dafür enthalten, daß er „noch immer an einer Politik des Sichtreibenlassens in Asien festhält, noch immer die Hoffnung auf Versöhnung mit Rußland nährt. . . Er hat darauf gewartet, daß sich in China der Staub legen würde, als die Roten ihn mit einem sehr viel größeren Staubwirbel in Korea überraschten. Es hat jetzt den Anschein, daß es seine Grundhaltung gegenüber Rußland ist, der Staub der Revolution von 1917 werde sich schon irgendwann legen. Er will nicht wahrhaben, daß der bolschewistische Staub politisch radioaktiv ist.“ F. U.

*) New Deal, wörtlich das neue Austeilen (der Karten beim Spiel),

Die Unterströmung des Glaubens an eine „fortschrittliche" Natur des Kommunismus und die abgrundtiefe Unwissenheit hinsichtlich seiner Ziele und Methoden hat die demokratische Regierung und ihre republikanischen „Bipartisanen"*) auch dann noch beeinflußt, als das wahre Antlitz des Kommunismus längst enthüllt war. Als Beweis dafür sei das Telegramm Trumans an Edwin W. Pauley vom 16. Juli 1948 zitiert: „Eine Politik, die es ermöglicht, die liberalen Reformen wie Verstaatlichung gewisser Industrien und Neuverteilung des Bodens nach den Wünschen der Mehrheit der Koreaner zu formulieren und auszuführen, sollte auch dazu mithelfen, die Grundlage für eine Verständigung mit den Russen zu erweitern." Präsident Truman war also genau wie Acheson in der Illusion befangen, Amerika brauche nur zu zeigen, daß seine wirtschaftlichen, sozialen und politischen Maßnahmen ebenso „fortschrittlich" seien wie die des Diktators aller Russen, um mit „uncle Joe" — den er noch 1948 einen „netten Kerl" (good fellow) nannte — gut auszukommen und damit den Weltfrieden zu sichern. Die zweite große Illusion ist die natürliche Folge der ersten und hat die gleichen verhängnisvollen Ergebnisse: der Glaube nämlich, daß der Kommunismus nicht durch Gewalt und Terror sondern dank einer Unterstützung der Massen seine Eroberungen vollbringt. In seiner Rede vom 12. Januar 1950 vor dem Nationalen Presseklub in Washington äußerte sich Acheson über den „besten Weg", dem Kommunismus in Asien Einhalt zu gebieten. Dazu genüge es, „eine saubere und gut funktionierende Verwaltung der Regierungen (asiatischer Länder) zu entwickeln, ihre Hilfsquellen zu erschließen und ihre technische Begabung auszubilden, so daß sie nicht aus Unwissenheit oder im Glauben an falsche Voraussetzungen oder wegen tatsächlich bestehender Mißstände der Durchdringung (durch den Kommunismus) unterliegen. Wenn wir zu einer solchen Entwicklung verhelfen und auf diese Weise voranschreiten können, haben wir die beste aller bekannten Methoden entwickelt, um die Ausbreitung des Kommunismus aufzuhalten." Das erklärt

---

war der Name des Wirtschafts- und Sozialprogrammes Roosevelts, das weitgehende Staatseingriffe und staatliche Lenkung verfügte. E.H.

*) Diejenigen Angehörigen der Republikanischen Partei, die sich zu einer Zweiparteienaußenpolitik bekannt und sie mitgemacht haben. E. H.

die dritte große Illusion, die das State Department die kommunistischen Eroberungen hat mit Wohlgefallen betrachten lassen: offenkundig denkt Acheson, der Kommunismus kann wie ein alter Schuh beiseite geworfen werden, wenn die Chinesen oder irgendein anderes Volk lernen, daß der Kommunismus nicht die erwarteten Wohltaten bringt. Er hat sich nicht klargemacht, daß kein Volk unter kommunistischer Herrschaft eine Möglichkeit hat, die Tyrannen loszuwerden, wie sehr es auch seine Bedrücker haßt, es sei denn durch Krieg oder Hilfe von außen. Aus seiner Rede vom 12. Januar 1950 ergibt sich auch sein Festhalten an der Vorstellung, die chinesischen Kommunisten seien keine „echten", Moskau hörigen Kommunisten; er versteht einfach nicht, daß kommunistische Regime die schweigende Unterwerfung der von ihnen beherrschten Völker durch unbegrenzten Terror zu erzwingen fähig sind. Das chinesische Volk, sagte er, würde sich schon von selbst befreien, und damit es das tun könne, müßten wir es völlig allein lassen.*) Diese fundamentalen Trugschlüsse erklären sowohl die Chinapolitik der Regierung wie die Haltung gegenüber der Republik Südkorea, als deren Ergebnis Amerika in einen blutigen und verlustreichen Krieg verwickelt wurde. Erst haben wir die amerikanischen Besatzungstruppen aus Korea zurückgezogen und der koreanischen Republik die Waffen zur Selbstverteidigung gegen einen kommunistischen Angriff verweigert, und dann hat Präsident Truman plötzlich eine Schwenkung vorgenommen und amerikanischen Streitkräften befohlen, Korea und Formosa zu verteidigen.

---

*) „Wir dürfen nichts unternehmen, um den gerechtfertigten Zorn, die Wut und den Haß des chinesischen Volkes, die sich entwickeln müssen, von den Russen ab- und auf uns selbst herzulenken. . . Die Folgen der russischen Haltung und des russischen Vorgehens in China sind einfach enorm. Sie belasten alle diejenigen in China, die ihre Loyalität gegenüber Moskau proklamieren und sich als Marionetten Moskaus gebrauchen lassen, mit der schrecklichsten Verantwortung, für die sie werden bezahlen müssen. Darüber hinaus verdeutlichen diese russischen Aktionen klarer als irgendeine Rede, Äußerung oder Gesetzgebung in ganz Asien die wahren Ziele der Sowjetunion und die wahre Funktion des Kommunismus als Agent des russischen Imperialismus. Dies sind nach meiner Meinung die Grundfaktoren, die Grundrealitäten des Verhaltens, aus denen unsere Beziehungen und Politik erwachsen müssen." (Zitat aus der Rede Achesons vom 12. I. 1950.) F. U.

Der Krieg in Korea hat aber wenigstens einen der Trugschlüsse zum Platzen gebracht, auf die sich die Fernostpolitik des State Department gründete: die Annahme, daß die Bevölkerung auf unserer Seite in Asien nicht gegen die Kommunisten kämpfen würde, weil die Kommunisten vom Volk unterstützt und die amerikafreundlichen Regierungen als „reaktionär" betrachtet würden.*) Es hat sich in Korea schnell gezeigt, daß die Streitkräfte der „undemokratischen und korrupten" südkoreanischen Republik, gab man ihnen nur die entsprechenden Waffen, willig waren, gegen die „fortschrittliche" nordkoreanische „Volksrepublik" zu kämpfen. Die südkoreanischen Soldaten wurden vom amerikanischen Kommando als ausgezeichnete Kämpfer gepriesen, sobald sie von Amerika ausgerüstet worden waren. Offenkundig war ihre Moral nicht dadurch untergraben worden, daß ihre Regierung keine hinreichend drastische „Bodenreform" durchgeführt hatte. Kann man daran zweifeln, daß das gleiche auch für die Armeen der nationalchinesischen Regierung gegolten hätte, wenn wir ihnen nicht Waffen, Munition und politische Unterstützung verweigert hätten? Unglücklicherweise hat auch nicht einmal der Verlauf der Ereignisse Dean Acheson von der Irrigkeit seiner Urteile zu überzeugen vermocht. So wurde der chinesischen Nationalregierung auf Formosa auch dann noch Hilfe und Unterstützung verweigert, als ihre und unsere Feinde in einem tödlichen Kampf mit amerikanischen Soldaten in Korea verwickelt waren. Statt den nationalchinesischen Truppen entsprechend ihren Wünschen zu gestatten, Mühsal und Last des Tages mit uns zu teilen, wurde das Angebot Tschiang Kai-scheks abgelehnt, 30000 Mann für den Kampf in Korea zu stellen. Diese Ablehnung war umso unentschuldbarer, da der Koreakrieg doch angeblich ein UNO-Krieg war und die chinesische Nationalregierung noch immer China in der UNO vertritt. Nur wenig andere UNO-Mitglieder haben nennenswerte Kontingente für den Kampf in Korea angeboten. Die Verteidiger Jaltas haben die Aufopferung der amerikanischen Kriegsziele zu Gunsten der Ambitionen Stalins damit gerechtfertigt, es sei notwendig gewesen, „amerikanische Menschenleben zu retten". Präsident

*) O. Lattimore erklärte in „The Situation in Asia" S. 96: „Der südkoreanischen Armee kann kein Kampfeswille zugetraut werden. Das Volk traut seiner Regierung nicht. Auf diese Regierung kann man sich nicht verlassen, und sie verläßt sich auch nicht auf sich selbst." F. U.

Truman aber weigerte sich, die amerikanischen Verluste in Korea durch Annahme der Hilfe der antikommunistischen chinesischen Truppen zu verringern. Als Folge dieses Beschlusses erhielt Moskaus Behauptung Substanz, Amerika führe einen „imperialistischen“ Krieg von Weißen gegen Asiaten. Wäre den Chinesen gestattet worden, Schulter an Schulter mit uns in Korea zu kämpfen, so wäre den Kommunisten diese Propaganda nicht ganz so leicht gemacht worden.

Welche Vorurteile und Fehlurteile auch immer den Außenminister bewegen mögen, es ist klar, daß er kein Verständnis für die Psychologie der Asiaten hat, so wie er in gleicher Weise Haltung und Gefühl der von kommunistischer Eroberung Bedrohten oder bereits von den Sowjets Beherrschten nicht zu begreifen scheint. Vermutlich stammt daher die zornige Reaktion des Außenministeriums auf die Äußerung General Mac Arthurs über Formosa und die Sicherheit Amerikas in seiner Botschaft an die alten Kriegsteilnehmer, die unterdrückt wurde, nachdem sie bereits veröffentlicht worden war. „Nichts wäre ein ärgerer Trugschluß“, sagte MacArthur, „als das fadenscheinige Argument der Befürworter des appeasement im Pazifik, daß wir mit einer Verteidigung Formosas uns Kontinentalasien entfremden. Wer so spricht, versteht den Osten nicht.“ Gerade dieser Satz, so betonte die Zeitschrift New Leader, „traf Washington am meisten, denn er war offensichtlich eine Beschreibung Dean Achesons und seiner engsten Kollegen“.

Nicht nur im Orient übt Stärke Anziehungskraft aus, wird appeasement als Zeichen der Schwäche aufgefaßt. Aber die Leiter der amerikanischen Politik, die uns als schwach erscheinen lassen, waren einer so elementaren Wahrheit gegenüber blind. Sie scheinen sogar die marxistische Lehre akzeptiert zu haben, daß die Auffassungen der Menschen gänzlich durch ihre materiellen Verhältnisse und „Klassenbeziehungen“ bedingt sind. Acheson will nicht wahrhaben, daß der Mensch nicht vom Brot allein lebt; er meint, daß Armut den Kommunismus gebiert und daß man mit Geld alles kaufen kann. Trotz aller Beweise, daß einige der ärmsten Länder in der Welt die wenigsten Kommunisten aufweisen und daß die Vereinigten Staaten mehr als ihren Anteil an Moskauer Agenten und Werkzeugen haben, glaubt Acheson offenbar, die kommunistische Bedrohung werde verschwinden, wenn nur jedermann „ein Huhn im Topf“ oder eine volle Reisschale habe. Er läßt die Tatsache unberücksichtigt,

daß es in Eire (Irland), einem der ärmsten Länder Europas, außerordentlich wenig Kommunisten gibt, während ihre Zahl in der wohlhabenden Tschechoslowakei ausreichte, um Stalin dort ohne offenen Angriff die Macht erobern zu lassen. Acheson scheint auch keinen Augenblick darüber nachgedacht zu haben, warum es wohl in dem übervölkerten Westdeutschland mit seinen zwölf Millionen Unterstützungsempfängern weniger Kommunisten gibt als in dem vergleichsweise reichen Frankreich, warum Indien nur eine kleine Kommunistische Partei hat, obwohl dort mehr Menschen hungern als in irgendeinem anderen Lande der Erde, und warum es auch in Südamerika nicht die ärmsten Länder sind, in denen es die stärksten kommunistischen Parteien gibt.

Unser Außenminister ist ein Musterbeispiel jener amerikanischen Spezies, die seit Beginn der dreißiger Jahre gedeiht: sie halten sich selbst für „liberale Idealisten", während sie tatsächlich Vorkämpfer der marxistisch-materialistischen Lehre und Verteidiger oder Helfer der kommunistischen Tyrannei sind. Die Hauptgrundsätze ihres „Idealismus" scheinen der tiefe Glaube an ihre eigene Tugend und die Überzeugung zu sein, daß Armut die Wurzel aller Übel ist. Sie sind in die Fallgrube eines mystischen Vertrauens zur marxistisch-materialistischen Weltanschauung gestürzt und verstehen nicht, daß die Kommunisten gerade durch ihren Appell an idealistische Impulse bei den Unwissenden und an das Machtstreben oder die irdische Religion der „Intellektuellen" Unterstützung gewinnen. Glühender noch als irgendein Marxist haben die Mitglieder der amerikanischen Regierung den Glauben angenommen, daß materielle Erwägungen den Ausschlag geben und daß man mit dem Dollar alles kaufen kann, die Fanatiker vom Schlage der führenden chinesischen Kommunisten eingeschlossen. Der Satz von John St. Service sei hier noch einmal zitiert, daß man in den chinesischen Kommunisten unsere künftigen Verbündeten sehen dürfe, weil die Vereinigten Staaten ihnen als einziges Land wirtschaftlichen Beistand gewähren könnten.

Der Gedanke, daß Kommunisten aufhören Kommunisten zu sein, wenn „kapitalistische Länder" sie wirtschaftlich unterstützen, ist auch noch eine der falschen Voraussetzungen, auf die sich die Politik der Vereinigten Staaten gründet und weiter gründen wird, solange die Regierung auf diejenigen hört, deren Weltanschauung man mit einem Paradox als „materialistischen

Idealismus“ bezeichnen kann. Diese seltsame Mischung von Idealismus und Materialismus macht es den Kommunisten leicht, die Politik von Männern wie Dean Acheson zu beeinflussen. Seine ihm eigene Art von Idealismus dürfte die Hauptursache dafür gewesen sein, daß er eine Zeitlang unter den Staatsmännern Liebkind der Kommunisten und ihrer Mitläufer war. Im Juni 1945 beschrieb ihn das kommunistische New Yorker Blatt „Daily Worker“ als „in die Zukunft schauend“, und das ist das höchste Lob, das Kommunisten für Staatsmänner der Bourgeoisie zu vergeben haben. Am 30. August 1948 hat Adolph Berle, früher Assistent des Außenministers und jetzt Vorsitzender der Liberalen Partei, vor dem Ausschuß des Repräsentantenhauses für unamerikanische Umtriebe folgende Aussage über die Haltung Achesons im Jahre 1944 gemacht: „Wie wohl viele Leute wissen, bestand im Herbst 1944 im State Department eine Meinungsverschiedenheit. Ich war der Meinung, daß die Russen nicht wohlwollend und zur Zusammenarbeit bereit sein würden. Der Sieg war damals gesichert, wenn auch noch nicht völlig errungen, und die Berichte des Nachrichtendienstes, deren Studium zu meinen Dienstobliegenheiten gehörte, ließen eine sehr aggressive Politik erkennen, die ganz und gar nicht der erhofften Zusammenarbeit entsprach. Ich drängte deshalb auf ein eindeutiges ‚Aufdecken der Karten‘ (showdown), als unsere Position am stärksten war. Die entgegengesetzte Gruppe im State Department war natürlich die Acheson-Gruppe mit Alger Hiss als Hauptgehilfen in der Angelegenheit . . . Ich wurde in diesem Kampf ‚fertiggemacht‘, ging nach Brasilien, und damit endete meine diplomatische Karriere.“ Mr. Berle war weder der erste noch der letzte, der „in diesem Kampf fertiggemacht wurde“. Wer nicht vergessen konnte und nicht übersehen wollte, daß Stalins Regime noch tyrannischer und brutaler war als das Regime Hitlers und ebenso aggressiv, wurde während des Krieges und noch lange Zeit danach zum Schweigen gebracht und bestraft. Und heute ist Mr. Acheson, der zusammen mit seinem Assistenten Alger Hiss die prorussische Gruppe im State Department führte, Außenminister. Seine Gegner haben sich entweder ins Privatleben zurückgezogen oder sind in so entfernte Ecken der Welt versetzt worden, daß sie denen nicht mehr schaden können, die es Stalin ermöglichten, die Macht zur Bedrohung der ganzen Welt zu gewinnen.

Es liegt noch nicht lange zurück, nur bis zum 15. November 1950, daß Außenminister Dean Acheson noch immer seine Lieblingsillusion über die kommunistische Diktatur hochhielt. In einer Ansprache vor den Vertretern von 200 Organisationen, die im State Department ins Bild gesetzt wurden, unterstrich er die Notwendigkeit, die „Befürchtungen" der chinesischen Kommunisten zu beseitigen, und sagte: „Wenn die chinesischen Kommunisten den geringsten Zweifel daran haben, daß unser Einfluß in der UNO zur Herbeiführung einer konstruktiven Regelung der chinesisch-koreanischen Interessen am Jalu eingesetzt wird, nun, dann würden sie sich gründlich irren, wenn sie glauben, wir würden das nicht tun. Natürlich werden wir das tun." Nach dem Bericht der New York Times über diese Rede deutete Acheson an, er würde Diskussionen mit den chinesischen Kommunisten über ihre „berechtigten Interessen" an beiden Seiten der nordkoreanisch-mandschurischen Grenze begrüßen. Weiter sagte er: „Mit an erster Stelle müssen wir jedes mögliche Mißverständnis beseitigen, das bei den Chinesen etwa besteht. Wenn sie glauben, wie ihre Propaganda es behauptet, daß die UNO oder die Vereinigten Staaten irgendwelche weiteren Absichten in der Mandschurei haben, so muß alles getan werden, was möglich ist, um sie von einer solchen Annahme abzubringen, die der Wahrheit nicht entspricht." Wie man sieht, vermag der Außenminister den Gedanken nicht aufzugeben, daß nur ein „Mißverstehen" der Absicht der Vereinigten Staaten freundliche Beziehungen zu Kommunisten verhindert. Er kann von der Idee nicht lassen, daß kommunistische Regierungen den Willen des Volkes repräsentieren. In der ganzen Rede erwähnte er immer nur „die Chinesen" statt von den chinesisch-kommunistischen Führern oder der kommunistischen Diktatur zu sprechen.

Dean Achesons Illusionen werden von vielen Amerikanern aller Parteien geteilt, denn die Öffentlichkeit wird natürlicherweise durch Washington beeinflußt und durch die Zeitungen und Schriftsteller, die ihre Stichworte von der Regierung beziehen. Mit einigen dieser Einflüsse werden wir uns im nächsten Kapitel zu beschäftigen haben.

Kapitel VII

... UND DIE ÖFFENTLICHKEIT

Die Durchführung ihrer Politik in China wurde der Regierung durch die Unterstützung von Seiten der amerikanischen Öffentlichkeit sehr erleichtert. China ist weit weg, und die meisten Amerikaner wissen darüber nur, was sie in den Zeitungen lesen. Die Mehrzahl der Zeitungen aber und fast alle anderen Mittel zur Unterrichtung der Öffentlichkeit waren, was China anging, fest in der Hand jener kleinen Gruppe von Schriftstellern, Professoren und Rednern, die den prokommunistischen Standpunkt des State Department vertraten. Im China der vierziger Jahre bedurfte es eines außergewöhnlichen Mutes und besonderer Lauterkeit, um gegen die herrschende politische Meinung anzugehen, zumal die heimischen Redaktionen nichts veröffentlichen wollten, was der Regierung mißliebig oder dem populären Wunschdenken entgegengesetzt war. Aber selbst wenn die Zeitungen Meldungen dieser Art zu drucken bereit waren, so wurde nach 1943 jeder der Nationalregierung nicht feindlich gesinnte Korrespondent in Tschungking gesellschaftlich geschnitten. Er konnte niemals auf eine Einladung zu den wundervollen Gesellschaften Madame Sun Yat-sens rechnen, die ihre Sympathien für die Kommunisten vorzüglich mit der Annahme der finanziellen Unterstützung durch ihren reichen Bruder T. V. Soong zu vereinen wußte.

Anständige Korrespondenten, die ihre Zweifel an der „kommunistischen Demokratie" hatten, wurden häufig durch die geschickten Presseagenten der KP China gewonnen, während sie sich durch die ungeschickte Art der Nationalregierung in der Darstellung ihrer Sache abgestoßen fühlten. Außerdem übte Yenan, die kommunistische Hauptstadt, eine verhängnisvolle Anziehungskraft aus. Nachdem ich mich im Februar 1946 dort acht Tage aufgehalten hatte, verstand ich, warum die meisten

amerikanischen Journalisten darin ein urtümliches Paradies sahen. Der Anschein sozialer Gleichheit ließ die Ausländer an eine begeisterte Unterstützung der Kommunisten durch das Volk glauben; daß unter einer kommunistischen Diktatur niemand die Regierung zu kritisieren wagt, kam ihnen nicht zum Bewußtsein. Auf den wohlvorbereiteten Reisen im Stile Intourist wurden sie auch nicht gewahr, daß eine Bodenreform in dem schwach besiedelten und von den Japanern praktisch unbelästigten Nordwesten verhältnismäßig einfach war. Nur ein paar scharfsichtige Korrespondenten erkannten, daß die Nationalregierung, deren Armeen den Hauptangriff der Japaner auszuhalten hatten, selbst beim besten Willen mitten in Krieg und Blockade keine „Bodenreform" hätte durchführen können. Aus den verschiedensten Gründen — auch weil sie sich als erste für den chinesisch-japanischen Krieg interessiert hatten — gelangten die amerikanischen Freunde der chinesischen Kommunisten in eine Stellung, von der aus sie jede entgegengesetzte Auffassung unterbinden oder neutralisieren konnten.

Ich hatte 1938 in China Gelegenheit, ein paar der führenden Korrespondenten kennenzulernen, die später von den Amerikanern gläubig als „Autorität" in chinesischen Fragen verehrt wurden. An erster Stelle unter ihnen stand Edgar Snow, ein gescheiter junger Journalist, der sich durch seine „Entdeckung" des kommunistischen China international einen Namen machte. Sein Buch „Roter Stern über China" wurde ein Bestseller. In der ersten Ausgabe hatte er ein sehr günstiges Bild des kommunistischen Regimes im Nordwesten entworfen, aber auch ein paar kritische Absätze über die Komintern eingeschaltet und die Unterordnung der chinesischen Kommunisten unter Moskau gezeigt. Hatte ich ihn in Hankau für einen ehrenhaften Journalisten gehalten, so mußte ich mein Urteil freilich ändern, als er in der zweiten Ausgabe einige der für Moskau unangenehmen Stellen wegließ.*)

*) Um wenigstens ein Beispiel anzuführen: . . . die kommunistische Internationale, „die während des vergangenen Jahrzehnts praktisch zu einem Büro der russischen kommunistischen Partei geworden ist. Das bedeutet letzten Endes, daß die Politik der chinesischen Kommunisten wie der Kommunisten in allen Ländern sich den großen strategischen Forderungen Sowjetrußlands unter der Diktatur Stalins anzugleichen und gewöhnlich zu unterwerfen hatte." Die in Anführungszeichen gesetzten Worte wurden gestrichen. F. U.

Als Edgar Snow in die Redaktion der Saturday Evening Post eintrat, vermochte er einen enormen Einfluß auf die Öffentlichkeit zu Gunsten der chinesischen Kommunisten auszuüben. Er verfügte über eine seltene Gabe, den Lesern der Post die russischen und chinesischen Kommunisten als Demokraten nach ihrem eigenen Herzen vorzustellen. Während Owen Lattimore die Universitäten und das Außenministerium von den überlegenen Tugenden der sowjetischen „Demokratie" überzeugte, verfolgte Snow die gleiche Linie in populärer Form vor den Millionen Lesern der Saturday Evening Post, wobei er eine vielleicht noch größere geistige „Wendigkeit" bewies. Er brachte es fertig, in dem gleichen Buch oder Artikel die chinesischen Kommunisten sowohl als echte Kommunisten wie als harmlose „Bodenreformer" darzustellen. Unter der Überschrift „Muß China rot werden?" (SEP, 12. V. 1945) vertrat er zunächst die These, wir müßten Tschiang Kai-schek um der freundlichen Beziehungen zu Rußland willen preisgeben und erklärte dann: „Beim ausländischen Leser mag es manchmal Verwirrung hervorrufen, daß diese chinesische Bodenreformbewegung ‚Kommunismus' genannt wird. Der heutige Kommunismus in China ist mit viel Wasser verdünnt. Die rotchinesischen Führer, die eine bewaffnete Macht geschaffen haben, nachdem Moskau ihren Kampf schon lange als hoffnungslos mehr oder weniger aufgegeben hatte, haben ein starkes Unabhängigkeitsgefühl." An anderer Stelle (SEP, 10. VI. 1944) behauptet Snow gar, es habe in China „niemals einen Kommunismus gegeben, nicht einmal in den kommunistischen Gebieten", und die chinesischen Kommunisten hätten schon vor Jahren „jede Absicht auf baldige Etablierung des Kommunismus in China aufgegeben." Um der Saturday Evening Post nicht unrecht zu tun, sei erwähnt, daß die Leitartikel beständig den von Snow vertretenen Auffassungen widersprachen. Snows 1944 erschienenes Buch „Menschen auf unserer Seite", ein bombastischer Lobgesang auf die Sowjetunion und eine Verdammung Tschiang Kai-scheks, erfreute sich der besonderen Auszeichnung einer Sonderausgabe für die amerikanische Wehrmacht.

Ein anderer junger Kollege aus der Hankauer Zeit war Jack Belden, ein früherer UP-Korrespondent, der später als Mitarbeiter von Time und Life dazu beitrug, die amerikanische Öffentlichkeit zu überzeugen, daß die Kommunisten in Asien wie in Europa die besten Verbündeten Amerikas seien. In

seinem Buch „China erschüttert die Welt" (1949) singt er ein Loblied auf die zähen, unerschütterlichen und grausamen Kommunisten, wobei er mit offenbarem Vergnügen beschreibt, wie sie ihre Feinde und die unschuldigen oder neutralen Opfer des Bürgerkrieges quälten. Zum weiteren „äußeren Ring" sozusagen gehörte der gutartige, politisch unerfahrene und ungemein fleißige Leiter des UP-Büros in Hankau, Francis Fisher. Er war sicher nie ein Kommunist, aber er ließ sich durch ein Mitgefühl mit den Armen und Unterdrückten zur kommunistenfreundlichen Gruppe hinüberlocken. Nachdem er für das Kriegsinformationsamt gearbeitet hatte, wurde er politischer Informator der Fernostabteilung des Außenministeriums und konnte als solcher entscheiden, welche Nachrichten und Auffassungen nach oben weitergegeben werden sollten. In dieser Tätigkeit konnte er sicherlich einen sehr gewichtigen, wenn auch indirekten Einfluß auf die Politik ausüben. Als der Kongreß 1949 einen kleineren „Hausputz" in der Fernostabteilung des State Department erzwang, wurde Fisher ohne viel Aufhebens an die Nationale Kriegsschule versetzt. Agnes Smedley, die Freundin von John Davies und Botschafter A. Clark-Kerr war 1938 in Hankau Korrespondentin des Manchester Guardian. Ihr 1943 in Amerika geschriebenes Buch „Chinas Schlachtgesang" war eine glühende Verherrlichung der chinesischen Kommunisten. Bevor sie 1950 in England starb, vermachte sie ihren gesamten Besitz General Tschuh Teh, dem „Vater der Roten Armee", und bestimmte, daß ihre Urne in Peiping beigesetzt werden sollte.

Es gab 1938 in Hankau aber auch einige Korrespondenten, die sich weder damals noch später der prokommunistischen Gruppe angeschlossen haben. Der hagere und gelehrtenhafte Tillman Durdin von der New York Times, deren Korrespondent er auch heute noch ist, war einer der politisch bestinformierten Journalisten. Er hatte in Tschungking auch Tschu En-lai durchschaut und sagte 1946 zu mir: „Tschu überwältigt einen durch seine Persönlichkeit und durch seine klugen Argumente. Aber wenn man ihn Monat für Monat und Jahr für Jahr gehört hat, kann man seinen Äußerungen nicht trauen: er hat sich selbst zu oft widersprochen." Durdin hat mir auch in der wohl plausibelsten Weise den eigentlichen Grund angegeben, warum so viele amerikanische Korrespondenten während des zweiten Weltkrieges dem Zauber der Kommunisten erlagen: „Es war so leicht", sagte er, „an die Kommunisten zu

glauben. Im ‚freien China' war alles so völlig hoffnungslos — die Bestechlichkeit, das Elend, der Mangel an Kampfeswille. Selbst ich hatte den Eindruck, es könne nicht schlimmer sein und im kommunistischen China müsse es besser sein. Sie, Miß Utley, haben die deprimierend-hoffnungslosen Jahre in China nach dem Fall von Hankau nicht miterlebt. Aber man muß sie erlebt haben oder nacherleben können, um zu begreifen, warum so viele Amerikaner den Kommunisten anheimfielen."

Diese Worte von Till Durdin fielen mir wieder ein, als ich im Sommer 1948 im blockierten Berlin Annadora Leber zu einer großen Menge auf dem Spandauer Marktplatz sprechen hörte. „In den Krisenjahren vor 1933", rief sie aus, „haben viele von euch gedacht ‚schlimmer kann es nicht werden'. Aber später unter den Nazis habt ihr erfahren, daß es doch weit schlimmer wurde. Jetzt aber wissen wir, daß es trotz aller unserer schrecklichen Ernährungsschwierigkeiten noch weit schlimmer sein würde, wenn wir die Russen als Herren über uns hätten. Wir wissen, daß wir in Zwangsarbeitslager verschleppt und nach den gleichen Methoden behandelt werden würden wie von den Nazis."

Der bestinformierte, intelligenteste und objektivste aller amerikanischen Fernostkorrespondenten ist Arch Steele, der für die Chikago Daily News arbeitete, bevor er Berichterstatter der New York Herald Tribune wurde. Man schätzte und achtete ihn so allgemein, daß er Freunde in allen politischen Lagern hatte. Er hat als einziger in jenem schicksalsvollen Hankau-Sommer sein Gleichgewicht und seine einzigartige Fähigkeit bewahrt, zwischen Schein und Sein zu unterscheiden. Er war ein erstklassiger Berichterstatter, dessen Arbeitsweise fest in den amerikanischen Grundtraditionen verwurzelt war, so daß er weder auf die kommunistische Propaganda hereinfiel, noch von der Linie einer exakten Berichterstattung abging. Unglücklicherweise haben Durdin und Steele, die es wirklich verdient hätten, niemals den Ruf von Fernostspezialisten erlangt. Andere Korrespondenten, die weit weniger wußten, stürzten nach Hause und schrieben Chinabücher; Steele und Durdin haben nie eines geschrieben.

Während der vierziger Jahre hatten die Freunde der chinesischen Kommunisten in Amerika die Buchbesprechungen geradezu monopolisiert. In den literarischen Beilagen der New York Times und New York Herald Tribune oder in der

Saturday Review of Literature, in Blättern also, die mit ein paar Sätzen über das Schicksal von Büchern entscheiden wie Cäsar mit dem Daumen über das Schicksal des Gladiators, kamen fast ausschließlich ihre Auffassungen zur Geltung. (Erst in den letzten Monaten hat die Book-Review der New York Times einige ihrer alten Rezensenten gegen solche ausgewechselt, die keine kommunistischen Sympathien haben.) Blättert man die alten Nummern durch, so stellt man fest, daß selten irgendein Chinabuch jemandem zur Besprechung übergeben wurde, der nicht zu jenem „Ring“ gehörte. Jahraus, jahrein wurden die meisten Chinabücher von Owen Lattimore, J. Fairbank, E. Snow, N. Peffer, Th. White, Annallee Jacoby, Richard Lauterbach und anderen von der gleichen Farbe besprochen. Ein hervorragendes Beispiel für die Art, in der nichtkommunistische Bücher verdammt wurden, selbst wenn sie von prominenten Persönlichkeiten geschrieben waren, bildet die Aufnahme von Generalmajor C. L. Chennaults „Weg eines Kämpfers“ (1949). Die New Times Book-Review überließ Mrs. Jacoby die Titelseite, um den Helden der „Fliegenden Tiger“ — (Name des von Chennault befehligten amerikanischen Geschwaders im chinesisch-japanischen Krieg) — herunterzumachen. Vielleicht noch bemerkenswerter ist die Behandlung des 1946 erschienenen Buches „Meine 25 Jahre in China“ von John B. Powell. Ein liberaler Amerikaner von großem Mut und Unantastbarkeit, hatte Powell als Herausgeber der China Weekly Review einen weltweiten Ruf gewonnen. Als die Japaner Schanghai besetzten, sperrten sie ihn ein; dabei zog er sich ein schweres Leiden zu, verlor beide Füße und starb 1947 nach langer Krankheit. Die gleiche Rezensentin verdammte Powell an der gleichen Stelle als „Reaktionär“ und rümpfte die Nase über seine Behauptung, es gäbe eine „rote Gefahr“ in China.*)

Das Zusammenspiel der Kommunistenfreunde funktionierte aber ebenso gut, wenn es sich umgekehrt um rote oder rosarote Chinabücher handelte. Die Besprechung von O. Lattimores „Lösung in Asien“ (1945) wurde von der New York Times Book Review E. Snow übertragen, dem man auch eine ganze Seite für die Verherrlichung von H. Formans „Bericht über

*) Ein weiteres Beispiel ist George Creels „Rußlands Wettlauf um Asien“, das in der Saturday Review of Literatur von E. Snow erledigt wurde. F. U.

Rotchina" zur Verfügung stellte, das im wesentlichen aus einem Lobpreis auf die chinesischen Kommunisten und auf Auffassungen gleicher Richtung bestand. Snow rühmte die Darstellung des chinesischen Bürgerkrieges als „eines inneren Kampfes zwischen dem Einparteienregime der Kuomintang unter Tschiang Kai-schek und allen antijapanischen und antifaschistischen Volksorganisationen unter der allgemeinen Führung der KP China". Die gleiche wohlgeneigte Publizität wurde Günther Steins „Rotchina ruft" (1945) zuteil. Professor N. Peffer gab sich alle Mühe, in der New York Times Book Review Steins begeistertes Lob des kommunistischen China zu verstärken: „Das hervorragendste Kenzeichen des kommunistischen China ist nicht ideologischer, politischer oder wirtschaftlicher, sondern psychologischer Art. Da ist irgend etwas, was die Phantasie einfängt. Gefühlsbetonte Radikale, objektive Intellektuelle, neutrale Korrespondenten, Diplomaten von Beruf, Offiziere — sie alle verlassen Yenan als glühende Verteidiger, wenn nicht als Enthusiasten." (1949 veröffentlichte das Hauptquartier Mac Arthurs Beweismaterial aus japanischen Archiven, daß Günther Stein und Agnes Smedley sowjetische Spionageagenten gewesen seien; beide bestritten es. Die Beschuldigungen wurden vom Kriegsministerium untersucht.)

Jm Jahre 1946 erzielte „Donner aus China" von Th. White und A. Jacoby eine sehr hohe Auflage, weil es von einer der großen Buchgemeinschaften, dem Book-of-the-Month-Club verbreitet wurde. Professor J. K. Fairbank von der Howard Universität rühmte die These des Buches, daß der Kommunismus keine „unerwünschte verschwörerische Umsturzbewegung" sei. Um eine Vorstellung davon zu geben, wie White die amerikanische Öffentlichkeit täuschte, genügt seine Antwort auf eine Frage im Verlaufe eines Rundfunk-Rundtischgesprächs am 27. Oktober 1946. Auf die Frage, ob nach seiner Meinung die chinesischen Kommunisten nicht von Moskau stärker kontrolliert würden als die Nationalregierung von Washington, erwiderte er: „Offen gesagt, sehr viel weniger. Da die Kommunisten kein Büro haben und unabhängig sind, können die Russen ihren Einfluß in China nur durch direkte bewaffnete Intervention geltend machen. Die Russen sind müde, sind des Krieges überdrüssig, denn sie haben zu lange gekämpft. Sie würden gar keine Lust haben, die Last auf sich zu nehmen, die selbst für uns ungeheuer groß wäre, nach China einzumarschieren."

Owen Lattimore strahlte ob des Einflusses, den er und seine Schüler auf die amerikanische öffentliche Meinung gewonnen hatten. Über Israel Epsteins „Unvollendete Revolution in China" schrieb er im Juni 1947 in der New York Times: „Von E. Snows ‚Roter Stern' zu Th. Whites ‚Donner aus China' zieht sich eine Reihe berühmter Namen. Israel Epstein hat sich ohne Zweifel einen Platz in dieser erlauchten Gesellschaft gesichert. Es ist bemerkenswert, daß die allgemeine Richtung der in der letzten Zeit erschienenen guten Bücher über China ausgesprochen ‚links vom Zentrum' weist." Man achte auf das Wort „gut": andere Bücher waren einfach nicht „gut" und wurden deshalb in die Rumpelkammer verbannt.*)

Die Rolle der Sonntagsbeilage der New York Times entsprach der ihrer Book Review. Wie diese Bücher über China im allgemeinen denen zur Besprechung übergab, die den chinesischen Kommunisten gegenüber wohlwollend eingestellt waren, so veröffentlichte das Magazine selten, wenn überhaupt jemals, einen Artikel, der den chinesischen Kommunisten nicht mehr oder weniger freundlich und der Nationalregierung feindlich gesinnt war. Ein bevorzugter Autor war N. Peffer, der an der Columbia Universität über Außenpolitik las und noch im November 1950, also nach dem Angriff der chinesischen Kommunisten auf die UNO-Truppen in Korea, offen erklärte, er sei nicht davon überzeugt, daß Peiping in Übereinstimmung mit Moskau handele. Professor Peffer verdient mehr als eine kurze Erwähnung. Obwohl seine Schwester zur Schriftleitung von Amerasia, einer obskuren, aber einflußreichen Zeitschrift zur Propaganda der kommunistischen Sache, gehörte, so war er selbst weder mit dieser berüchtigten Zeitschrift noch mit dem Institut für pazifische Beziehungen (IPR) verbunden. Man kann ihn auch nicht unter diejenigen einreihen, die im Verdacht stehen, der Kommunistischen Partei oder einer ihrer Gliederungen anzugehören. Er ist vielmehr ein typischer Vertreter der kuzsichtigen, illusionsbefangenen Liberalen, die niemals die wahre Natur des Kommunismus oder die sowjetische Bedrohung verstanden haben und sich deshalb einbilden, wir brauchten nur „Reformen"

*) „Links vom Zentrum" ist eine Bemerkung Roosevelts über sich und seine politische Einstellung. E. H. — Ausführliche Angaben zum Thema der „guten" und „nicht guten" Bücher sind in dem Artikel von Irene Kuhn „Warum werden Bücher mit kommunistischer Propaganda gekauft" enthalten (American Legion Magazine, Januar 1951). F. U.

unter den Heiden zu unterstützen und Dollar für die weniger begüterten Völker zu spenden, um in Sicherheit zu bleiben. Der Einfluß solcher wirtschaftlicher Deterministen wie Peffer und seinesgleichen, die unsere Universitätsjugend irreführen und durch ihre Artikel die Öffentlichkeit täuschen, darf nicht unterschätzt werden. Auch ohne es selbst zu wissen, können sie ebensoviel Schaden anrichten wie die Kommunisten, und sei es auch nur durch die Propagierung falscher Auffassungen. Ähnlich vermochten die Freunde der chinesischen Kommunisten durch ihre in weit verbreiteten Zeitschriften veröffentlichten Aufsätze einen außerordentlichen Einfluß auszuüben. Mark Gayn, der in den Amerasia-Spionagefall verwickelt war, schrieb für Collier's Magazine. Trotz seiner eigenen ausgesprochenen Unterstützung der Nationalregierung verhalf Henry Luce durch seine Zeitschriften Time und Life solchen Vorkämpfern der chinesischen Kommunisten wie Th. White und R. Lauterbach zu erhöhtem Ansehen, die beide zu den geschätzten Korrespondenten dieser Zeitschriften gehörten. Harper's Magazine und The Atlantic Monthly verstärkten den Chor. Selten erschienen hier Artikel über den Fernen Osten, die der kommunistischen Sache unfreundlich gegenüberstanden. Fast die einzige Ausnahme unter den Massenzeitschriften war Reader's Digest, der Artikel der „anderen Seite" zu veröffentlichen wagte, wie zum Beispiel „Das Schicksal der Welt steht in China auf dem Spiel" von Max Eastman und John B. Powell im Juni 1945.*) Zeitschriften wie New Republic und Nation brauchen natürlich kaum erst genannt zu werden. Trotz ihrer kleinen Auflage üben auch sie einen tiefen Einfluß auf die amerikanische öffentliche Meinung aus. Natürlich waren sie von Anfang an für die chinesischen Kommunisten, was angesichts ihrer weichen Haltung gegenüber sowjetischem Terror und sowjetischer Aggression nicht verwunderlich war. Im Gegensatz zu diesen „liberalen" Wochenschriften hat die antitotalitäre und wirklich liberale Zeitschrift New Leader unbeirrt von Anfang an eine klare Haltung gegenüber den Kommunisten in China ebenso wie in Rußland eingenommen.

*) Unter den Dokumenten, die dem Tydings-Komitee vorgelegt wurden, befand sich auch ein Brief von John St. Service an einen Freund, in dem es hieß: „Mir wurde heute morgen das ganze Frühstück durch den Artikel von Powell und Eastman in Reader's Digest verdorben. Widerwärtig!" F. U.

Die meisten Institute und Vereinigungen, die nach ihren eigenen Behauptungen die amerikanische Öffentlichkeit über Außenpolitik informieren, schwammen mit der prokommunistischen Flut. Die Außenpolitische Vereinigung (Foreign Policy Association, FPA) hatte ebenso wie das IPR in ihren Veröffentlichungen wenig Raum für Gelehrte und Schriftsteller, die den chinesischen Kommunisten nicht günstig gesinnt waren. Die engen Beziehungen zwischen dem IPR und ihrem Ableger, der Zeitschrift Amerasia, dem State Department, dem Kriegsnachrichtenamt (OWI), den Zeitschriften Nation, New Republic, der FPA, einzelnen Professoren und Freunden der chinesischen Kommunisten, Autoren und Journalisten entsprachen der Verschachtelung der Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsposten, mit deren Hilfe Big Business Monopole aufrechterhält, gegen die auch das Gesetz ohnmächtig ist. Dieser machtvolle Klüngel übte einen überragenden Einfluß auf Presse, Radio und Vortragspult aus und vermochte das „Evangelium nach Mao Tsetung" zu verbreiten, indem die Konkurrenz der wenigen mutigen antikommunistischen Widersacher ausgeschaltet wurde. Während des Krieges konnte man die „Achse" State Department-IRP geradezu mit Händen greifen, so eng waren die persönlichen Beziehungen zwischen beiden, so identisch die Standpunkte und die von beiden befürworteten politischen Maßnahmen, so häufig wurden IRP-Mitglieder in Dienststellen des Außenministeriums wie OWI und Auslandswirtschaftsverwaltung eingestellt. Gelegentlich wechselten auch Beamte des State Department zum IRP hinüber, um dort ihr Licht leuchten zu lassen. Philip Jessup zum Beispiel, heute amerikanischer Sonderbotschafter, trat 1943 vom Vorsitz des amerikanischen Beirates des IRP zurück, um ins Außenministerium einzutreten, während Lawrence Salsbury seinen Posten als Gehilfe des Leiters der Fernostabteilung aufgab, um Schriftleiter der Halbmonatsschrift des IRP, Far Eastern Survey, zu werden. In dieser Eigenschaft leistete Salsbury die heftige Kampagne gegen die Kuomintang und für die chinesischen Kommunisten ein, die in großem Umfang der des kommunistischen Daily Worker, der Nation, New Republic, der FPA, Walter Lippmanns und einer großen Schar Publizisten und Journalisten entsprach. Jessup übernahm allem Anschein nach von Salsbury die Propagierung der gleichen Auffassung innerhalb des Außenministe-

riums.*) Ein derartiger Personenwechsel bedeutete lediglich, daß ein Mitglied der unsichtbaren „Gesellschaft der Freunde der chinesischen Kommunisten“ von einem anderen die öffentliche statt die offizielle Verbreitung der Legende übernahm, die chinesischen Kommunisten seien keine „echten“ Kommunisten, sondern reizende liberale Bodenreformer und Demokraten, die Amerika unterstützen sollte. Salsburys eigene Beiträge und die meisten von ihm in Far Eastern Survey veröffentlichten Artikel aus anderer Feder entsprachen denen seiner früheren Kollegen im Außenministerium wie John Davies, J. St. Service und R. P. Ludden, deren Berichte bereits zitiert wurden. In der Nummer vom 25. April 1945 bediente sich Salsbury genau der gleichen Argumente wie Service und Ludden, indem auch er Amerika drängte, China wie Jugoslawien während des Krieges zu behandeln. Er behauptete, daß die chinesischen Kommunisten „freiheitsliebende“ Männer seien und daß diese demokratischen, friedliebenden Liberalen „der Sowjetunion in die Arme getrieben werden würden“, wenn Tschiang Kai-schek sich weiterhin weigere, sie an seinen Busen zu drücken.

Da in dieser Periode die „Freunde der Sowjetunion“ und die Vorkämpfer der chinesischen Kommunisten auf der Höhe ihres Einflusses standen, war es kaum verwunderlich, daß viele sehr bekannte Leitartikler, Kommentatoren und Redakteure der State Department-IPR-Linie folgten. Walter Lippmann zum Beispiel befürwortete eine „politische Einheitsfront“ Sowjetrußlands, Englands und der Vereinigten Staaten, die die national-chinesische Regierung zu einer Umbildung „auf breiter demokratischer Grundlage“ durch Einbeziehung der Kommunisten zwingen solle. Auch er wünschte, wir sollten China den Kommunisten preisgeben: „Die Formel für China ist in der Jalta-Formel für Polen klar angedeutet und ihr im Prinzip gleich.“*) Der außenpolitische Schriftleiter der New York

---

*) Hier sei auch angemerkt, daß Jessup das dienstälteste Mitglied unter den Treuhändern der Carnegie-Friedensstiftung war, die Alger Hiss zum Präsidenten der Stiftung machten. Er war das einzige Mitglied, das völlig über Hiss' Vorgeschichte im State-Department Bescheid wußte. F. U.

*) Die Gerechtigkeit gebietet, hier festzustellen, daß Walter Lippmann in seinem 1944 in Zürich erschienenen Buch „Die Außenpolitik der Vereinigten Staaten“ einige sehr wesentliche Einschränkungen und Vorbehalte macht. Es ist richtig, daß er darin eine „starke Kernallianz“

Herald Tribune war in den Jahren 1944/48 Joseph Barnes.*) Man braucht sich deshalb kaum zu wundern, daß die redaktionellen Artikel der Herald Tribune in dieser Zeit die Vereinigten Staaten dahin drängten, in ihrer Chinapolitik „den gleichen Grad von Vernunft“ zu zeigen, den Präsident Roosevelt in Jalta in Bezug auf Polen bewiesen hätte! Man müßte ein ganzes eigenes Buch schreiben, wollte man das ganze verfügbare Beweismaterial über den Einfluß der Freunde der chinesischen Kommunisten nicht nur in Washington, sondern in ganz Amerika ausbreiten.

Bevor auch noch einige der kleineren Figuren erwähnt werden — die meisten der besser bekannten Professoren und Schriftsteller wurden genannt — die bei der Täuschung der amerikanischen Öffentlichkeit über das kommunistische China ihre Rolle spielten, sei zuvor der Fall Philip Jessup behandelt, der nach jahrelanger Tätigkeit im IPR ins State Department berufen und 1950 zum Sonderbotschafter für den Fernen Osten ernannt wurde. Die Daten seiner Laufbahn wurden dem Senat und dem Tydings-Komitee von Senator MacCarthy unterbreitet, was aber nicht hinderte, daß er auch weiter das Vertrauen der Regierung genoß. Diese Tatsachen sind in der Presse nur bruchstückweise veröffentlicht worden. Jessup war eng

---

aus den Vereinigten Staaten, England, Rußland und — nach Möglichkeit — China befürwortet, aber er betont zugleich, daß diese Großmächte „nur Verbündete bleiben können, wenn sie ihren Einfluß — sowohl einzeln als gemeinsam — dazu benützen, die Freiheit durch das Recht zu wahren“ (S. 174). Er erklärt, daß eine expansive russische Politik gegenüber China die russisch-amerikanischen Beziehungen stören werde, denn „die Integrität und Sicherheit Chinas bilden ein vitales Interesse der Vereinigten Staaten“. Lippmann hat sich keine Illusionen darüber gemacht, daß mit dem Aufhören der gemeinsamen Gefahr bei Kriegsende sich der Zwang lockern werde, der die Allianz zusammengehalten habe. Er tritt für ihre Fortführung ein, aber nur „innerhalb der Grenzen einer internationalen Ordnung, welche die nationale Freiheit anderer Völker respektiert“ (S. 177). E. H.

*) Danach ging er zum New York Star, dem Nachfolgeblatt des halbkommunistischen PM (Post Meridiem) und kürzlich wurde er zur einflußreichen Stellung des Verlagsleiters von Simon & Schuster erhoben. Dieser Verlag hatte Joe Davies' „Moskauer Mission“, diesen alles andere als objektiven Bericht seiner Botschaftertätigkeit in der Sowjetunion, groß herausgebracht. Barnes wurde vor dem Tydings-Komitee 1950 als Kommunist bezeichnet. F. U.

liiert mit Frederick Vanderbilt Field, dem Schutzengel mancher kommunistischen Organisationen, der niemals geleugnet hat, Kommunist zu sein,*) mit E. C. Carter, Owen Lattimore, Günther Stein, Bisson, Anna Louise Strong und anderen unentwegten Advokaten der chinesisch-kommunistischen Sache. Unter Jessups Leitung startete das IPR im Juli 1943 seine bösartige Schmutzkampagne gegen Nationalchina und die falsche Darstellung der chinesischen Kommunisten als liberale Bodenreformer, die wir zu unterstützen hätten. Jessup kann sozusagen den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, den Mythos des demokratischen Kommunismus in China aufgebracht zu haben, denn gerade während er Leiter der Forschungsabteilung des IPR war, begannen Pacific Affairs und Far Eastern Survey ihren Propagandafeldzug zu Gunsten des Feindes, mit dem wir jetzt in Korea kämpfen. In seiner Anklageschrift gegen Philip Jessup brachte Senator MacCarthy 1950 Beweismaterial dafür vor, daß der Sonderbotschafter und Berater über Fernostpolitik zu einigen ausgesprochen kommunistischen Organisationen gehörte. Es wurde nachgewiesen, daß Jessup im November 1944 und im Mai 1946 seinen Namen für Bankette des Amerikanisch-russischen Instituts hergegeben hatte, das 1948 vom Generalstaatsanwalt auf die Liste der kommunistischen Gliederungen und angeschlossenen Verbände gesetzt wurde, nachdem das Komitee zur Untersuchung unamerikanischer Umtriebe es schon früher als dazugehörig bezeichnet hatte. Unter den sonstigen Paten dieser Bankette waren zahlreiche gutbekannte Kommunisten und Kommunistenfreunde, so daß man schwerlich annehmen kann, Mr. Jessup sei sich nicht bewußt gewesen, in welche Gesellschaft er sich da begab. Und nicht nur das; er war auch Mitglied des Beirats der Vereinigung der amerikanischen Studenten der Rechtswissenschaft, die wiederum mit der Liga gegen Krieg und Faschismus und mit dem Amerikanischen Jugendkongreß zusammenhing, die beide sogar schon 1942 von Generalstaatsanwalt Biddle als kommunistische Organisationen bezeichnet worden waren. Mr. Jessup gehörte auch zu den Einberufern einer von der kommunisti-

*) Im Juli 1951 wurde er erst mit drei und dann nochmals mit sechs Monaten Gefängnis wegen Comtempt of Court bestraft, weil er im Zusammenhang mit der Flucht einiger gegen Kaution freigelassener Kommunisten Angaben über die Herkunft der Kaution verweigerte. E. H.

schen Presse begeistert unterstützten Versammlung im Raleigh Hotel in Washington im Mai 1939, die gegen Registrierung (mit Fingerabdruck) von Ausländern protestierte. 1940 war er Mitglied des Ehrenpräsidiums des Nationalkomitees für demokratische Rechte, einer vom Komitee für unamerikanische Umtriebe als umstürzlerisch bezeichneten Organisation, deren Vorsitzender der bekannte kommunistische fellow-traveller Professor Franz Boas war, der inzwischen verstorben ist. Jessup gehörte zu den Unterzeichnern des Briefes an den Herausgeber der New York Times (16. II. 1946), der die Vereinigten Staaten dringend aufforderte, die Atombombenproduktion einzustellen, damit die Diskussion mit Sowjetrußland in einer „Atmosphäre der Gutgläubigkeit und des Vertrauens“ stattfinden könnte. Im Prozeß gegen Alger Hiss trat Jessup als Leumundszeuge der Verteidigung auf.*)

Es ist besonders wichtig anzumerken, wie viele „Fernostexperten“ das IPR während des Krieges und danach an Behörden vermittelte und wie eng seine Verbindung mit dem State Department und den kleineren vom State Department kontrollierten oder beeinflußten Regierungsstellen waren. Vier Mitglieder des IPR-Stabes arbeiteten in der Chinaabteilung der UNRRA, drei wurden in die Studienabteilung für den Wiederaufbau Japans im Hauptquartier MacArthurs eingestellt. Die amerikanische Regierung kaufte 750 000 Flugschriften des IPR zur Verteilung auf den pazifischen und asiatischen Kriegsschauplätzen und erteilte damit dem prokommunistischen Standpunkt dieser Organisation ihren Segen. Obwohl wahrscheinlich die meisten Amerikaner niemals etwas vom Institute of Pacific Relations gehört haben, so wurden doch sogar ihre Kinder durch seine Propaganda beeinflußt: über eine

*) Im Oktober 1951 wurde Jessup von Truman zum Mitglied der UNO-Delegation ernannt, was der Zustimmung des Senates bedarf. Ein Ausschuß von zwei republikanischen und drei demokratischen Senatoren prüfte die von F. Utley erwähnten Vorwürfe gegen Jessup, der selbst jede Kommunistenfreundschaft weit von sich wies. Der Ausschuß wollte die „Loyalität“ Jessups nicht bestreiten, sprach sich aber mit 3:2 gegen seine Bestätigung aus, da er „als Symbol der falschen Fernostpolitik“ zu gelten habe. Der Senat hat wegen Vertagung die Frage nicht mehr behandelt, was dem Präsidenten die Möglichkeit gibt, eine „zeitweilige“ Ernennung vorzunehmen. — F. Utley zählt hier auch noch eine Reihe von Sternen zweiter Ordnung am Himmel der Kommunistenfreundschaft auf. E. H.

Million Exemplare der Schüler-Sonderserien wurden verkauft, die vom IPR zusammen mit der Webster Company von St. Louis veröffentlicht worden waren. Viele Schriftleiter, die selbst nichts vom Fernen Osten wußten, haben das ihnen vom IPR gelieferte Material benützt, hatten sie doch allen Grund, sich darauf im Vertrauen zu den klingenden Namen der leitenden Persönlichkeiten zu verlassen.

Ende 1946 konnte man in der Saturday Revue of Literature folgende Anzeige lesen: „Sehr wißbegierig, aber knapp an Zeit? Die IRP-Flugschriften machen aus Ihnen einen funkelnden Unterhalter über Fernostfragen. Sie können gewandt über alles plaudern, vom australischen Slang bis zu den Problemen Chinas und den Philippinen. Fordern Sie noch heute unser Verzeichnis an ..." Leider ist es nur allzu wahr, daß man eine synthetische „Gewandtheit" in der Behandlung fernöstlicher Probleme durch die Lektüre der Flugschriften und der Zeitschriften Pacific Affairs und Far Eastern Survey erlangen konnte. Das Material wurde darin unter dem Anschein der Gelehrsamkeit dargeboten, und nur wer wirklich etwas vom Kommunismus verstand, konnte die prokommunistische Tendenz der meisten Beiträge entdecken. Der Amerikanische Rat des IPR ist so deutlich das Steuerungsorgan dieser angeblich internationalen Organisation, daß man häufig und ganz natürlich „Institute of Pacific Relations" sagt, wenn man den Amerikanischen Rat meint. Vor etwa drei Jahren hat das internationale Sekretariat des IRP die meisten seiner offen kommunistischen Mitglieder ausgebootet. Die englische Zweigstelle der IPR hatte vorher auch Kommunistenmitläufer mit seiner Vertretung bei internationalen Zusammenkünften beauftragt, so vor allem Günther Stein. Da die Mitglieder der internationalen Körperschaft von Australien bis Holland und von England bis Neuseeland verstreut sind, bildete der Amerikanische Rat die wichtigste und einflußreichste Gruppe. In ihr wiederum liegt die wirkliche Macht bei dem geschäftsführenden Ausschuß des Treuhänderrates, da Mitgliederversammlungen kaum jemals stattfinden. Bis vor zwei Jahren waren die einflußreichsten Mitglieder dieses Ausschusses E. Carter, Frederick Vanderbilt Field, Kate Mitchell (die Millionenerbin aus Buffalo, die in den Amerasiafall verwickelt war), und Owen Lattimore. Heute steht das IPR unter der Leitung eines neuen Sekretariats. Jetzt veröffentlicht es gelegentlich auch antikommunistische

Artikel. Aber zu den Mitarbeitern zählen noch immer viele alte Freunde der chinesischen Kommunisten. Das Dumme ist, daß die Stiftungen und die einzelnen Geschäftsleute, die das Geld für das IPR beisteuern, weder in Fragen des Kommunismus sachverständig genug sind, um den Pferdefuß zu entdecken, der das Vorhandensein von Kommunisten innerhalb des Stabes beweist, noch die Zeit haben, um durch aufmerksames Lesen die eigentliche Bedeutung vieler vom IPR veröffentlichten Artikel zu erkennen.

Ja, warum konnten Kommunistenfreunde einen so starken Einfluß auf die amerikanische Presse und Öffentlichkeit ausüben? Jede Erklärung muß davon ausgehen, daß Haltung und Handeln der Menschen durch vielfältige Motive bestimmt werden. In vielen Fällen mögen Journalisten, Schriftsteller und Beamte des Auswärtigen Dienstes aus einem ursprünglichen Impuls der Sympathie für das chinesische Volk und aus einem romantischen Glauben an kommunistische Bekenntnisse und Versprechungen heraus die Sache der chinesischen Kommunisten zu ihrer eigenen gemacht haben. Wenige Amerikaner begriffen, daß die elenden Verhältnisse des chinesischen Volkes auf technische Rückständigkeit und alte Traditionen zurückgingen und daß der Krieg sie noch schwieriger gestaltet hatte. Noch weniger machten sie sich klar, daß der Kommunismus die Krankheiten Chinas nicht heilen konnte, sondern unausweichlich zu noch schlimmerer Armut und zur Auslöschung der Freiheit führen mußte. Hier ist noch einmal an Evans Carlson zu erinnern, dem einfältigen Soldaten, der sich hatte zu dem Glauben verführen lassen, die Kommunisten seien „die wahren Christen". So mag es manche Entschuldigung für die irregeführten und unwissenden „Liberalen" geben, unentschuldbar aber sind die Karrieremacher, die weder ein humanitäres Gefühl noch die Anhänglichkeit an irgend etwas, sondern nur ihr Eigeninteresse leitete. Heute verdammen sie Stalin und die Kommunisten mit dem gleichen Eifer, mit dem sie beide zu preisen pflegten, als es sich „lohnte", rosarot zu sein. Würden sie sich wenigstens offen von ihrer früheren Unterstützung der kommunistischen Tyrannei lossagen, brauchte man sie nicht in das Verzeichnis derjenigen aufzunehmen, die das amerikanische Volk getäuscht haben. Aber einige unter den Prominentesten haben sich ohne ein Wort der Entschuldigung gegenüber ihren Lesern gewandelt. Edgar Snow zum Beispiel

schrieb im Oktober 1950 in der Saturday Evening Post einen Artikel „Der tückische Dr. Wyschinski", mit dem er allem widersprach, was er vor dem Umschlag der amerikanischen öffentlichen Meinung zu schreiben pflegte.

Die Karrieremacher in der Regierung und Presse sind natürlich niemals das Risiko eines Beitritts zur Kommunistischen Partei eingegangen, selbst wenn sie an ihren kommenden Sieg glaubten. Die Anpaßlinge und Wetterfahnen, Menschen ohne Grundsätze und Ehrgefühl, gehen immer die „sichere Tour". Heute gefallen sie sich auch noch in einem Überlegenheitsgefühl gegenüber den Exkommunisten, die offen der Partei beitraten, weil sie eine falsche Vorstellung von ihren Zielen und Methoden hatten, und wieder austraten, als sie im Kommunismus eine reaktionäre Kraft erkannten.

Konkret erwiesene Sowjetspionage ist noch überzeugender als Berge von Beweisen für die kommunistischen Sympathien der Beamten und Angestellten des State Department und anderer Behörden, der Journalisten und Professoren, der Mitglieder des IPR und der Außenpolitischen Vereinigung es sein können. Deshalb ist der Fall Amerasia von erstrangiger Bedeutung: er liefert den unangreifbaren Beweis für das Bestehen einer kommunistischen Verschwörung, an der Regierungsangestellte beteiligt waren, die ohne Skrupel Stalins Agenten Geheimdokumente aushändigten.

Am 7. Juni 1945, neun Wochen bevor die erste Atombombe über Japan abgeworfen wurde, verhaftete das Federal Bureau of Investigation sechs Personen unter der Anklage, das Spionagegesetz verletzt zu haben: John St. Service und Emmanuel Larsen vom State Department, Leutnant Andrew Roth, Verbindungsoffizier zwischen dem Marinenachrichtendienst und dem State Department, Philip Jacob Jaffe und Kate Louise Mitchell, beide Schriftleiter der Zeitschrift Amerasia, deren Redaktionsmitglieder fast alle auch eng mit dem IPR verknüpft waren. Der sechste war Mark Gayn, ein bekannter Journalist und Mitarbeiter von Collier's Magazine und anderen Zeitschriften, darunter Amerasia.

Das FBI gab bekannt, daß bei einer Durchsuchung des Büros von Amerasia an die hundert Aktenhefter gefunden worden waren, die „streng geheime" und „ganz vertrauliche", aus den Archiven des State Department, des Kriegs- und Marineministeriums, des militärischen und politischen Nachrichtendienstes

(OSS und OWI) gestohlene Dokumente enthielten. Weiter wurde eine Photokopiereinrichtung gefunden, die sicher nicht für Zwecke der eigentlichen Schriftleitung benötigt wurde, sondern so gut wie sicher zur Vervielfältigung der nach Moskau weiterzuleitenden Dokumente benützt wurde. Die Geheimpapiere im Amerasia-Büro bezogen sich unter anderem auf Ziele und Zeiten der Bombenangriffe auf Japan und auf die Positionen der japanischen Flotte. Ein weiterer, sehr ins Einzelne gehende Bericht gab die genauen Stellungen und die Stärke der nationalchinesischen Verbände mit Namen der Ortschaften und Kommandeure an. In einer Erklärung des Justizministeriums wurde festgestellt, daß sich unter den vom FBI sichergestellten Dokumenten „Originale und Kopien von Akten des Außen-, Kriegs- und Marineministeriums, des OSS, OWI und der Bundesverkehrskommission“ befanden, die als „Nur für den Dienstgebrauch“ bis „Streng geheim“ klassifiziert waren. Die Sache war dadurch „aufgeflogen“, daß Archbold van Beuren, ein Beamter des OSS, im Februar 1945 bei der Durchsicht eines Heftes von Amerasia zu seiner Verblüffung einen Artikel fand, der mit einem OSS-Geheimbericht für das State Department vom Dezember 1944 fast identisch war. Van Beuren, der bereits durch frühere Fälle von Nichtgeheimhaltung vertraulicher Informationen in Unruhe und Aufregung versetzt war, teilte seine Entdeckung sofort Frank Brooks Bielaski mit, dem Leiter der Spionageabwehr innerhalb des OSS. Bielaski beschloß, die Büros von Amerasia durchsuchen zu lassen. Er bemühte sich nicht um einen Hausdurchsuchungsbefehl, damit die Amerasialeute nicht von der Sache Wind bekämen und das Beweismaterial vernichteten. Als die Vertreter des OSS in der Nacht des 11. März 1945 nach Aufbrechen des Schlosses die Schriftleitungsräume betraten, fanden sie diese „buchstäblich mit vertraulichen Regierungsdokumenten übersät“. Der Schreibtisch des Herausgebers Ph. Jaffe war mit Originalen und vor kurzem angefertigten Photokopien zahlreicher Geheimdokumente bedeckt, von denen einige so vertraulich waren, daß sie laut Vermerk nicht einmal dem OWI gezeigt werden durften. „In jedem einzelnen Falle“, sagte Mr. Bielaski, „war auf den ersten Blick zu erkennen, daß der Besitz dieser Schriftstücke eine Verletzung des Spionagegesetzes bedeutete.“

Generalmajor W. J. Donovan, der Chef des OSS, der über

die Entdeckung unterrichtet worden war, rief früh am nächsten Morgen Außenminister Stettinius an, der ihn auch sofort zu sich bat. Stettinius vereinbarte mit Donovan, daß die Angelegenheit dem Generalstaatsanwalt zur Einleitung eines Gerichtsverfahrens übergeben werden sollte. Stattdessen wurde aber das FBI auf den Fall angesetzt. Drei Monate waren 75 FBI-Agenten unter schärfster Geheimhaltung mit der Sammlung von weiterem Beweismaterial beschäftigt. Sie überwachten Philip Jaffe und seine Mitarbeiterin Kate Mitchell, sie beobachteten die Zusammenkünfte zwischen Jaffe und Leutnant Roth und seiner Gattin, mit Larsen, Gayn und Service. Sie sahen, daß den Herausgebern von Amerasia Dokumente ausgehändigt wurden.

Am 29. Mai legte das FBI dem Justizministerium sein Material vor. Die sechs verdächtigen Personen wurden unter der Anklage der Verschwörung zum Zwecke der Verletzung des Spionagegesetzes durch Diebstahl von vertraulichen Dokumenten verhaftet. Zwei Tage später aber wurde dem FBI mitgeteilt, der Fall müsse bis zum Abschluß der Gründungsversammlung der UNO in San Franzisko in Schwebe gehalten werden: man fürchtete, die Sowjetunion zu beleidigen. Dank dem Eingreifen von Julius Holmes, einem Gehilfen des Außenministers, wurde Präsident Truman unterrichtet, der das Justizministerium sofort anwies, die Verhaftung auf keinen Fall hinauszuschieben. Daraufhin betraten Beamte des FBI, ordnungsgemäß mit einem Hausdurchsuchungsbefehl versehen, die Amerasia-Büros und beschlagnahmten 1700 geheime Regierungsdokumente, und nun wurden auch Jaffe, Gayn, Service, Larsen, Roth und Kate Mitchell verhaftet.

Das war das Signal für die kommunistische Presse und ihre „liberalen“ Freunde. Geschäftig übernahmen zahlreiche Zeitungen und Rundfunkkommentatoren die Verteidigung der Angeklagten. Zustimmend wurde die Presseerklärung von Jaffe und Miss Mitchell zitiert, es handle sich „um eine skandalöse und verleumderische Hetze gegen Linkselemente“. Mark Gayn drehte den Spieß um und proklamierte, es gehe hier nicht um Spionage, sondern um die „Pressefreiheit“. Einige Kommentatoren beschuldigten Joseph Grew, der damals noch Leiter der Fernostabteilung des State Department war, er versuche, seine Kritiker „einzuschüchtern und zu tyrannisieren“.

Dieser Lärm auf der Linken tat seine Wirkung — und außer-

dem hatten die Angeklagten offenbar zu hohen Beamten enge Beziehungen, auf die sie den notwendigen Druck ausüben konnten, daß die Verfolgung eingestellt wurde. Am 13. August erklärte der für seine Zugehörigkeit zu kommunistischen Gliederungen bekannte Rundfunkkommentator J. R. Walsh, Miss Mitchell „habe so einflußreiche Verbindungen, daß die Leute vom State Department wahrscheinlich lieber nie etwas von ihr gehört hätten", und die Verhaftung von Service habe „einige außerordentlich einflußreiche Leute innerhalb der Regierung veranlaßt, für ihn einzutreten". Miss Mitchell, Gayn und Service wurden von der Grand Jury — einer Institution des amerikanischen Strafrechts, die über die Anklageerhebung entscheidet — überhaupt nicht angeklagt, und Jaffe, Larsen und Roth wurden auch nicht unter der ursprünglichen Anschuldigung der Spionage belangt, sondern nur wegen „Verschwörung zur Unterschlagung und Entwendung von Regierungseigentum". Bei der Gerichtsverhandlung erwähnte der Regierungsankläger weder die erwiesene kommunistische Betätigung Jaffes noch den prokommunistischen Charakter von Amerasia. Das vom FBI beschaffte Beweismaterial überging er mit Stillschweigen. Staatsanwalt Hitchcock sagte dem Richter, er brauche „keine fünf Minuten" für sein Plädoyer. Nicht einmal andeutungsweise erwähnte er, daß die im Amerasia-Büro gefundenen Schriftstücke zu unlauteren Zwecken gestohlen sein könnten. Unwidersprochen konnte der Verteidiger behaupten, Jaffe habe sich nur „aus journalistischem Übereifer" eine Gesetzesübertretung zuschulden kommen lassen. Als der Richter vorschlug, den Untersuchungsrichter die Angelegenheit prüfen zu lassen — was eine Prüfung auch des FBI-Berichtes über den Fall bedeutet hätte — erklärt der Staatsanwalt dem Gericht, er hoffe, die Sache werde noch am gleichen Tage erledigt und nicht durch Entsendung eines Untersuchungsrichters nach New York verzögert werden. Der Ankläger war geradezu ebenso bemüht wie der Verteidiger, Jaffe leicht davonkommen zu lassen. Nur so werden seine Worte verständlich: „Nach meiner Kenntnis der Dinge dienten (die gestohlenen Dokumente) vornehmlich als Hintergrundmaterial, das Mr. Jaffe bei der Leitung seiner Zeitschrift zur Vorbereitung und Ausarbeitung von Beiträgen benützte, die ihrem Ansehen und vielleicht ihrer Verbreitung dienlich sein könnten. Die Zeitschrift war ja tatsächlich ein Verlustgeschäft." Beim Strafantrag

erklärte der Staatsanwalt, er schlage „keine Gefängnistrafe, sondern eine höhere Geldstrafe“ vor.

Über den Inhalt der gestohlenen Dokumente wurde nicht gesprochen. Verteidiger und Staatsanwalt stimmten beide darin überein, den Fall zu vertuschen. Man brauchte sich also nicht zu wundern, daß der Richter Mr. Jaffe auch noch bedauerte: „Es tut mir leid, Mr. Jaffe, daß Sie sich durch ihren Eifer für eine offenkundig vertrauenswürdigen Zielen dienende Arbeit verführen ließen, diese Dinge zu tun, die natürlich dazu angetan waren, Regierungsbeamte und Regierungsangestellte bei der Erledigung ihrer Arbeiten an ihrer Treuepflicht irrewerden zu lassen.“

Mr. Hitchcock, der „Ankläger“ in diesem Verfahren, quittierte fünfzehn Monate später seinen Posten im Justizministerium, um in das Rechtsanwaltsbüro Kenefick, Cooke, Mitchell, Bess & Letchworth einzutreten; der James Mitchell dieser Firma war ein Onkel von Kate Louise Mitchell, die niemals vor Gericht gestellt wurde. Die Anklage gegen Roth wurde auf Antrag der Regierung niedergeschlagen. A. Larsen wurde eine Geldstrafe von 500 Dollar auferlegt, die Jaffe für ihn bezahlte, und Jaffe selbst kam mit 2500 Dollar Geldstrafe davon. Die Fälle Service, Roth und der anderen Regierungsangestellten wurden begraben. Weitere Untersuchungen fanden nicht statt. John St. Service wurde wieder ins State Department aufgenommen.

Es wurde wieder dunkel, nachdem ein Blitz das Bestehen eines kommunistischen Spionageringes in Washington enthüllt hatte. Erst 1950 wurde der Amerasia-Fall infolge der sensationellen Anklagen von Senator McCarthy wieder mit Schlagzeilen einer Öffentlichkeit nahegebracht, die fünf Jahre zuvor zulange mit prosowjetischer Propaganda gefüttert worden war, um sich groß über den Beweis einer kommunistischen Verschwörung aufzuregen. Aber der Tydings-Ausschuß ließ es auch diesmal nicht zu einer wirklichen Untersuchung kommen, und so wurde erneut die Wahrheit über den kommunistischen Einfluß auf die amerikanische Fernostpolitik, wie sie durch den Amerasiafall enthüllt worden war, verdunkelt.

Kapitel VIII

DIE ANSCHULDIGUNGEN SENATOR McCARTHYS UND DAS TYDINGS-KOMITEE

Wäre nicht Senator McCarthy aufgestanden, wer weiß, ob nicht das Beweismaterial über kommunistische Einflüsse in der Formung der amerikanischen Außenpolitik in den Anlagen zum China-Weißbuch und in den vergessenen Akten des Amerasia-Spionagefalles begraben geblieben wäre. Jahrelang hatten W. Judd, Mitglied des Repräsentantenhauses, die Senatoren Knowland und Bridges und einige andere weitsichtige Vertreter des amerikanischen Volkes die oberflächliche, unwirksame und unsere eigene Interessen schädigende Chinapolitik der amerikanischen Regierung angegriffen, ohne damit einen besonderen Effekt zu erzielen. Der Kongreßausschuß für unamerikanische Umtriebe, die früheren Abgeordneten und jetzigen Senatoren Nixon und Mundt, die Abgeordneten Taber und Dondero hatten sich Mühe gegeben, die Kommunistenfreunde innerhalb des Regierungsapparates ans Licht zu ziehen. Aber keinem war es gelungen, so viel öffentliches Interesse zu erregen, um einen Einbruch in die vom State Department gebildete Front der Selbstgefälligkeit zu erzielen. Steigender Unwille der Öffentlichkeit über die gefährliche Lage, in der Amerika sich heute befindet, und dazu die Verurteilung von Alger Hiss ließen McCarthy Erfolg haben, wo andere versagt hatten. Im Jahre 1950 war die Öffentlichkeit bereit aufzuhorchen, wenn ihr Tatsachen darüber vorgetragen wurden, daß der Einfluß der Sowjetfreunde während des Krieges und danach den verhängnisvollen Verlauf der Außenpolitik bestimmt hatte.

McCarthy, Marineoffizier des zweiten Weltkrieges und jetzt Senator von Wisconsin, wußte, daß man ihn verunglimpfen und seine Absichten verdrehen würde, aber er ließ sich dadurch in seinem Frontalangriff auf das State Department nicht be-

irren. Wer ihm eine „Übertreibung" des kommunistischen Einflusses bei der Gestaltung der amerikanischen Außenpolitik vorwarf, war sich nicht über die Wirklichkeit der Gefahr im klaren, die er sichtbar zu machen suchte. Es war wahrscheinlich notwendig, auf breiter Leinwand ein schreckerregendes Bild zu entwerfen, ohne den Einzelheiten und feineren Schattierungen allzuviel Aufmerksamkeit zu schenken, um endlich das amerikanische Volk doch noch aus seiner Apathie gegenüber dem Verrat an hoher Stelle aufzurütteln. Gewiß, McCarthy schwang eine Axt, statt ein Skalpell zu benützen, und seine „unfeinen" Methoden haben vielen mißfallen. Es kann aber nicht geleugnet werden, daß er die lebensnotwendige Aufgabe erfüllte, das amerikanische Volk aufzuwecken und die deutliche und gegenwärtige Gefahr der kommunistischen Verschwörung in unserer Mitte für die Republik erkennen zu lassen. Bevor McCarthy seinen Feldzug begann, hatten die Kommunistenfreunde innerhalb der Regierung sich ohne viel Mühe vom Prüfungsausschuß, dem Loyalty Review Board unter Seth Richardson*) einen Unbedenklichkeitsschein besorgen können.

Befürchtungen in bezug auf eine Gefährdung der bürgerlichen Freiheiten, wie jeder Versuch der öffentlichen Anprangerung umstürzlerischer Einflüsse innerhalb der Behörden sie mitsichbringt, sind gerechtfertigt. Aber McCarthy selbst zeigte ein klares Bewußtsein dieser Gefahr, indem er energisch eine Veröffentlichung der Namen der Verdächtigen ablehnte, bevor ihnen Gelegenheit geboten sei, die gegen sie erhobenen Anschuldigungen zu widerlegen. McCarthy ist nämlich ein zutiefst liberaler Amerikaner, der aus seiner liberalen Überzeugung heraus schon 1949 verlangte, daß die Fälle der im sogenannten Malmédy-Prozeß verurteilten Deutschen, deren „Geständnisse" erfoltert waren, überprüft und in ordnungsgemäßem Rechtsverfahren verhandelt werden müßten.

McCarthy hat auch erst dann eine Senatsuntersuchung seiner Anschuldigungen verlangt, nachdem Präsident Truman den Vorschlag seines Briefes vom 11. Februar 1950 zurückgewiesen hatte, daß der Außenminister angewiesen werden solle, ihm, dem Präsidenten, und dem zuständigen Kongreßkomitee die

---

*) Partner der Rechtsanwaltspraxis von Joseph Davies, dem früheren Botschafter in Moskau und Verfasser des Buches „Moskauer Mission". F. U.

Namen und vollständigen Personaldaten aller derjenigen mitzuteilen, die von Alger Hiss ins Ministerium eingestellt, beziehungsweise vom Loyalitätsprüfungsausschuß wegen ihrer kommunistischen Bindungen als gefährlich für die Staatssicherheit bezeichnet worden waren. Erst als Truman darauf nicht antwortete, brachte McCarthy seine Anklagen im Senat vor, weigerte sich aber, die Namen der 81 Verdächtigen bekanntzugeben, die nach dem ihm vorliegenden Material Mitglieder der Kommunistischen Partei waren oder kommunistische Bindungen hatten. Er sagte am 20. Februar von der Senatstribüne, daß dieses Material über die 81 die ganze Skala von „unzuverlässig" (im Sinne der Staatssicherheit) bis zu „sehr gefährlich" umfasse. Vielleicht würden einige von ihnen, fuhr er fort, durch Tatsachen das Aktenmaterial entkräften und zeigen können, daß sie tatsächlich loyale Staatsdiener seien; deshalb wäre es unfair, öffentlich Namen zu nennen, bevor die Betreffenden Gelegenheit zur Stellungnahme in geschlossener Sitzung hätten. Aber die Stimme des Senators Lucas, des Führers der Senatsfraktion der regierenden Demokratischen Partei, wog schwerer. Senator Lucas erklärte, er werde den Sitzungssaal nicht verlassen, bevor nicht die Namen genannt würden. Auch das Anerbieten Senator McCarthys, seine Liste auf Wunsch zur vertraulichen Einsichtnahme zur Verfügung zu stellen, wurde verworfen, desgleichen der Antrag von Senator Hickenlooper, die Angelegenheit zunächst in nichtöffentlicher Ausschußsitzung zu behandeln. „Wir wurden überstimmt", sagte Senator Hickenlooper am 5. April 1950, „und der Senator von Wisconsin wurde gebeten oder beordert, in öffentlicher Sitzung mit Blitzlicht, Fernsehaufnahme und allem Drum und Dran einer derartigen erregenden Gelegenheit seine Sache darzulegen, Namen zu nennen und die Tatsachen vorzubringen."

Die Beschuldigungen Senator McCarthys veranlaßten den Senat, am 22. Februar 1950 einen Unterausschuß seines Außenpolitischen Ausschusses zu bilden und mit einer Untersuchung zu beauftragen, „ob Angehörige des State Department den Vereinigten Staaten gegenüber illoyal seien". Vorsitzender wurde der demokratische Senator Millard Tydings von Maryland, dem seine Parteifreunde Th. F. Green von Rhode Island und Brien McMahon von Connecticut zur Seite standen, während die Republikanische Partei durch die Senatoren Bourke Hickenlooper von Iowa und Henry Cabot Lodge jr. von Massa-

chusetts vertreten war. McCarthy ersuchte Tydings noch einmal, die Verhöre in vertraulicher Sitzung durchzuführen, damit er nicht gezwungen sei, Namen von Personen zu veröffentlichen, die vielleicht in der Lage wären, ihre Unschuld zu beweisen. Tydings, unterstützt von McMahon und Green, lehnte ab. Es ist also die demokratische Mehrheit im Senat und im Komitee gewesen, die auf Veröffentlichung der Namen bestand, bevor die Angeklagten Gelegenheit zur Stellungnahme hatten.

Die Kritiker McCarthys haben ihm auch nicht zugute gehalten, daß er bereitwillig Irrtümer oder eine falsche Wortwahl zugab. So hat er seine ursprüngliche Erklärung, Owen Lattimore sei der „sowjetische Chefagent" in Amerika gewesen, am 30. März revidiert; er habe vielleicht zu viel Nachdruck auf die Frage gelegt, ob Lattimore Spionage getrieben habe. Wesentlicher sei, welche Rolle er als „Architekt der amerikanischen Fernostpolitik" gespielt habe.*) Diese und andere Korrekturen an Äußerungen und an den Zahlen der Kommunisten und Kommunistenfreunde innerhalb der Regierung ließ man nicht etwa als Beweis seiner Gutgläubigkeit gelten; sie mußten vielmehr dazu dienen, McCarthy zu diskreditieren und mußten als Entschuldigung für Nichtuntersuchung seiner Hauptanklagen herhalten. Fast sah es so aus, als glaubten seine Kritiker, sie hätten bereits bewiesen, daß es im Außenministerium überhaupt keine subversiven Elemente gäbe, wenn sie zeigen könnten, daß Senator McCarthy nicht ganz sicher sei, ob es sich um

---

*) Hatte Senator McCarthy aber vielleicht doch mit seiner ursprünglichen Bezeichnung recht? Am 31. Juli 1951 hat der jetzige Leiter der Rußlandabteilung der dem State Department unterstehenden Rundfunksendungen „Stimme Amerikas", Alexander G. Barmine, ein früherer Angehöriger des sowjetischen Geheimdienstes, vor dem Senatsausschuß für Fragen der inneren Sicherheit ausgesagt, sein einstiger russischer Vorgesetzter, General Berzin, habe ihm gegenüber 1934 Professor Lattimore und Joseph Barnes als „unsere Leute" bezeichnet, als es sich darum handelte, Waffen nach Sinkiang zu schmuggeln. Die Sowjets hätten auch die Absicht gehabt, das IPR als Tarnung für militärische Spionage in Sinkiang zu benützen. Sowohl Barnes wie Lattimore haben diese Behauptungen bestritten. „Ich habe natürlich niemals mit der sowjetischen Militärspionage in irgendeiner Weise oder in irgendeinem Jahr vor oder nach Christi Geburt Verbindung gehabt", erklärte Prof. Lattimore. Vergl. New York Times und New York Herald Tribune vom 1., 2. und 4. August 1951. E. H.

205 oder 81 oder „nur“ 57 Personen handle. Die ursprünglich in der Rede in Wheeling (West-Virginia) genannte Zahl von 205 „aus Sicherheitsgründen verdächtigen Personen“ unter dem Personal des Außenministeriums stützte sich auf die Erklärung von Außenminister Byrnes gegenüber dem Abgeordneten Sabbath, daß 19 Personen unter 224 Verdächtigen entlastet worden seien. 224 weniger 19 ergibt 205: McCarthy war also ganz gerechtfertigt, als er diese Zahl nannte. Daß er, ganz auf sich allein gestellt, nicht für sämtliche 205 schlüssige Beweise über ihre kommunistischen Verbindungen beibringen konnte, sondern zunächst nur für 57 und später für 81 ist doch keine Widerlegung seiner Anschuldigungen. Senator Tydings hat vom Beginn der „Hearings“ an, dem Senator von Wisconsin die Erlaubnis zu einem Kreuzverhör der Zeugen verweigert; er hat ihn auch von einigen nichtöffentlichen Sitzungen des Ausschusses ausgeschlossen. Dem Rechtsberater der republikanischen Minderheit, Robert Morris, wurde das Recht zum Kreuzverhör der Zeugen bei sämtlichen öffentlichen Sitzungen verweigert. Mehrere der von McCarthy benannten Zeugen wurden nicht geladen. Es wird noch im einzelnen gezeigt werden, daß Senator Tydings offenkundig die Zeugen begünstigte, die McCarthys Anschuldigungen zu widerlegen schienen, und ein Vorurteil gegen diejenigen hatte, die seine Anklagen stützten.

Bevor wir uns aber mit den Verhandlungen des Tydings-Komitees befassen, müssen wir versuchen, die laute Mißbilligung, wenn nicht gar Verächtlichmachung McCarthys in Presse und Rundfunk zu analysieren und wenn möglich zu erklären. Es ist nicht schwer zu verstehen, wieso „McCarthysmus“ von früheren und jetzigen Freunden der Sowjetunion, Vorkämpfern der chinesischen Kommunisten und anderen Apologeten der Regierungspolitik als Synonym für „Reaktion“ gebraucht wurde. Wer die kurzsichtige Politik unterstützt hatte, die dem Sowjetdiktator einen so großen Teil der Welt auslieferte, ist natürlich nicht sehr für Versuche empfänglich, seine früheren Freunde oder die eigene Mittäterschaft und Dummheit bloßzustellen. McCarthy hatte zu viele böse Geister, die diese Leute zu ihrer Erleichterung gebannt glaubten, wieder heraufbeschworen. Zuviele Politiker, Republikaner ebenso wie Demokraten, zuviele Journalisten und Kommentatoren hatten sich einst der „Liebet-Rußland-Schule“ angeschlossen, als daß ihnen

jetzt sehr behaglich hätte zu Mute sein können. Viele Menschen in allen Parteien wünschten lediglich die von McCarthy aufgedeckten Beweise ihrer früheren Irrtümer so schnell und so fest wie möglich wieder unter Verschluß zu sehen. Da es aber auf der Hand lag, daß McCarthy ohne einen großen Stab von Detektiven und ohne Zugang zu den FBI-Akten, (der dem Untersuchungskomitee verweigert wurde,) unmöglich alle seine Anschuldigungen beweisen konnte, war es nur allzu leicht, ihn selbst wilder und unbegründeter Anklagen zu beschuldigen. Komplizierter sind die Gründe, aus denen auch die Stimmen einiger Konservativer und antikommunistischer Liberaler im Chor der Mißbilligung mittönten. Einige Personen dieser in sich heterogenen Gruppe beargwöhnten die Motive McCarthys und verdammten seine Methode aus Furcht, er könne durch seine vermeintliche Nachahmung kommunistischer Verleumdungstechnik alle Antikommunisten in schlechten Ruf bringen. Andere waren einfach ängstlich, weil sie aus Erfahrung wußten, daß jeder, der kommunistische Umstürzler bloßzustellen sucht, gern als „Faschist“ oder mindestens als „Rotenhetzer“ und „Wallstreet-Werkzeug“ verschrien wird. Der tiefere Grund für die von vielen liberalen Intellektuellen gegenüber McCarthy zur Schau getragene verächtliche Feindseligkeit ist aber ohne Zweifel ihr Unvermögen, die Realität der von der kommunistischen Verschwörung ausgehenden Gefahr zu erfassen. Viele, die ihre Blicke nach rückwärts gewandt haben, lassen es sich mehr angelegen sein, jedes Jota unserer politischen und intellektuellen Freiheit zu verteidigen, als diejenigen zu packen, die alle unsere Freiheiten zerstören würden.

Rede- und Meinungsfreiheit zu bewahren und trotzdem die Kommunisten auszurotten, deren Ziel die Errichtung der Tyrannei ist, bildet in der Tat ein höchst schwieriges Problem. Sicherlich aber kann es nicht dadurch gelöst werden, daß man die kommunistische Gefahr einfach übersieht, wie es verschiedene Publizisten, zum Beispiel Alex Barth in seinem Buch „Die Loyalität freier Menschen“, uns empfehlen. In dieser Kontroverse trennen sich die Geister: die einen sind bereit, unsere Sicherheit zu opfern, um — zeitweilig! — unbeschnittene Freiheiten bewahren zu können, während das Hauptanliegen der anderen die klare, gegenwärtige Gefahr für unsere verfassungsmäßigen Freiheiten sowohl wie für unsere nationale Existenz ist, die eine Beschränkung der Rechte der Freiheits-

feinde erheischt. Draußen im Lande aber, wo weder der Einfluß doktrinärer Vorkämpfer einer selbstmörderischen Liberalität, noch die unrealistischen Argumente der Elfenbeinturm-Liberalen und Kommunistenfreunde, noch die Befürchtungen ängstlicher Konservativer oder die haarfeinen Unterscheidungen zwischen Verrätern und ihren Komplizen viel Einfluß auf die öffentliche Meinung hatten, hat man McCarthy im allgemeinen Beifall gespendet. Aus angeborenem gesunden Menschenverstand war man auf dem „platten Lande", wie die Intellektuellen naserümpfend und mit dem Versuch der Diffamierung zu sagen pflegen, zur Überzeugung gelangt, daß der Verlust des Friedens und die Aussicht auf einen dritten Weltkrieg den Beweis dafür lieferten, in Washington sei irgend etwas nicht in Ordnung. Als McCarthy die gegenwärtige Unsicherheit der Vereinigten Staaten als das Ergebnis kommunistischer Einflüsse an höherer Stelle bezeichnete, ließen sich deshalb viele Menschen davon überzeugen, er habe recht, mindestens aber müßten seine Anklagen gründlich untersucht werden.

Man sollte nicht übersehen, daß diejenigen, die sich jetzt als Märtyrer oder Verteidiger von Märtyrern aufspielen, selbst mit Vorliebe Antikommunisten als „Faschisten" verleumdet haben, als eine prosowjetische Gesinnung modern war. Im übrigen zeigt eine sorgfältige Prüfung des von McCarthy vorgelegten Materials, so unzureichend es notwendigerweise in vielen Fällen war, daß er vielleicht einige Narren irrtümlich für Schurken hielt, daß er aber niemanden beschuldigt hat, gegen den nicht einige Beweise kommunistischer Sympathie vorlagen.

Den von McCarthy Beschuldigten und ihren Gesinnungsfreunden ist es gelungen, den wesentlichen Unterschied der Beweisregeln im Strafprozeß und in einem Verfahren gegen „security risks" zu verdunkeln. Die Verfassung schützt die individuellen Rechte und Freiheiten, sie gibt aber niemandem ein unveräußerliches Recht auf einen Regierungsposten unter Außerachtlassung seiner früheren Betätigung und Gruppenbindung. Ein Staat, der nicht das Recht hat, von seinen öffentlichen Dienern Loyalität zu verlangen, würde bald zu bestehen aufhören. Mit Recht wird der Begriff der Gruppenschuld, wie er in Nürnberg gegenüber den Besiegten proklamiert wurde, als eine Rechtsverirrung betrachtet; aber es ist absurd, die

Berechtigung zur dauernden Bekleidung eines Vertrauensostens ohne Rücksicht darauf zu vertreten, wie fragwürdig die Gruppenbindung eines Beamten, wie offenkundig illoyal sein Verhalten sein mögen. Um es an einem Beispiel zu verdeutlichen: es wäre ungerecht, einen Bankbeamten zu Gefängnis zu verurteilen, nur weil er mit Dieben Umgang hatte, aber es wäre nur ein Gebot einfacher Klugheit, ihm nicht die Kassenschlüssel anzuvertrauen.

Senator McCarthy hat bei seiner Anklage gegen Philip Jessup die bedeutsame Unterscheidung von „Gruppenschuld" und „Sicherheitsgefährdung durch Gruppenbindung" deutlich herausgestellt: „Seit Beginn dieser Untersuchung bin ich auf die Behauptung gestoßen, Mitgliedschaft in kommunistischen Verbänden und Umgang mit Kommunisten seien keine ernstzunehmende oder gefährliche Angelegenheit. Aufrichtige Menschen fühlen Sorge bei dem Gedanken, hier handle es sich um einen Versuch, eine Gruppenschuld festzulegen. Sie vergessen, daß wir es hier mit äußerst heiklen Stellungen zu tun haben, deren Inhaber Zugang zu Staatsgeheimnissen haben, die preiszugeben uns sehr wohl in einen Krieg stoßen, wenn nicht gar den Krieg verlieren lassen kann. Sie vergessen, daß es hier nicht um die Frage der Gruppenschuld, sondern um die Frage einer Sicherheitsgefährdung durch Gruppenbindungen geht. Ich kann nicht stark genug unterstreichen, daß naive oder leichtgläubige Personen, die dauernd mit den falschen Leuten verkehren und dabei, vielleicht sogar unbewußt, geheime Informationen preisgeben, dem Lande den gleichen Schaden zufügen, wie der Parteiagent, der die gleichen Informationen verbreitet oder sich beschafft."

Es waren genau die gleichen „Liberalen aus eigener Machtvollkommenheit", die McCarthy sofort wegen angeblicher Anwendung des Prinzips der Gruppenschuld auf Regierungsbeamte verdammten, die von diesem Prinzip entzückt waren, als es auf die besiegten Deutschen und Japaner angewandt wurde. Keiner von ihnen hatte protestiert, ja die meisten hatten es ausdrücklich gebilligt, daß Washington die Militärregierung in Deutschland 1945 anwies, alle Deutschen wegen der Naziverbrechen als strafwürdig zu betrachten und aufs schwerste zu bestrafen, wer irgendwie mit den Nazis verknüpft oder mit einem PG verwandt war. Unser „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus", wie die Entnazifizierungs-

verordnung genannt wurde, bestraft nicht nur alle Personen, die Angehörige von Gliederungen und angeschlossenen Verbänden der NSDAP gewesen waren, sondern auch Frauen und Kinder von Parteimitgliedern. Das Prinzip der Gruppenschuld wurde damit zum Staatsgesetz im eroberten Gebiet erhoben.*) Aber soweit ich weiß, hat keiner der „liberalen" Kommentatoren, Leitartikler und Politiker, die heute dagegen wettern, daß irgend jemand wegen seiner Gruppenbindung an die Kommunisten verdächtigt wird, jemals seine Stimme gegen unsere Entnazifizierungsverordnung erhoben. Sie vergessen, daß Freiheit auf dem Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz beruht, und lassen deshalb verschiedene Gesetze gelten, wo sie hassen und wo sie lieben.

Bei den Personen, die McCarthy namhaft gemacht hatte, handelte es sich einfach um eine Entscheidung, ob ihre frühere Betätigung sie als geeignet für Regierungsstellen erscheinen lasse oder nicht. Es brauchte nicht bewiesen zu werden, daß sie eine Mitgliedskarte der Kommunistischen Partei besaßen. Auch wenn sie nur aus Dummheit den Interessen Stalins gedient hatten, war ihre Tätigkeit offenkundig ein Risiko für die Staatssicherheit. Hätte die Regierung den Wunsch gehabt, die Unschuldigen zu schützen und die Schuldigen bloßzustellen, so würde das Material in den FBI-Akten dem Senatsausschuß zur Untersuchung der Anschuldigungen McCarthys nicht vorenthalten worden sein, und man hätte auch den Rechtsberatern sowohl der Demokraten wie der Republikaner im Tydings-Ausschuß nicht den Einblick in die Personalakten des State Department verwehrt. Die fünf Senatoren durften zwar diese

*) Freda Utley hat sich bereits in ihrem 1949 in Amerika unter dem Titel „The high cost of vengeance" (H. Regnery, Chikago), 1950 in Deutschland unter dem Titel „Kostspielige Rache" (Verlag H. H. Nölke, Hamburg) erschienenen Buch scharf gegen dieses Prinzip gewandt und dabei auch gezeigt, daß die gleichen Elemente, die sich für die Unterstützung der chinesischen Kommunisten einsetzten, in Deutschland für die Morgenthau-Politik und für die Bevorzugung der Kommunisten bei der Vergebung von Posten in Amtsstuben, Redaktionen und Rundfunkstationen eintraten. Ein spätes Nachklingen dieser Einstellung fand sich noch am 30. VII. 1951 in der New York Times, die ihre Meldung über das Verbot der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) als einer kommunistischen Kampforganisation mit dem für den flüchtigen Leser irreführenden Titel überschrieb: „Bonn bannt Antinazirat". E. H.

Akten ansehen, aber es war ihnen verboten, sich irgendwelche Auszüge oder Aufzeichnungen zu machen, und die Akten Lattimores, Service', Jessups und anderer, die von McCarthy am schärfsten beschuldigt worden waren, wurden auf Befehl des Weißen Hauses völlig geheimgehalten. So war es McCarthy unmöglich gemacht, Beweismaterial für alle seine Anklagen zu beschaffen, angesichts der Entschlossenheit der Regierung, das Material geheimzuhalten, das sie beweisen oder widerlegen würde. Das Material aber, das McCarthy allein und durch eigene Bemühungen ausfindig gemacht hatte, und das seine Zeugen beisteuerten, wurde durch unzureichende oder voreingenommene Presseberichterstattung verdunkelt. Die meisten Zeitungen und Rundfunkstationen haben zum Beispiel das Hauptbeweismaterial gegen Lattimore, Jessup, Service und andere in seinen sorgfältig dokumentierten Senatsreden vom 30. März und 2. Juni 1950 unter den Tisch fallen lassen. Vielleicht waren die mit der Berichterstattung beauftragten Reporter gar nicht einmal voreingenommen, vielleicht verstanden sie nur das vorgelegte Beweismaterial nicht oder wußten es nicht zu würdigen. Im allgemeinen werden Journalisten mit einer bestimmten Aufgabe betraut, weil sie Nachrichten „an Ort und Stelle" zu beschaffen und geschickt niederzuschreiben wissen. Nur wenige haben die Zeit oder ein besonderes Interesse, sich der harten Arbeit eines Studiums und einer Zusammenfassung von Beweismaterial zu unterziehen. Charles Hazen, der Herausgeber der Shreveport Times, deutete allerdings auf der Novemberzusammenkunft der leitenden Redakteure von Associated Press an, daß die kommunistisch beeinflußte Zeitungsgilde (Newspaper Guild) hauptsächlich für die voreingenommene Berichterstattung über die Anklagen McCarthys und über die Verhandlungen des Tydings-Auschusses verantwortlich sei. Ich selbst habe am 1. Mai 1950 als Zeugin ausgesagt, und stellte nachträglich fest, daß keine Nachrichtenagentur auch nur ein einziges der Zitate aus den Schriften von Lattimore wiedergab, die ich dem Ausschuß vorgetragen hatte. Die Reporter konnten zwar meine Erscheinung, meinen Hut und andere völlig unwesentliche Einzelheiten beschreiben, aber über den Inhalt meiner Aussage und das vorgelegte Material konnten oder wollten sie nicht berichten.

Trotz dieser ungünstigen Berichterstattung zeigte eine Gallupumfrage, daß die Mehrheit der Amerikaner der Mei-

nung war, es müsse an den Anklagen McCarthys „irgendwas dran sein". Die Wahlniederlage von Senator Tydings in Maryland und der Sieg von Nixon in Kalifornien deuten ebenfalls darauf hin, daß McCarthy das Urteil der Öffentlichkeit für sich hat. Das Ergebnis der Kongreßwahlen vom November 1950 gab McCarthy eine angesehenere Stellung: „Der McCarthysmus ist heute einfach eine sehr beträchtliche Macht im Kongreß der Vereinigten Staaten", stellte selbst die New York Times am 7. Januar 1951 fest. Die Senatoren, so hieß es an der gleichen Stelle weiter, die früher McCarthy gemieden oder schroff behandelt hatten, bezeigten ihm jetzt ihre „Hochachtung". Vox populi vox dei: Wenn man an die demokratische Praxis glaubt, so hat die „Stimme des Volkes" im Unterschied zur Presse sich offensichtlich für McCarthys Auffassung einer von seiten subversiver Elemente in der Regierung drohenden Gefahr ausgesprochen.

Im allgemeinen hat McCarthys schreckerregendes Bild eines von Kommunisten durchsetzten State Department gute Ergebnisse gezeitigt. Es hat das amerikanische Volk zum Erwachen gebracht und es die klare und gegenwärtige Gefahr der kommunistischen Verschwörung in unserer Mitte erkennen lassen. Unglücklicherweise aber hat es manche nichtkommunistische Liberale und andere abgestoßen, nach deren Meinung bürgerliche Freiheiten außer Kraft gesetzt und einige unschuldige Personen beschmutzt worden sind. Es ist jedoch unwahrscheinlich, daß die meisten Kritiker weniger feindselig gewesen wären, selbst wenn Senator McCarthy es peinlich vermieden hätte, Anschuldigungen vorzubringen, die er ohne Zugang zu den FBI-Akten nicht beweisen konnte. Der Fall Alger Hiss hat ja gezeigt, daß viele amerikanische Intellektuelle es selbst dann nicht übersichbringen, einen Mann zu verdammen, wenn er auf Grund prosowjetischer Einstellung die Grenze zwischen politischer Meinung und verräterischem Tun überschreitet.

Man kennt das Chamäleon, jene Eidechsenart, die zu ihrem Schutz jeweils ihre Hautfarbe der Umgebung anpaßt. Nach Brehm hat das Chamäleon auch eine Schleuderzunge und langsame Bewegungen. Abgesehen davon, daß sie sehr behende waren, hatten diejenigen, die McCarthy als Kommunisten oder Kommunistenfreunde festzunageln suchte, sehr viel Ähnlichkeit mit einem Chamäleon. McCarthy muß sich wie von einem Alptraum befallen vorgekommen sein, in dem ihm die Beute

beständig entwischte oder ihr Aussehen änderte, sobald er sie gepackt zu haben glaubte. Noch gestern hatten gewisse Leute sich kommunistischen Organisationen angeschlossen, hatten der Regierung Vertrauen zu Stalin angeraten und der Öffentlichkeit in Reden, Büchern und Artikeln vorerzählt, der Sowjetführer sei ein treuer Freund des Friedens und der Demokratie, und hatten im allgemeinen das amerikanische Volk über das Wesen des Sowjetregimes getäuscht, — und heute sind sie auf einen ganz anderen Kurs festgelegt. Heute kämpfen sie Wortgefechte mit den Sowjetvertretern in der UNO aus, raten, wie man am besten den Kommunismus „eindämmt" oder drohen dem Kreml vom sicheren Port des State Department mit der Faust. Und wenn McCarthy verlangt, sie sollten ihr früheres Verhalten erklären, können sie der Frage ausweichen wie Dorothy Kenyon, die sagte: „Ich leugne nicht, daß mein Name, manchmal auch mit meiner Zustimmung, mit Organisationen in Verbindung gebracht worden ist, die sich später als umstürzlerisch herausstellten, die aber zur fraglichen Zeit eine Tätigkeit entfalteten oder Zielen gewidmet zu sein schienen, die ich billigen konnte und auch billigte." Wie kann man denn auch die Gültigkeit dieses Argumentes bestreiten, ohne daß man bereit ist, nicht nur Roosevelt, Churchill*) und General Marshall, sondern alle diejenigen öffentlich zu brandmarken, die sich ihnen anschlossen? Man sollte sich erinnern, daß die Amerikaner, Demokraten und Republikaner gleicherweise, fast alle Stalin als „Verbündeten" willkommen hießen und der Sowjetunion nicht schnell genug Hilfe und Unterstützung in ihrem Kampf gegen Deutschland geben konnten. Bis vor etwa vier Jahren entsprach „Freundschaft" zu Sowjet-

---

*) Es sei erlaubt, hier eine Bemerkung aus Freda Utleys schon erwähntem Buch „Kostspielige Rache" zu zitieren: „Es war Churchill, der Tory-Imperialist, nicht Roosevelt, der amerikanische Demokrat, der gegen Stalin in Jalta aufstand, als der Diktator aller Reußen vorschlug, Tausende von deutschen Offizieren nach dem Sieg abzuschlachten. Damit ist keine Verteidigung Winston Curchillls beabsichtigt, der zu kurzsichtig oder von seiner eigenen Beredsamkeit zu sehr berauscht war, um die katastrophalen Konsequenzen einer unbeschränkten Hilfe für Stalins Rußland zu erfassen. Im Vergleich zu Franklin D. Roosevelt kann Churchill jedoch den Anspruch erheben, ein Staatsmann gewesen zu sein." (S. 21 der deutschen, S. 8 der amerikanischen Ausgabe.) E. H.

rußland der nationalen Haltung. Die angesehensten und geachtetsten Persönlichkeiten traten als die Führer der Unzahl von Organisationen mit demokratisch klingenden Namen auf, die gegründet worden waren, um die Leichtgläubigen, die Unwissenden und die Eitlen zu umgarnen. Und mancher reiche Mann stiftete riesige Summen für kommunistische Unternehmen und glaubte noch, sich damit als echten Liberalen zu erweisen.

Die Verhandlungen des zur Untersuchung der Anklagen McCarthys eingesetzten Senatsausschusses machten klar, daß Senator Tydings und die anderen beiden demokratischen Mitglieder eine völlig andere Auffassung vom Zweck des Ausschusses hatten als der Senat, der ihn ernannte. Sie waren weit davon entfernt, sich um die Feststellung zu bemühen, „ob im State Department illoyale Personen beschäftigt sind"; ihr Hauptbemühen schien vielmehr auf eine Diskreditierung Senator McCarthys gerichtet. Der achtzigjährige Senator Green machte viele Worte, um zu verdeutlichen, was die demokratische Mehrheit im Sinne habe: nicht den Senatsbeschluß über die Einsetzung des Komitees durchzuführen, sondern den von McCarthy Beschuldigten Gelegenheit zu geben, sich von jedem kommunistischen Makel zu säubern. Mit naiver Offenherzigkeit sagte er: „Wir scheinen vom ursprünglichen Ziel dieser Hearings weit abgekommen zu sein. Dieses Ziel war, denen eine Chance zu geben, die von Senator McCarthy im Senat der Illoyalität gegenüber ihrer Behörde beschuldigt worden waren. Sie sollten auf ihr Verlangen diese Anschuldigungen beantworten können." Millard Tydings äußerte sich nicht ganz so unverblümt, aber seine Bemühungen, Entlastungsbeweise für die Angeklagten aus den Zeugen herauszuholen, waren während des ganzen von ihm präsidierten Ausschußverfahrens ebenso deutlich wie sein Widerstreben, Belastungszeugen zuzulassen. Er nahm wenig Rücksicht auf die Würde des Senats, sondern faßte die Zeugen mit Samthandschuhen an, die durch Antwortverweigerung ganz offen „contempt of Congress" gezeigt hatten, (die ähnlich strafbar ist wie contempt of court im Gerichtsverfahren.) Als Beispiel sei Senator Tydings Behandlung von F. Vanderbilt Field angeführt, des Sprößlings der Vanderbilt-Familie, der nicht leugnet, Kommunist zu sein, und sehr elegant und selbstbewußt in Begleitung zweier Anwälte vor dem Ausschuß erschien. Fields „Verachtung

des Kongresses“ schien Senator Tydings bei weitem nicht so zu berühren, wie er es sich angelegen sein ließ, von ihm Entlastungsmaterial für die Beschuldigten zu bekommen. Field hatte auf jede Frage mit monotoner Gleichmäßigkeit geantwortet: „Ich lehne eine Antwort aus dem Grunde ab, daß sie mich selbst belasten könnte“, worauf Senator Tydings ihm gut zuredete, doch wenigstens eine Frage zu beantworten, weil in diesem Falle sein Schweigen für die Beschuldigten schädlich sein könnte. Entsprechend der Anregung Tydings beriet sich Field daraufhin mit seinen Anwälten und ließ sich dann zu der — ihm in den Mund gelegten — Antwort herbei, er habe „keinerlei Kenntnis davon, daß Mr. John St. Service oder Mr. Haldor Hanson Kommunisten seien oder gewesen seien“. Ein ähnliches Zeugnis gab er für John Carter Vincent ab. Strahlend über diesen Erfolg bedankte sich Senator Tydings bei Field für diese „Mitarbeit“. Aber diese Antworten befriedigten ihn noch nicht ganz, weil sie vielleicht die Beschuldigten noch nicht vom letzten Verdacht gereinigt hätten. Deshalb fragte er in noch eindringlicherem Ton, ob die drei nach Kenntnis von Mr. Field „irgendeinen Akt der Illoyalität gegenüber der Regierung und insbesondere dem State Department begangen hätten“. Mit einem ganz besonders warmen „Ich danke Ihnen“ quittierte er die Antwort Fields, sie hätten, soweit er wisse, keine derartigen Akte begangen, — als ob ein Kommunist eine andere Antwort hätte geben können!

Ton und Gesten Tydings werden alle bemerkt haben, die wie ich den Verhandlungen beiwohnten. Ganz ähnlich verhielt sich der Senator bei dem Verhör von Earl Browder, der ebenfalls ein prominenter Kommunist ist und auch seine „Verachtung des Kongresses“ durch Antwortverweigerung bezeigte. Herausfordernd hatte er sogar angekündigt, er werde weder dem Senatsausschuß, noch dem FBI oder einer anderen Dienststelle Auskünfte über seine früheren Genossen in der amerikanischen Kommunistischen Partei geben. Als ihn der Rechtsberater der demokratischen Mehrheit fragte: „Falls Sie Kommunisten im State Department kennen, würden Sie es uns sagen oder nicht?“, erwiderte er: „Nein“. Damit brachte er deutlich zum Ausdruck, daß er im Grunde seines Herzens immer noch Kommunist war, oder wieder in die Partei aufgenommen zu werden hoffte, wenn er keine Verärgerung darüber zeigte, daß er 1945 beim Übergang der Komintern von

der „Volksfront“-Strategie zur vollen Amerikafeindschaft von Moskau zum Sündenbock gemacht worden war.*) Das hinderte aber nicht, daß die drei demokratischen Senatoren der Zeugenaussage von Browder mehr Gewicht beilegten, als dem von Louis Budenz vorgebrachten Material, der als ein aufrichtiger Exkommunist seine Loyalität gegenüber den Vereinigten Staaten nach seinem freiwilligen Austritt aus der KP bewiesen hatte.

Der klare Beweis dafür, daß Browder trotz seiner Streichung aus den Mitgliederlisten der KP auch weiter die kommunistische Sache verfocht, war offenbar für Senator McMahon völlig bedeutungslos; er war fast ebenso eifrig bemüht, den Angeklagten Entlastungsmaterial zu beschaffen wie Senator Tydings. Senator Hickenlooper hatte Browder wiederholt gefragt, ob er Miss Kenyon Hanson, Silvermaster und andere kenne; Browder hatte auf jede Frage die Antwort verweigert. Darauf wandte sich Senator McMahon mit den Worten an ihn: „Natürlich hat ein Zeuge nach unserer Auffassung das Recht zur Aussageverweigerung, wenn er geltend macht, daß die Antwort ihn belasten könne. Aber nun hat Senator Hickenlooper die beiden Namen Kenyon und Hanson genannt. Das veranlaßt mich zu folgender Bemerkung: Wenn Sie aufrichtig daran interessiert sind, nicht zu einer Schmutzkampagne (sic!) beizutragen, müssen Sie bedenken, daß die Verweigerung der Antwort, falls sie negativ ist, tatsächlich einen Beitrag zu dieser Anschmutzung darstellt. Auf der anderen Seite glaube ich aber auch, Sie sollten sich im Falle einer positiven Beantwortung äußern, da diese Fälle nun einmal dem Ausschuß vorliegen.“ Darauf schaltete sich Senator Tydings mit der Bemerkung ein, eine Verweigerung der Antwort könne „zu einer falschen Auslegung Anlaß geben“. Er bitte Browder deshalb, „im Interesse der Fairness und Wahrheit“ sich die Sache noch einmal zu überlegen und dann zu sagen, „ob er über die Mitgliedschaft der beiden genannten Personen in der Kommunistischen Partei etwas wisse oder nicht“. Daraufhin geruhte Browder, der Aufforderung nachzukommen und erklärte, weder Miss Kenyon noch Haldore Hanson hätten „eine organi-

*) In der Tat wurde er unmittelbar nach seiner „Ausstoßung“ aus der KP zum Vertreter für den Verkauf kommunistischer Literatur ernannt: ein Beweis, daß er auch weiterhin in Moskau als vertrauenswürdiger Sowjetagent galt. F. U.

satorische Verbindung mit der Kommunistischen Partei" gehabt. Wiederum bedankte sich Tydings warm bei Browder für die „Mitarbeit"; er hoffe, sagte er, „daß wir eine Verständigung erzielen und Sie gleichzeitig in der Position belassen können, in der Sie, wie Sie sagen, verbleiben möchten". Tydings dachte gar nicht daran, Browder einem Kreuzverhör zu unterziehen, wie er es mit Budenz angestellt hatte. Er versicherte dem Zeugen vielmehr: „Ich habe nicht die Absicht, Ihnen eine Falle zu stellen oder Sie in die Sache zu verwickeln. Ich beschäftige mich nur mit Ihnen — und ganz freimütig — um in diesem Falle, den wir zu untersuchen beauftragt wurden, behilflich zu sein und aus keinem anderen Grunde." Ein weiteres Zwiegespräch ergab sich, als Senator Tydings Browder recht schön bat, doch zu sagen, ob vielleicht John Carter Vincent oder Service Mitglieder der Kommunistischen Partei gewesen seien. „So", rief Mr. Browder, „vorhin waren es schon einmal ‚nur zwei Namen'. Jetzt sind es wieder zwei und vielleicht werden wir auf diese Weise zu einer langen Liste kommen." Darauf machte Tydings die sehr aufschlußreiche Bemerkung, Browder würde „den Zweck dieser Untersuchung durchkreuzen, wie er es sich gar nicht vorstellen könne, wenn er dies im Dunkeln lasse." Er würde deshalb Browder für eine Artwort „sehr dankbar" sein. Als Senator Hickenlooper einwarf, das sei aber nicht die ursprüngliche Frage, die er Browder gestellt habe, fuhr ihm Tydings über den Mund und bemühte sich weiter, bis er die gewünschte negative Antwort gesichert hatte. Ein zweiter Versuch von Senator Hickenlooper, auf seine ursprüngliche Frage zurückzukommen, wurde wiederum von Senator Tydings ganz summarisch abgetan.*)

So war praktisch das von Senator McCarthy und seinen Zeugen beigebrachte Beweismaterial unberücksichtigt geblieben, als die demokratischen Ausschußmitglieder allen Angeklagten einen Unbedenklichkeitsschein ausstellten, die sie pflichtgemäß ohne vorgefaßtes Urteil zu überprüfen gehabt hätten. (Die republikanischen Mitglieder stimmten mit ihrem

*) Als weiteren Fall parteiischer Vernehmung zitiert Freda Utley ausführlich Fragen und Antworten aus dem Verhör von Bella Dodd, die wegen „rassistischer", d. h. negerfeindlicher Vorurteile aus der KP ausgeschlossen worden war, aber ebenfalls dem Kommunismus mindestens noch sehr nahestand. E. H.

Urteil nicht überein und Senator Lodge gab eine eigene Stellungnahme ab.) Ursprünglich war versprochen worden, den Amerasia-Fall gründlich zu untersuchen: der Ausschuß hat aber auch John Service trotz des überreichlichen Beweismaterials über die Weitergabe von Geheimdokumenten an Ph. Jaffe entlastet. Auch Philip Jessup bekam eine runde Verteidigungsrede, obwohl er zugegebenermaßen verschiedenen kommunistischen Verbänden angehört hatte. Senator McCarthy war wohl weitgehend gerechtfertigt, wenn er im Falle Jessup sagte: „Vielleicht ist es für den Loyalitätsprüfungsausschuß der Regierung nicht so wichtig, ob jemand einem kommunistischen Verband angehört, ob er mit einem hinreichend bekannten Kommunisten verbunden ist und ob er sich öffentlich für einen kommunistischen Agenten verbürgt. Dieses Komitee aber sollte nach meiner Meinung feststellen und öffentlich verkünden, ob nach seiner Auffassung die dauernde Kombination derartiger Umstände auf ein sehr klar umrissenes Schema prokommunistischer Betätigung hinweist oder nicht, die wiederum im staatlichen Sinne einen Unsicherheitsfaktor darstellt."

Die demokratische Mehrheit des Ausschusses scheint es in vielen Fällen als ausreichenden Beweis der Unschuld angesehen zu haben, wenn nur ein namhafter Amerikaner oder jemand, der einem Angeklagten nahestand, auftrat und erklärte, er sei über jeden Verdacht erhaben. Als Millard Tydings noch dem Senat angehörte, nannte er in einer Senatssitzung McCarthys Anschuldigungen „Schwindel und Betrug". Wer aber die Verhandlungen vor dem Ausschuß verfolgt hatte, dem mußte es klar sein, daß der Ausschuß in ungewöhnlicher Weise in der Erfüllung der Aufgabe versagt hatte, für die er eingesetzt worden war — und diese Aufgabe bestand nicht darin, Senator McCarthy zu überprüfen, auch nicht die Anschuldigungen irgendeines einzelnen Mannes, sondern festzustellen, „ob Personen, die den Vereinigten Staaten gegenüber illoyal sind, vom State Department beschäftigt wurden oder beschäftigt werden".

Eine gründliche Untersuchung des von Senator McCarthy und seinen Zeugen beigebrachten Materials und der unzureichenden Auswertung durch den Tydingsausschuß würde ein ganzes Buch erfordern. Ich habe davon Abstand genommen, auch nur eine Zusammenfassung dieses Materials zu geben, das McCarthys Anklagen gegen die 81 Personen des State Department unterbaute, die er des Kommunismus, kommunistischer

Sympathien oder einer Gefährdung der Staatssicherheit beschuldigte. Ich hoffe aber, gezeigt zu haben, wie das Tydingskomitee in der Erfüllung seiner Pflicht versagt hat.

Um dieses Bild abzurunden, sei noch ein besonders drastisches Beispiel der Voreingenommenheit erwähnt, nämlich die Behandlung Isaak Don Levines und Ralph de Toledanos. Der eine war Herausgeber, der andere Schriftleiter von Plain Talk, die als erste Zeitschrift im Oktober 1946 eine zusammenfassende Darstellung des Amerasia-Falles aus der Feder von E. Larsen, einem der sechs Angeklagten, veröffentlicht hatte. Als Larsen vor dem Ausschuß erschien, rückte er teilweise von seinem Plain Talk-Artikel ab, vielleicht weil er keine Anstellung mehr gefunden hatte, seit er sich gegen seine früheren Kommunistenfreunde und verräterischen Genossen gewandt hatte. Statt nun Levine und Toledano als Zeugen zu laden, hat das Tydings-Komitee sie in seinem Bericht als „gewerbsmäßige Antikommunisten" verdammt und sie mit verleumderischen Bemerkungen überhäuft, deren Stil geradezu an den Daily Worker oder die Prawda erinnerte. Don Levine, der für sich in Anspruch nehmen kann, den Kommunismus seit drei Jahrzehnten bekämpft und bloßgestellt zu haben, forderte Senator Tydings auf, diese Anschuldigungen ohne Deckung durch die Immunität eines Senators zu wiederholen. Er richtete einen offenen Brief an ihn und schrieb: „Selten wenn überhaupt jemals in der Geschichte der Kongreßuntersuchungen sind unschuldige, achtbare und patriotische Bürger von einem Senatsausschuß derartigen Verleumdungen, übler Nachrede und grundloser Ehrabschneidung ausgesetzt worden, ohne sich dazu äußern zu können, ohne den Beistand eines Anwalts zu haben, und das alles einzig auf das Wort eines illoyalen Amerikaners hin, dessen ‚Glaubwürdigkeit im allgemeinen ernstem Zweifel unterliegt', wie Sie selbst in Ihrem Berichte sagen." *)

Bei den Fragen, die meiner eigenen zusammenhängenden Zeugenaussage folgten, schien das Hauptbemühen des Komitees

*) Der Ausschußbericht enthält sehr viel völlig belangloses Material, erwähnt aber auch nicht mit einem Wort die Forderung Senator Hickenloopers, daß Don Levine als Zeuge geladen werden solle, oder das Telegramm Levines an den Vorsitzenden Tydings, in dem er ausführliches Originalmaterial in Form von Artikeln und Briefen Larsens zur Widerlegung seiner Zeugenaussage vor dem Ausschuß anbot. F. U. — Aus der Feder von Ralph de Toledano wird im Früh-

darauf gerichtet, mich als Zeugin zu diskreditieren oder mein Zeugnis als Machenschaft einer sogenannten „China-Lobby"*) hinzustellen. Keiner der anwesenden Senatoren — Hickenlooper war nicht zugegen — schien auch nur im geringsten an einer Prüfung der gegen Owen Lattimore erhobenen Anklagen oder an einer Würdigung des von mir in Auszügen aus seinen Schriften beigebrachten Materials interessiert. Senator Tydings, der Lattimore die weitestgehende Freiheit in der Fragenbeantwortung einräumte, verlangte von mir, mit Ja oder Nein auf alle die voreingenommenen und manchmal törichten Fragen Senator Greens zu antworten, der offenkundig nicht die geringste Ahnung vom Inhalt des Verfahrens hatte, sondern lediglich seine „liberalen" Sympathien beweisen wollte, indem er sich zum Sprachrohr Lattimores und seiner Anwälte machte. So durfte Lattimore mir durch die denkbar großzügigste Vermittlung von Green Fragen über mein Einkommen und meine Privatangelegenheiten stellen — in dem vergeblichen Versuch, mich als bezahlte „China-Agentin" hinzustellen. An Lattimore irgend eine ähnliche Frage zu richten, wurde dagegen vom Ausschuß nicht erlaubt, ja, mir wurde überhaupt das Recht verweigert, über einen der Senatoren irgendeine Frage an Lattimore zu stellen.

Aus irgendwelchen ungeklärten Gründen haben die beiden Vertreter der republikanischen Senatsminderheit es versäumt, ihren eigenen Bericht auszuarbeiten, obwohl der Senat ihnen dazu bis zum 1. Dezember 1950 Zeit einräumte. Senator Lodge, der während der Hearings nur selten eingriff, hat allerdings, wie erwähnt, eine abweichende Stellungnahme veröffentlicht und darin die Untersuchung als „oberflächlich und nicht überzeugend" bezeichnet. In seiner „persönlichen Stellungnahme" beweist der Senator von Massachusetts, daß der Ausschuß eine richtige Nachuntersuchung des Amerasia-Falles

jahr 1952 in einem New Yorker Verlag das Buch „Spies in the Parlor" herauskommen, das den Spionagefall Sorge, des Sowjetagenten und Presseattachés bei der deutschen Botschaft in Tokio behandelt, zu dessen Unteragenten auch Agnes Smedley und Günther Stein gehörten. E. H.

*) Unter Lobby — wörtlich: Wandelhalle — versteht man eine Gruppe von meist bezahlten Verbindungsleuten bestimmter Interessentengruppen zu Abgeordneten und Senatoren; so spricht man von Farmer-Lobby, Oil-Lobby usw. E. H.

versäumte; er erklärt, daß die Personalakten des State Department über die 81 Personen „so lückenhaft waren, daß daraus nichts Endgültiges und Überzeugendes hervorging"; er bemerkt, daß viele wesentliche Zeugen nicht geladen und wesentliche Fragen nicht beantwortet wurden und kommt abschließend zu dem Ergebnis, daß eine „ausgebildete Kommission beider Parteien" mit ausreichenden Hilfskräften erforderlich sei, um den „außerordentlich verwickelten und schwierigen Gegenstand" zu behandeln, dem der Tydingsausschuß eben nicht gerecht geworden war. Man kann nur hoffen, daß Senator Lodge mit seiner Annahme recht hat, es liege nicht „jenseits der Grenzen amerikanischer Erfindungsgabe, eine verfassungsmäßige Methode zu entwerfen, um Illoyalität auszumerzen, ohne unschuldige Personen oder die außenpolitischen Interessen des ganzen amerikanischen Volkes zu kränken."

Dem Loyalitätsprüfungsamt in seiner jetzigen Form ist durch eine Verfügung des Präsidenten die Funktion abgesprochen, in deren Wahrnehmung das Tydings-Komitee versagte. Die Verordnung des Weißen Hauses Nr. 9835/1947 diktiert praktisch die Entlastung auch solcher Beamter wie Alger Hiss, W.W. Remington, John St. Service und anderer „security risks", da sie die Entlassung eines in Regierungsdiensten stehenden Mannes verbietet, falls nicht auf Grund des gesamten Beweismaterials angenommen werden kann, daß die betreffende Person jetzt, d. h. im Zeitpunkt der Untersuchung, gegenüber den Vereinigten Staaten illoyal ist, und da sie dem Loyalty Review Board verbietet, einen ungünstigen Bericht auf Grund von Beweisen über „Sicherheitsgefährdung" zu machen. Damit wurde dem Board also die Behandlung von Sicherheitsfragen verschlossen. Mochten also auch „Moral, Gepflogenheiten, Indiskretionen oder persönliche Beziehungen" eines Angestellten oder Beamten der Regierung die Frage der Staatssichercheit aufwerfen, so durften sie doch nicht zur Beurteilung der Frage der Loyalität herangezogen werden, die allein zu den Kompetenzen des Board gehörte. Das hat auch Arthur Krock, Leiter des Washingtoner Büros der — den Demokraten nahestehenden — New York Times in seinem Artikel vom 23. Januar 1951 ganz klar herausgearbeitet: „Mitglieder des Loyalty Review Boards (LRB) mögen begründete Zweifel an der Loyalität eines Staatsbediensteten haben oder einen an sich loyalen Mann trotzdem als unzuverlässig vom Sicherheitsstandpunkt aus

halten oder in Beweismaterial, das sich auf frühere Zeit bezieht, Grund zur Annahme finden, daß der Betreffende noch immer illoyal ist, — nach der Verordnung des Präsidenten hat das LRB den Mann freizusprechen.“ Danach besteht also kein Zweifel, daß Präsident Truman selbst für das Versagen des LRB verantwortlich ist, die Beamten nicht bloßgestellt oder entlassen zu haben, die vermutlich oder erwiesenermaßen die kommunistische Sache gefördert haben.

Der Mehrheitsbericht des Tydings-Komitees zeigt, wie schwierig es selbst 1950 war, eine unparteiische Untersuchung des kommunistischen Einflusses in Amerika zu erreichen. Vielleicht noch unverantwortlicher aber war die völlige Entlastung des „Starzeugen“ von seiten des Komitees: Owen Lattimores. Ich war auf Grund meiner persönlichen Bekanntschaft mit ihm und weil ich seine Schriften auf der Grundlage meiner Studien und Erfahrungen mit der kommunistischen Chinapolitik beurteilen konnte, vom Komitee als Zeugin geladen worden. Ich werde deshalb im nächsten Kapitel so kurz wie möglich die Geschichte Owen Lattimores erzählen.

Kapitel IX

DER FALL OWEN LATTIMORE

Der Mehrheitsbericht des Tydings-Komitees erklärte: „Owen Lattimore ist ein Schriftsteller und Gelehrter, dem ein auf lange Jahre zurückreichendes prokommunistisches Verhalten zur Last gelegt wurde. Es liegt kein rechtsgültiger Beweis zur Stützung dieser Beschuldigung vor und eine Abwägung aller anderen Informationen deutet darauf hin, daß sie nicht wahr ist." Vielleicht ist es wahr, daß die „rechtsgültigen" Beweise nicht ausreichten, um Lattimores Neigung zu den chinesischen Kommunisten zu erhärten; aber wer seine Schriften studiert hat, kann nur überrascht sein, im Bericht der Senatoren Tydings, McMahon und Green weiter zu lesen: „Die Schriften Lattimores sind geprüft worden und offenkundig kann man sie nicht in die Nähe des kommunistischen Dogmas rücken. Außerdem tritt keine Wandlung seiner Stellungnahme entsprechend den Änderungen der Parteilinie in Erscheinung." Diese erstaunliche Behauptung und zwei andere Gründe machen es notwendig, die Schriften Lattimores etwas gründlicher zu untersuchen: die Tatsache nämlich, daß der Professor von Baltimore in „liberalen" Kreisen ebenso hitzig verteidigt wird wie Alger Hiss vor seinem Prozeß, und daß McCarthy einmal gesagt hat, seine These des kommunistischen Einflusses im State Department „stehe und falle" mit der Sache Lattimore.

Als Senator McCarthy Lattimore den „Chefarchitekten" der amerikanischen Fernostpolitik nannte, mag er seine Bedeutung etwas übertrieben haben. Es kann aber kaum ein Zweifel an dem tiefen Einfluß bestehen, den Lattimore nicht nur auf das State Department, sondern auch auf die Presse, die Universitäten und die Öffentlichkeit ausübte. Ob er, wie McCarthy behauptete, ein eigenes Arbeitszimmer im Außenministerium hatte oder nicht, macht keinen großen Unter-

schied; es wird nicht bestritten, daß er als Berater und zu Vorträgen vor den Beamten des auswärtigen Dienstes herangezogen wurde. Er war von Präsident Roosevelt persönlich zum Berater Tschiang Kai-scheks 1941 ernannt worden; er hat 1944 Vizepräsident Henry Wallace auf seiner Chinareise begleitet, nach der Wallace eine Unterstützung der Kommunisten empfahl, wobei er anerkennend die „unschätzbare Hilfe" Lattimores bei der Niederschrift dieser politischen Empfehlungen hervorhob. Wie aus den Enthüllungen McCarthys hervorgeht, wurde Lattimore im August 1949 von Acheson zur Abfassung geheimer politischer „Richtlinien für Botschafter z. b. V. Philip Jessup" aufgefordert. Sie enthielten folgende „Empfehlungen": 1) Die Vereinigten Staaten sollen aus Korea abziehen; 2) sie sollen den Truppen Tschiang Kai-scheks auf Formosa keinerlei Hilfe gewähren; 3) sie sollen keine antikommunistische Liga asiatischer Länder unterstützen; 4) sie sollen eine von Trygve Lie empfohlene Länderliste akzeptieren, der die Zulassung des kommunistischen China zur UNO vorgeschlagen hatte; 5) sie sollen ihre Truppen aus Japan abziehen. Bis zum 27. Juni 1950 hat die Regierung Lattimores Empfehlungen in Bezug auf China und Korea befolgt und hat auch das gleiche parteiische Verhalten für die chinesischen Kommunisten gezeigt. Man kann noch einen Schritt weiter gehen und sagen, daß ihr früheres Vertrauen zu Stalin, ihre Beurteilung des Kommunismus und ihre Fernostpolitik auf den gleichen falschen Voraussetzungen beruhte, die man in allen Schriften Lattimores findet.*)

Lattimores weitreichender Einfluß resultiert daraus, daß er der klügste, gelehrteste und überzeugendste aller Schriftsteller

*) Die Äußerungen von Lattimore und John Davies waren wie Strophe und Gegenstrophe im Chor der griechischen Tragödie. Am 3. IX. 1949 stimmte Lattimore in der New Republic ein Loblied auf den im Weißbuch veröffentlichten Bericht von Davies an, der Tschiang Kai-schek beschuldigte, er wünsche China „in einen Bürgerkrieg zu stürzen", und verkündete, „Tschiang Kai-scheks feudales China kann nicht lange neben einer modernen dynamischen und volkstümlichen Regierung in Nordchina bestehen." Begeistert fügte Lattimore hinzu, „Rußlands Nichtintervention habe der amerikanischen Intervention gehörig heimgeleuchtet." Er verdammte sein Geburtsland, weil es „eine Pulver- und Blutfront gegen Rußland beziehe". Derartige unrichtige Behauptungen werden von Lattimore mit der gleichen scheinbaren Sachlichkeit vorgebracht, mit der er über die Sitten mongolischer Stämme berichtet. F. U.

ist, die sich für die chinesischen Kommunisten eingesetzt und die Sowjetunion als demokratisch, friedliebend und „fortschrittlich" hingestellt haben. Er konnte als Gelehrter und „objektiver Professor" auftreten, während er als Direktor der Walter Hines Page-Schule für Außenpolitik an der Johns Hopkins Universität ebenso wie früher als Herausgeber der Pacific Affairs und spiritus rector des Institute of Pacific Relations, als der von Roosevelt zu Tschiang Kai-schek delegierte politische Berater und als stellvertretender Direktor des Kriegsnachrichtenamtes (OWI) 1941/42 seine der kommunistischen Sache in China günstigen Auffassungen vertrat.*)

Der einzige, der Lattimores Ansehen als Gelehrter angriff, ist sein Freund und Schützling John St. Service. Im Mai 1950 antwortete er auf die Frage des Tydings-Komitees, ob er Lattimore als eine über China gut unterrichtete Persönlichkeit betrachte: „Ich glaube nicht, daß Mr. Lattimore ein tiefgründiger Gelehrter ist. Ich halte seine Auffassungen vielmehr für oberflächlich. Er ist geistig sehr rege, aber seine Auffassungen pflegen sich gelegentlich zu ändern. Ich glaube nicht, daß seine Auffassungen über die gegenwärtigen Vorgänge und über China im allgemeinen besonders bemerkenswert sind." Ich kann Service nur darin beistimmen, daß Lattimore eine Neigung hat, seine Auffassungen zu ändern. Das wird besonders deutlich, wenn man seine früheren Urteile über Tschiang Kai-schek mit denen vergleicht, die er abgab, nachdem Stalin von einer Unterstützung des Generalissimus zur völligen Feindseligkeit gegen ihn und die chinesische Nationalregierung umgeschaltet hatte. Ende 1942 und Anfang 1943, als die Sowjetregierung Tschiang Kai-schek aus Angst vor einem japanischen Angriff auf Rußland noch immer unterstützte, war Lattimore der Begeisterung und des Lobes über den Generalissimus voll. Lattimore sagte zum Beispiel 1942 in einer Vorlesung am Claremont College, die Gefahr eines Bürgerkrieges in Asien nach dem Weltkrieg sei gering, „denn wir haben in Asien in Tschiang Kai-schek einen wahrhaft genialen Staatsmann." Er

---

*) F. Utley führt Lattimores Karriere auch darauf zurück, daß er immer eine promarxistische und prostalinische Haltung eingenommen habe. Anders sei es kaum zu erklären, daß er eine Professur an einer der großen Universitäten erlangt habe, ohne auch nur einen akademischen Grad zu besitzen, wie sich aus seinem Lebenslauf in „Who's Who in America" ergibt. E. H.

bekräftigte dies mit folgenden Sätzen: „Seit altersher streitet man sich darüber, ob große Männer die Ereignisse ihrer Zeit schaffen oder ob sie selbst von ihnen geschaffen werden. Die Laufbahn Tschiang Kai-scheks zeigt, daß dieses Problem nicht in so engen Begriffen gesehen werden kann. Die Wahrheit ist, daß zwischen großen Männern und großen Ereignissen eine Gegenseitigkeit der Einwirkung in einer subtilen und engen Weise besteht, deren Ergebnis die Geschichte schafft. Das gilt ebenso von Roosevelt, Churchill und Stalin wie von Tschiang Kai-schek."

Damals war Lattimore auch noch eifrig auf Beweise für den demokratischen Grundcharakter Chinas und der Nationalregierung bedacht. In ihrem Anfang 1943 erschienenen Buch „The Making of Modern China" schrieben Owen und Eleanor Lattimore: „China ist ein demokratisches Land in dem Sinne, daß die Partei und die Regierung die Wünsche der großen Volksmehrheit vertreten. Wenn wir darüber nachdenken, ob wir ein anderes Land ‚demokratisch' nennen sollen, fangen wir ganz natürlich bei einem Vergleich mit unserem eigenen demokritischen Lande an. Finden sich in dem anderen Lande die gleichen demokratischen Institutionen wie bei uns? Gibt es dort die gleichen Vorkehrungen zum Schutz von Minderheiten? Wenn nicht, so zögern wir, es eine Demokratie zu nennen. Aber diese Betrachtungsweise kann oft zu Mißverständnissen führen. Der wichtigste Maßstab zur Bestimmung des Fortschrittes in einem Lande wie China ist nicht die Frage: ‚Wie groß oder klein ist die Ähnlichkeit mit unseren Einrichtungen?', sondern ‚Wie weit ist der dortige Abstand zwischen jetzt und früher?' . . .

Der Politische Volksrat ist ein Beispiel dafür, daß die Kuomintang begonnen hat, politische Meinungen auch durch andere als die eigenen Kanäle zum Ausdruck kommen zu lassen. Gewiß, die Provinzvertreter sind auch heute noch zum größten Teil entweder Kuomintangmitglieder oder von Provinzorganisationen der Kuomintang ernannt; auf der anderen Seite aber hat der Anteil der gewählten gegenüber den ernannten Mitgliedern an der Gesamtzahl ständig zugenommen" (S. 185). Mit anderen Worten: Lattimore zeigt, daß demokratische Methoden in China zunehmen. Den gleichen Gedanken unterstreicht er auch durch die Feststellung, daß der Politische Volksrat, ohne selbst gesetzgeberische Befugnisse zu haben, doch „Gesetze vorschlagen, die Regierung kritisieren und Berichte von

allen Ministerien anfordern kann." Es sei „bemerkenswert", fügte er hinzu, daß „in steigendem Maße Empfehlungen des Politischen Volksrates durch Regierungsbeschlüsse durchgeführt werden" und daß die chinesische Presse in voller Freiheit „selbst die höchstgestellten Persönlichkeiten kritisieren kann."

Das war, wie gesagt, Anfang 1943. Sechs Jahre später aber, als die kommunistische Parteilinie zur vollen Feindschaft gegen Tschiang Kai-schek umgeschwenkt war, änderte auch Lattimore seinen Kurs um 180 Grad. In seinem Buch „The Situation in Asia" strafte er sich selbst Lügen, indem er seinen früheren günstigen Auffassungen vom Nationalchina der Kriegszeit widersprach: „Als 1937 der Kampf auf Leben und Tod gegen Japan begann, wurde China von der Kuomintang beherrscht, die sich weder auf Wahlen noch repräsentative Regierungsformen stützte und selbst nicht nur die Nationalregierung, sondern auch die Provinzbehörden und sogar die Verwaltungsbeamten der Kreise ernannte" (S. 136). Während Lattimore früher geschrieben hatte, Tschiang Kai-scheks Regierung lockere ihre Kontrolle, so daß der Anteil der gewählten Mitglieder am Politischen Volksrat „ständig gewachsen" sei, erklärte er 1949, daß „die Kuomintang im freien China alle Kontrollen verschärfte und ihre Autorität direkt von oben bis hinunter ins Dorf ausdehnte." Hatte er einst den steigend demokratischen Charakter der chinesischen Nationalregierung bezeugt, so schrieb er jetzt, Tschiang Kai-schek sei von „faschistischen Theorien" beeinflußt und eine „Initiative auf unteren Stufen werde als umstürzlerisch betrachtet." Diese Zitate beziehen sich, wohlgemerkt, auf die gleiche Periode der chinesischen Geschichte. Das einzige, was sich wirklich geändert hatte, war die kommunistische Parteilinie.

Thomas F. Murphy, der Ankläger im Hiss-Prozeß, hat einmal gesagt, man müsse heute, wo niemand zugeben wolle, Kommunist zu sein, darauf achten, wie eng die Meinung eines Mannes der Parteilinie folge, um subversive Elemente zu entdecken. Nun, die Parallelität der Meinungsänderungen Lattimores und des Kremls war bereits sichtbar, lange bevor er sich selbst in der Beurteilung Tschiang Kai-scheks und der chinesischen Nationalregierung widersprach. In der Zeit des Stalin-Hitler-Paktes griff er England, Frankreich und die Vereinigten Staaten in fast den gleichen Ausdrücken an, wie sie Mao Tsetung, Earl Browder und andere führende Kommunisten in der

ganzen Welt benützten. Im Dezember 1939 erklärte Mao Tsetung in einem Interview mit Edgar Snow, das in der China Weekly Review vom Januar 1940 veröffentlicht wurde, daß „mit dem Nazi-Sowjet-Pakt und der Liquidierung der Antikominternpolitik die frühere Unterscheidung zwischen faschistischen und demokratischen Ländern ihre Gültigkeit verloren" habe und daß er „jetzt keinen Unterschied in ihrer Stellung in diesem Krieg" sähe. Im Juni 1940 schrieb Lattimore in Pacific Affairs, von den beiden Seiten im europäischen Kieg sei keine der anderen vorzuziehen. Er bezeichnete den Krieg als „Kampf zwischen den eingesessenen Herrenvölkern und denen, die auf diesen Titel Anspruch erheben." Frankreich und England verteidigten nur ihre Stellungen, nicht die Demokratie, und seien für den Krieg ebenso verantwortlich wie Nazideutschland. Die Ursachen des Krieges waren nach Lattimore „das Unrecht, das China, Abessinien, Spanien, der Tschechoslowakei und Albanien angetan wurde, und zwar nicht nur durch Japan, Italien und Deutschland allein, sondern ebenso von England, Frankreich und den Vereinigten Staaten." „Sie bekämpfen sich jetzt gegenseitig, weil sie den Nachteilen der alten Ordnung ohne eigene Opfer auf Kosten der übrigen Welt, einschließlich so riesiger Länder wie China und Rußland, aber auch der geographisch kleinen Nationen entgehen zu können glauben." Die während der nazi-sowjetischen Zusammenarbeit in Amerasia, als Lattimore zur Schriftleitung gehörte, veröffentlichten Artikel nehmen sich bei der Anklage gegen die Westmächte und der Opposition gegen eine amerikanische Unterstützung Englands und Frankreichs im Kampf gegen Hitler noch weniger ein Blatt vor den Mund.

Nachdem Rußland und Japan im April 1941 ihren Neutralitätspakt unterzeichnet hatten, modifizierten Owen Lattimore, Amerasia, der Daily Worker und andere kommunistischen Veröffentlichungen ihre Feindseligkeit gegenüber Japan. Dieser Pakt beeinflußte ihr „Urteil" über den chinesisch-japanischen Krieg genau so, wie es der Stalin-Hitler-Pakt in Bezug auf den Krieg in Europa getan hatte: gleich dem Nazi-Sowjet-Pakt wurde der russisch-japanische als Triumph der „Demokratie" gefeiert. Auch die chinesische Kommunistische Partei begrüßte Rußlands letzten Pakt mit den Angreifern, weil er „mit den Interessen der Werktätigen und der unterdrückten Nationen der Welt übereinstimme." Prompt sprach auch Owen Latti-

more — in Pacific-Affairs, Juni 1941 — seine Freude darüber aus, daß der russisch-japanische Vertrag China isoliere und die Nationalregierung zwingen werde, sich mit den Kommunisten zu verständigen und so „demokratischer" zu werden. Als Hitler aber Rußland angriff, änderte auch Lattimore wieder seine Meinung. Nach dem Juni 1941 wird man keinen Artikel von Lattimore selbst oder in den von ihm herausgegebenen Pacific Affairs oder in Amerasia finden, in denen von einem Krieg zwischen zwei Gruppen von „Herrenvölkern" die Rede ist oder die Vereinigten Staaten zur Neutralität gedrängt werden. Nach dem 22. Juni 1941 war Lattimore Feuer und Flamme für ein Eingreifen Amerikas in einen Krieg, der nun die Welt reif machen sollte — für Stalin.

Vor einigen Jahren hat Generalstaatsanwalt F. Biddle einmal gesagt, man könne einen Isolationisten von einem Kommunisten deutlich an ihrer Haltung nach Hitlers Angriff auf Rußland unterscheiden: die Isolationisten widersetzten sich auch weiter dem Eingreifen Amerikas, während die Kommunisten ihr Geschrei „Die Yanks kommen nicht!" jetzt auf eine hundertprozentige Befürwortung der amerikanischen Kriegsbeteiligung umstimmten. Wäre Lattimore wirklich der kommunistischen Parteilinie nicht gefolgt, wie Senator Tydings die amerikanische Öffentlichkeit glauben machen wollte, hätte er sich dann nach Deutschlands Angriff auf Rußland plötzlich als Interventionist entpuppt?

Einer meiner englischen Freunde, der gleich mir in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre der Kommunistischen Partei beigetreten und sie rasch nach einem Aufenthalt in Rußland und den dortigen Lektionen über den wahren Kommunismus wieder verlassen hatte, sagte mir später einmal: „Ziehe eine Gerade von irgendeinem Punkt zu irgendeinem anderen Punkt, und irgendwann wird die Parteilinie sie kreuzen." Dieser geometrische Vergleich ist sehr nützlich, denn damit kann man diejenigen, die im vollen Bewußtsein der kommunistischen Parteilinie in allen ihren Zickzackwendungen folgten, von denen unterscheiden, deren Auffassungen irgendwann oder gelegentlich mit der Parteilinie übereinstimmten. Wenn man den grundlegenden Unterschied zwischen zufälliger Ähnlichkeit der Meinung in einem bestimmten Moment und dauernden Meinungsänderungen entsprechend der jeweiligen Haltung der Kommunisten begreift und zugrundegelegt, kann es keine Gefahr der

Stabilisierung einer „Gruppenschuld" als einer Falle für die Unschuldigen geben.

Was die chinesischen Kommunisten im besonderen angeht, so war Lattimore ebenso geschickt wie wendig. Vor dem Tydings-Ausschuß glaubte er einen Trumpf mit der Behauptung auszuspielen, er habe niemals gesagt oder geschrieben, die chinesischen Kommunisten seien „Bodenreformer". Buchstäblich genommen mag das wahr sein, denn Owen Lattimore überlegt sich die Wahl seiner Worte stets sehr genau und schrieb deshalb in „Solution in Asia" (1945): „Als die Kommunisten während der zehn Jahre des Bürgerkrieges von den Städten und dem städtischen Proletariat abgeschnitten waren, hatten sie sich zu einer Bauernpartei entwickelt" (S. 108). Anschließend machte er der Kommunistischen Partei ein Kompliment, weil sie ihren Anteil an den Lokalbehörden auf ein Drittel beschränke; das sei „der positivste Schritt, der jemals in China von irgendeiner Partei auf dem Wege von der Diktatur zur Demokratie unternommen wurde." Man kann unmöglich annehmen, Lattimore wisse so wenig von kommunistischen Methoden und Techniken, um nicht zu begreifen, wie leicht unter kommunistischen Regierungen, die Presse, Rundfunk, Polizei und Richterschaft kontrollieren, alle Nichtparteigenossen eingeschüchtert werden können. Hat er also nicht mit jenem Satz fälschlich die chinesischen Kommunisten als „Demokraten" dargestellt? Aber selbst wenn man einräumt, er habe vielleicht wirklich an einen „demokratischen Kern" der nichtrussischen Kommunisten geglaubt, so konnte doch niemand, der in China und chinesisch-russischen Beziehungen so bewandert war wie er, als wahrheitsliebender Mensch folgenden Satz schreiben: „Die chinesischen Kommunisten waren in den dreißiger Jahren südlich des Jangtse und tief im Innern des Landes so isoliert, daß sie von Rußland weder Waffen noch Hilfe bekommen konnten, während der heftige Kampf um ein Überleben es ihnen unmöglich machte, ihre Bürgerkriegsanstrengungen in Übereinstimmung mit den Weisungen der Internationale oder der Sowjetregierung zu verlangsamen oder zu verstärken. Sie waren ganz auf sich allein gestellt." Diese Behauptung in „Solution in Asia" (S. 94) ist ganz einfach unwahr. Die chinesischen Kommunisten waren niemals „allein auf sich gestellt." Sie haben stets und ständig nach Moskauer Direktiven gehandelt. Sie sind jeder Windung und Wendung der von Moskau vorgeschriebenen

Linie ebenso getreulich, wenn nicht noch gehorsamer gefolgt wie irgendeine kommunistische Partei in der Welt. Die KP China wurde in Komintern- und amtlichen sowjetischen Publikationen als die wichtigste aller von Moskau dirigierten Parteien betrachtet, beziehungsweise als die zweitwichtigste nach der KPD, bevor diese von Hitler zerschlagen wurde. An keiner Stelle nimmt Lattimore auf Dokumente wie das Handbuch der chinesischen Kommunistischen Partei Bezug, in dem es heißt: „Die chinesische Kommunistische Partei entstand mit Hilfe der kommunistischen Internationale. Sie wuchs unter Führung der Komintern auf. Die KPChina und ihr Zentralbüro sind mit Ausnahme zweier kurzer Perioden der Führung der Komintern loyal gefolgt . . . Der internationalen Linie zu folgen und dem Exekutivkomitee der Komintern loyal zu sein, heißt, den Erfolg der chinesischen Revolution garantieren." Ein anderes wichtiges offizielles Parteidokument, das Lattimore seinen Lesern geflissentlich vorenthalten hat, ist die Erklärung des Parteisekretärs Wang Ming: „Das chinesische Volk betrachtet die UdSSR als das Land, das durch seine Praxis China gezeigt hat, wie man ein Land zu einem mächtigen und zur Selbstverteidigung befähigten Staat macht, wie man es von einem armen und rückständigen in ein reiches und kulturell entwickeltes, in das demokratischste Land in der Welt unter dem Banner der stalinistischen Verfassung umformen kann und muß."

Lattimore läßt Beweismaterial dieser Art beiseite und erklärt in „The Situation in Asia": „Falls die chinesischen Kommunisten nach dem politischen Zentrum Rußland gravitieren, werden wir eine bestimmte Welt haben; wenn sie ihr eigenes politisches Zentrum in China beibehalten, werden wir eine entschieden andere Welt haben" (S. 164). Mit anderen Worten: nach der Darstellung des Lattimore von 1949 befanden sich die chinesischen Kommunisten also nicht bereits in einem Verhältnis der Abhängigkeit von Stalin, sondern würden erst dann nach Moskau gravitieren, wenn Amerika sich ihnen gegenüber unfreundlich einstelle. In den gleichen Zusammenhang gehört, daß man bei Lattimore nirgends einen Hinweis auf die dokumentarisch belegte Tatsache findet, daß die chinesischen Kommunisten während des Krieges mit Japan ihre Hauptkräfte für den künftigen Kampf zum Sturz der Nationalregierung in Reserve hielten.

Es ist genau so leicht, Menschen durch Verschweigen entscheidend wichtiger Dinge falsch zu informieren wie durch direkte Lügen, und Lattimores Auslassungen sind so ernster Natur, daß es ihm gelingt, ein völlig falsches Bild — zum Nutzen der Sowjetunion — zu entwerfen. Unter völliger Außerachtlassung der historischen Vorgänge schrieb er: „Während der Periode der Marshall-Mission häufte die Kuomintang beständig amerikanische Lieferungen auf, und amerikanische Transportmittel beförderten dauernd Kuomintangtruppen nach Nordchina und in die Mandschurei" (Situation in Asia, S. 147). Auch diese Feststellung ist absolut falsch. „Doktor" Lattimore, Professor für internationale Beziehungen, wußte gewiß, daß General Marshall 1946 eine Sperre über alle Waffen- und Munitionslieferungen nach Nationalchina verhängt hatte. Er brauchte auch nur die Tageszeitungen zu lesen, um zu erfahren, daß die Sowjetbehörden die Schiffe der amerikanischen Marine am Transport der nationalchinesischen Armeen in die Mandschurei verhinderten.

So könnte man in reicher Fülle weitere Absätze aus Lattimores Büchern und Artikel zitieren, die ebenso unwahr sind wie die bereits angeführten. Ich will nur noch einige Beispiele für seine falsche Darstellung der China-Hilfe beibringen. In „The Situation in Asia" behauptet er, die von General Marshall angestrebte Koalitionsregierung unter Einbeziehung der Kommunisten „hätte erreicht werden können, wenn die militärische Unterstützung der Kuomintang eingestellt worden wäre" (S. 152). Im März 1950, also knapp vier Monate vor dem Angriff in Korea, schrieb Lattimore in United Nations World: „Es ist klar, daß der Machtwechsel in China nicht eigentlich primär als Sieg der kommunistischen Armeen oder der kommunistischen Ideen beschrieben werden kann. Das Hauptphänomen war der moralische und politische Bankrott der Nationalregierung, deren ‚Fähigkeit' zusammenzubrechen bei weitem die Fähigkeit der Kommunisten übertraf, sie fortzustoßen . . . Dieser Wechsel war so groß, daß er auch durch eine amerikanische Intervention nicht verhindert werden konnte, die in Geld ausgedrückt eine Ausgabe von rund 3 Milliarden Dollar ausmachte." Diese Drei-Milliarden-Dollar-Geschichte setzte sich in den Köpfen der Amerikaner fest wie eines der Zehn Gebote. An anderer Stelle hat Lattimore selbst diese hohe Ziffer noch weiter aufgebläht. So schrieb er im eben genannten Buch:

„Der grandiose und katastrophale amerikanische Versuch, Wesen und Ausgang des chinesischen Bürgerkrieges zu bestimmen, erbrachte den Beweis, daß Amerika nicht über die Art von Macht verfügt, die chinesische Probleme lösen kann. . . Die amerikanischen Aufwendungen in Höhe von zwei bis vier Milliarden Dollar umfaßten militärische und wirtschaftliche Hilfe für Tschiang Kai-schek." Der Leser wird gebeten, sich der Darstellung im zweiten Kapitel zu erinnern: die tatsächliche militärische Hilfe für China im Kampfe gegen die Kommunisten belief sich auf wenig mehr als eine viertel Milliarde Dollar und auch davon kam das meiste zu spät, um den Rückzug der nationalchinesischen Regierung nach Formosa zu verhindern. Trotz des über die russische Hilfe für die chinesischen Kommunisten verfügbaren Beweismaterials hat Lattimore die Stirn, in dem United Nations World-Artikel zu behaupten: „Die russische Intervention durch Munitionslieferungen oder Stellung politischer Berater war unbedeutend", und Rußlands Stärke sei eine „nicht ausgespielte Karte" geblieben.

Der einzige Gegenstand, über den Owen Lattimore seine Auffassung wenigstens seit 1937 nicht geändert hat, ist die Sowjetunion, die in allen seinen Schriften beständig als friedliebend, fortschrittlich und mächtig dargestellt und von der gesagt wird, sie habe den russischen Arbeitern und Bauern ein so glückliches Leben ermöglicht, daß diese von ihren Nachbarn beneidet würden. Der Gedankengang seines ersten kurzen und populär gehaltenen Buches „Solution in Asia" war auf dem Umschlag angegeben: „Er zeigt, daß alle asiatischen Völker mehr an wirklich demokratischer Praxis interessiert sind, wie sie diese jenseits der russischen Grenze in Aktion sehen, als an den feinen Theorien der angelsächsischen Demokratien, die in Verbindung mit rücksichtslosem Imperialismus auftreten." Weiter heißt es auf der Innenseite des Umschlages in Lattimores eigenen Worten: „In Asien hat die Sowjetunion eine größere Anziehungskraft, deren Hintergrund die Geschichte ihrer Entwicklung und eine Fülle von Präzedenzfällen bilden. In den Augen aller asiatischen Völker erscheint die Sowjetunion, noch angezweifelt von der älteren Generation, aber immer klarer von der jungen erkannt, als gleichbedeutend mit strategischer Sicherheit, wirtschaftlichem Wohlstand, technischem Fortschritt, wundertätiger Heilkunst, freier Erziehung, gleicher Chance für alle und Demokratie: eine machtvolle

Kombination." Braucht man sich zu wundern, daß ein kommunistisches Blatt wie New Masses dieses Buch ein „Muß-Buch nicht nur für unsere San Franzisco-Delegierten, sondern für jeden einzelnen von uns" nannte? Lattimore vergleicht darin „die Generallinie in Richtung verstärkter persönlicher Freiheit und wirtschaftlichen Wohlstands", die so beträchtlich zu Rußlands Vorteil im Wettbewerb mit uns um die Gunst der asiatischen Völker beigetragen habe, mit unserer „Trägheit in der Entwicklung des demokratischen Prozesses" (S. 150). Lattimore ist aber viel zu klug, um selbst für den kommunistischen Standpunkt zu streiten: er stellt seine falschen Behauptungen über den Kommunismus und die Sowjetunion auf, als ob es sich um längst bekannte und unwiderlegbare Tatsachen handle. Seine glatte Schreibweise und sorgfältige Auswahl unschuldiger Wörter zur Beschreibung kommunistischer Ziele und Methoden, seine vorgegebene Unparteilichkeit, seine Stellung in der akademischen Welt, seine Bildung und seine historischen Verdrehungen und Auslassungen ermöglichen es ihm, in der Art eines unbeteiligten und objektiven Mannes, Unwahrheiten in Halbwahrheiten zu verpacken wie Wurst in einem zusammengeklappten Butterbrot. Die meisten Leser werden zur Annahme verleitet, ihnen würden Geschichte und gegenwärtiges Weltgeschehen in fairer Weise vorgetragen. Nur wirkliche Sachkenner oder wenigstens aufmerksame Beobachter des Fernen Ostens werden gewahr, daß Lattimore eine ex parte Darstellung gibt und daß seine Thesen auf falschen Voraussetzungen aufgebaut sind. Mit Geschick und Spitzfindigkeit appelliert er auch an die aus Gutmütigkeit geborene Toleranz der Amerikaner und gestattet sich eine Großzügigkeit der Begriffsbestimmungen, zu deren Verständnis die Sprachbeherrschung eines Philologen und Anglisten gehört. „Die Tatsache, daß die Sowjetunion auch für Demokratie eintritt, darf nicht übersehen werden. Wir Amerikaner nehmen gewöhnlich einen beschränkten Standpunkt gegenüber denen ein, die für sich den Status der Demokratie beanspruchen. Wenn China, Rußland oder irgendein anderes fremdes Volk nicht dem Standard der besonderen amerikanischen Spielart angelsächsischer Demokratie entsprechen, sagen wir, sie seien nicht demokratisch. Für die meisten Völker in der Welt ist es aber heute mehr oder weniger irrelevant, was theoretisch eine Demokratie ausmacht. Was Völker zum Handeln bringt und sie veranlaßt, sich einer be-

stimmten Partei oder einem Lande anzureihen und nicht mit einem anderen, ist der Unterschied zwischen der mehr oder weniger demokratischen Praxis" (Solution in Asia, S. 139). Damit wird zwischen den Zeilen gesagt, die Sowjetunion sei „in Praxis" demokratischer als der Westen, aber der Herr Professor Lattimore hat es sorgfältig vermieden, dies direkt auszusprechen. Würde ihn jemand beschuldigen, er vertrete die kommunistische Propagandalinie, so kann er erwidern, daß nicht er diese Auffassung vertrete, sondern daß die asiatischen Völker so dächten.

Die Gesamheit der Argumente Lattimores zu Gunsten des Anspruches der Sowjetunion, als „Demokratie" zu gelten, ruht auf falschen Voraussetzungen, die er als gesichert hinstellt und die er andere dank seinem wissenschaftlichen Ansehen und seiner hervorragenden Stellung zu akzeptieren veranlaßt. Natürlich unterläßt er jeden Versuch, eine Unwahrheit zu beweisen, wie etwa die Behauptung der Verbesserung der materiellen Verhältnisse der Völker in der UdSSR und ihrer unbegrenzten Möglichkeiten weiterer Verbesserung. So ist es eben, sagt er, als handle es sich um eine unbestreitbare Tatsachenfeststellung. Er liefert auch keinen Beweis dafür, daß die Völker in den Nachbarländern der Sowjetunion voller Bewunderung und Neid auf die Glücklichen unter kommunistischer Herrschaft schauten. Sie tun es, sagt er, und vermeidet natürlich peinlich jede Anspielung auf die Tatsache, daß allwöchentlich Tausende von Menschen unter Lebensgefahr den Segnungen kommunistischer Herrschaft zu entkommen trachten. Keine Zeile in Lattimores Schriften unterrichtet den Leser darüber, daß nach Sowjetgesetz jeder Versuch, über die Grenze zu entkommen, ein „Verbrechen" ist, um dessentwillen alle Verwandten des „Verbrechers" eingesperrt werden, ob sie von seiner Absicht wußten oder nicht. Ebenso wenig wird man in Lattimores Büchern die Tatsache erwähnt finden, daß die Sowjetunion zwölf Millionen Sklavenarbeiter in Konzentrationslagern hinter Stacheldraht hält, weil sie die Wohltaten der Sowjetherrschaft nicht zu würdigen wußten.

Zur Verbreitung der Sowjetpropaganda bedient sich Lattimore auch noch einer anderen Technik. Er sucht schon im voraus seine Kritiker dadurch zum Schweigen zu bringen, daß er seine ganze Bildung, Sprachenkenntnis und direkte Bekanntschaft mit Stimmung und Wünschen einiger obskurer Völker

oder Stämme spielen läßt, von denen der Leser nie etwas gehört hat und über die kaum jemand mit einer so eminenten Autorität wie dem Leiter der Walter Hines Page-School an der Johns-Hopkins-Universität streiten wird. Auf diese Technik hat auch Senator McCarthy in seiner Senatsrede vom 30. März 1950 hingewiesen: „Eine der subtilsten Methoden Lattimores besteht darin, seine eigenen Ideen einem hilflosen mongolischen Stammesangehörigen oder chinesischen Bauern in den Mund zu legen, der seine Behauptungen nicht bestreiten kann und nicht einmal weiß, was für Gefühle ihm von diesem gelehrten Professor zugeschrieben werden. So schreibt Lattimore auf Seite 140 in Solution in Asia: ‚Nehmen wir einen Uighuren in Chinesisch-Turkestan, der erfährt, daß bei seinen Stammesverwandten, den Uzbeken in Russisch-Turkestan, armer Leute Kinder kostenlos eine Schule besuchen können, in der sie in ihrer eigenen Sprache unterrichtet werden, daß sie auf die Universität gehen und Ärzte und Ingenieure und alles in der Welt werden können. Dann wird er glauben, daß die Uzbeken frei sind und eine Demokratie haben.‘ Dem Professor ist hier zwar ein kleiner Irrtum unterlaufen; Stalins Untertanen müssen für ihre Ausbildung an höheren Schulen und auf Universitäten seit 1941 bezahlen. Aber das ist nicht so wichtig. Der Hauptpunkt ist, daß ein solcher Satz deutlich darauf abzielt, jeglichen Zweifel des Lesers niederzuschlagen, indem er Lattimores einzigartiger Kenntnis von Völkern wie den Uighuren und Uzbeken gegenübergestellt wird, deren Namen sein Publikum kaum aussprechen kann und von deren Existenz es niemals etwas gehört hat. Die armen Uighuren müssen als Puppe herhalten, wie ein Bauchredner sie bei seinen Vorstellungen benützt. Wenn Lattimore es für ratsam hält, irgend jemand anderen seine eigene Bewunderung für die Sowjetunion aussprechen zu lassen, so bemüht er einen Uighuren, der ihm nicht widersprechen kann. Da außer Lattimore kein anderer Amerikaner Bekannte unter den Uighuren hat, kann er ganz ungefährdet diesen Nomaden die größte Liebe und Verehrung für das kommunistische Rußland zuschreiben. In ‚The Situation in Asia‘ erzählt er uns, wie er 1949 ganz zufällig auf einige uighurische Mekka-Pilger stieß, die ihm sagten: ‚Hast du es schon gehört? Die Russen haben eine Demokratie. Sie sind gut zu Moslems.‘ Nach einem Studium der Schriften Lattimores kann man die armen Uighuren nur bedauern, die keinen anderen

Dolmetsch ihrer Gefühle und höchstwahrscheinlich keine Vorstellung davon haben, daß ein Professor an der Johns Hopkins-Universität der Welt erzählt, wie sehr sie den Kommunismus lieben ..."

Owen Lattimore bringt es auch fertig, Amerika die Schuld an allem zuzuschieben, was in der Welt falsch ist, und den Anteil der Sowjetregierung an diesen Katastrophen wegzuzaubern. Er findet stets eine Ausrede, auch für Stalins übelste Taten, indem er Amerika oder irgendein anderes „kapitalistisches, imperialistisches" westliches Land als den wirklichen Schuldigen ausgibt. Um die Ausplünderung der Mandschurei durch die Rote Armee zu rechtfertigen oder zu entschuldigen, schreibt er: „Die Russen fürchteten, daß die Mandschurei, ließe man ihre Werke in vollem Betrieb, zu einem amerikanischen Stützpunkt an der Schwelle Sibiriens umgewandelt werden könnte. So haben sie bei ihrem Rückzug die mandschurischen Fabriken ausgeweidet." (The Situation in Asia, S. 89). Mag sein, sagt Lattimore, daß dies ein bißchen hart für die chinesischen Kommunisten war, die mit Bestimmtheit glaubten, die Mandschurei halten zu können und die „in allen Fragen allgemeiner Weltpolitik Rußland gegenüber loyal waren." Aber auch dieses „unbarmherzige Beispiel der Aufopferung der Interessen nichtrussischer Kommunisten hat — nach Lattimores Darstellung — die russische Anziehungskraft in Asien nicht vermindert."

In seiner Zeugenaussage vor dem Tydings-Ausschuß behauptete Lattimore, sein Eintreten für den Marshallplan beweise, daß er keine kommunistischen Sympathien habe. Louis Budenz hat diesen scheinbaren Widerspruch damit erklärt, daß prominenten Geheimmitgliedern der Kommunistischen Partei „in Reden und Schriften ein gewisser Spielraum gestattet wird, um eine Entdeckung ihrer Parteizugehörigkeit zu verhindern." Es wäre besser gewesen, zu untersuchen, warum Professor Lattimore sich der Truman-Doktrin so heftig widersetzte, wie zum Beispiel in „The Situation in Asia": „Ihr Ursprung liegt mehr in überlebtem englischen, als in zeitgemäßem amerikanischen Denken. Sie ist ein Kind der Fulton-Rede, der Präsident Truman auf der Tribüne beiwohnte, als Winston Churchill den Eisernen Vorhang niederließ." Den Marshallplan kann man auch billigen, wenn man Sympathien für Sowjetrußland hat, denn er bot ja, wie man sich erinnern mag, ursprünglich auch Sowjetrußland und seinen Satelliten wirtschaftliche Hilfe an,

und vor allem darf man es, wenn man nur die Truman-Doktrin verwirft, die denen Waffen versprach, die kommunistischer Aggression Widerstand leisten. Daß Lattimores Satz zugleich die unverschämte Behauptung enthält, nicht die Sowjetunion, sondern Winston Churchill und Harry S. Truman hätten den Eisernen Vorhang niedergelassen, braucht man wohl nicht erst besonders hervorzuheben.

In seinem Bemühen, sein Ansehen als objektiver und gelehrter Erforscher Chinas, der Mongolei, Rußlands und außenpolitischer Fragen aufrechtzuerhalten, hat Lattimore in „The Situation in Asia“ auch ein paar unerfreuliche Tatsachen über die Sowjetunion zugegeben, die damals zu bekannt waren, als daß sie hätten geleugnet werden können. Er verstieg sich bis zu dem Satz: „Keine Propaganda kann die Tatsache verschleiern, daß es in Rußland Gutes und Böses gibt.“ Aber er warnt uns sofort, ja nicht zu unterschätzen, was ein Widerstand gegen Rußland kostet. Deshalb sollten wir lieber Stalin „beschwichtigen“, wenn wir eine Vernichtung zu vermeiden wünschten. „Es ist klar“, sagt er, „daß der kommunistische Aufstieg in China so entscheidend geworden ist, daß er nicht rückgängig gemacht werden kann.“

Obwohl das kommunistische Gefährt nicht völlig repariert ist, so ist jeder, der jetzt nicht aufspringt — nach Lattimore —, ein Narr, der nicht begreift, daß Sowjetrußland siegen muß, weil der Kommunismus den unvermeidlichen Weg des Fortschritts darstellt: „Fortschrittlich in der Politik zu sein, heißt auf der Seite dessen zu stehen, das nach oben steigt, und ein Gegner des Absteigenden zu sein.“ Natürlich ist Lattimore wieder zu vorsichtig, dies als seinen eigenen Glauben auszugeben; so laute vielmehr die kommunistische Theorie. Aber durch sein Eintreten für eine Appeasement-Politik macht er hinreichend klar, daß auch er an diese Theorie glaubt. Er sagt uns ja ausdrücklich, die Russen seien „überzeugt von Voraussicht und Weisheit ihrer Führer“ und hätten das Gefühl, „im Zuge der neuen Zeit voranzuschreiten“, wenn sie Stalins „elektrisierend exakte“ Formeln lesen, die auch Amerika „mit gebotenem Respekt studieren solle.“

Für viele Menschen ist es schwierig, zu verstehen, warum ein Alger Hiss sein Land verriet, warum Männer wie der frühere Botschafter Joseph Davies zu Propagandisten der Sowjetunion werden konnten, und wieso Owen Lattimore oder irgendein

anderer, der eine achtbare Position in Amerika errungen hatte, sich zur Verbreitung der Propagandaideen Rotchinas hergeben konnte. Diese Menschen mögen über die Wirkung der Theorie nachdenken, daß „fortschrittlich zu sein in der Politik bedeutet, auf der Seite dessen zu stehen, das nach oben geht." Lattimore selbst verheimlicht gar nicht, daß er den Kommunismus für „fortschrittlich" hält und daß er auch „Macht als das einzige ansieht, was zählt." Wieder und wieder sagt er uns in „The Situation in Asia", daß es sich um eine „Machtfrage" handle, und daß die Amerikaner töricht sind, wenn sie moralische Probleme für wichtig halten, wobei uns nebenbei auch noch vorgehalten wird, wir seien in Wirklichkeit gar nicht moralisch, da unser ganzes Tun von Selbstsucht bestimmt werde. Nur deshalb benähmen wir uns nicht immer wie Imperialisten, weil wir es manchmal anders herum einträglicher fänden. Wenn wir uns auf den Philippinen besser verhalten haben als andere Westmächte in ihren asiatischen Kolonien, so liege der einzige Grund dafür darin, daß wir die philippinischen Rohstoffe nicht benötigten. Sollte nun irgendein Amerikaner unter dem Einfluß von Lattimores Philosophie den Einsatz unserer Macht zum Aufhalten der kommunistischen Eroberung in Asien verlangen, so hat Lattimore flugs das Argument bereit, daß es eine wichtige Ausnahme von der Formel „Macht entscheidet" gibt: „In China", bedeutet er uns, „wird die moralische Haltung den Vorrang bei der Entscheidung über die Zukunft haben." Da nun nach seiner Darstellung Rußland uns in den Augen der Asiaten meilenweit voran ist, brauchen wir uns gar keine Siegeschancen einzubilden. Unser bisheriger Fehlschlag in China ist mithin nicht etwa auf Rußlands Plan zur Errichtung seiner Hegemonie über das chinesische Volk zurückzuführen, sondern auf Amerikas gleichlautenden Wunsch! Sowjetrußland, versichert Lattimore, hat Erfolg gehabt, weil es „durch politische Infiltration oder Überredung" vorankommt, „was eine moralische Frage ist." Nur eine schwache Hoffnung beläßt uns der Professor, wenn wir uns nur nicht mehr um die „moralischen Probleme" bekümmern und den durch Beschwichtigung der Angreifer möglichen Gewinn zu machen suchen. In „The Situation in Asia" kann man nachlesen, daß Geschäfte mit den Kommunisten sehr vorteilhaft seien. Wenn die Amerikaner sich nur von ihrer törichten Versessenheit auf moralische Erwägungen freimachen und sich

auf „klare, gesunde Geschäftserwägungen durch Annahme der von den chinesischen Kommunisten amerikanischen Unternehmern gebotenen Chancen beschränken“ wollten, so könnten sie dicke Profite einstreichen und außerdem verhindern, daß ganz Asien sich mit der Sowjetunion gegen die Vereinigten Staaten verbindet. Erinnert man sich, wie energisch Lattimore gegen das „Geschäft wie üblich“ mit den japanischen Angreifern in China auftrat, so mag es etwas seltsam klingen, ihn ein gutes Geschäft um jeden Preis mit ihren Nachfolgern, den von Rußland kontrollierten Eroberern Chinas befürworten zu hören. Aber so kann man nur argumentieren, wenn man den entscheidenden Gegensatz übersieht, auf den Lattimore uns sofort hinweisen würde: zwischen „faschistisch-totalitären“ Angreifern und kommunistischen. Nach seiner Auffassung sind Aggression, KZ's, Terror, Verweigerung elementarster Freiheitsrechte und alles übrige Zubehör moderner totalitärer Herrschaft böse, wenn sie antikommunistisch sind, aber gut, wenn sie „fortschrittlichen“ Zielen dienen.

Wie die Zitate aus „The Situation in Asia“ zeigen, hat Lattimore stillschweigend seine frühere Behauptung aufgegeben, die chinesischen Kommunisten seien keine „echten“ Kommunisten. Jetzt, nachdem sie ganz China beherrschen, wird das Eingeständnis, daß sie unter Moskaus Befehl stehen, benützt, um uns zu erschrecken, woraus dann wieder ein Argument für appeasement abgeleitet wird: Die Sowjetunion ist gegenwärtig nicht in der Lage, dem kommunistischen China Wirtschaftshilfe zu gewähren; tut Amerika es, ohne seine Wirtschaftsmacht zur „Erzwingung politischer Zugeständnisse“ einzusetzen, so werden wir vielleicht in der Lage sein, die Vereinigung ganz Asiens mit der Sowjetunion gegen uns zu verhindern. Aber er gibt uns warnend zu bedenken, daß 1952 die Kriegswunden Sowjetrußlands völlig geheilt sein werden, und dann, sagt er, seid auf der Hut, denn „die Weltwaage wird sich tief nach der russischen Seite senken.“

Es ist weit schwieriger, einen Mann bei großen Lügen zu ertappen als bei kleinen. Große Lügen können das Ergebnis einer Illusion oder eines Mangels an Kenntnissen sein. Wenn jemand aber in kleinen Dingen lügt, die leicht durch handgreifliche Beweise widerlegt werden können, so spricht viel dafür, daß er von Grund auf unglaubwürdig ist. Aus diesem Grunde möchte ich die Aufmerksamkeit auf eine von Lattimores

kleinen Lügen lenken. In seinem Buch „Ordeal by Slander“ (Schwere Prüfung durch Verleumdung, 1950) wiederholt er eine mich betreffende Lüge, die ich immer und immer wieder zurückgewiesen habe, nämlich, daß er mir 1939 „für mehrere Wochen Gastfreundschaft gewährt und alles getan habe, um mir Gelegenheit zu Vorträgen und schriftstellerischer Betätigung zu verschaffen.“ Wahr ist, daß ich 1938 — nicht 1939 — eine einzige Nacht im Hause der Lattimores in Baltimore verbrachte und zwar gelegentlich eines Vortrages, den ich vor der Außenpolitischen Vereinigung hielt. Im Dezember 1939, als ich von England nach den Vereinigten Staaten zurückkehrte, verbrachte ich einige Tage bei Dr. Emmet Holt und seiner Frau in Baltimore, nicht bei den Lattimores, bevor ich für mich, meinen fünfjährigen Sohn und meine Mutter eine eigene Wohnung nahm. Es ist eine Lüge, daß ich damals oder sonst irgendwann die Gastfreundschaft der Lattimores für „mehrere Wochen“ in Anspruch genommen hätte. Der wirkliche Sachverhalt wird sowohl durch das Ehepaar Holt wie von Mrs. und Mr. Frederic Nelson, dem jetzigen Schriftleiter der „Saturday Evening Post“ bestätigt, die mich ebenfalls während einer Vortragsreise bei sich aufnahmen, bevor ich mich ständig in Amerika niederließ. Offenkundig beabsichtigte Lattimore den Eindruck zu schaffen, ich hätte mich gegen die Gebote persönlicher Freundschaft vergangen, als ich vor dem Tydings-Komitee gegen ihn aussagte. Nach meiner Meinung hätte allerdings auch ein solches Argument keine Gültigkeit; ich teile Achesons Auffassung nicht, daß frühere oder jetzige Freundschaft vor einer Anerkennung der Wahrheit und vor den Pflichten gegenüber dem eigenen Lande und der Sache der Freiheit rangiert. Aber eine solche Freundschaft bestand ja gar nicht.

Ich habe Owen Lattimore im April 1936 in Moskau kennengelernt, wo ich als Frau eines Russen — eines Sowjetbürgers, aber nicht KP-Mitgliedes — etwa sechs Jahre gelebt hatte.*) Ich war für Forschungsarbeiten in der Pazifischen Abteilung des von Professor E. Varga geleiteten Instituts für Weltwirtschaft und Politik angestellt. Dieses Institut war etwa ein Jahr zuvor russische Filiale des Insitut of Pacific Relations gewor-

---

*) Die Geschichte meines Lebens in Rußland habe ich in meinem Buch „The Dream we lost“ (Philadelphia 1948) geschildert, das in England unter dem Titel „Lost Illusion“ erschienen ist. F. U.

den, als der Kreml zur Volksfrontpolitik umschwenkte und die Kommunistische Akademie, zu der auch das Institut gehörte, in „Akademie der Wissenschaften" umgetauft wurde. Für amerikanische Besucher war in einem anderen Teil der Stadt ein Raum gemietet und mit dem Schild „Sowjetrat des Instituts of Pacific Relations" versehen worden. Hier wurden E.C. Carter, Präsident des amerikanischen Instituts, und Owen Lattimore zuerst von den im Institut führenden Kommunisten empfangen. Da ich schon einige Jahre früher aus der KP ausgetreten war, konnte ich an ihren Sitzungen nicht teilnehmen. Aber die Amerikaner kamen auch zu einer ganztägigen Sitzung zur Besprechung fernöstlicher Fragen zu uns ins Hauptgebäude des Weltwirtschaftsinstituts. Mit Staunen sah ich, wie oft und vollständig sie dem sowjetischen Standpunkt nachgaben. Unter ihnen schien mir aber Owen Lattimore die relativ unabhängigste Stellung einzunehmen, da er den Einwand vorzubringen wagte, es sei unkorrekt, die mongolische Gesellschaft als „feudalistisch" zu bezeichnen.*) Daraus zog ich den Schluß, er sei kein Kommunist, und diese Auffassung wurde später bestärkt, als er mir in London erzählte, er habe fast seine Stellung als Herausgeber von Pacific Affairs verloren, weil er den Artikel eines Trotzkisten veröffentlicht habe.

Mein Mann war in dem gleichen April 1946 verhaftet worden und verschwand in einem KZ wie so viele Tausende andere Opfer der großen „Reinigung" 1936/38. Ich fuhr nach England, um unseren zweijährigen Sohn in Sicherheit zu bringen, kehrte dann nach Moskau zurück, um — vergeblich — etwas für meinen Mann zu unternehmen, den ich nie wiedergesehen habe. Es war eine traurige und anstrengende Reise. Ich mußte ohne einen Schlafplatz im Zuge nach Holland fahren, wo ich das Schiff für die letzte Etappe meiner Rückkehr nach England bestieg. Als ich die Treppe des Schiffes zum 3.-Klasse-Salon hinunterstolperte, auf einem Arm meinen Sohn und mit dem anderen einen Koffer schleppend, tauchte plötzlich Owen Lattimore auf. Er nahm mir sofort meine Last ab und war mir freundlich behilflich, meinen Sohn schlafen zu legen. Auch in den folgenden Monaten, nachdem ich im Juli 1936 wieder aus

*) In seinem Buch „Pivot of Asia" (Stützpfeiler Asiens, 1950) spricht Lattimore freilich auch von einer „feudalistischen mongolischen Gesellschaft". F. U.

Moskau zurückgekommen war, haben Owen und Eleanore Lattimore mir ihre Sympathien bewiesen, nicht nur in Worten, sondern auch indem sie meinen Sohn mit Kleidungsstücken versorgten, aus denen ihre Söhne herausgewachsen waren. In jenem Winter habe ich die Lattimores sehr häufig gesehen. Ich wußte, daß Lattimore als Herausgeber von Pacific Affairs enge Beziehungen zur Sowjetregierung hatte, wußte auch, daß beide eine gute Meinung von dem sogenannten „sowjetischen sozialistischen Experiment“ hatten. Aber da sie die Massenverhaftungen, die Gefängnisstrafen ohne Verfahren und andere typische Züge des stalinistischen Rußland bedauerten, hielt ich ihre Verurteilung des Terrors, vor dem ich geflohen war, für aufrichtig und sie selbst für honnette Liberale. Das war auch meine Meinung, als ich 1940 nach Baltimore kam, um mich dort niederzulassen. Erst dort erfuhr ich von Lattimores Verteidigung der blutigen Moskauer Säuberung in Pacific Affairs, und daß er sie als „Teil eines neuen Vorstoßes im Kampf zur Freisetzung der sozialen und wirtschaftlichen Möglichkeiten einer ganzen Nation“ zu rechtfertigen suchte. Ich wußte, daß ihm wie mir bekannt war, daß Hunderttausende verhaftet und ohne Gerichtsverfahren auf dem Verwaltungsweg in Rußland zu Zwangsarbeit verurteilt worden waren. Da kam mir zum Bewußtsein, daß er seine Meinung nach der Parteilinie ausrichtete und seine früheren Zweifel aufgegeben hatte. Als ich klar sehen konnte, daß er zu einem Verteidiger der Tyrannei Stalins geworden war, habe ich die Beziehungen zu ihm und seiner Frau abgebrochen.

Als Owen Lattimore 1950 vor dem Tydings-Ausschuß auftrat, bewies er, daß er die Jahre seit 1940 nicht für irgendein unabhängiges Denken vergeudet hatte. Seine Aussage war ein hervorragendes Beispiel sorgfältiger Schulung in kommunistischer Technik. Statt sich um eine Widerlegung der gegen ihn erhobenen Anklagen zu bemühen, griff er zum kommunistischen Mittel der Verleumdung und Beschimpfung seiner Widersacher. In seiner Selbstverteidigungsschrift „Ordeal by Slander“ hat er diese Beschimpfung in meinem eigenen Falle bis zur Beleidigung gesteigert. In charakteristisch kommunistischer Terminologie klagt er mich an, „eine lange Laufbahn als pronazistische Schriftstellerin“ hinter mir zu haben. Das ist erweisbar unwahr. Immerhin wird dadurch etwas anderes deutlich gemacht. Niemand außer einem linientreuen Kommunisten

würde, ganz besonders im Jahre 1950, irgendjemand als „pronazistisch" verklagen, weil er während des Krieges antikommunistisch war und sich nach dem Kriege der kommunistisch inspirierten Politik in Deutschland widersetzt hatte, die nur zu einer Schwächung, statt zu einer Stärkung unserer Seite führen konnte.*) Louis Budenz, der frühere Kommunist, der jahrelang das Parteiorgan Daily Worker herausgegeben hatte, sagte vor dem Tydings-Komitee aus, daß Owen Lattimore der gleichen kommunistischen IPR-Amerasia-Zelle angehörte wie Philip Jaffe und Frederick Vanderbilt Field. Diese seine Kenntnis, sagte Budenz, stamme „aus Berichten, die beim Politbüro der KPUSA eingingen und mir offiziell als dem Hauptschriftleiter des Parteiorgans Daily Worker übergeben wurden. Als ich 1937 zuerst davon erfuhr, hatte Professor Lattimore mit den Veröffentlichungen des IPR zu tun. Auf einer bestimmten Zusammenkunft wurde Lattimore von Field und Browder empfohlen und zwar auf Grund der Tatsache, daß er für die Unterbringung einer Reihe kommunistischer Publizisten bei den Organen des IPR, deren Herausgeber er damals war, entscheidend mitgewirkt hatte: man kam überein, daß Lattimore die allgemeine Leitung bei der Organisierung dieser Publizisten übertragen werden sollte und daß er sie in der Darstellung der chinesischen Kommunisten als Bodenreformer schulen sollte... Auf einer der regelmäßigen Sitzungen des Politbüros 1943, bei der Mr. Browder zugegen war, berichtete F. Vanderbilt Field offiziell, er habe vom ‚Apparat' die Weisung empfangen, die Sprachregelung in Bezug auf Tschiang Kai-schek zu ändern. Die neue Weisung lautete, Tschiang Kai-schek anzugreifen. Es wurde über einen Artikel diskutiert, der in einem der Organe des IPR erscheinen sollte und auch tatsächlich erschien. Verfasser war T. H. Bisson, der darin erklärte, Nationalchina sei ein feudalistisches China, Rotchina das demokratische China. Von da an setzten wir Tschiang Kai-schek mit dem Gedanken einer Koalitionsregierung zu; Koalitionsregierungen werden von den Kommunisten ständig als Mittel benützt, um diejenigen umzubringen, von denen sie in die Koalition hineingebracht worden sind. Als Lattimore sich 1944 als Berater von Vizepräsident Henry Wallace nach China begab — eine Reise, die

---

*) Vergleiche dazu „Kostspielige Rache", 363 S., Verlag H. H. Nölke, 6. Auflage 1951. E. H.

übrigens von der Kommunistischen Partei sehr liebevoll und in allen Einzelheiten verfolgt wurde —, teilte mir Jack Stachel, ein führendes Parteimitglied, mit, ich hätte Owen Lattimore als Kommunisten zu betrachten. Das bedeutete in unserer Sprache, ich hätte von da an alles, was er sagte oder anriet, als maßgebend hinzunehmen."

Budenz hat Lattimore auch mit der Verdunkelung des Amerasia-Falles in Verbindung gebracht, was Lattimore ableugnete. Der Mehrheitsbericht des Tydings-Komitees tut die Aussage von Budenz, ob korrekt oder nicht, als „Hörensagen" ab, denn „sein Material gegen Lattimore gründet sich auf das, was ihm gesagt wurde oder was er von anderen, die er als Kommunisten bezeichnete, erfahren hat." Tydings und seine demokratischen Kollegen scheinen nicht begriffen zu haben, daß eine Verschwörung ein Geheimunternehmen ist, und daß keine Untergrundbewegung bestehen könnte, wenn sie nicht die notwendigen Vorsichtsmaßnahmen zur Verheimlichung der Identität der Verschwörer ergriffe, und daß auch die Mitglieder einer Verschwörung sich nicht auf Zusammenkünften einfinden, wo jeder jeden trifft. So nahmen die Herren Senatoren die Tatsache, daß Budenz persönlich Lattimore niemals begegnet war, als Widerlegung seiner Aussage, daß ihm höhere Parteistellen gesagt hätten, Lattimore sei als Kommunist anzusehen. Das Kreuzverhör von Budenz, heißt es im Mehrheitsbericht weiter, „enthüllte, daß er keine Beweise dafür hatte, daß Lattimore irgendwelchen Publizisten in der angeblichen Kampagne zur Änderung der öffentlichen Meinung über China Direktiven erteilt habe oder daß Lattimore persönlich einen Mitarbeiter des IPR anstellte." Eine derartige Gedankenführung beruht auf dem Mißverständnis der Funktionen des Herausgebers einer Zeitschrift. Als Herausgeber von Pacific Affairs und als einer der Schriftleiter von Amerasia hatte Lattimore selbst für die Mehrzahl der von ihm veröffentlichten Artikel solche Mitarbeiter ausgewählt, die der Parteilinie in Sachen China folgten. Das Komitee hätte sich nur die kleine Mühe des Studiums des vorgelegten Materials zu machen brauchen; es hätte dann sofort gesehen, daß Lattimore bei den seltenen Veröffentlichungen eines gegenüber der Sowjetunion kritischen Artikels stets einen Kommentar beifügte, um sich von dem Inhalt zu distanzieren und den Autor der „Irrtümer" zu überführen.

Das Versäumnis des Tydings-Ausschusses, sich um die Fest-

stellung der Wahrheit über Lattimores kommunistische Bindungen und über die Wirkung seiner Schriften und seiner Ratschläge für die amerikanische Politik zu bekümmern, wird auch noch durch die liebenswürdige und höchst tolerante Behandlung illustriert, die der Ausschuß Mr. Lattimore zuteil werden ließ. Er brauchte nicht zu antworten, wenn er es nicht wollte, und wenn er antwortete, ließ man ihm dafür unbegrenzte Zeit. Manchmal redete er über eine der ihm vorgelegten Fragen fast eine halbe Stunde — und hinterher waren seine Zuhörer genau so klug wie zuvor.*)

*) In der amerikanischen Ausgabe wird dies durch einen vierseitigen Auszug aus dem Sitzungsprotokoll veranschaulicht. E. H.

Kapitel X

DIE STUNDE DER NACHPRÜFUNG IST GEKOMMEN

„Nur Phantasten konnten sich vorstellen, wir könnten unsere Feinde in Freunde verwandeln, indem wir unsere Freunde behandelten, als ob sie unsere Feinde wären.“ Diese am 18. Juli 1950 im Kongreß gesprochenen Worte des Abgeordneten Dr. Walter Judd bezeichnen genau, was unsere Regierung in China getan hat. Ob nun verborgene Spione und „politische Saboteure“ die amerikanische Fernost-Politik direkt beeinflußten oder nicht, es besteht, wie wir gesehen haben, kein Zweifel, daß sie auf einem grundlegenden Mißverständnis des Kommunismus im allgemeinen und des chinesischen Kommunismus im besonderen beruhte. Wäre es anders, so hätte man niemals eine Politik befolgt, die Dr. Judd so treffend beschrieben hat. Selbst heute, also nach der Zerstörung der meisten Illusionen über Natur und Ziele der Sowjetregierung, wirkt noch immer ein Restbestand des Glaubens an die „fortschrittliche“ Kraft eines — nicht durch Stalin verdorbenen — Kommunismus auf das amerikanische Denken ein und verhindert die Annahme einer realistischen Fernostpolitik. Die Macher der amerikanischen öffentlichen Meinung waren in ihrer Mehrzahl niemals völlig überzeugt, daß ein kommunistisches Regime ebenso ausgeprägt tyrannisch und reaktionär ist, wie es Nazideutschland war, und daß es eine mindestens ebenso große Gefahr für unsere Kultur darstellt. So erklärt es sich, daß die „Interventionisten“ von gestern die „appeasers“ von heute sind, daß wir auch heute noch bereitwillig neben den Vertretern kommunistischer Regierungen in der UNO Platz nehmen und gleichzeitig Spanien boykottieren, dessen Regierung mindestens nicht aggressiv und weniger despotisch ist als das Regime Titos, von Rußland oder Polen ganz zu schweigen. So erklärt sich die zählebige Hoffnung des State Department, daß

Mao Tse-tung ein zweiter Tito werden wird, womit er, wenn unsere gegenwärtige Politik sich nicht ändert, zu einem erwünschten und bevorzugten Verbündeten in China werden würde. Roosevelt und Truman glaubten beide zu lange, daß Stalin dazu gebracht werden könnte, ein wohlwollender, freundlicher Diktator zu werden. Sie beschönigten seine Tyrannei mit der Behauptung, sie repräsentiere den Willen des russischen Volkes. Sie waren der Meinung, daß wir „Frieden in unserer Zeit" haben könnten, wenn wir nur Stalin recht große Zugeständnisse machten, sehr geduldig wären und den russischen Diktator ja niemals durch ein Wort zugunsten seiner Opfer oder der „Vier Freiheiten" reizten. Die phantastischen Illusionen, die für die kommunistische Macht in der heutigen Welt verantwortlich sind, mußten in Bezug auf Sowjetrußland preisgegeben werden, wenn es auch schwer fiel. Aber sie färben noch immer die Auffassungen vieler Amerikaner. Und was China angeht, so üben die alten Trugschlüsse über den Kommunismus auch weiter einen mächtigen Einfluß auf den Kurs der amerikanischen Politik aus.

Das Weißbuch zeigt zweifelsfrei, daß das State Department die ganze Zeit die chinesischen Kommunisten entweder nicht als „richtige Kommunisten" oder ihre Bindungen an Moskau als lösbar betrachtet hat. Ob Mao Tse-tung sein Treueverhältnis gegenüber Moskau unter den von Jugoslawien sehr verschiedenen geographischen, militärischen und wirtschaftlichen Verhältnissen Chinas aufzugeben gewillt oder fähig sein könnte, ist doch wohl mindestens fraglich. Der springende Punkt aber ist, daß die Politik der Vereinigten Staaten auf die Annahme gegründet zu sein scheint, daß „abtrünnige" Kommunisten als Verbündete wünschenswerter sind als diejenigen, die wie Tschiang Kai-schek den Grundsatz einer „Regierung unter Zustimmung der Regierten" aufrecht zu erhalten versucht haben und kompromißlose Feinde des Kommunismus sind. In China haben wir immer wieder eingegriffen, um die Nationalregierung zu umfangreichen „demokratischen Reformen" mitten während des Krieges und zu Zugeständnissen an die chinesischen Kommunisten zu drängen, wenn sie sich unsere Freundschaft und Unterstützung erhalten wolle. Gegenüber kommunistischen Regierungen aber hat die Regierung eine verbindliche Haltung eingenommen und eine Politik strikter Nichteinmischung in die inneren Verhältnisse der von ihnen

beherrschten Länder befolgt. Die Nachgiebigkeit gegenüber Rußland während des Krieges kann unserem alles andere überragenden Wunsch zugeschrieben werden, den Krieg zu gewinnen, was immer daraus folgen mochte. Aber ein derartiges Streben kann nicht als Erklärung für das parteiische Verhalten des State Department nach dem Kriege gegenüber kommunistischen Regimen wie in Jugoslawien im Gegensatz zur beständigen Verweigerung einer Unterstützung Nationalchinas angeführt werden. Anfang 1950 gab das State Department Marschall Tito die Zusicherung militärischer Hilfe im Falle eines russischen Angriffes, ohne daß auch nur angedeutet worden wäre, es sei wünschenswert, wieder eine demokratische Regierungsform in Jugoslawien einzuführen. Die Untertanen Marschall Titos waren einst ebenso wie die Chinesen unsere Verbündeten und beide wurden an die totalitären Kommunisten verraten. Selbst wenn das State Department die Haltung einnahm, die Regierung Tschiang Kai-scheks sei zu „reaktionär“, um Unterstützung zu verdienen, so erfreuten sich die Chinesen unter seinem Regime weit größerer politischer und bürgerlicher Freiheiten als Serben und Kroaten unter Marschall Tito. Tschiang Kai-schek brauchte nur einen „liberalen“ Professor oder Studenten, der mit den Kommunisten zusammenarbeitete, einzusperren, um sofort ein Protestgeheul der amerikanischen Presse hervorzurufen; daß Tito aber General Draza Michailowitsch liquidierte und Tausende von Liberalen nach gut Stalinscher Methode behandelte, daß er die Gegner seines Regimes in Konzentrationslager sperrte, das wurde fast immer mit Stillschweigen übergangen.

Die chinesische Nationalregierung gewährte den Anhängern aller Glaubensbekenntnisse volle religiöse Freiheit. Marschall Tito schickte bei seiner Verfolgung der katholischen Kirche den Erzbischof Stepinac ins Gefängnis und ebenso viele andere weniger bedeutende Opfer seines Krieges gegen alle Christen. Aber die amerikanische Regierung vermeidet es selbst heute, die Gewährung religiöser oder politischer Freiheit in Jugoslawien zur Bedingung der amerikanischen Hilfe zu machen. Als im Herbst 1950 die Dürre und der passive Widerstand der jugoslawischen Bauern gegen Titos Tyrannei den jugoslawischen Diktator veranlaßten, sich hilfesuchend an Amerika zu wenden, beeilte sich das State Department, ihm Hilfe zuzusagen. Am 29. Oktober versicherte Marschall Tito seinem hun-

gernden Volk, daß es von den Vereinigten Staaten die zur Abwendung einer Hungersnot erforderlichen Lebensmittel bekommen würde und zwar „ohne jede Bedingung." „Ich kann hier offen sagen", erklärte er, „daß die amerikanische Regierung ihre Zusage auf Weizen-, Zucker- und andere Lieferungen mit keinerlei Bedingungen verknüpft hat..." Marschall Tito ließ sich gnädig zu dem Eingeständnis herbei, daß sein Land nach dem Kriege Lebensmittel, Maschinen und Rohstoffe im Werte von 430 Millionen Dollar von der UNRRA erhalten habe; aber das sei, sagte er, „nur sein gutes Recht" gewesen, und er fügte hinzu: „Wir nehmen keine Bedingungen an. Wir sind der Auffassung, daß wir das moralische Recht haben, von den Vereinigten Staaten das zu fordern, was — wie die führenden Amerikaner wissen — unser Volk verdient."*)

Ein so guter Balkankenner wie Leon Dennen, Mitarbeiter des New Leader und Korrespondent der North American Newspaper Alliance in Europa, hat auf den seltsamen Gegensatz in der Haltung amerikanischer Diplomaten gegenüber Korruption, Schiebung, Hunger und Elend in Jugoslawien auf der einen, in Nationalchina auf der anderen Seite hingewiesen. Als Dennen vor kurzem bei einer Jugoslawienreise amerikanische Beamte auf Erscheinungen dieser Art aufmerksam machte, wurde ihm erwidert, man könne nicht Tito dafür verantwortlich machen, denn es habe auf dem Balkan immer Bestechlichkeit und Elend gegeben. In China aber wurden Korruption, äußerste Armut und Ungleichheiten, die doch charak-

---

*) Die Empörung über das Verhalten der amerikanischen Regierung gegenüber Tschiang Kai-schek führt Freda Utley hier offenbar zu einer mißverständlichen Ausdrucksweise. Da sie ja die Tschiang Kai-schek auferlegten Bedingungen kritisiert, kann sie nicht meinen, daß es richtig gewesen wäre, auch Tito Bedingungen aufzuerlegen. Wenn sie die oben angeführten Äußerungen Titos noch damit pointiert, daß er sogar ausdrücklich seine Neutralität und Unabhänigkeit im Kalten Kriege betont habe, so hat die weitere Entwicklung gezeigt, daß diese Äußerung taktisch gemeint war: die Neutralität ist inzwischen aufgegeben worden; nicht zuletzt dank der vernünftigen, weil nicht an Bedingungen geknüpften amerikanischen Hilfe. Natürlich hätte das State Department im Herbst 1950, als Tito das Wasser bis zur Kehle stand, auf „demokratischen" Reformen bestehen können, aber den Jugoslawen, ob sie nun Kommunisten sind oder angebliche Demokraten wie Ministerpräsident Cvetkovitsch 1941, Zugeständnisse

teristische Züge der meisten asiatischen Länder sind, vom State Department samt und sonders der Regierung Tschiang Kaischek zur Last gelegt.

Das Argument, die Politik der Vereinigten Staaten gegenüber China gründe sich auf die scharfsinnige Berechnung, der chinesisch-kommunistische Diktator werde dem jugoslawischen nacheifern, wenn ihm nur genügend Ermutigung zuteil würde, geht an der Wirklichkeit vorbei. Ein wesentlicher Unterschied beider Länder ist, daß Jugoslawien keine gemeinsamen Grenzen mit der Sowjetunion, wohl aber einen direkten Kontakt mit den Westmächten hat, während China an seiner tausende von Meilen langen Nord- und Westgrenze unmittelbarem russischem Druck ausgesetzt ist. Zum anderen befindet sich Chinas industrieller Schwerpunkt in der Mandschurei, die auf Grund des Abkommens von Jalta und ebenfalls infolge der unmittelbaren Nachbarschaft unter direkter russischer Kontrolle steht. Die politischen Bindungen zwischen dem kommunistischen Rußland und dem kommunistischen China sind enger und älter als die zwischen Moskau und anderen kommunistischen Ländern oder anderen kommunistischen Parteien. Die chinesische Kommunistische Partei hat sich seit mehr als zwei Jahrzehnten in Wort und Tat Moskau gegenüber unterwürfiger gezeigt als irgendeine andere. Die chinesischen Kommunisten, die weniger von der Entwicklung in Europa oder innerhalb Rußlands wissen, haben sich seit 1928, verglichen mit anderen Kommunisten, gegenüber aller „Ketzerei" als mehr gefeit er-

---

abzupressen, führt mit Sicherheit zum Gegenteil dessen, was angestrebt wird. Ein plötzlicher Übergang zu einem Mehrparteienstaat im demokratischen Sinne hätte unfehlbar so heftige und wahrscheinlich blutige innere Auseinandersetzungen heraufbeschworen, daß die kommunistischen Nachbarstaaten einen billigen Vorwand gehabt hätten, „aus Sicherheitsgründen" in Jugoslawien „Ruhe und Ordnung wiederherzustellen". Ein solches Eingreifen aber, das durch Explosion des balkanischen Pulverfasses leicht den dritten Weltkrieg hätte auslösen können, mußte vermieden werden. Deshalb war es klüger, Tito selbst das Zeitmaß seiner Mauserung bestimmen zu lassen — im Vertrauen auf die induktiven Kräfte demokratischer Regierungs- und freier Wirtschaftsformen. Richtig ist freilich, daß die amerikanische Politik 1950 in gewissem Sinne nur dem Gesetz folgte, nach dem sie angetreten war: Ohne die englisch-amerikanische Unterstützung während des Krieges (und die damalige Preisgabe des antikommunistischen Michailowitsch) hätte Tito nicht 1945 seine beherrschende Stellung erreicht. E. H.

wiesen. Sie sind im höchsten Maße bereit, den Kreml als die Zitadelle der Werktätigen und aller „unterdrückten Kolonialvölker" zu betrachten.

Man soll auch nicht vergessen, daß Marschall Tito seine Macht als der Erwählte der Westmächte gewann, während die chinesischen Kommunisten ihre Waffen und militärische Ausbildung den Russen danken. Tito wurde vom Westen versorgt und vom Westen in die Lage versetzt, seine demokratischen Gegner zu vernichten. Die Einzelheiten darüber mag man in dem Buch des englischen Verbindungsoffiziers bei Tito, Fitzroy Maclean, „Eastern Approaches" (London 1949), in „The war we lost" vom früheren jugoslawischen Botschafter in den Vereinigten Staaten, Konstantin Fotitsch (New York 1948), oder auch in dem ausgezeichneten Werk „Tito and Goliath" von H. F. Armstrong, dem Herausgeber von „Foreign Affairs" (New York 1951), nachlesen. Die chinesischen Kommunisten wurden indirekt von Amerika unterstützt, aber wir sind in China in der positiven Unterstützung einer kommunistischen Diktatur niemals soweit gegangen wie in Jugoslawien. An Michailowitsch wurde von Tito ein Justizmord begangen, aber Tschiang Kai-schek lebt noch und steht noch an der Spitze einer von uns anerkannten Regierung.

Ein außerordentlich wichtiger Punkt, den Acheson übersieht, ist die Tatsache, daß Moskau aus dem Abfall Titos etwas gelernt haben muß. Karl A. Wittfoegel, der nicht nur ein hervorragender Kenner der marxistischen Theorie und Praxis, sondern auch einer der größten lebenden Experten in Fragen Chinas und seiner Geschichte ist, führt in einem Artikel in Commentary (Oktober 1950) aus, daß gerade die Tatsache der im Vergleich zu den europäischen Satelliten Rußlands weit überlegenen Stärke der chinesischen kommunistischen Führer den Beweis dafür bildet, daß Stalin begriffen hat, daß er ihnen gegenüber besonders feinfühlig und respektvoll sein muß, um jede Möglichkeit eines Bruches zu vermeiden.

Die Führer des kommunistischen China sind offenkundig ebenso durch ihre Interessen wie durch ihre Ideologie an Sowjetrußland gebunden. Wenn sie ihre seit einem Vierteljahrhundert bestehenden Bande an Rußland aufrecht erhalten, können sie enorme Vorteile erwarten, während sie nach einer Niederlage Sowjetrußlands ebenso wenig auf ein Überleben hoffen könnten, wie Japan den Zusammenbruch Nazideutsch-

lands überleben konnte. So sind die chinesischen Kommunisten durch die stärksten aller Bande an ihre russischen Mentoren geknüpft: durch Eigeninteresse und Furcht vor Vernichtung. Die gegenseitigen Interessen der russischen und der chinesischen Diktaturen sind sowohl positiver wie negativer Natur: positiv in Bezug auf die ungeheure Macht, die sie zusammen gewinnen können, negativ, da beide von einem Triumph der freien Welt ihre Vernichtung zu fürchten haben.

In Europa leiten die Kommunisten heute einen großen Teil ihrer Stärke daraus ab, daß jeder weiß: Kommt es zum Kriege und wird unser Land besetzt, so werden die Kommunisten alle Antikommunisten liquidieren. Gewinnt der Westen, so werden seine Feinde mindestens mit dem Leben davonkommen und seine Verbündeten werden keine Beute machen. Mit anderen Worten, es spricht unendlich viel mehr für eine kommunistenfreundliche Haltung als dagegen. Daher hört man denn auch von Geschäftsleuten in Westeuropa, die mit Vergnügen vom Marshallplan profitieren und gleichzeitig an die kommunistischen Parteien beträchtliche Summen abführen, um für den Fall eines kommunistischen Sieges „rückversichert" zu sein.

Kann man erwarten, daß die kommunistischen Führer Chinas, die wie alle Kommunisten den Krieg zwischen dem Westen und Sowjetrußland für unvermeidlich halten, alle ihre gegenwärtigen Gewinne und Zukunftshoffnungen durch eine Neutralität aufs Spiel setzen? Gewinnt Rußland, so würden sie liquidiert werden. Kämpfen sie mit Rußland gegen uns, so würden die meisten wahrscheinlich auch im Falle der Niederlage mit dem Leben davonkommen. Falls sie auf unsere Seite treten würden, so können sie nicht auf eine lange Dauer ihrer Macht hoffen, denn es ist unwahrscheinlich, daß die Kräfte der Freiheit nach einem siegreichen Krieg gegen Rußland den Fortbestand einer kommunistischen Diktatur in China gestatten würden. Die kommunistischen Führer Chinas haben als Kampfgenossen Rußlands alles zu gewinnen, als unsere Verbündeten aber oder als Neutrale nichts zu gewinnen und vieles zu verlieren. Nach beiden Seiten hin spricht also viel zu viel für eine Anhänglichkeit an Moskau, als daß es überhaupt Zweifel an der Wahl der Peiping-Regierung geben könnte.

Man muß an dieser Stelle auch anmerken, daß die Macht der Sowjetunion von China aus gesehen viel größer erscheint als unter dem europäischen Blickwinkel. Nur wenige chinesische

Kommunisten sind in Amerika oder gar in Europa gewesen, und verglichen mit Chinas primitiver Wirtschaft erscheint Rußland als ein modernes Industrieland und zugleich als die größte Militärmacht der Welt. Marschall Tito, der einen engen Kontakt mit dem Westen gehabt und auch die mangelnde Leistungsfähigkeit und die Rückständigkeit Sowjetrußlands mit eigenen Augen gesehen hat, kann vielleicht glauben, daß Rußland nicht die stärkere Seite ist. Mao Tse-tung wird weit weniger zu irgendwelchen Zweifeln an Rußlands Sieg neigen. Darüber hinaus hat die amerikanische Nachkriegspolitik in China sicherlich kein besonderes Vertrauen zu unserem Widerstandswillen oder unserer Widerstandsfähigkeit gegenüber russischer Aggression geweckt. In Europa haben die Vereinigten Staaten bald nach dem Kriege mit dem Widerstand gegen die kommunistische Expansion begonnen. In China haben wir die Kommunisten „beschwichtigt" und der koreanische Krieg hat es noch deutlicher gezeigt, daß wir nicht gewillt sind, die Kommunisten aus China zu vertreiben.

Um ganz zu ermessen, wie schwach die Hoffnungen des State Department auf einen chinesischen Tito begründet sind, muß noch auf eine weitere wichtige Tatsache hingewiesen werden. 1927 kontrollierte der Kreml die Kuomintang-Regierung, die damals in Hankau unter der Präsidentschaft von Wang Tsching-wei gebildet worden war, der zehn Jahre später aus einer russischen zu einer japanischen Figur werden sollte. Die Komintern hatte aber keinen bestimmenden Einfluß auf das von Tschiang Kai-schek befehlige Gros der nationalchinesischen Armee. Die folgenden Ereignisse erwiesen, daß nicht die Kontrolle über den politischen Apparat, sondern die Kontrolle über das Heer das Schicksal Chinas bestimmt. Nach dem zweiten Weltkrieg hat Stalin gezeigt, daß er die Lektion aus dem Fehlschlag der Komintern, Ende der zwanziger Jahre eine russische Hegemonie über China zu errichten, begriffen hatte. Durch Vermittlung seines getreuen Gefolgsmannes Marschall Malinowsky ernannte Stalin Lin Piau zum Befehlshaber der kommunistischen chinesischen Armee, die von Rußland ausgerüstet und ausgebildet wurde. Nachdem er auf diese Weise sicher war, daß an der Spitze der chinesisch-kommunistischen Elitetruppe ein Moskau höriger Mann stand, brauchte Stalin sich keine Sorge mehr darüber zu machen, daß Mao Tse-tung oder Tschuh Teh entweder dem Tschiang Kai-schek von 1927

oder dem Marschall Tito von 1948 nacheifern würden. Den Beweis dafür, daß Mao Tse-tung und die anderen früheren Führer des kommunistischen China heute völlig in Händen des Kreml sind, liefert der am 14. Februar 1950 zwischen der Chinesischen Volksrepublik und der Sowjetunion abgeschlossene Vertrag. Gemäß Artikel 1 des veröffentlichten Vertragstextes „verpflichten sich (sic) die hohen vertragschließenden Parteien, gemeinsam alle notwendigen und ihnen möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um jeder Wiederholung des Angriffes und der Verletzung des Friedens von Seiten Japans oder irgend eines anderen Staates, der sich direkt oder indirekt mit Japan zu Angriffsaktionen vereinigt, zu verhindern. Falls eine der beiden vertragschließenden Parteien von Japan oder einem mit Japan verbündeten Staat in Kriegszustand versetzt wird, wird die andere hohe vertragschließende Partei ihr unverzüglich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln militärische oder sonstige Hilfe leisten." In der Präambel des Vertrages kommt es noch deutlicher zum Ausdruck, daß er gegen die Vereinigten Staaten gerichtet ist, denn sein Zweck wird dahin definiert, gemeinsam die Wiederholung eines Angriffes von Seiten Japans „oder irgendeines anderen Staates, der sich direkt oder indirekt in irgendeiner Form mit Japan zu Angriffsaktionen vereint", zu verhindern. Da unsere Verteidigung Südkoreas von Moskau und Peiping als „Angriff" bezeichnet wird, hätte es von Anfang an klar sein müssen, daß die von Rußland versorgte und unterstützte Chinesische Volksrepublik in Korea eingreifen würde. Mao Tse-tung hat es in einer am 16. Dezember 1950 in Moskau gehaltenen Rede mit aller Deutlichkeit ausgesprochen, daß er nicht die Absicht hat, ein chinesischer Tito zu werden: „Die wichtigste Aufgabe in unserer Zeit", sagte er, „ist die Stärkung der Friedensfront der ganzen Welt, an deren Spitze die Sowjetunion steht."

Daß die zuständigen amerikanischen Stellen die volle Bedeutung des sowjetisch-chinesischen Vertrages nicht zu erfassen verstanden und daß sie den Berichten des nationalchinesischen Nachrichtendienstes keinen Glauben schenkten, gehört auch zu den Gründen unserer großen Niederlage in Korea. Sowohl die Nachrichten, die jetzt aus China über Hongkong durchsickern, wie der Lauf der Ereignisse haben bewiesen, daß diese Berichte generell stimmten. Aber das State Department hatte ja, wie schon in Kapitel V erwähnt, den Verkehr zwischen unseren

Nachrichtendiensten und dem der Nationalchinesen auf Formosa verboten.

Der nationalchinesische UNO-Delegierte Dr. Tsiang hat am 20. November 1950 der UNO berichtet, daß der chinesische Geheimdienst im Juni 1950 die Zahl der nach China entsandten Sowjetbürger mit 45 100 erkundet hatte, darunter 12 000 Instrukteure für die Armee und Techniker, 3000 Mann für die chinesisch-kommunistische Flotte, 8000 für die Luftwaffe, 1650 für die Artillerie und 5000 für den „politischen Bereich". Die übrigen waren der Industrie, der Landwirtschaft, dem Bergbau und so weiter zugeteilt worden. Aus der gleichen Quelle stammte die Nachricht, die in aller Form an das State Department und das Pentagon weitergeleitet wurde, daß die in Moskau unterzeichneten Geheimabkommen die Stellung eines russischen „politischen Beraters" für jede Kompanie der kommunistischen Armee und eine entsprechend größere Zahl für die höheren Ränge vorsahen.

Im „Hintergrundmaterial" zur Rede Achesons vom 12. Januar 1950 ging das State Department lediglich auf das Charbiner Abkommen zwischen China und Sowjetrußland ein, das sich auf die Mandschurei bezieht und beweist, daß die Sowjetunion Chinas nordöstliche Provinzen in eine russische Kolonie verwandelt. Nach den Angaben des State Department ist die Mandschurei bereits vom eigentlichen China abgetrennt: sie hat eine eigene Währung, ein eigenes Wirtschaftskontrollsystem, eine besondere Eisenbahnverwaltung und ein eigenes Handelsabkommen mit der UdSSR. Das bedeutet natürlich, daß Stalin durch Errichtung einer vollständigen Sowjetkontrolle über das wichtigste Industriegebiet Chinas jede Möglichkeit einer Nachahmung Titos durch die führenden chinesischen Kommunisten ausgeschaltet hat. Außerdem wurde vereinbart, daß Bergbau und Erdölgewinnung, Land- und Forstwirtschaft der Mandschurei ausschließlich durch gemischte russisch-chinesische Kommissionen entwickelt werden sollen. Weiter verpflichtete sich die chinesische kommunistische Regierung zu Lebensmittellieferungen an Rußland — und das in einer Zeit, in der eine schwere Hungersnot unzählige Chinesen verhungern ließ. Die chinesische kommunistische Regierung hatte damit, wie Dr. Tsiang in einer seiner Reden sagte, „die unveräußerlichen Rechte des chinesischen Volkes als Gegenleistung für sowjetische Unterstützung weggegeben."

Nach einem in der Zeitschrift American Mercury (Februar 1951) veröffentlichten Artikel, der sich auf das in Formosa von Ralph Wallace gesammelte Material und auf Informationen des chinesischen, englischen und amerikanischen Nachrichtendienstes stützt, enthalten die in Moskau unterzeichneten Geheimabkommen auch eine Bestimmung über die „vollständige Zusammenarbeit aller mit Sicherheitsfragen befaßten Personen der beiden Länder“: Das bedeutet eine beherrschende Stellung der sowjetischen Geheimpolizei in China, die jeden zu Zwangsarbeit verurteilt, der einer Opposition gegen die kommunistische Diktatur verdächtigt ist. Die verlogenste und zugleich grausamste Bestimmung des Geheimvertrages ist aber der Satz, daß die Sowjetunion China „bei der Behebung seiner wirtschaftlichen Schwierigkeiten“ dadurch helfen werde, daß sie „arbeitslosen chinesischen Arbeitern“ in Rußland Beschäftigung verschaffe. Mit anderen Worten: der Kreml wurde ermächtigt, eine unbegrenzte Zahl chinesischer Sklaven zu erwerben, einschließlich aller „politisch unerwünschten Elemente“, deren sich die kommunistische Regierung entledigen will. Als die 26. und 27. chinesische kommunistische Armee, um nur ein Beispiel herauszugreifen, 1950 in Südchina meuterten, wurden die rebellischen Soldaten in die sibirischen Arbeitslager verschickt. Nach Angaben aus der gleichen Quelle wurde weiter vereinbart, daß die chinesische kommunistische Regierung im Falle eines Krieges in Europa der Sowjetunion „Arbeiter und Hilfskräfte“ senden werde, die dem sowjetischen Oberkommando unterstellt sein würden.

Die Frage mag offen bleiben, ob die Berichte des nationalchinesischen oder anderer Nachrichtendienste über die Moskauer Geheimabkommen in allen Punkten stichhaltig sind, aber die amerikanische Regierung wäre sicher besser beraten gewesen, wenn sie diese Informationen wenigstens zur Kenntnis genommen hätte.

Der Artikel im American Mercury führte noch folgende Einzelheiten an:

1. Die chinesische Armee ist auf 5,7 Millionen Mann zu bringen;
2. die Ausbildung der chinesischen Armee unterliegt russischer Kontrolle, desgleichen Luftfahrt, Flotte, Radar, Verkehrswesen und Meteorologie;

3. Rußland hat unverzüglich mit der Ausbildung und Ausrüstung von 50 chinesischen Divisionen zu beginnen;
4. Rußland hat an China 600 Militärflugzeuge und sämtliche bei Kriegsende Rußland zugesprochenen japanischen Marineeinheiten zu übergeben und mehrere Flakregimenter zum Schutze der chinesischen Flugplätze zu entsenden;
5. Rußland und China werden gemeinsam mit allen Mitteln ein internationales Armeekorps aus Angehörigen aller asiatischen Nationen aufstellen;
6. China überläßt Rußland 12 Luftstützpunkte von Hami bis Schanghai sowie Flottenstützpunkte in Port Arthur, Dairen, Yongkau, Tsching-Hwang-Lao, Hu-Lu-Tao, Taku, Tschefu, Tsingtau und Lien-Yung-Kang;
7. China und Rußland werden bei allen künftigen militärischen Operationen einen chinesisch-sowjetischen Generalstab einsetzen.

Es kann dem amerikanischen Volk nicht gleichgültig sein, daß die Unterzeichnung derartiger Abkommen durch Sowjetrußland und das kommunistische China weder von der Regierung noch in der Tagespresse mitgeteilt wurde. War der amerikanische Nachrichtendienst so schlecht oder war die Regierung so sehr entschlossen, vor der absoluten Zielgleichheit des kommunistischen China und Rußlands die Augen zu verschließen, daß sie nicht Alarm schlug, als eine Fünf-Millionen-Mann-Armee zur Unterstützung der Welteroberungspläne des Kreml bestimmt wurde? Hätte sie es getan, so wäre General MacArthur nicht irregeführt worden und hätte nicht hoffnungsvoll versichert, daß unsere Truppen nach einem Sieg über die nordkoreanischen Kommunisten ihre Rückkehr in die Heimat zu Weihnachten erwarten könnten.

Unsere Verluste in Korea beweisen sowohl die katastrophalen Konsequenzen unseres Boykotts der chinesischen Nationalregierung auf Formosa wie unseres politischen Versagens: wir haben weder eine zynisch-realistische, noch eine auf die Prinzipien gegründete Politik geführt, die Amerika groß und stark und blühend machten. Die Anhänger der Realpolitik können sagen, die Vereinigten Staaten hätten eine ausschließlich auf amerikanische Interessen gegründete Außenpolitik führen können, ohne irgendeine Rücksicht auf Ideologien oder auf die Regierungsform anderer Länder. Aber der Versuch des State

Departments, seine Politik als auf ethischen Erwägungen und „demokratischen" Grundsätzen beruhend hinzustellen, während man den Kommunisten freie Bahn gab, mußte in einer Katastrophe enden, da General Marshall und Acheson es an der nötigen Folgerichtigkeit fehlen ließen. Weit davon entfernt, die Grundsätze einer Machtpolitik vorurteilslos anzuwenden, gewährten sie vielmehr dauernd den Kommunisten Hilfe und Unterstützung, während sie die konservativen Kräfte und die Anhänger einer freien Wirtschaft schwächten, die sie logischerweise als unsere besten Freunde hätten betrachten müssen. Acheson scheint sich niemals den Widersinn klar gemacht zu haben, aus Mißbilligung ihrer Regierungsformen den antikommunistischen Chinesen Bündnis und Waffenhilfe zu verweigern und gleichzeitig auf Hilfe für ein kommunistisches Regime wie das Titos zu drängen, vorausgesetzt, daß es sich nur nicht um abhängige Verbündete Sowjetrußlands handelt. Seine Einstellung findet ein Echo bei so belesenen, aber unwissenden Leitartikeln wie Walter Lippmann, der am 6. Februar 1951 dringend Hilfe für Tito verlangte und im gleichen Artikel Amerikas „unterschiedslosen Antikommunismus" bedauerte. Es ist auch nicht gerade konsequent, Spanien die kalte Schulter zu zeigen, während man einem kommunistischen Regime die Hand hinstreckt. Auf keinen Fall aber kann eine dem Willen des Volkes verantwortliche Regierung den Kurs der sogenannten Realpolitik einschlagen, denn die meisten Wähler werden die Einhaltung moralischer Grundsätze verlangen.

Daraus ergibt sich, daß die Versuche der amerikanischen Regierung, eine Fernostpolitik zu führen, die von der anrüchigen Überlegung ausging, wie man die Kommunisten auf unsere Seite herüberziehen könne, von Anfang an zum Scheitern verurteilt war. Das Tauziehen zwischen Regierung und Opposition hatte nur das Ergebnis, uns um alle Chancen zu bringen. Falls es je eine Möglichkeit gab, die chinesischen Kommunisten aus ihrem Treueverhältnis von Moskau zu lösen, so hätte dies eine frühzeitige und vollständige Preisgabe der nationalchinesischen Kräfte und eine uneingeschränkte Unterstützung der Kommunisten erfordert. Dieser Kurs aber war für jede amerikanische Regierung unmöglich, wie groß auch immer ihre Mehrheit sein mochte. Mithin haben wir weder Tschiang Kaischek soweit unterstützt, daß er die Kommunisten schlagen konnte, noch habe wir unsere Unterstützung auf die Kommu-

nisten übertragen. Weder die Regierung, noch die Opposition im Kongreß waren bereit, eine wohldurchdachte Politik mit allen ihren logischen Konsequenzen durchzuführen. Die Parteigänger der chinesischen Kommunisten scheuten vor einer hundertprozentigen Appeasement-Politik zurück; aber auch den Gegnern der Regierung mangelte der Mut zu den Konsequenzen, die sich aus einem kühnen Vorgehen gegen die Kommunisten ergeben mochten. Die Gegner der Appeasement-Politik waren ebenso ängstlich bemüht, die Gefahr eines dritten Weltkrieges zu vermeiden wie die heutigen „Münchner“, die das kommunistische China anerkennen und unsere Verbündeten, die chinesische Nationalregierung, im Stiche lassen möchten. Und so ist eben weder eine prinzipientreue noch eine rein opportunistische Politik verfolgt worden.

Eine realistische Lagebeurteilung hätte rechtzeitig annehmen lassen, daß die chinesischen Kommunisten nach der Niederlage der Nordkoreaner in Korea eingreifen würden. Aber bevor die chinesischen Kommunisten im November 1950 tatsächlich auf Amerikaner schossen, konnte man überall hören, Peiping werde niemals Truppen gegen uns ins Feld schicken, denn dies verstoße gegen die Interessen des chinesischen Volkes. Ja selbst nach der chinesisch-kommunistischen Intervention und nach unserem Rückzug wurden alle möglichen Entschuldigungen vorgebracht, um nur nicht die alten Illusionen aufgeben zu müssen. Die Washington Post und andere Blätter behaupteten, Vorwürfe seien nicht an die sowjetische, sondern an die amerikanische Adresse zu richten, weil wir Peiping nicht früh genug die Zusicherung gegeben hätten, unter keinen Umständen die zur Versorgung der Mandschurei mit elektrischem Strom bestimmten Wasserkraftwerke am Jalu zu zerstören, und weil wir nicht endlich die chinesische Nationalregierung versetzt und der Aufnahme der Chinesischen Volksrepublik in die UNO zugestimmt hätten.

Illusionen haben ein zähes Leben, besonders wenn von ihrer Bewahrung das Ansehen ihrer Träger abhängt. General Marshall, Acheson und die ganze Schar der Journalisten, Schriftsteller und Radiokommentatoren, die Regierung und Öffentlichkeit schlecht beraten haben, weil sie von falschen Voraussetzungen ausgingen, können nicht zugeben, daß sie unrecht hatten, oder sie wagen es nicht. Wie die Bourbonen haben sie nichts gelernt und nichts vergessen. Genau so wie vorher die Mehr-

heit der Amerikaner zur irrigen Annahme verführt worden war, Stalin würde schon aus russischem Interesse zu einer amerikafreundlichen Nachkriegspolitik veranlaßt werden, so sucht man uns auch jetzt noch mit viel Stimmaufwand zu überzeugen, man könnte die chinesischen Kommunisten zu einer für China und die westliche Welt wohltätigen Politik bringen, wenn man nur den Kampf gegen sie einstelle. Ehe diese große und dauerhafte Illusion nicht beseitigt ist, können wir nicht auf eine gesunde amerikanische Politik hoffen. Bevor wir nicht begreifen, daß alle, buchstäblich alle Kommunisten von den gleichen Vorstellungen beseelt sind, von dem gleichen Machtstreben und Ausdehnungsdrang, werden unsere Stärke und guter Wille nicht ausreichen, Katastrophen abzuwenden, und es werden mehr und mehr Amerikaner in immer nutzloseren Kriegen ihr Leben lassen.

Es besteht eine deutliche Analogie zwischen der einstigen und jetzigen Haltung der Regierung Truman gegenüber der kommunistischen Aggression im Fernen Osten und der Neville Chamberlains gegenüber der Naziaggression in Mittel- und Osteuropa. Die englische Regierung vor 1939 und die amerikanische Regierung vor dem Juni 1950 gingen beide in ihrer Politik von der Annahme aus, daß eine schiedlich-friedliche Regelung mit den Totalitären möglich und wünschenswert sei, oder notwendig, um Zeit für Aufrüstung zu gewinnen. Trumans plötzliche Wendung von appeasement und Rückzug zu Widerstand, als die Kommunisten Südkorea angriffen, hat ihre Parallele in Chamberlains Abkehr von der München-Politik nach Hitlers Einmarsch in Prag im März 1939. Bis dahin war England bereit, Nazideutschland eine de facto-Kontrolle Osteuropas erringen zu lassen, so wie Truman sich mit der kommunistischen Eroberung Chinas und eventuell Koreas und Formosas abgefunden hatte. Der konservativen englischen Regierung Nazisympathien vorzuwerfen, war ebenso gerecht oder ungerecht wie ein Vorwurf kommunistischer Neigungen gegenüber der amerikanischen Regierung der Demokratischen Partei. Chamberlains Schwäche gegenüber den Rechtstotalitären und Trumans Nachgiebigkeit gegenüber den Linkstotalitären beruhten beide auf einem Mißverstehen der wahren Natur des Gegners. Keiner von beiden widersetzte sich ernsthaft der Expansion der totalitären Reiche, solange die Diktatoren sich auf Durchdringung, Einschüchterung, Einsatz der Fünften

Kolonne oder „Bürgerkrieg“ beschränkten. Beide waren so schockiert, als die Diktatoren plötzlich zum offenen, unverhüllten Angriff übergingen, daß sie ihre Politik mit einem Ruck um 180 Grad herumwarfen, ohne die Folgen richtig zu bedenken. Chamberlain „garantierte“ die Sicherheit Polens und Rumäniens, ohne über die Mittel zur Einhaltung dieser Verpflichtung zu verfügen, und genau so schritt Truman elf Jahre später zum Kriege, um Südkorea zu verteidigen, ohne es doch wirklich retten zu können, es sei denn durch einen „großen Krieg“ gegen Rußland und die chinesischen Kommunisten. Beide schlitterten in einen Krieg hinein, zu dessen Führung sie weder psychologisch noch militärisch vorbereitet waren. Sie brachten es nicht fertig, die Voraussetzungen ihrer früheren Politik zu überprüfen und änderten ihre Grundhaltung nicht. So kam es 1939/40 zur drôle de guerre, die erst mit Deutschlands plötzlichem Vormarsch im Westen und der Überwältigung Frankreichs endete. Und so hat jetzt die amerikanische Regierung, nachdem sie nun einmal mit den Kommunisten auf dem asiatischen Festland in Krieg geraten war, versucht, daraus einen „Krieg mit beschränkter Haftung“ zu machen. Daher nannte Truman den Koreakrieg auch nur eine „Polizeiaktion“ und lehnte selbst nach dem Eingreifen der chinesischen Kommunisten die Hilfe großer kampfeswilliger nationalchinesischer Streitkräfte ab, obwohl man vergebens auf eine nennenswerte Unterstützung von Seiten anderer UNO-Mitglieder wartete.

Eine Regierung, die nach einem Weg sucht, auf dem die eigentliche Auseinandersetzung mit der Hauptmacht des Gegners umgangen werden kann, wird kaum die ganze Kraft für einen Sieg einsetzen. Wer beinahe alles andere einem Krieg mit Rußland vorzieht, wird den Krieg kaum mit voller Entschlossenheit führen, und wer vor nicht gar so langer Zeit Stalin traute, wird es schwierig finden, diejenigen zu hassen, die unter seinen Fahnen kämpfen. Infolgedessen haben die amerikanischen Truppen in Korea nur mit einer Hand gekämpft; die andere war auf dem Rücken festgebunden: sie wurden dauernd durch politische Erwägungen an raschen und wirksamen Aktionen gehindert. Während wir uns mit Stalins Hilfstruppen herumschlugen, schielten wir stets nach seinen Vertretern und Freunden in der UNO — in der Hoffnung, sie könnten zum Friedensschluß veranlaßt werden.

Wir haben diesen Krieg unter den Auspizien der UNO

unternommen, die bei einem der periodischen russischen Ausfälle für eine Aktion zur Unterbindung der kommunistischen Aggression gestimmt hatte. Damit wird unsere militärische Strategie jetzt aber von rund 60 Staaten konrolliert, unter denen sich auch unsere Feinde, Freunde unserer Feinde und die Befürworter des „Friedens um jeden Preis" befinden. Obwohl die Hauptlast des Kampfes auf uns liegt, werden uns die zu einem Siege notwendigen Maßnahmen verwehrt. Der französische UNO-Delegierte F. Lacoste hat das ganz klar ausgesprochen, als er am 28. Januar in der Generalversammlung erklärte, das Ziel der UNO sei nicht, „einen Krieg zu gewinnen", und deshalb sollte nichts unversucht bleiben, eine friedliche Beilegung des Konfliktes herbeizuführen. Sehr treffend hat die republikanische Senatorin Margaret Chase Smith daraufhin in einem Artikel vom 30. Januar die UNO „einen Mühlstein am Halse der Vereinigten Staaten und eine Bremse zugunsten des kommunistischen Rußland und des kommunistischen China" genannt.

Gleichzeitig stellt die UNO ein sehr gelegenes Alibi für die amerikanischen appeasers dar, die gern den Kommunisten nicht nur Korea, sondern obendrein noch Formosa übergeben und ihnen auch den Platz Nationalchinas in der UNO einräumen möchten — wohl als Belohnung für ihren Angriff oder als Preis für den „Frieden in unserer Zeit". Die Auffassungen der Amerikaner, die sich hinter dem breiten Rücken der appeasers in der UNO verstecken, wurden in zynischer Offenheit in der Presse dargelegt. Die Kommunisten mögen zwar die Angreifer sein, und vielleicht soll man sie auch so nennen, las man da, aber „bloß keine Sanktionen, denn sie könnten doch zu einem Kriege in Asien führen." Man fragt sich, als was wohl die Soldaten in Korea, die dort kämpfen und frieren und sterben, den Krieg ansehen sollen, wenn gewisse Artikelschreiber zynisch behaupten, das sei gar kein „Krieg in Asien."

Die Rundfunkrede des Sowjetdelegierten Jakob Malik vom 23. Juni 1951 enthob die UNO-Mitglieder der Antwort auf das Ansuchen des Generalsekretärs, die in Korea kämpfenden Truppen zu verstärken, das er wenige Tage zuvor an die Regierungen gerichtet hatte. Es ist wahr, daß Engländer und Franzosen und ebenso Türken und Griechen schon vorher Kontingente entsandt hatten, die an unserer Seite kämpften, aber das hat die Engländer nicht gehindert, den gemeinsamen

Feind über Hongkong mit riesigen Mengen von Kriegsmaterial zu versorgen. Es hat weder ihre noch die Forderung der französischen Regierung zum Verstummen gebracht, wir sollten unsere Freunde in Asien preisgeben, um sie, Engländer und Franzosen, besser in Europa verteidigen zu können. Man braucht sich wohl nicht erst lange dabei aufzuhalten, daß eine Appeasement-Politik in China die Kommunisten in Europa nicht zahmer, sondern dreister und angriffslustiger machen würde. Leider scheinen aber zu viele Leute zu glauben, man könne den kommunistischen Moloch durch die Aufopferung anderer sättigen. Wie der Kyklop gegenüber Odysseus wird er als Gegenleistung an den, der Zugeständnisse macht, nur das „Privileg" bieten, ihn als Letzten zu verspeisen. Nun, der listige Odysseus entkam dem Polyphem, und so wird auch Amerika der Zerstörung entgehen können. Aber man unterschätze die Gefahr nicht, daß der Mangel an Unterstützung von Seiten unserer Verbündeten und Marshallhilfe-Empfänger die sehr mächtige isolationistische Stimmung in Amerika so sehr anfacht, daß wir unsere kleinmütigen europäischen Freunde aufgeben. Ein solches Verhalten würde freilich — dies sei den Isolationisten gesagt — nur dazu führen, daß wir schließlich von den kommunistisch dirigierten Kräften ganz Europas und Asiens überwältigt würden. Die Gefahr ist wirklich sehr ernst, daß die Enttäuschung der breiten Öffentlichkeit und die Erkenntnis, daß wir tatsächlich irregeführt und von fast allen unseren Verbündeten im Stich gelassen wurden, zu einer isolationistischen Politik führt, die ebenso katastrophal sein würde wie die scheinbar internationalistische Politik, die man dem amerikanischen Volk während des zweiten Weltkrieges und danach angepriesen hat. Wie soll der amerikanische Soldat und Matrose in Korea dafür Verständnis haben, daß die UNO, unter deren Flagge er kämpft, solange zögerte, den Feind, der ihnen ernste Verluste beifügte, auch als „Angreifer" zu bezeichnen? Angenommen Indien oder irgendein anderer Mitgliedsstaat des asiatisch-arabischen Blockes oder Engländer und Franzosen, die uns beschwören, die chinesischen und russischen Kommunisten nicht zu „provozieren", werden morgen angegriffen: kann man erwarten, daß der amerikanische Soldat, seine Familie und seine Freunde diejenigen mit Begeisterung verteidigen wird, die solange für appeasement plädierten, bis sie selbst angegriffen wurden?

Natürlich sind nicht nur das State Department oder die Regierung für die verpfuschte amerikanische Politik und die gegenwärtige kritische Situation verantwortlich. Diese sind zu einem großen Teil auch dem Einfluß zuzuschreiben, dessen sich die Publizisten und Radiokommentatoren solange erfreuten, die den Wünschen des Publikums nach einem happy end Vorschub leisteten oder aus ihrer prokommunistischen Einstellung heraus das amerikanische Volk mit falschen, auf eine irrtümliche Beurteilung Sowjetrußlands gestützten Hoffnungen auf einen „dauernden" Frieden irreführten. Die Realisten, die eine Appeasement-Politik gegenüber den Kommunisten in Europa oder Asien als fragwürdig hinstellten, wurden zum Schweigen gebracht, indem man ihnen das Schild „Nazi" oder „Reaktionär" oder „Isolationist" anhing. Selbst heute sind diejenigen noch in Ungnade, die während des zweiten Weltkrieges und danach vor einem Vertrauen zu Stalin warnten. Die Antiantikomunisten hassen und fürchten die „vorzeitigen Antikommunisten", die recht hatten, als sie selbst unrecht hatten; sie haben die Stelle der früheren kommunistischen fellow-travellers eingenommen und verleumden diejenigen, die den Tatsachen ins Auge zu sehen wagten.

Das ewige Schicksal Kassandras hat, so traurig es ist, an sich keine Bedeutung. Die Gefahr liegt vielmehr darin, daß die früheren ergebenen Propagandisten der Sowjetunion heute mit viel Eifer neue Illusionen über den Kommunismus schaffen und verbreiten, anstelle der alten, die durch die harte Logik der Tatsachen widerlegt wurden. Der kommunistische Einfluß in Amerika ist dem Stein vergleichbar, der in einen Teich geworfen wird: wie dieser hat er kreisförmige Wellen von nachlassender Höhe, aber wachsendem Umfang hervorgerufen, so daß die Mehrheit der Betroffenen sich des auf sie einwirkenden Einflusses gar nicht bewußt wurde. Es ist schwierig, die „echten" Kommunisten, die Stalins Interessen fördern wollten, von denen zu unterscheiden, die sich aus Unwissenheit oder „humanitären" Gefühlen für die kommunistische Sache einsetzten. Wie wir gesehen haben, muß auch der Tatsache ein gleiches Gewicht beigemessen werden, daß im Chor der Anbeter der Sowjetunion und der Freunde der chinesischen Kommunisten mitsingen mußte, wer unter der Regierung Roosevelt und unter der ersten Regierung Truman befördert werden wollte. So ist es auch heute trotz der Prozesse gegen Alger Hiss und

Remington und der McCarthy-Hearings unmöglich, das Ausmaß zu bestimmen, in dem idealistische Motive — im Unterschied zu Ehrgeiz, Feigheit oder geheimen Sympathien für die kommunistische Sache — zu einer verräterischen Betätigung höheren Orts in Washington führten.

Die einzige klare Unterscheidung kann zwischen den getarnten Kommunisten mitsamt dem „sympathisierenden" Anhang und denen vorgenommen werden, die der Kommunistischen Partei den Rücken kehrten, als sie sich der Unvereinbarkeit kommunistischer Ziele und ihrer Wünsche nach Freiheit und Gerechtigkeit bewußt wurden, und die ihre frühere Mitgliedschaft ehrlich zugeben. Wer wie Whittaker Chambers, der einstige kommunistische Kurier, dessen Aussagen Alger Hiss zu Fall brachten, seine Sünden der Vergangenheit durch ein Aussprechen der Wahrheit zu sühnen sucht, auch wenn dies den Verlust der Stellung und des Ansehens und die sichere Verleumdung durch die Heuchler aller Parteien bedeutete, muß zu den anständigen und ehrenwerten Menschen gerechnet werden. Sie sind sicherlich tapferer und ehrenwerter als die Kryptokommunisten, die ihre kommunistischen Bindungen leugneten, um nicht ihre guten Regierungsposten zu verlieren, und sich gleichzeitig für die Zukunft durch heimtückische Weiterarbeit für Moskau „rückzuversichern" trachteten. Am verächtlichsten sind freilich jene, die sich als Vorkämpfer der Freiheit aufspielen und den Kommunisten helfen, uns zu vernichten.

Wenn ein unparteiisches Gericht das verfügbare Beweismaterial zusammenfassen und dann sein Urteil fällen würde, so würde es lauten: Die schier mit dem Segen der Regierung der Vereinigten Staaten vollzogene Auslieferung Chinas an die Kommunisten ist Unwissenheit, Tatsachenscheu, Romantizismus, politischer Unreife oder irregeleitetem Humanitätsgefühl und dem Einfluß der prokommunistischen Elemente und den Karrieremachern zuzuschreiben, die um der Karriere willen auf die prosowjetische Politik setzten.

Beim Abschluß dieses Buches mehren sich die Anzeichen, daß die Chinesen selbst so etwas wie eine zweite Front gegen ihre und unsere Feinde geschaffen haben. Amerikanische Korrespondenten in Hongkong berichten, daß sich die Aufstände gegen die kommunistische Tyrannei über ganz China ausbreiten. Hungernde Bauern, die an die kommunistischen Behörden mehr abführen müssen als einst unter der Nationalregierung

an Grundbesitzer, Wucherer und Steuereinnehmer, die außerdem ihre Söhne für den Kampf Rußlands gegen die UNO-Truppen in Korea hergeben müssen, inszenieren Hungerrevolten und stürmen die Stützpunkte der kommunistischen Macht, obwohl Hacken und Sensen ihre einzigen Waffen sind. Die Kommunisten selbst haben nicht bestritten, daß mehr als eine Million Bewaffneter einen Kleinkrieg gegen sie führen. So groß ist die Gefahr inneren Umsturzes, daß die Regierung von Peiping am 10. März 1951 allen denen die Todesstrafe oder lebenslängliches Zuchthaus androhte, die in irgendeiner Weise dem kommunistischen Regime opponieren. So bemüht sich bereits das chinesische Volk, Moskaus Satellitenkräfte zu überwältigen, und Massenliquidationen der Freiheitskämpfer sind heute in China wie seit langem in Rußland an der Tagesordnung. Ob nun die Regierung Tschiang Kai-scheks in ihrem Exil auf Formosa noch immer der einzige Sammelpunkt des chinesischen Widerstandes ist oder nicht, wir sollten uns zur Unterstützung unserer chinesischen Freunde entschließen, die dank unserem mutigen Ausharren in Korea wieder Hoffnung geschöpft haben.

Große Männer geben ihre Fehler zu und suchen sie auch um den Preis einer Minderung ihres Ansehens zu korrigieren. Die kleinen aber behaupten, stets rechtgehabt zu haben. Die Eitelkeit und der Mangel an wahrem Patriotismus solcher kleinen Männer von beschränktem Begriffsvermögen und um so höherem Ehrgeiz bilden eine größere Gefahr für die Republik als alle Kommunisten in Amerika zusammen. Denn die Kommunisten können nur deshalb Einfluß auf die Politik nehmen, weil sie schlau aus solchen menschlichen Schwächen Nutzen ziehen. Die tragische Tatsache, daß ihre Taktik ihnen zur Herrschaft über einen großen Teil der Welt verholfen hat, sollte uns alle veranlassen, die verhängnisvolle Politik der Vergangenheit zu überprüfen, damit wir in der Zukunft weitere Erniedrigungen und unnötige Niederlagen vermeiden. „Ein Mann, der weiß, einen Fehler begangen zu haben“, sagt Konfuzius, „und ihn nicht ausbessert, begeht einen neuen Fehler.“

Was auch immer die Gründe der Fehler der Vergangenheit sein mögen, jetzt müssen wir unseren chinesischen Freunden in ihrem Kampf gegen diejenigen die Hand reichen, die mit so großem Erfolg und für so lange Zeit sich als Demokraten und Retter der Menschlichkeit tarnten, während sie doch uns zu vernichten suchten.

NACHWORT

Dieses Buch hat in Amerika Aufsehen erregt. Zeitungen und Zeitschriften beeilten sich, *The China Story* sofort nach dem Erscheinen ausführlich zu würdigen. Senator Drewster hat es von der Tribüne des Senats mit Emil Zolas berühmtem Artikel: „J'accuse!" — Ich klage an! verglichen. *The China Story* rückte alsbald auf die Liste der meist verkauften Bücher und hat sich dort monatelang behauptet.

Es wäre sehr oberflächlich, die Ursache dieses Erfolges nur darin zu sehen, daß in den gleichen Monaten vor einem Senatsausschuß die „Great Debate" um die Entlassung MacArthurs stattfand. Der tiefere Grund ist vielmehr, daß beides, die Untersuchung über die Vorgeschichte der Abberufung des Generals und das Buch Freda Utleys Fragen beantworteten, die das durch den Koreakrieg heftig aufgewühlte amerikanische Volk sich vorlegte: Ist dieser Krieg wirklich unvermeidlich gewesen? Diese Frage kann man aber nicht beantworten, ohne die Vorfrage zu behandeln: War der Sieg Mao Tse-tungs in China wirklich ein unabwendbares Naturereignis oder war er nicht vielmehr in entscheidender Weise durch die Politik der Vereinigten Staaten mit herbeigeführt, wenn nicht gar erst ermöglicht worden?

Freda Utley hat auf diese Fragen Antworten erteilt, wie es nur jemand kann, der von einer glühenden Wahrheitsliebe und unbeirrbaren Ehrlichkeit erfüllt ist, der Schauplätze und Personen der Handlung aus persönlicher Erfahrung kennt und selbst einen von egoistischen Interessen unberührten festen Standpunkt einnimmt. Die Kenntnisse und Erkenntnisse, die Freda Utley in diesem Buch ausbreitet, hat sie sich in einem bewegten Leben erarbeitet. Sie stammt aus einer sozialistischen englischen Familie; der Schwiegersohn von Karl Marx hatte ihre Eltern zusammengeführt, und ihr Vater war lange Zeit zusammen mit G. B. Shaw und dem Ehepaar Webb führendes Mitglied der Fabian Society. Während des Generalstreiks von 1926 wurde die damalige junge Studentin Mitglied der Kommunistischen Partei.

Der Sowjetbotschafter Maisky wurde auf sie aufmerksam und lud sie nach Moskau ein. Als Gattin eines russisch-jüdischen Kommunisten übersiedelte sie später ganz dorthin, ließ sich als Agentin nach dem Fernen Osten schicken, arbeitete im Außenhandelskommissariat und im Institut für Weltwirtschaft und Politik. Aber an dem Erlebnis der bolschewistischen Wirklichkeit zerbrach ihr idealistischer Glaube an den Kommunismus. Die Verhaftung und Liquidierung ihres Mannes während der großen „Säuberung" 1936/38 vollendete nur die Bekehrung.

Seit jener Zeit ist Freda Utley nicht müde geworden, in Büchern, Artikeln und Vorträgen den Kommunismus so zu schildern, wie er wirklich ist. Sie konnte dem Irrtum nicht unterliegen, die chinesischen Kommunisten seien eine andere, harmlosere und bessere Abart, wie es aus Unwissenheit, Naivität oder aber bewußt im Interesse des Weltkommunismus von so vielen behauptet worden ist. Die Einflüsse jener Elemente bloßzulegen, die im Dienste Stalins eine prokommunistische Politik Washingtons empfohlen haben, ist das besondere Anliegen dieses Buches. Man muß die Fehler von gestern kennen, um heute und morgen eine richtige Politik führen zu können.

Wenn nunmehr *The China Story* auch der deutschen Öffentlichkeit vorgelegt wird, so war dafür nicht nur maßgebend, daß die Verfasserin des Buches *The high cost of vengeance*, das unter dem Titel „Kostspielige Rache" eine nach Zehntausenden zählende Leserschaft fand, einen Anspruch darauf hat, in Deutschland gehört zu werden. China ist ein Weltproblem; was in China vorgeht, bestimmt auch unser Schicksal mit. Um aber beurteilen zu können, was sich in China ereignet hat und ereignet, muß man das „Drama China" kennen, wie es von Freda Utley geschildert wird. Auch in Deutschland herrschte bisher die Meinung vor, eine moralische, organisatorische und militärische Überlegenheit habe den Kommunisten in China den Sieg über das „reaktionäre und korrupte" Regime Tschiang Kai-scheks gesichert.

Für die Veröffentlichung der deutschen Ausgabe sprach aber noch ein anderer gewichtiger Gesichtspunkt. Freda Utley zeigt in unwiderleglicher Weise, wie verhängnisvoll sich in der amerikanischen Politik die Auffassung ausgewirkt hat, ein kommunistisches Regime sei im Grunde „fortschrittlich" und seinem Wesen nach vom totalitären nazistischen Regime in Deutschland unterschieden. Sehr wenige Amerikaner waren so

klug und vorausschauend wie Senator Robert A. Taft, der schon 1941 davor warnte, über der „faschistischen" Gefahr die kommunistische zu unterschätzen. Wenn man künftig von den terribles simplificateurs des 20. Jahrhunderts spricht, so wird man neben Lenin, Stalin und Hitler auch Franklin D. Roosevelt zu nennen haben, dem sein Handelsminister Jesse Jones in einem Buch bescheinigt hat, daß er „erpicht darauf war, in den Krieg einzutreten, um seine dritte Wiederwahl zum Präsidenten zu sichern", der mit der Forderung der bedingungslosen Kapitulation den Krieg um mindestens zwei Jahre verlängert hat und der in Jalta Mitteleuropa und die Mandschurei an Stalin auslieferte.

Wer „Kostspielige Rache" gelesen hat, wird in diesem Buch höchst erstaunliche Parallelen zwischen der Haß- und Rachepolitik gegen und in Deutschland und der fernöstlichen Politik finden, die Mao Tse-tung unterstützte und Tschiang Kai-schek gerade in den entscheidenden Momenten Hilfe verweigerte. Diese sachlichen und personellen Zusammenhänge deutlichgemacht zu haben, ist ein besonderes Verdienst Freda Utleys. Sie konnte dabei nicht außer acht lassen, daß die amerikanische Politik zwar mit der Trumandoktrin in Europa und dem Eingreifen in Korea im Fernen Osten einen neuen Kurs eingeschlagen hat, daß aber auch diese neue Politik vornehmlich in Händen der einstigen Mitarbeiter Roosevelts liegt, die es selbst heute noch nicht über sich bringen, die Fehler von gestern offen zuzugeben. Noch während der Untersuchung der Entlassung General MacArthurs hat Außenminister Acheson das Abkommen von Jalta verteidigt. Diese Taktik, niemals frühere Fehler zuzugeben und Irrtümer einzugestehen, hat wesentlich zu dem Mißtrauen gegen die Führung der amerikanischen Außenpolitik beigetragen, schrieb A. Krock, der Leiter des Washingtoner Büros der New York Times, am 9. Oktober 1951. Aus dieser Einstellung heraus habe man auch im China-Weißbuch des State Departement, das Botschafter Philip Jessup zusammenstellte, wichtige Punkte ausgelassen.

Der Artikel von Krock ist ein Beispiel unter vielen, die seit dem Erscheinen von *The China Story* die Angaben und Urteile Freda Utleys bestätigt und bekräftigt haben. Andere Beispiele sind in den Anmerkungen erwähnt worden. So hat auch Tschiang Kai-schek in seinem Interview mit Marguerite Higgins (siehe Seite 74) in allen Punkten die Geschichte des sowjetischen An-

gebotes von 1946 bestätigt. Aus Furcht, beschuldigt zu werden, er wolle Rußland gegen Amerika ausspielen, habe er damals General Marshall nicht über das Angebot Stalins und seine Ablehnung unterrichtet, sagte der Generalissimus. Die amerikanische Journalistin fügt hinzu, man müsse diesen Vorgang den vielen Anklagen gegen das nationalchinesische Regime gegenüberstellen. „Die Ereignisse, die sich seitdem abspielten, haben bewiesen, daß Tschiang Kai-schek, welche Mängel sein Regime auch immer gehabt haben mag, mit vollem Recht einen Kompromiß mit den Kommunisten als unmöglich ansah. Die amtliche amerikanische Ahnungslosigkeit in Bezug auf die wahre Natur der rotchinesischen Taktik hat Tschiang Kai-schek das Schicksal bereitet, das ironisch als ‚verfrühter Antikommunismus' beschrieben wird." Freda Utley hat die Genugtuung, nicht nur als eine scharfsinnige und kenntnisreiche, sondern auch mit prophetischem Blick begabte Darstellerin dazustehen.

In der deutschen Ausgabe sind einige kleine Absätze gestrichen worden, die lediglich für die amerikanische Öffentlichkeit Interesse haben. Verzichtet wurde auch auf die Wiedergabe einiger im Anhang beigefügter Dokumente wie einer persönlichen Erklärung General Marshalls vom 7. 1. 1947, eines Auszuges aus dem Wedemeyer-Bericht und aus Erklärungen des chinesischen Vertreters in der UNO auf der vierten Sitzung der Generalversammlung, weil ihr wesentlicher Inhalt im Text selber zitiert und behandelt worden ist.

Der Name Peiping — Nördlicher Frieden — statt Peking ist beibehalten worden, weil mit der Anwendung des Namens „Nördliche Hauptstadt" das gegenwärtige kommunistische Regime gleichsam anerkannt würde. „Staatssekretär" wird im Sinne des deutschen Sprachgebrauchs verwandt; Secretary of State mit Außenminister übersetzt. Im übrigen kann ich nur wiederholen, was ich im Vorwort zur Übersetzung von *The high cost of vengeance* geschrieben habe:

„Wie jede Übersetzung ist auch diese ein Kompromiß zwischen den Anforderungen des deutschen Stils und der Treue gegenüber dem Autor. Ich hoffe, daß der Versuch gelungen ist, nicht nur korrekt den Inhalt, sondern auch die lebendige Ausdrucksweise Freda Utleys wiederzugeben."

Hamburg, den 25. Oktober 1951

Egon Heymann.

PERSONEN-REGISTER

INHALT

F I L I P P O A N F U S O

ROM—BERLIN IN DIPLOMATISCHEM SPIEGEL

Übersetzung Egon Heymann

360 Seiten, Ganzleinen in sehr wirksamem Schutzumschlag. Preis DM 16,50

Anfusos Werk wird immer zu den geistvollsten und klügsten Büchern zur Zeitgeschichte gehören. In Italien und Frankreich ist das Memoir politische Sensation erster Ordnung gewesen. Die Übersetzung in weiteren Ländern wird vorbereitet. Gleichweit von unkritischer Verherrlichung und selbstentschuldigender Anklage entfernt, hat der Autor mit seltener Klarheit den menschlichen und psychologischen Hintergrund der entscheidenden Jahre bis 1945 aufgestellt.

In „Rom — Berlin“ hat die Geschichte der Achse ihre gültige Darstellung gefunden!



VERLAG POHL & CO., MÜNCHEN 13

FRIEDRICH FRANZ VON UNRUH

DER SPIEGEL

Eine Geschichte

90 Seiten, kart. Als Geschenkband in wirksamem Mehrfarben-Umschlag. Preis DM 3.60

Die dichterische Konzeption, mit der Friedrich Franz von Unruh hier einen riesigen Stoff in enge Bindung spannt, zeigt den bedeutenden Erzähler, den die Kritik immer wieder durch den Vergleich mit den Meistern der deutschen Novellistik auszeichnet, in seiner hohen Zucht und maßvollen Verhaltenheit.

NACH LANGEN JAHREN

Eine Erzählung

90 Seiten. Ausstattung wie oben. Preis DM 3.60

„Nach langen Jahren" ist eine jener Dichtungen, deren männliche Kraft und innerliche Reinheit tief ergreift. Die Erzählung geht auf das Kampfgeschehen des ersten Weltkrieges zurück, doch die Front erweitert sich hier, unter Friedrich Franz von Unruhs dichterischer Kraft, in einer monumentalen Weise zur Front des Lebens.

PS. Um Verwechslungen zu vermeiden, weisen wir darauf hin, daß Friedrich Franz nicht mit Fritz von Unruh identisch ist.



VERLAG POHL & CO., MÜNCHEN 13

2,50

FREDA UTLEY

DRAMA CHINA

